Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. September 1978
Jg. 6 Nr. 38

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Woche der Solidarität

Am 19. September beginnt die diesjährige UNO-Generalversammlung. Imperialismus, das bedeutet Beherrschung der Welt durch ein paar Konzerne und die Handvoll imperialistische Großmächte. Heute geht der Imperialismus unter den Schlägen des Befreiungskampfes der Völker und des Internationalen Proletariats seinem Untergang entgegen. Während die beiden Supermächte ihre Rivalität um die Weltherrschaft verschärfen, schlagen ihnen die Wogen des Befreiungskampfes immer heftiger ins Gesicht. Die höchste Form des Befreiungskampfes ist der bewaffnete Kampf, und nur der bewaffnete Kampf kann die Völker zum Sieg über den Imperialismus führen. Aber die Fronten des Befreiungskampfes ziehen sich auch durch die UNO. Seit die große Anzahl der unterdrückten Nationen ihre staatliche Unabhängigkeit erobert haben, können sie ihren Kampf auch in der UNO führen.

Der Kampf in der UNO ist nicht unabhängig vom Kampf der Völker und vom Klassenkampf in den imperialistischen Ländern. „Die BRD soll die Anträge der Dritten Welt akzeptieren und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten", unter dieser Losung führt der KBW eine Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt durch. Freiwillig gibt der BRD-Imperialismus den Interessen der Dritten Welt an keinem Punkt nach. UNO-Beschlüsse, von der Mehrheit durchgesetzt, hält er nicht ein. Der BRD-Imperialismus steckt zusammen mit dem US-Imperialismus und seinen britischen Kumpanen hinter dem rhodesischen Kolonialregime wie hinter der Vorsterclique, die Azania und Namibia besetzt hält. Nur durch Kampf kann man ihn zur Anerkennung der Patriotischen Front, der Befreiungsfront des Volkes von Zimbabwe, zwingen. 112000 DM haben die Bürokratenhäuptlinge des BRD-Imperialismus von der Ausrüstung für die Kompanie der ZANLA beschlagnahmt. Sie müssen

UNO. Seit die große Anzahl der unterdrückten Nationen ihre staatliche Unabhängigkeit erobert haben, können sie ihren Kampf auch in der UNO führen.

Der Kampf in der UNO ist nicht unabhängig vom Kampf der Völker und vom Klassenkampf in den imperialistischen Ländern. „Die BRD soll die Anträge der Dritten Welt akzeptieren und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten", unter dieser Losung führt der KBW eine Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt durch. Freiwillig gibt der BRD-Imperialismus den Interessen der Dritten Welt an keinem Punkt nach. UNO-Beschlüsse, von der Mehrheit durchgesetzt, hält er nicht ein. Der BRD-Imperialismus steckt zusammen mit dem US-Imperialismus und seinen britischen Kumpanen hinter dem rhodesischen Kolonialregime wie hinter der Vorsterclique, die Azania und Namibia besetzt hält. Nur durch Kampf kann man ihn zur Anerkennung der Patriotischen Front, der Befreiungsfront des Volkes von Zimbabwe, zwingen. 112000 DM haben die Bürokratenhäuptlinge des BRD-Imperialismus von der Ausrüstung für die Kompanie der ZANLA beschlagnahmt. Sie müssen

sie herausrücken. 600000 DM sind bereits an die ZANU gegangen. Einiges ist noch da, einiges ist unterwegs. 200000 DM werden in der Woche der Solidarität bestimmt noch gesammelt werden. Am 1. Mai hat die Bundesregierung die Delegation der ZANU nicht einreisen lassen. Bis dahin waren 500000 DM gesammelt. 1 Million für den bewaffneten Befreiungskampf, das freut die kämpfenden Völker. Für die Bundesregierung ist es die richtige Antwort.

Robert Mugabe, Präsident der ZANU und Co-Präsident der Patriotischen Front, hat in einem Brief an den KBW zur Bestätigung der Übergabe von 618000 DM geschrieben:

„Da sich der Kampf entwickelt und da sich die von uns kontrollierten Gebiete im Land ausdehnen, erwarten wir von euch weitere Hilfe. Es lebe die Solidarität zwischen der ZANU und dem KBW. Es lebe die Solidarität zwischen der Arbeiterklasse in Westdeutschland und den Befreiungskämpfern und dem Volk von Zimbabwe."

Der KBW ruft auf, beteiligt euch an der Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt! Unterstützt die Sammlung für die Ausrüstung der Kompanie der ZANLA bis zum erfolgreichen Abschluß!

„Steuerpaket": Einigkeit in der Koalition, auf die CDU kann man sich verlassen

Mehrwertsteuererhöhung als „integraler" Bestandteil

z.anb. Am letzten Donnerstag wurden die Steuerbeschlüsse der Regierung durch die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP als eilbedürftige Initiativanträge in den Bundestag eingebracht. Schmidt hat die „Opposition" in den Reihen der SPD besänftigt, heißt es. Man hat die Rollen verteilt, die auf der parlamentarischen Bühne übernommen werden sollen. Die Regierungskoalition hat mit ihren „Initiativanträgen" die Steueränderungsbestimmungen für 1979, die „Erhöhung" des Kindergeldes und die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte verabschiedet. Der Finanzausschuß des Bundesrates bringt „in Ergänzung dazu" einen weiteren „Forderungskatalog" ein, in dem neben der Abschaffung der Lohnsummensteuer auch die Beseitigung der Gewerbekapitalsteuer, die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen und ein Vorschlag für den „Finanzausgleich" zwischen Bund, Ländern und Gemeinden enthalten ist. Schmidts „Kompromiß", der die Gemüter der aufsässigen SPD-Stadtväter beschwichtigt habe, bestand darin, daß er einen „längeren Zeithorizont für die Ausgleichsverhandlungen in Aussicht gestellt hat" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.78).

Dies war das „Ergebnis" der letzten Woche, die ihren Auftakt nahm mit einer Flut von Artikeln in der bürgerlichen Presse, die allesamt die Auseinandersetzung um die Lohnsummensteuer lancierten als hinterhältiges Täuschungsmanöver, um die wahren Absichten des „Pakets" zu verdunkeln, hinterlassene Spuren nachträglich wieder zu verwischen und das Kind der Sozialdemokratie zu verleugnen. Matthöfer wurde aus der Schlacht herausgenommen. Lambsdorff, von dem niemand etwas anderes erwartet, als daß er blaublütig die nackten Interessen des Finanzkapitals sprechen läßt, wurde aufgebaut, unerreichbar für einen direkten Angriff der Arbeiterbewegung, weil er nie etwas anderes propagiert als die Profitgier und daß man ihr Genüge tun müsse; dieser weinselige Adelsmann ist gerade recht, um die Sozialdemokratie aus der Schußlinie zu befördern. Zudem wundert es

teren „Forderungskatalog" ein, in dem neben der Abschaffung der Lohnsummensteuer auch die Beseitigung der Gewerbekapitalsteuer, die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen und ein Vorschlag für den „Finanzausgleich" zwischen Bund, Ländern und Gemeinden enthalten ist. Schmidts „Kompromiß", der die Gemüter der aufsässigen SPD-Stadtväter beschwichtigt habe, bestand darin, daß er einen „längeren Zeithorizont für die Ausgleichsverhandlungen in Aussicht gestellt hat" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.78).

Dies war das „Ergebnis" der letzten Woche, die ihren Auftakt nahm mit einer Flut von Artikeln in der bürgerlichen Presse, die allesamt die Auseinandersetzung um die Lohnsummensteuer lancierten als hinterhältiges Täuschungsmanöver, um die wahren Absichten des „Pakets" zu verdunkeln, hinterlassene Spuren nachträglich wieder zu verwischen und das Kind der Sozialdemokratie zu verleugnen. Matthöfer wurde aus der Schlacht herausgenommen. Lambsdorff, von dem niemand etwas anderes erwartet, als daß er blaublütig die nackten Interessen des Finanzkapitals sprechen läßt, wurde aufgebaut, unerreichbar für einen direkten Angriff der Arbeiterbewegung, weil er nie etwas anderes propagiert als die Profitgier und daß man ihr Genüge tun müsse; dieser weinselige Adelsmann ist gerade recht, um die Sozialdemokratie aus der Schußlinie zu befördern. Zudem wundert es

nicht sonderlich, wenn die FDP sich nicht für die „Arbeitnehmer" und ihre Belange einsetzt; ihre Wähler rekrutiert sie aus anderen Kreisen, z.B. denen, die von dem Steuerpaket *tatsächlich* was haben.

Inzwischen ist man also soweit, daß sich alle „weitgehend einig" sind. Widerwärtig, wenn Schmidt sich nun zu „Warnungen" aufschwingt, man dürfe „nicht nur auf die Abschaffung der Lohnsummensteuer starren", ihr Abkoppeln vom Gesamtpaket sei ein „Scheinthema" und die Mehrwertsteuererhöhung sei natürlich „integraler Bestandteil" der Steuerbeschlüsse. Vor allem letzteres verdient die Anerkennung, die man einem Halsabschneider zollt.

Am 30.6. meldet die „Wirtschaftswoche" als Auftakt der Kungelei: „Da lancieren die Freien Demokraten aus Sorge, bei den nächsten Landtagswahlen auch noch aus den Parlamenten in Bayern und Hessen herauszufliegen, Vorschläge zur Steuerreform." Als ob's zur *unrechten* Zeit geschehen wäre. Jawohl, sagt Schmidt, man stehe doch vor dem Wirtschaftsgipfel, und damit habe ein neuer Einkommenssteuertarif „sowieso nichts zu tun" (Wirtschaftswoche, 30.6.). Nachfrage könne gegenwärtig nicht durch Steuerreduzierung geschaffen werden, „wenn eine Familie zwei Fernsehgeräte hat, braucht sie nicht noch ein drittes. Wir haben einen sehr hohen Lebensstandard und weniger Fälle von wirklicher Armut . . ." (ebd.)

Fortsetzung Seite 2

Antiimperialistische Befreiungsbewegung im Iran erstarkt! Besorgnis der Imperialisten wächst



„Freiheit und Unabhängigkeit! Weg mit dem Schahregime! Freilassung aller politischen Gefangenen! Weg mit Korruption und Despotismus! Auflösung der SAVAK und der Militärgerichte! Amis raus!" waren Forderungen, unter denen sich am 4. September über 200000 Menschen in Teheran, ausgehend von religiösen Versammlungen in den Außengebieten der Stadt, zu mächtigen Zügen in Richtung Zentrum formierten, trotz Kriegsrecht und Demonstrationsverbot (Bild). „Bruder Soldat, töte deine Brüder nicht", forderten sie die Soldaten auf, ohne vor den Gewehren halt zu machen. Die blutigen Massaker der folgenden Tage haben die Einheit des Volkes im Kampf gegen das Schah-Regime und den US-Imperialismus, der Reza Pahlewi zu halten versucht, verstärkt. Eine ganze Reihe von Manövern der Regierungsumbildung, von Anklagen gegen einzelne Mitglieder der Regierung, die der Korruption beschuldigt werden, haben das iranische Volk nicht von seinen Zielen des Kampfes für Demokratie und nationale Unabhängigkeit abbringen können. Die Armee, bisher Bollwerk des Schah-Regimes, ist ernstlich angeschlagen.

erstarkt! Besorgnis der Imperialisten wächst



„Freiheit und Unabhängigkeit! Weg mit dem Schahregime! Freilassung aller politischen Gefangenen! Weg mit Korruption und Despotismus! Auflösung der SAVAK und der Militärgerichte! Amis raus!" waren Forderungen, unter denen sich am 4. September über 200000 Menschen in Teheran, ausgehend von religiösen Versammlungen in den Außengebieten der Stadt, zu mächtigen Zügen in Richtung Zentrum formierten, trotz Kriegsrecht und Demonstrationsverbot (Bild). „Bruder Soldat, töte deine Brüder nicht", forderten sie die Soldaten auf, ohne vor den Gewehren halt zu machen. Die blutigen Massaker der folgenden Tage haben die Einheit des Volkes im Kampf gegen das Schah-Regime und den US-Imperialismus, der Reza Pahlewi zu halten versucht, verstärkt. Eine ganze Reihe von Manövern der Regierungsumbildung, von Anklagen gegen einzelne Mitglieder der Regierung, die der Korruption beschuldigt werden, haben das iranische Volk nicht von seinen Zielen des Kampfes für Demokratie und nationale Unabhängigkeit abbringen können. Die Armee, bisher Bollwerk des Schah-Regimes, ist ernstlich angeschlagen.

Fischereimonopole arbeiten am Ruin der westdeutschen Ostseefischer

Sofortbeihilfe der Bundesregierung

z.roh. Gerade rechtzeitig während der internationalen Seerechtskonferenz hat die Bundesregierung durch ihren Landwirtschaftsminister Ertl versichern lassen, „alle politisch vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um der deutschen Ostseefischerei zu helfen." Diese Absichtserklärung mündet ein in ein „Sofortprogramm für die deutsche Ostseefischerei". Die Erreichung folgender Ziele soll damit gestützt werden: „die Sicherung verbleibender Fanggründe, die Wiedergewinnung von Zugangsmöglichkeiten, die Eröffnung alternativer Fangmöglichkeiten in der Nordsee, im Skagerrak und Kattegat, die Gewährung von Anpassungshilfen."

Deutlicher sagt der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, worum es ihnen geht: „Die Erkenntnis, daß die Fischbestände durch einen zügellosen Raubbau immer geringer wurden und die etwa im gleichen Zeitraum liegende Entdeckung von Erdgas, Erdöl und Erzvorkommen führte zur Dritten Internationalen Seerechtskonferenz, in der vor allem die Staaten mit langen Küsten erhofften, sie könnten einen wesentlichen Teil der Meeresschätze für sich reservieren." Das geht natürlich nicht, denn die BRD hat kurze Küsten. Also sieht die Bourgeoisie die „deutschen maritimen Interessen" vor fremden Küsten in Gefahr.

Tatsächlich hat sich die Lage der deutsche Kutterfischerei, die hauptsächlich im Familienbetrieb betrieben wird, insbesondere an der Ostsee, in den letzten zwei Jahren drastisch verschärft.

	gefangener Fisch in t	Anzahl der Kutter
1963	84458	708
1972	57495	488
1976	62100	456
1977	47700	392
1978		370

Allerdings wären die Kutterfischer deswegen weder auf das Fischen vor fremden Küsten angewiesen noch geht das bedingungslose Leerfischen der Fischgründe auf ihre Kappe.

Diese Entwicklung fällt zusammen mit der Errichtung der 200-Meilen-Zone durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), bei gleichzeitiger Kündigung aller zweiseitigen Verträge mit anderen Staaten, auch für die Ostsee, und Verpflichtung der EG-Staaten, „nationale Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände" durchzuführen. 1977 traten erstmals in diesem Rahmen Fangbeschränkungen in dem von der EG beanspruchten Teil der Ostsee in Kraft, 1978 auch für die Nordsee. Fangbeschränkungen waren ursprünglich auch eine Forderung der kleinen Fischer, gegen die Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen durch die Fischereimonopole.

Unter der Fuchtel der Bundesregierung wurde daraus ein Hebel zu ihrer schnelleren Ruinierung. Insbesondere seit die Konkurrenz in der Ostsee durch die Fangbeschränkungen in der Nordsee immer drückender wurde. Festgelegt ist nämlich nur die Fangmenge, nicht aber, wer wieviel in welcher Zeit fangen darf. Es ist klar, daß die kleinen Kutterfischer gegenüber den Fischereimonopolen wie der „Nordstern AG" oder Oetker hoffnungslos unterlegen sind. Sie sind zum größten Teil Tagesfischer, das heißt, ihre Boote sind nicht groß genug, haben zu geringe Reichweiten, so daß die kleinen Fischer jeden Abend den Hafen anlaufen müssen. Die Fischereimonopole haben durch Verteuerung des Fisches für die Massen einen Extraprofit gemacht. Obwohl 1977 das mit Abstand niedrigste Fangergebnis erzielt wurde, erreichte der Preis für die Gesamtmenge des gefangenen Fisches in der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei die bisherige Rekordhöhe von 50 Millionen DM. Das sind 10% mehr als 1976, obwohl fast 25% weniger gefangen wurde. Unter dem Druck der Fischereimonopole mußten die Tagesfischer immer weiter in die östliche Ostsee ausweichen. Es war jedoch nur eine Frage der Zeit, wann dieser Ausweg verbaut würde. Als die DDR und Polen als Reaktion auf die entsprechenden EG-Regelungen ihre Fischereizonen bis zur Mitte der Ostsee ausdehnten, war klar, daß das den Ruin der kleinen Kutterfischer beschleunigen würde.

Das jetzige „Sofortprogramm" der Bundesregierung soll diesen Vorgang verwischen. Insgesamt sollten sowieso 100 Millionen DM in den nächsten drei Jahren von der Bundesregierung gezahlt werden, um der „deutschen Fischerei zu helfen." Davon gehen 92 Millionen an die Hochseefischerei, also an die Fischereimonopole, 8 Millionen an die Kutterfischerei, 3 Millionen davon sind „Soforthilfe". Gezahlt wird das Geld hauptsächlich als Abwrackprämie und das laut EG-Beschluß nicht mehr als 8% des Schiffswerts betragen. Für die Fischereimonopole wirkt sich dieses Geld als Subvention zur Modernisierung ihrer Flotten aus, während sie bei den Kutterfischern im wesentlichen spalten soll, um sie für die politischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie gefügig zu machen. Sie sollen als politisches Druckmittel fungieren, um die DDR und Polen in ein Fischereiabkommen mit den EG-Imperialisten zu zwingen. Diesen Interessen dient es, wenn öfter ein Kutter beim Fischen in fremden Gewässern erwischt und aufgebracht wird. „Dem Ostblock muß immer wieder klar gemacht werden, daß sein Verhalten auch gegen den Geist und gegen die Grundsätze des friedlichen Miteinander verstößt."

„Steuerpaket“: Einigkeit in der Koalition, auf die CDU kann man sich verlassen

Fortsetzung von Seite 1

Er wollte seine Sozialdemokraten mit dem „reinen“ Geschenk der Beseitigung des „Tarifsprungs“ landen lassen. Nicht, als ob die materielle Lage der Arbeiter in den unteren und mittleren Lohngruppen das erfordern würde zwecks „Kaufkrafthebung“. Es sollte vielmehr um „Gerechtigkeit“ gehen. Unangenehmerweise entpuppte sie sich als Gerechtigkeit in bezug auf die Spaltung des Lohnkampfes und die EG-Vereinheitlichung der Mehrwertsteuerausplünderung. Zitieren wir den Grafen der Kapitalistenklasse: „Ich hoff“, spricht er in saloppem Ton gegenüber der „Bild-Zeitung“ am 11.9., „daß die Beseitigung des Tarifsprungs bei der Einkommenssteuer eine etwas mäßigende Wirkung auf die künftigen Tarifverhandlungen haben wird. Die Steuersenkung wird doch zweifellos dazu führen, daß die Arbeitnehmer mehr im Geldbeutel haben ...“

Bei dem Ergebnis von 7 lumpigen DM im Monat ist *das* sogar für einen waschechten Reformisten schwer zu vertreten, vor allem, wenn man gedenkt, Seifengeschäfte zu tätigen, bei den Wahlen in Hessen und Bayern. Und so mancher Reformist *hat* denn auch nicht mehr gespurt. Letztlich haben die bürgerlichen Parteien unter der Verkleidung der Debatte um die Lohnsummensteuer weiter verhandelt, *wieviel* und *wann* die Massen zahlen sollen. Und die Keiferei gehört zur Partie, denn die Strategie ist nicht einfach. Wie folgende „Kleinigkeit“ am Rande beleuchtet: Auf die bewegende Frage, woher die „armen“ Gemeinden das Geld nehmen sollen, das ihnen durch Wegfall der Lohnsummensteuer entschwindet, sagt Matthöfer am 1.9.: „Im Vordergrund der Beratungen steht der Ausgleich für die Einnahmeausfälle der Gemeinden.“ Und der Journalist der „Wirtschaftswoche“ bemerkt, daß diesen „nur noch“ die Grundsteuer und die Vermögenssteuer in ihrem „Hoheitsbereich“ blieben. Nun, am 1.9. irrte er bereits. Am 30.8. hat das Kabinett die „Grundsteuerergänzungsrichtlinien 1978“ beschlossen; sie sehen den *Wegfall* der Grundsteuer vor, wenn „eine wesentliche Ertragsminderung eingetreten ist“. Der Kapitalist hat eine „Minderung der normalen Ausnutzung“ zu belegen. „Das kann z.B. bei Kurzarbeit der Fall sein. Das Ausmaß der Minderung der Ausnutzung ist hier nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen ... Bei Fabrikations-, Handwerks- und Handelsbetrieben können dies die Arbeitsstunden, der Produktionsmitteleinsatz, der Produktionsausstoß, die Produktionsstunden, der Umsatz oder andere ähnliche Merkmale sein.“ In allen Fällen ist die Erhebung der Grundsteuer „unbillig“ (BMF-Finanznachrichten, 7.9.78).

Man muß also nicht nur bei der CDU die nächsten Unverschämtheiten erwarten; sie hat lediglich *offen* gesagt, daß sie bei Abkoppelung der Mehrwertsteuererhöhung das gesamte Paket ablehnen werde. Warum sollte sie ihm dann auch überhaupt *zu*stimmen?

Daß die Absicht der Bourgeois, Lohnforderungen der Arbeiter zu unterdrücken, weil doch der Arbeiter ein drittes Fernsehgerät genauso schlecht als Begründung für *mehr Lohn* anführen könne wie für *weniger Steuern*, mit dem einfachen Rechenexempel der 7 lumpigen DM baden geht, das verhilft dem Kanzler inzwischen zu ungeahntem „Pessimismus“. Nun ja, sagt er, das Steuerpaket sei eben kein „konjunkturpolitisches Allheilmittel“ (Wirtschaftswoche, 1.9.). Da hat ihm sein Parteikollege in der IG-Metall-Führung aber etwas voraus. Loderer am 14.9. gegenüber der „Bild-Zeitung“: „Eine echte Steuerreform fehlt noch immer.“ Er wird dabei im Kopf haben, daß er am 7. Juli in der Zeitschrift „Metall“ vertreten hat, „wir fordern vor allem eine Milderung der überaus scharfen Lohnsteuerprogression ... Es muß eine grundlegende Neugestaltung des Tarifs gefunden werden.“ Loderer wird's also so durchgehen lassen, aber wie lange er bei dieser Stange bleiben kann, weiß er noch nicht. Und er hält es sich offen.

Anders der Kanzler. Er „warnt davor, ... die Entlastung für die Bezieher kleinerer Einkommen als zu gering zu kritisieren. Wer den jetzt geltenden Tarifsprung abschaffen wolle, müsse in den bisher besonders betroffenen Einkommensgruppen zwangsläufig überproportionale Erleichterungen auslösen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.).

Es wäre ein Fehler, davon auszugehen, daß der Kanzler nicht rechnen könne. Er *kann*. Wir unterstellen ihm Scheinheiligkeit und nicht den Unverstand, daß er glaubt, der „Tarifsprung“ beginne erst bei den „Großverdienern“. Immerhin, sollte es ein Problem für ihn sein, es *ist* zu lösen: Mit einem monatlichen Steuerfreibetrag von 1500 DM sofort, und um die schäbigen Wirkungen des ausgekochten Steuerpakets zu neutralisieren, würde reichen, den Grundfreibetrag um 2000 DM zu erhöhen.

Was also hindert ihn, außer daß er nicht will? Zuweilen *muß* man.

Das neue „Europäische Währungssystem“ – verschärfter Kampf um die Vorherrschaft in Europa

z.scc.Brüssel. Kurz nach dem „Bremer EG-Gipfel“ konnten die Bourgeoispropagandisten nicht genug an Euphorie über den Plan eines „Europäischen Währungssystems“ verbreiten. Vor allem die westdeutschen und französischen Imperialisten fühlten sich stark genug, gemeinsam und mit den kleineren EG-Staaten unter der Knute, dem US-Imperialismus im Handelskrieg die Stirn zu bieten und, gestützt auf eine „gemeinsame Währungspolitik“, eine große Exportoffensive auf dem Weltmarkt zu starten. Seither werden nun die „Einzelheiten“, wie es heißt, des Plans ausgearbeitet – und alle Euphorie ist verflogen. Scharfe Widersprüche zwischen den „Freunden“ Schmidt und Giscard sind aufgebrochen; beide, die französischen wie die westdeutschen Imperialisten, versuchen, Koalitionen mit anderen EG-Staaten zu schmieden, um die jeweils eigenen Vorstellungen durchzuboxen.

Einig sind sich die EG-Imperialisten, daß eine neue „Europäische Währungseinheit“ (EWE) auf einem Währungskorb basieren soll, der auf den Währungen der neun Mitgliedsstaaten beruht, deren jeweiliges Gewicht berechnet wird nach dem Anteil des jeweiligen Landes am Bruttosozialprodukt der EG und am Handel innerhalb der EG. Einig sind sie sich ferner noch darüber, daß jedes EG-Mitgliedsland zur Schaffung des Währungsfonds 20% seiner Währungsreserven und einen entsprechenden Betrag in Dollar und Gold hinterlegen muß. Doch wer wird über diesen Währungsfonds zu welchen Bedingungen verfügen? Wer kann vermittels welcher „gemeinsamen Währungspolitik“ den Konkurrenten schwächen und selbst die Vormachtstellung in Europa erringen?

Die westdeutschen Imperialisten verlangen, die „Währungsschlange“, der nach dem Austritt der französischen, britischen und italienischen Konkurrenten nur noch die BRD, die Beneluxstaaten und Dänemark angehören, verändert beizubehalten und zu erweitern. Das System der Leitkurse, um die die Marktkurse nur innerhalb einer festgelegten Bandbreite schwanken dürfen, soll bestehen bleiben. Die EWE soll zur festen Bezugsgröße der Wechselkurse werden und der Währungsfonds dazu dienen, die Salden zwischen den Ländern auszugleichen. Das heißt, daß Länder mit schwacher Währung auch weiterhin gezwungen werden sollen, sich bei den westdeutschen Imperialisten zu Wucherzinsen zu verschulden. Denn wenn die anderen Währungen der „Schlange“ gegenüber der westdeutschen fallen, bedeutet das in der Regel, daß die Notenbanken für die notwendigen Interventionen auf dem Devisenmarkt Devisen von der westdeutschen Notenbank leihen müssen. Diese kann die Bedingungen diktieren. „Dieses Beistandsreglement“, nennt's die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „ist ... für jene, die es in Anspruch nehmen müssen, ziemlich teuer. Das gehört sich auch so für einen Währungsverbund, dessen Ziel es ist, für alle Mitglieder mehr Stabilität zu erlangen.“ (7.9.)

Die französischen Imperialisten, unterstützt von den italienischen und britischen, finden allerdings kein Vergnügen daran, sich dem Gläubigerregime ihrer westdeutschen Konkurrenten zu unterwerfen. Strikt lehnen sie den mit der „Schlange“ verbundenen Zwang ab, daß die währungsschwächeren Länder im Fall einer drohenden Abwertung einen Teil ihrer Währungsreserven an die „stärkeren“ abzuliefern haben. Anders als bei der „Schlange“ solle ein Steigen der DM nicht notwendigerweise den Tiefstand einer anderen Währung bedeuten, die Lasten der Intervention also vorrangig von den Ländern – dem Land – mit der höchstbewerteten Währung getragen werden. Und das wäre vor allem die BRD. Nicht zuletzt lehnen die französischen, italienischen und britischen Imperialisten das „Beistandsreglement“ ab, d.h. den Zwang zur Verschuldung beim schärfsten Konkurrenten zu dessen Bedingungen. „Die nicht zur Schlange gehörenden EG-Länder sehen offenbar die Hauptattraktion des neuen Systems in einem erleichterten Zugang zu Krediten des geplanten Währungsfonds“, argwöhnt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Sie sieht die westdeutschen Imperialisten schon aus der Position des größten Gläubigers Europas herausgeboxt und den französischen Konkurrenten aus „billigen Krediten“ aus dem Europäischen Währungsfonds gestärkt.

Remmers „Erweiterung des Elternrechts“

r.usm. Remmers brütet derzeit über einer neuen Verordnung zur Schullaufbahnempfehlung am Ende der Orientierungsstufe, „die dem Elternwillen wieder die ihm zustehenden Befugnisse“ einräumen soll. Durch die Schullaufbahnempfehlung ist den Eltern das Recht genommen, über den weiteren Schulbesuch ihrer Kinder selbst zu entscheiden. Vor jeder dieser Konferenzen gibt es Krach mit Eltern, die sich diese Entrechtung nicht gefallen lassen.

An einer Braunschweiger Orientierungsstufe konnten Eltern und Lehrer zum Schuljahresende gemeinsam durchsetzen, daß von 27 Schülern einer Klasse nur fünf auf die Hauptschule ausgesiebt wurden (Regelfall: 47% Hauptschule). Den Widerstand der Eltern gegen die Auslese und Unterdrückung an der Orientierungsstufe will Remmers brechen, indem er den Massen die Schuld für die elende Lage der Schuljugend selbst in die Schuhe schiebt: Die Eltern müßten sich ihrer großen Verantwortung bewußt sein; sie hätten „bei falschem Ehrgeiz das schulische Versagen ihres Kindes gewissermaßen selbst verschuldet“, behauptet er.

Daß auch mit der neuen Verordnung das Ausleseverfahren nicht gemindert wird, hat Albrecht schon in seiner Regierungserklärung festgehalten: „... wird ferner den Eltern nach der Beendigung des Verfahrens die Möglichkeit eingeräumt werden, die abschließende Entscheidung über die weitere Schullaufbahn ihres Kindes zu treffen.“ Das „Verfahren“, das Albrecht anspricht, ist ein ganzes Netz von „Beratungs- und Informationsveranstaltungen“, um den Eltern beizubringen, daß Widerstand gegen die staatliche Auslese aussichtslos sei. An einer Wolfsburger Orientierungsstufe sah das z.B. so aus: Für die Schullaufbahnentscheidung 1978 mußten die Lehrer im Oktober 1977 bereits die ersten Gutachten vorlegen; Dezember: Klassenkonferenz über „schulischen Entwicklungsstand“, Informationsblatt an die Eltern über Sek-I-Abschlüsse; Januar: Gutachtenbesprechung mit Eltern und erste Trendfestlegung; Februar: Informationsabend für Eltern über Vorschriften und Verfahren beim Schulübergang; März: Elternsprechtage, d.h. „Einzelberatung“; April: die Eltern müssen ihren Schulwunsch schriftlich erklären. Im Juni entscheidet die Gesamtkonferenz über die Gutachten, im Juli erhalten die Eltern Mitteilung.

Wenn Eltern nach dieser Prozedur dennoch Widerspruch einlegen, werden die Kinder an der weiterführenden Schule einer mehrtägigen Prüfung unterzogen. Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathe und andere werden abgehalten und von einer Kommission begutachtet, die das Arbeitsverhalten der Kinder beurteilen soll. Lehrer vermuten, daß diese Prüfung, die nur von sehr wenigen Schülern absolviert wird (sechs bis sieben eines Jahrganges), mit der neuen Verordnung abgeschafft wird. Remmers hat dafür schon neue Schikane parat: „Wenn ein Kind, das gegen den Willen der Schule z.B. aufs Gymnasium geschickt wird, die 7.Klasse nicht schafft, muß es diesen Schultyp verlassen.“ Eine „bildungspolitische Zeitbombe“ (so ein NDR-Reporter), die leicht hochgehen kann.

„Gipfel“ in Camp David: Heftige Spaltungsversuche der Imperialisten

Ohne Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes wird es keinen Frieden geben

„Gipfel“ in Camp David: Heftige Spaltungsversuche der Imperialisten

Ohne Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes wird es keinen Frieden geben

z.and.Rom. Bereits in die zweite Woche gehen die „Friedensverhandlungen“ von Camp David. Über Ereignisse und Verlauf dieser Konferenz hat man nicht viel erfahren, außer daß Carter von Anfang an, im Gegensatz zu Begin, mit Sportpullover am Verhandlungstisch sitzt und daß Sadat sich mit König Hussein von Jordanien über Telefon beraten hat. Um so mehr erfährt man über die Absichten, die die US-Imperialisten verfolgen. Begins Vorschlag für die Konferenz ist, „halbautonome Gebiete“ für die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu schaffen, unter militärischer Oberaufsicht der zionistischen Siedler, und dann in fünf Jahren weiterzusehen. Als erster „Fortschritt“ der Konferenz wurde jetzt gemeldet, Begin habe seinen Vorschlag dahingehend geändert, daß man auch schon *während* der fünf Jahre, unverändert unter israelischer Militäraufsicht, versteht sich, weitersehen könne. Der Führer der PLO Yassir Arafat hat diese „halbautonomen Gebiete“ angegriffen als dasselbe wie die Bantustans, in die das südafrikanische Kolonialistenregime die afrikanischen Volksmassen einpferchen will.

Carter bringt zu Begins Plan die passenden Kompromisse ins Spiel. Abschluß eines Verteidigungspakts mit Israel und Stationierung von US-Truppen als „Friedensgarantie“ auf dem Sinai, im Gazastreifen und auf dem Westufer des Jordan, „wenn beide Seiten dies wünschen“. Das Ziel von Carters „Friedensinitiative“ sei die „Erörterung eines Rahmens für weitere Gespräche“. Bei der Konferenz gehe es vor allem darum, auf Begins unbeugsame Haltung einzuwirken.

Carter und Begin spielen ein Stück mit verteilten Rollen, um ihre Erpressungsabsichten gegenüber Ägypten zu verdecken. Sadat hat vor der Konferenz immer wieder bekräftigt, daß er nicht abweicht von der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und nach Abzug der Zionisten aus den besetzten Gebieten. Demgegenüber stellt ein US-Berichterstatter fest: „Die Araber müssen den panarabischen Nationalismus ablegen und den Palästinenserführern in Beirut sagen, daß es keine Zukunft für sie gibt.“ Nicht umsonst wird diese Konferenz kurz vor Ablauf des Entflechtungsabkommens für den Sinai veranstaltet, mit dem sich die US-Imperialisten einen „Beobachtungsposten zum Schutz vor feindlichen Luftangriffen“ auf der Halbinsel gesichert hatten. Die US-Imperialisten wollen Ägypten erpressen, daß diese Posten auf jeden Fall zu festen Stützpunkten ausgebaut werden. 1,4 Mrd. Dollar, mit denen Ägypten, nachdem es sich aus den Klauen der Sozialimperialisten gelöst hatte, jetzt bei den westlichen Imperialisten verschuldet ist, sollen der Erpressung den nötigen Nachdruck geben. Die USA wollen sich den Rücken freihalten für die Aggression gegen den Libanon und die Sicherung der zionistischen Besetzung Palästinas. Rechtzeitig zur Eröffnung der Konferenz wurde auf den Golan-Höhen eine neue israelische Siedlung eingeweiht und die israelischen Truppen auf dem besetzten Jordanufer verstärkt. Als Antwort darauf hat Jordanien Truppen an den Jordan geschickt, unterstützt durch syrische Nachschublager.

Im Innern des Siedlerstaates wachsen die Widersprüche. Die Regierung hat eine Lohnleitlinie von 15 Prozent zuzüglich der offiziellen Inflationsrate ausgegeben. Man kann sich denken, wie schamlos diese Inflationsrate zusammengelogen ist. Die Lohnabhängigen lassen sich nicht darauf ein. Streiks werden vorbereitet. Die Lehrer fordern Lohnerhöhungen von 35%, die Postingenieure 30 bis 40%. Während der Konferenz in Camp David richtete die israelische Regierung ein Hilfegesuch an die US-Imperialisten über 2,4 Mrd. Dollar für 1980. Vorausgegangen war dem eine weitere Forderung nach 1,8 Mrd. Dollar für 1979. Damit würden die US-Imperialisten den Siedlerstaat mit 685 Dollar pro Siedler aushalten, die höchste „Auslandshilfe“ seit dem Aggressionskrieg gegen Vietnam.

Die US-Imperialisten wollen die arabischen Staaten gegeneinander ausspielen und sie durch die Aufrechterhaltung des Zustands von weder Krieg noch Frieden zermürben. Ihrerseits nach Einmischungsgründen im Nahen Osten suchend, antworten die Sozialimperialisten, wie es sich für eine Supermacht gehört. Am liebsten wäre ihnen zunächst eine internationale Konferenz, mit ihrer Beteiligung, um alsdann möglichst Garantiemacht zu werden. Ägypten als das größte arabische Land soll in eine Ecke mit den USA und Israel gedrängt und von den anderen arabischen Staaten isoliert werden. „Die Imperialisten stärken auf jede Weise die israelische Armee und die reaktionären arabischen Regimes, um eine Offensive gegen die progressiven Regimes einzuleiten“, schreiben sie in der „Prawda“. Dem syrischen Außenminister hat die Sowjetunion bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau einen Verteidigungspakt zwischen der Sowjetunion und der sogenannten Standhaftigkeitsfront aufdrängen wollen, also Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen und der PLO. Khaddam hat nach seiner Rückkehr nach Syrien vorgeschlagen, daß diese Länder und die PLO, die die Sowjetunion in ihre Abhängigkeit bringen will, eine gemeinsame Beratung durchführen.

Der Besuch des syrischen Präsidenten Assad in Bonn hat die BRD-Imperialisten in eine etwas unbequeme Lage gebracht. Ihr Ziel ist, sich über Syrien die Märkte des Nahen Ostens zu erschließen. Zu dem Zweck haben sie Syrien eine „Kapitalhilfe“ über 100 Mio. DM zugesagt. Eine „Expertenkommission“ soll die „administrativen Hindernisse“ für Privatinvestitionen ausräumen helfen. „Mäßigenden Einfluß“ wollte die Bundesregierung auf Assad in bezug auf den Libanon ausüben. Im Gespräch ist die Stationierung von EG-Truppen im Libanon. Das wäre für die BRD-Imperialisten eine passende Form, sich direkt im Nahen Osten einzumischen. Mit ihren Erpressungsversuchen haben sie aber kein Glück gehabt. „Assad (hat) sich nicht davon abbringen lassen, ausgerechnet während der israelisch-ägyptischen Begegnung ... mit einer neuen Offensive seiner Truppen im Libanon gegen die Christen zu beginnen“, empört sich ein Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Syrien unterstützt unvermindert den Kampf der palästinensischen und libanesischen Volksmassen gegen die von den USA und Israel ausgehaltenen faschistischen Milizen. Bei einem Empfang bei Bundespräsident Scheel „sorgte Assad für einen Eklat“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), als er die gerechten Ziele der arabischen Völker bekräftigte: Es kann keinen Frieden im Nahen Osten geben, solange nicht die Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt sind und das besetzte Land zurückgegeben ist.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611 / 73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611 / 73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 38: Auflage 32 000

Die Imperialisten fürchten die „OPEC des Kaffees“

Heftiger Kampf um den Kaffeepreis

z.hef.London. Vom 13. September bis zum Ende des Monats tagen in London die Mitgliedsländer der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO). Hauptverhandlungsgegenstand ist die Forderung der 42 Kaffee produzierenden Mitgliedsländer nach Wiedereinführung der Exportquoten. Die ICO umfaßt neben den Kaffeeproduzenten der Dritten Welt 24 Kaffee importierende Länder, in der Hauptsache die imperialistischen Länder, mit Ausnahme der Sozialimperialisten.

Exportquoten können nach dem neuen, 1976 abgeschlossenen Weltkaffeeabkommen nur verlangt (und beschlossen) werden, wenn die Preise über 20 Tage unter einen bestimmten Durchschnittsminimum-Preis fallen. In den Jahren 1976 und 1977 gelang es den Imperialisten, ohne eine solche Quotenfestsetzung davonzukommen. Die Kaffee produzierenden Länder der Dritten Welt verlangen jetzt resolut die Einführung der Exportquoten, und haben außerdem weitere Maßnahmen gegen die Senkung der Kaffeepreise angekündigt. Darunter sind Pläne zum Aufbau eines Interventionsfonds zur Preisstabilisierung durch Aufkauf von Überschußangeboten durch die Produzentenländer selbst. Die lateinamerikanischen Kaffee produzierenden Länder haben sich am 22. und 23. August über ihr Vorgehen beraten, die afrikanischen Länder, die zu dieser Sitzung einen Beobachter geschickt hatten, am 7. und 8. September. Diese Beratungen haben die Imperialisten in öffentlich geäußerte Sorge um eine „OPEC des Kaffees“ ausbrechen lassen. In der Tat fürchten sie hier nichts so sehr, als daß es den Kaffee produzierenden Ländern gelingen könnte, ähnlich wie die OPEC neben der Quotenfestsetzung verbindliche einheitliche *Preisfestlegungen* zu erreichen.

1962 erreichten die Länder der dritten Welt, die Kaffee produzieren, die Unterzeichnung des ersten Kaffeeabkommens. Damals wurden für jedes Jahr aufgrund der Produktion und der angegebenen Nachfrage Produktionsquoten aufgestellt für jedes Export-Land. Die ICO gab Quoten-Marken in den jeweiligen Proportionen an die produzierenden Länder aus, und die importierenden (meist imperialistischen) Unterzeichnerländer verpflichteten sich, ausschließlich Kaffee ins Land zu lassen, der von solchen Marken begleitet war. Der Kampf in der ICO wurde vor allem um die Höhe der Quoten geführt. Bei hohen Quoten konnten die Imperialisten die Preise drücken, bei niedrigen stiegen die Preise. Den Kaffeeproduzenten gelang es in der Zeit von 1962 bis 1970 (1968 war ein zweites Abkommen in Kraft getreten) größere Senkungen des Kaffeepreises abzuwehren, was im Licht der Tatsache gesehen werden muß, daß zwischen 1953 und 1960 der gezahlte Preis für brasilianischen Kaffee z.B. von 71,6 auf 36,7 Cent per Pound fiel.

In den Jahren 1970 und 1971 wurde der Druck durch die Dollarentwertung immer unerträglicher. Für die gleiche Menge exportierten Kaffees konnten die Kaffeeproduzenten immer weniger Güter kaufen. Nachdem sie in der ICO vergeblich auf einer Veränderung bestanden hatten, beschlossen daraufhin 14 Länder eine eigene Kontrolle des Angebots durchzuführen. Unter den Initiatoren waren Brasilien und Kolumbien, mit 30% bzw. 10 % der Weltproduktion die größten Kaffee produzierenden Länder, insgesamt kontrollierten die beteiligten Länder 90% der Produktion.

Als Antwort auf diesen Zusammenschluß sprengten die US-Imperialisten Ende 1972 die ICO mit der Begründung, es gebe zur Zeit kein Bedürfnis für ein internationales Kaffeeabkommen, weil die Überschüsse der Produzentenländer über den Bedarf nicht mehr existierten. Obgleich die US-Imperialisten, die 1975 40% aller Importe auf der Welt bezogen, scharf angegriffen wurden von den Ländern der Dritten Welt, konnten sie den Abschluß eines neuen Kaffeeabkommens 1973 verhindern. In der Folge gelang es den Imperialisten, die Preise von 1974 an scharf zu senken. Bereits im Juli 1974 waren sie auf ihrem niedrigsten Niveau seit 1946, in realen Preisen. Die Imperialisten nutzen in ihrem Kampf gegen den Zusammenschluß der Kaffee produzierenden Länder vor allem die Tatsache, daß für diese Länder die Kaffeeproduktion eine höchst verschiedene Bedeutung hat. Nach Zahlen aus den Jahren 1970 bis 1972 waren 18 der 44 Förderländer so von der Kaffeeproduktion abhängig, daß sie 25% und mehr ihrer Deviseneinnahmen einbringt. 6 Länder davon sind zu über 50% von der Kaffeeproduktion im Außenhandel abhängig. Dies Resultat kolonialistischer und imperialistischer Unterdrückung macht den Zusammenschluß der Kaffeeproduzenten verwundbar. Denn es ist ein großes Problem wie lange ein Land der Dritten Welt, das den Großteil seines Exports mit Kaffee bestreitet, sich leisten kann, diesen Kaffee zu lagern und nicht zu verkaufen. Der von verschiedenen Ländern jetzt erörterte Fonds der Produzenten zum Aufkauf von Kaffee ist deshalb ein bedeutender Schritt gegen die Unterdrückung durch die Imperialisten.

1975 vernichtete Frost einen großen Teil der brasilianischen Ernte. Der Preis sprang schlagartig auf über 3 Dollar. Seitdem haben die Imperialisten den Kaffee produzierenden Ländern den offenen Handelskrieg erklärt. Der Preis sank, immer noch bei Nicht-Existenz von Quoten, auf knapp über 2 Dollar Anfang dieses Jahres, auf 1,60 Dollar jetzt.

1976 konnten die Produzenten ein neues Kaffeeabkommen durchsetzten. Allerdings enthält es einen Kompromiß über die Exportquoten, diese nämlich erst bei einem bestimmten niedrigen Preisstand in Kraft zu setzen. Die Kaffee produzierenden Länder sind der Auffassung, daß dieser Augenblick lange gekommen ist. Die Imperialisten wollen den Preis jetzt noch weiter drücken. Aus der Kriegsberichterstattung Anfang dieses Jahres: „Bestätigt wurde, daß Brasilien eine erhebliche Menge Kaffee an Spanien verkauft hat. Der Preis soll spürbar unter dem Mindestexportpreis (Brasiliens) von 2 Dollar je Pound gelegen haben . . . Als dies bekannt wurde, haben sich dem Vernehmen nach führende amerikanische Importeure an das brasilianische Kaffeeinstitut gewandt und verlangt, ebenfalls zu Vorzugsbedingungen bedient zu werden“ (Blick durch die Wirtschaft, 20.2.78). „Auch Kolumbien verkauft Kaffee inzwischen billiger, während das mexikanische Kaffeeinstitut trotz zahlreicher anderslautender Berichte aus Händlerkreisen darauf beharrt, Kaffee nicht unter seinem Mindestpreis von 2,07 Dollar . . . abzugeben. Eine neue, als mysteriös bezeichnete Ernteeinschätzung von dort besagt, daß 1977/78 mehr als 3,2 Millionen Sack eingebracht werden können. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hatte die mexikanische Produktion vor zwei Wochen auf 4,15 Millionen Sack veranschlagt.“ (27.2.)

Die Frechheit der Imperialisten springt ins Auge. Die Kaffee produzierenden Länder wollen sich nicht mit den Exportquoten, für die sie jetzt kämpfen, begnügen.



Kaffeeverbrennung in Brasilien 1932. Ein verzweifeltes Mittel Brasiliens, um dem Ruin durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Preisdrückerei unter der weltweiten Herrschaft der Finanzbourgeoisie zu entgehen.

„Weizenwaffe“ und Sojabohnenmonopol

z.gek. Wahrhaftige Fieberphantasien knüpfte im August 1974 eine Studie des CIA an die Aussicht, daß die „Abhängigkeit der Welt von der nordamerikanischen Landwirtschaft ständig größer wird . . . Die nahezu monopolartige Stellung als Nahrungsexporteur könnte den Vereinigten Staaten eine wirtschaftliche und politische Vorherrschaft sichern, die über jene der unmittelbaren Nachkriegszeit hinausgehen würde. Washington würde praktisch die Gewalt über Leben und Tod der Menschen in den bedürftigen Ländern erhalten . . .“. (Zitiert aus: Der Weizen als Waffe, Hamburg 1976)

Die CIA-Strategen brüteten damals über den Möglichkeiten eines, sei es langfristigen Gegenschlages gegen das Ölembargo der OPEC-Staaten. Bekanntlich wurde aus dem geplanten „Gegenembargo“ nichts. Vor kurzem mußten die US-Imperialisten aus dem Scheitern ihrer Bemühungen feststellen, zumindest Kanada, Australien und Argentinien in ein Weltweizenkartell hineinzuzwingen, das die Preise diktiert. Höhnisch kommentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Mag auch mancher in der westlichen Welt davon träumen, daß ein Weizenkartell einen solchen Druck (auf die OPEC-Staaten) auszuüben vermöchte, in Wirklichkeit brauchen die Araber nicht bange zu sein. An den Weizenüberschüssen der Europäischen Gemeinschaft scheinen sie sich bestimmt laben . . .“. (15.9.78)

Tatsächlich ist auf der Genfer Konferenz über ein „Weltweizenabkommen“ (vgl. KVZ 13/78), die im Juli endgültig gescheitert ist, die Front der Imperialisten gespalten gewesen, während die der Länder der Dritten Welt geschlossen war. Die Länder der Dritten Welt forderten von den US-Imperialisten die Festlegung von Mindest- und Höchstpreisen sowie die Anlage von Ausgleichslagern, um Erpressung und Spekulation einzudämmen. Für viele dieser „bedürftigen Länder“ war 1978 das dritte gute Erntejahr hintereinander gewesen. Das hat den Bann der US-„Weizenwaffe“ endgültig gebrochen.

Die Imperialisten der EG und Japans forderten ihrerseits von den US-Imperialisten, die Verhandlungen auch auf andere Getreidearten, vor allem auch auf Sojabohnen, auszudehnen. Die US-Imperialisten haben das abgelehnt. Sie waren sogar kaltblütig genug, über der Frage ihrer ungehinderten Agrarexporte die gesamten GATT-Verhandlungen, die sie seit dem vergangenen Jahr im Rahmen der „Tokio-Runde“ mit ihren westlichen Konkurrenten führen, platzen zu lassen.

Vor allem aus dem Geschäft mit der Sojabohne erhoffen sie sich noch fabelhafte Profite. In der Tat verfügen die USA auf diesem Gebiet über ein einzigartiges Weltmonopol: sie beherrschen fast 60 % der Welt*produktion* und fast 80 % des Welt*handels* mit Sojabohnen, Sojaöl und Sojakleie. Die Sojabohne ist eines der ältesten menschlichen Nahrungsmittel. Die Volksrepublik China, die der zweitgrößte Sojaproduzent der Welt ist, deckt daraus bis heute einen großen Teil des Proteinbedarfs ihrer 800 Millionen Menschen. In den westlichen kapitalistischen Ländern geht die Sojabohne vor allem als Grundlage der Margarineproduktion direkt in die Volksernährung ein. Die Sojakleie, die nach dem Auspressen des Öls übrig bleibt, ist in den letzten 20, 30 Jahren, meistens vermischt mit Futtergetreide wie Mais, zum (allerdings sehr teuren) Standardfutter für die intensive, oft fabrikmäßige Aufzucht von Milchkühen, Schweinen und Geflügel geworden.

Das Weltmonopol der US-Imperialisten an der Sojaproduktion hängt direkt mit ihrem Getreidemonopol und der extensiven, hochmechanisierten Anbauweise zusammen. Sojabohnen werden großteils im Fruchtwechsel mit Weizen, Mais und anderem Getreide angebaut und können nach denselben Verfahren und mit denselben Maschinerie ausgesät und geerntet werden. Es ist gerade dieses kombinierte Monopol auf Getreide in seinen verschiedenen Sorten, als direktes Nahrungsmittel und als Viehfutter, ergänzt um das Monopol auf Sojabohnen, -öl und -kleie, das heute einem Großteil der Menschheit einen Tribut zugunsten der Nahrungsmittelkonzerne der USA auferlegt, und dem US-Imperialismus bedeutende ökonomische Druckmittel an die Hand gibt. Es ist derselbe Sachverhalt, der die US-Imperialisten überall auf Widerstand treffen läßt und ihre Fieberphantasien abkühlt.

RGW-Staaten gründen gegen den „Partner“ UdSSR gemeinsame Transportorganisation

z.rua. Am 27.8. hat der „Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst“ (ADN) der DDR bekanntgegeben, daß die RGW-Staaten einen Container-Pool für die gemeinsame Nutzung von 20-t-Großcontainern im zwischenstaatlichen Güterverkehr bei der Beförderung per Bahn, Schiff oder LKW gegründet haben. Damit wollen sie *einheitliche* Bedingungen schaffen, unter denen die freizügige Nutzung von Containern im Binnen- und zwischenstaatlichen Gütertransport garantiert und ein effektiver Einsatz der Transportmittel gewährleistet wird. Neu ist, daß der Sitz dieses Unternehmens nicht – wie bisher üblich – in Moskau ist. In der rumänischen Hauptstadt Bukarest wird ein Büro eingerichtet, von dem aus die Überwachung und Abrechnung der gemeinsam genutzten Container erfolgt.

Diese Entscheidung ist Ausdruck des schwelenden Unmuts der RGW-Staaten über die grenzenlose Ausplünderung durch die sozialimperialistische Supermacht. Sie haben es satt, von ihr zu Packeseln und Transportkulis degradiert zu werden. Der Direktor der Hauptabteilung im polnischen Ministerium für Außenhandel und Seewirtschaft, Miroslaw Ziemba, erklärte in einem Interview der „Zycie Warszawy“ vom 2.9.1978: „Unsere Aufmerksamkeit (konzentriert) sich auf den Transportbedarf unseres Außenhandels und unserer *nächsten* Partnerländer, der Tschechoslowakei, der DDR und Ungarns.“ Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen, daß die UdSSR allemal *näher* an Polen liegt als Ungarn. Die geographische Lage ist es also nicht. Von dem „Partner“ UdSSR hat Polen genug.

Obwohl mit an vorderster Stelle in der Weltschiffsproduktion, verfügt Polen selbst nur über 320 Schiffe, sein Anteil an der Welthandelsflotte beträgt 0,8%. Fast alle auf den hoch entwickelten polnischen Werften hergestellten Schiffe müssen an die UdSSR abgeführt werden. Läuft mal ein Schiff im Auftrag der Polnischen Seeschiffahrtsgesellschaft „PLO“ vom Stapel, wie kürzlich der Stückgutfrachter „Radzionkow“ oder das im Juli in Betrieb genommene Fährschiff „Pomerania“, meldet die sozialimperialistische Supermacht ihr bescheidenes „Interesse“ an diesen Schiffen an und verteilt Aufträge für die Serienproduktion. Zehn Stückgutfrachter „Radzionkow“ müssen in der nächsten Zeit geliefert werden.

Knapp 50% des polnischen Außenhandels, insbesondere Nahrungsmittel und Rohstoffe, wird auf dem Seeweg transportiert. Die Schiffe sind vollständig überladen. Um die notwendigsten Transportkapazitäten zu schaffen, ist Polen gezwungen, sich in diesem Jahr 22 Schiffe auf britischen Werften bauen zu lassen.

Nicht anders ergeht es der CSSR. Sie ist gezwungen, die UdSSR mit Eisenbahnen zu beliefern. 60% der in den SKODA-Werken in Pilsen produzierten Elektroloks werden in die UdSSR exportiert. Von 1957 bis 1976 mußten insgesamt 1520 Schnellzuglokomotiven an die Sowjetunion geliefert werden. Der 1977 fertiggestellte Prototyp eines neuen Dieseltriebwagens soll von 1978 bis 1980 serienmäßig produziert werden. Um die Sache abzurunden, verkürzte die UdSSR einseitig die Lieferfristen. Weiterhin sind die SKODA-Werke zur Lieferung von Einzelteilen für die Kraftfahrzeugproduktion nach Ungarn verpflichtet, die dort montiert und in die UdSSR geliefert werden. Im August rollte der 50000. Ikarus-Bus über die ungarisch-sowjetische Grenze.

Etwa zur gleichen Zeit veröffentlichte das ungarische Außenhandelsministerium eine Studie, aus der hervorgeht, daß Ungarn an Exporten in die UdSSR im Wert von 80 Mio. Dollar jährlich keinen Pfennig Gewinn macht. Die Schlußfolgerung der Studie ist, die Produktion dieser Waren einzustellen.

Bulgarien, Ungarn und Polen müssen im laufenden Planjahrfünft die Lieferung von Einzelteilen für die PKW-Produktion in die UdSSR auf das anderthalbfache steigern. Die fertigen PKWs werden von der UdSSR mit einem beträchtlichen Extraprofit in die RGW-Staaten exportiert. Während sie für ihre Schrottkisten in den kapitalistischen Ländern durchschnittlich 1040 Rubel verlangt, müssen die RGW-Staaten 1580 Rubel per Stück zahlen.

Ungarn hat für 1978 mit Bulgarien, Rumänien, Polen, der CSSR und der DDR Kooperationsverträge über die gegenseitige Lieferung von Kraftfahrzeugen im Wert von 600 Mio. Rubel abgeschlossen. An die DDR werden 1600 Autobusse geliefert, Ungarn bezieht 10000 LKWs. Aus der CSSR bezieht Ungarn ebenfalls im Tausch gegen Autobusse und Fahrwerke Lastwagen. Polen liefert 3700 Polski-Fiat und erhält 450 Autobusse. An Bulgarien werden 200 Autobusse und Garagenausrüstungen geliefert, während Bulgarien Ungarn mit Akkumulatoren und Autohebeausrüstungen versorgt. Rumänien importiert aus Ungarn 100 Autobusse und Ersatzteile und liefert Betonmischfahrzeuge, PKWs und 500 Geländefahrzeuge.

Die RGW-Staaten ziehen der sozialimperialistischen Supermacht und ihrem „Komplexprogramm der ökonomischen Integration“, das die Komplexität der Ausplünderung besiegeln soll, Schranken. Im Rahmen dieses Komplexprogrammes hatten die Sozialimperialisten 1963 die Internationale Organisation für den Eisenbahntransport gegründet. 280000 Waggons sind in diesem RGW-Wagenpark im Einsatz. Genutzt werden sie fast ausschließlich von der UdSSR, um ihre Im- und Exporte zu befördern. 1974 wurde in der UdSSR das Transsibirische Containernetz vom Fernen Osten bis an die Westgrenze der UdSSR eingerichtet. Die Supermacht machte bei der Verkürzung dieses Transportweges für jede Million Tonnen Güter einen Gewinn von 3,4 bis 4 Mio. Rubel. Die Umschlagszeit wurde um 25 bis 30% verkürzt, 1500 Verladearbeiter wurden wegrationalisiert. Die nötigen Waggons werden den RGW-Staaten vorenthalten. Eine Klausel sieht vor, daß zwar bei einem Defizit an Waggons um Ergänzung des Wagenparks bei der Zentralstelle ersucht werden kann, die je nach Lage innerhalb 48 Stunden zur Verfügung gestellt werden. 48 Stunden aber reichen aus, um zahlreiche Waren verderben zu lassen oder bei bestehenden Lieferfristen in Verzug zu geraten und mit Konventionalstrafen belegt zu werden. Im Interesse ihrer Plünderabsichten hat die UdSSR Schwergewicht darauf gelegt, daß in den RGW-Staaten in erster Linie die Eisenbahnstrecken von den Industriezentren an die Grenze zur UdSSR elektrifiziert werden.

Ein Bestandteil des gemeinsamen Transportprogramms der RGW-Staaten, die den Sitz ihrer Containerorganisation absichtsvoll in das nach Unabhängigkeit strebende Rumänien gelegt haben, ist die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken von den Ostseehäfen der DDR und Polens zu den Schwarzmeerhäfen Bulgariens und Rumäniens, ebenso wie die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke von Ungarn nach Jugoslawien. Im Zuge seines Programms der Sicherstellung des selbständigen Seetransports bis 1980 hat Rumänien Ende August den zweiten 150000-t-Tanker aus der Serie „Independenta“ in Betrieb genommen.

RGW-Staaten gründen gegen den „Partner“ UdSSR gemeinsame Transportorganisation

z.rua. Am 27.8. hat der „Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst“ (ADN) der DDR bekanntgegeben, daß die RGW-Staaten einen Container-Pool für die gemeinsame Nutzung von 20-

wickelten polnischen Werften hergestellten Schiffe müssen an die UdSSR abgeführt werden. Läuft mal ein Schiff im Auftrag der Polnischen Seeschiffahrtsgesellschaft „PLO“ vom Stapel

die UdSSR im Wert von 80 Mio. Dollar jährlich keinen Pfennig Gewinn macht. Die Schlußfolgerung der Studie ist, die Produktion dieser Waren einzustellen.

sind in diesem RGW-Wagenpark im Einsatz. Genutzt werden sie fast ausschließlich von der UdSSR, um ihre Im- und Exporte zu befördern. 1974

Vor allem aus dem Geschäft mit der Sojabohne erhoffen sie sich noch fabelhafte Profite. In der Tat verfügen die USA auf diesem Gebiet über ein einzigartiges Weltmonopol: sie be-

die zu dieser Sitzung einen Beobachter geschickt hatten, am 7. und 8. September. Diese Beratungen haben die Imperialisten in öffentlich geäußerte Sorge um eine „OPEC des Kaffees“ ausbrechen lassen. In der Tat fürchten sie hier nichts so sehr, als daß es den Kaffee produzierenden Ländern gelingen könnte, ähnlich wie die OPEC neben der Quotenfestsetzung verbindliche einheitliche Preisfestlegungen zu erreichen.

1962 erreichten die Länder der dritten Welt, die Kaffee produzieren, die Unterzeichnung des ersten Kaffeeabkommens. Damals wurden für jedes Jahr aufgrund der Produktion und der angegebenen Nachfrage Produktionsquoten aufgestellt für jedes Export-Land. Die ICO gab Quoten-Marken in den jeweiligen Proportionen an die produzierenden Länder aus, und die importierenden (meist imperialistischen) Unterzeichnerländer verpflichteten sich, ausschließlich Kaffee ins Land zu lassen, der von solchen Marken begleitet war. Der Kampf in der

sich dem Vernehmen nach führende amerikanische Importeure an das brasilianische Kaffeeinstitut gewandt und verlangt, ebenfalls zu Vorzugsbedingungen bedient zu werden“ (Blick durch die Wirtschaft, 20.2.78). „Auch Kolumbien verkauft Kaffee inzwischen billiger, während das mexikanische Kaffeeinstitut trotz zahlreicher anderslautender Berichte aus Händlerkreisen darauf beharrt, Kaffee nicht unter seinem Mindestpreis von 2,07 Dollar . . . abzugeben. Eine neue, als mysteriös bezeichnete Ernteeinschätzung von dort besagt, daß 1977/78 mehr als 3,2 Millionen Sack eingebracht werden können. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hatte die mexikanische Produktion vor zwei Wochen auf 4,15 Millionen Sack veranschlagt.“ (27.2.)

Die Frechheit der Imperialisten springt ins Auge. Die Kaffee produzierenden Länder wollen sich nicht mit den Exportquoten, für die sie jetzt kämpfen, begnügen.

Kaffeeverbrennung in Brasilien 1932. Ein verzweifeltes Mittel Brasiliens, um dem Ruin durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Preisdrückerei unter der weltweiten Herrschaft der Finanzbourgeoisie zu entgehen.

stimmt laben . . .“. (15.9.78)

Tatsächlich ist auf der Genfer Konferenz über ein „Weltweizenabkommen“ (vgl. KVZ 13/78), die im Juli endgültig gescheitert ist, die Front der Imperialisten gespalten gewesen, während die der Länder der Dritten Welt geschlossen war. Die Länder der Dritten Welt forderten von den US-Imperialisten die Festlegung von Mindest- und Höchstpreisen sowie die Anlage von Ausgleichslagern, um Erpressung und Spekulation einzudämmen. Für viele dieser „bedürftigen Länder“ war 1978 das dritte gute Erntejahr hintereinander gewesen. Das hat den Bann der US-„Weizenwaffe“ endgültig gebrochen.

Die Imperialisten der EG und Japans forderten ihrerseits von den US-Imperialisten, die Verhandlungen auch auf andere Getreidearten, vor allem auch auf Sojabohnen, auszudehnen. Die US-Imperialisten haben das abgelehnt. Sie waren sogar kaltblütig genug, über der Frage ihrer ungehinderten Agrarexporte die gesamten GATT-Verhandlungen, die sie seit dem vergangenen Jahr im Rahmen der „Tokio-Runde“ mit ihren westlichen Konkurrenten führen, platzen zu lassen.

RGW-Staaten gründen gegen den „Partner“ UdSSR gemeinsame Transportorganisation

Maßloser Plünderungsfeldzug

z.gih. „Wenig Kinder – Wenig Kosten?" heißt eine Dokumentation zur Bevölkerungsentwicklung, die der rheinland-pfälzische Sozialminister Gölter, CDU, am Donnerstag, dem 7.9., der Presse vorgestellt hat. „Niemals seit Beginn der Industrialisierung ist es in nationalen Bevölkerungen zu derartig ausgeprägten Einbrüchen der Geburtenzahlen gekommen." Und droht: „Dies werde spürbare Auswirkungen auf das ‚soziale Gefüge' haben." Für die Bourgeoisie zahlt sich die Tatsache, daß weite Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen sich kein Kind leisten können, in barer Münze aus: „Bei weiter sinkender Geburtenzahl sparen die öffentlichen Kassen im laufenden Jahr rund 1,5 Milliarden DM ein, 1984 bereits 6,5 Milliarden und 1990 mehr als 13 Milliarden Mark." Aber das ist noch nicht alles, denn hier wurden nur die Einsparungen für Kindergeld, Sozialhilfe, Schulen und Ortszuschläge und Beihilfen im Öffentlichen Dienst berücksichtigt. Weitere Einsparungen tätigt die Bourgeoisie beim Wohngeld und der Sparförderung. Lohnbestandteile fallen weg, weitere Einbrüche in den Lohnstandard, gerade im öffentlichen Dienst, versprecnen sich die Bourgeois davon. Diese Summen reichen ihr bei weitem nicht aus. Bis in das Jahr 2040 rechnet der Sozialminister Gölter die Bevölkerungsentwicklung hoch, sein Ergebnis: der Bevölkerungsschwund wird „vor allem für die Sozialversicherung zu schweren Belastungen führen. Die Beitragssätze müßten stark ansteigen. Der Beitragssatz der Rentenversicherung werde dann wenigstens bei 30 Prozent liegen. In der Krankenversicherung könne man den Beitragssatz auf 20 Prozent schätzen." Mit der Verpflichtung auf den „Generationenvertrag" sollen diese Zahlen dafür herhalten, *kurzfristig* einen großangelegten Plünderungsfeldzug gegen die Volksmassen zu starten. Ab 1.1.1979 steht die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 0,5% auf 18,5% an. Da es aber „für eine Umkehr in der Geburtenentwicklung zu spät sei", sollen sich die Volksmassen mit diesen Zahlen abfinden.

„Unbeliebtheit der Bürokratie" ist Haß auf die Bourgeoisie

z.bil. Bundeskanzleramt und Bundesforschungsministerium haben ihre Studien über die „Beliebtheit der Bürokratie" am 8.9. veröffentlicht. Ergebnis: Das sozialwissenschaftliche Sinus-Institut berichtet von „gravierenden Vorbehalten gegenüber staatlichen Ämtern und Behörden": „40% der Befragten mißtrauten der Verwaltung und unterstellen ihr Bestechlichkeit und Willkür; 80% kritisierten ihre Undurchschaubarkeit; vor allem Frauen, ältere Mitmenschen und ungelernte Arbeiter sähen in der Bürokratie eine Quelle von Angst, Verunsicherung und Demütigung; 68% schätzen die Leistungsstärke der öffentlichen Verwaltung für ineffektiv ein." Verwunderlich, daß Bundeskanzleramt und Bundesforschungsministerium gegen „die Bürokratie" zu Felde ziehen? Kaum, denn es klärt sich gleich auf, *wie* das zusammenhängt: „81% der Sachbearbeiter und 60% der Sozialarbeiter weisen ihre Klienten nicht auf zusätzliche Leistungen hin, die ihnen zustehen. Die Ermittlungstätigkeit steht bei den Sozialarbeitern zu sehr im Vordergrund, es fehlt das Bestreben, anläßlich von Hausbesuchen Ratschlag und Information zu geben." Nun hat bekanntlich die Bundesregierung durch eine ganze Reihe von Gesetzen sowohl die „Leistungen" gekürzt als auch die Ermittlungstätigkeit ausgedehnt. Das betreibt sie auf Anordnung der Bourgeoisie. Die Unterdrückung und Kontrolle, die der bürgerliche Staatsapparat tagtäglich an den Massen vollführt, soll sich als Tat der Millionen Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten in den öffentlichen Diensten darstellen. Üble Spaltung ist beabsichtigt, die auf Isolierung der Bediensteten in den öffentlichen Diensten von der Arbeiterbewegung und auf Verschärfung der Dienstaufsicht abzielt. Die Arbeiter in der Industrie werden nicht für mehr „Leistungsstärke", für kapitalistische Rationalisierung, Lohnsenkung und Unterdrückung in den öffentlichen Diensten eintreten, gegen die sie selbst auch kämpfen!

Unter der Flagge „Recht auf Arbeit" wird Überarbeit propagiert

Sozialdemokraten und Revisionisten versuchen, den Kampf gegen die Enlassungen bei Klöckner zu zersetzen

r.thw. „In Fortführung laufender Kostensenkungsmaßnahmen sind neben Einsparungen auf allen anderen Gebieten auch weitere Personaleinschränkungen unvermeidlich." So kündigt die Betriebsführung der Klöckner Hütte Bremen die Entlassung von insgesamt 693 Arbeitern und Angestellten sowie umfangreiche Umsetzungen an.

Versuchten die Senatssozialdemokraten bei der ersten Entlassungswelle im vergangenen Jahr noch, den Schein eines Widerspruchs zu den Klöcknerkapitalisten zu wahren, so verbreiten sie diesmal – nach Absprache mit der Betriebsführung – offen Sozialchauvinismus: „Wenn man sich vorstellt, daß dieses Unternehmen rund 250000 t Stahl im Monat produzieren könnte ... und aufgrund der EG-Vereinbarungen nur noch rund 110000 t produziert werden können, dann können Sie selber aus diesen Zahlen entnehmen, mit welchen Problemen dieses Unternehmen zu kämpfen hat. Sicherlich wird man sich überlegen müssen, ... daß in bestimmtem Umfange natürlich auch Einschränkungen hingenommen werden müssen." (SPD-Wirtschaftssenator Tiedemann im Rundfunk)

Daß „Einschränkungen natürlich hingenommen werden müssen", ist auch die Meinung der Reformisten und Revisionisten in Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Ziemann (DKP) zitiert in der selben Sendung eine Erklärung des Betriebsrats:

„Der Betriebsrat lehnt die Absichtserklärung des Werksvorstandes, die zum Verlust von 700 Arbeitsplätzen führen soll, in der vorliegenden Form ab. Auf der anderen Seite ist der Betriebsrat bereit, über alle sozial vertretbaren Maßnahmen zu verhandeln, die ein vorzeitiges Ausscheiden der Kollegen aus dem Betrieb zum Ziel haben. Der Betriebsrat fordert in diesem Zusammenhang die vorzeitige Pensionierung aller Leute, die man über den z.Zt. bestehenden und noch neu zu überdenkenden Sozialplan nach Hause schikken kann."

Nach dem Sozialplan von 1977 wurden alle Arbeiter und Angestellten über 59 Jahre bei Zahlung einer „Überbrückungsbeihilfe" in Höhe ihres durchschnittlichen Nettomonatslohns sowie der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge „bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, höchstens jedoch für die Dauer von 12 Monaten" entlassen, wobei Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Erwerbsunfähigkeitsrente usw. auf diese „Überbrückungsbeihilfe" angerechnet, sprich: nicht gezahlt werden. Dieser Sozialplan soll jetzt auf alle Arbeiter und Angestellten ab 57 Jahren ausgedehnt werden. Die Reformisten und Revisionisten propagieren diese Frühverrentung bei Kürzung der Rente und des Arbeitslosengeldes als Schritt in Richtung auf die Forderung nach 55 Jahre Rentenalter, in dem sie – anknüpfend an den Haß der Arbeiter auf die Knochenschinderei für die Klöcknerkapitalisten – verbreiten, man müsse sich ärgern, wenn man das entsprechende Alter, um in den Genuß der „vorzeitigen Pensionierung" zu kommen, noch nicht erreicht habe.

Für die verbleibenden Arbeiter propagieren die Sozialdemokraten die Überarbeit bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen, indem sie in eine Protesterklärung von 80 Arbeitern des Warmwalzwerkes das Verlangen nach Beibehaltung der vierten Schicht, d.h. der Conti-Schicht lanciert haben und ihre Tarifkommissionsmitglieder bei den Manteltarifverhandlungen die fünfte Schicht und die Sechsstundenschicht fordern lassen.

Gerade die Arbeiter des Warmwalzwerkes haben lange und hartnäkkig gegen die Einführung der Conti-Schicht an der Breitbandstraße und hernach an anderen Anlagen gekämpft, wie sie auch gegen die Rationalisierungen und die Intensivierung der Arbeit mittels eines Prozeßrechners, deren Folge die jetzt geplanten Entlassungen im Warmwalzwerk sind, gekämpft haben. Diese Arbeiter haben heute genauso wenig wie bisher und wie alle Arbeiter ein Interesse an der Nacht- und Conti-Schicht. Sie kennen die Absichten der Kapitalisten und wissen, daß grundlegend für den Kampf gegen diese Absichten der Kapitalisten der Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag ist. Diese Erfahrungen konnten die Sozialdemokraten nicht völlig aus der Erklärung heraushalten, in der auf die beabsichtigte Lohnsenkung um bis zu DM 300 im Monat hingewiesen wird und es dann weiter heißt: „Eine ganze Reihe von Kollegen muß mit Herabstufung ihrer bisherigen Lohngruppe rechnen. Mit der verringerten Belegschaft soll die gleiche Produktion aufrechterhalten werden, was für die verbleibenden Arbeiter noch mehr Hetze und Belastung bringen wird."

Da es sich bei dem Lohnverlust um die Samstagnacht- und Sonntagsschichtzuschläge handelt, setzen die Sozialdemokraten hier an, um die Tatsache zu vertuschen, daß Schicht und Conti-Schicht den Arbeitern nur aufgrund ihres niedrigen Lohnes aufgezwungen werden kann, und um den Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung in einen Kampf für die Ausbeutung bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen zu verkehren.

Die Zerstörung der Natur macht sich bezahlt

Höchstprofit für VAW Leichtmetall/ Angriff auf die Bauernexistenz

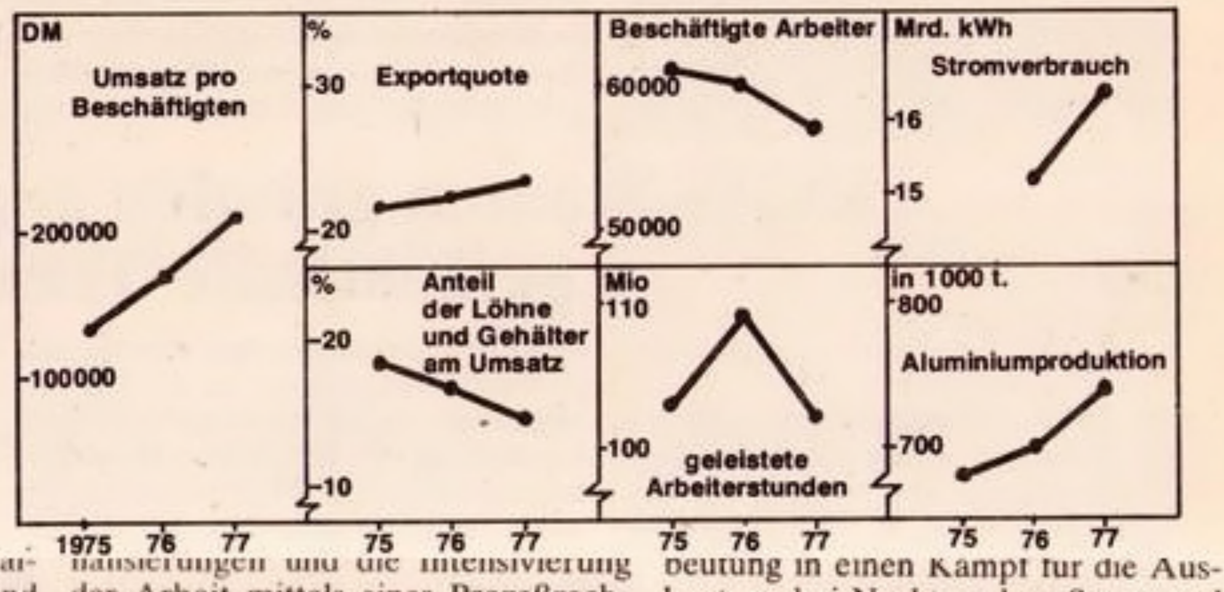
r.mis. Seit 1972 produziert die VAW-Stade 600000 t Aluminium pro Jahr. Der Ausbau auf rund 1000000 t steht zur Zeit an, und die VAW-Kapitalisten sind auf einen Endausbau der Produktion auf 2100000 t aus.

Wie auch bei der benachbarten Dow Chemical, die u.a. die für den Aufschluß der Bauxiterde benötigte Natronlauge an VAW liefert, wurde zunächst einfach der Bau begonnen und dann erst das Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Der Stadtrat Stade hat alles getan, um die Kapitalisten zu schmieren. Im Bebauungsplan wurde die Gemeinde Bützfleth, die direkt an das Industriegebiet grenzt, umbenannt von Wohngebiet in „gemischtes Gebiet", was den Kapitalisten die Industrieansiedlung unter geringeren Auflagen erlaubt. Darüber hinaus hatten die VAW-Kapitalisten, im Gegensatz zu DOW-Chemical, sich im ersten Genehmigungsverfahren den Ausbau aller weiteren Stufen vom Staatsapparat absichern lassen. Das zeigt, daß sie schon von Anfang an mit dem Widerstand der Volksmassen rechneten.

Bei der Aluminiumproduktion blasen die Kapitalisten täglich 140 kg Fluor in die Luft. Maßgeblich ist der Fluorwasserstoff, der entweder eingeatmet wird oder sich in der Umgebung des Werkes anlagert in Form von Flußsäure. So wurde in 5 km Entfernung von der VAW eine Erhöhung an kranken Birkenblättern um das siebenfache gegenüber noch gesunden Blättern nachgewiesen. Die Folgen von Fluoreinwirkungen auf Bäume sind verminderte Blattausbildung, die eine Verminderung der Wurzeln nach sich zieht, so daß nach einigen Jahren der Baum ganz eingeht. Bei den Apfelbäumen der Obstbauern treten abfallende Blüten, verfrühter Fruchtabfall vor der Reife und Schorfbildung auf. Die Apfelbäume der Obstbauern tragen immer weniger Obst. Ein Bauer berichtete uns, daß besonders die hochwertigen Apfelsorten, für die sie einen besseren Preis erzielen können, schnell angegriffen werden. Diejenigen Äpfel, die Schorf an der Schale ansetzen, können nur an die Mostereien verkauft werden, wo der Preis niedriger liegt, zur Zeit bei 7 bis 8 DM pro Zentner. Tienen, Obstbauversuchsanstalt Jork, begutachtete, daß im Abstand von 5 km um das Werk herum der Obstanbau eingestellt werden muß. Prof. Gordon (Universität Montana) kommt auf einen Abstand von 15 km. Damit vernichten die VAW-Kapitalisten die Existenz der Obstbauern, praktisch des gesamten Alten Landes und eines großen Teiles Kehdingens und vernichten gleichzeitig das Produkt der Arbeit der vorangegangenen Bauerngenerationen, die seit dem 12. Jahrhundert diesen Elbniederungsstreifen unter Strapazen erst urbar gemacht und dann durch das jährliche Entkleien der mühsam gezogenen Entwässerungsgräben die neugeschaffene Kulturfläche unterhielten.

Auch die Bauern, die Viehwirtschaft betreiben, werden auf diese Art von den Aluminiumkapitalisten gelegt. Insbesondere bei Schafen und Kühen werden die Knochen porös und dick, was Schmerzen in den Muskelgeweben bereitet und letztlich zur Lähmung führt. Bei Jungtieren nutzen sich die Zähne ab, sie fressen und saufen wegen der Schmerzen schlecht; Gewichtsabnahme, verringerte Milchabgabe, Knochenbrüche, Notschlachtungen schlagen sich in den Büchern dieser Bauern nieder.

Mit dem Bau der Hütte haben die Bauern den Widerstand organisiert. Durch „freiwillige" Entschädigungszahlungen an einige Obstbauern versuchten die VAW-Kapitalisten, die Bauern zu spalten und die offizielle Anerkennung der Schäden zu umgehen. Inzwischen haben die Bauern in einem Vertrag zwischen dem Landvolkverband und der VAW sich Verbesserungen erkämpft. Sie erhalten Ausgleichszahlungen für Ernteeinbußen durch die Fluorschäden am Obst. Allerdings beschränkt sich dies Abkommen nur auf die Obstbauern, betrifft nur Bauern, deren Höfe in einem Umkreis von drei km um das Werk liegen, und sie müssen durch Verkaufsbelege den Nachweis für die Ernteeinbußen führen.



lem -für die Sozialversicherung zu schweren Belastungen führen. Die Beitragssätze müßten stark ansteigen. Der Beitragssatz der Rentenversicherung werde dann wenigstens bei 30 Prozent liegen. In der Krankenversicherung könne man den Beitragssatz auf 20 Prozent schätzen." Mit der Verpflichtung auf den „Generationenvertrag" sollen diese Zahlen dafür herhalten, kurzfristig einen großangelegten Plünderungsfeldzug gegen die Volksmassen zu starten. Ab 1.1.1979 steht die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 0,5% auf 18,5% an. Da es aber „für eine Umkehr in der Geburtenentwicklung zu spät sei", sollen sich die Volksmassen mit diesen Zahlen abfinden.

„Unbeliebtheit der Bürokratie" ist Haß auf die Bourgeoisie

z.bil. Bundeskanzleramt und Bundesforschungsministerium haben ihre Studien über die „Beliebtheit der Bürokratie" am 8.9. veröffentlicht. Ergebnis: Das sozialwissenschaftliche Sinus-Institut berichtet von „gravierenden Vorbehalten gegenüber staatlichen Ämtern und Behörden": „40% der Befragten mißtrauten der Verwaltung und unterstellen ihr Bestechlichkeit und Willkür; 80% kritisierten ihre Undurchschaubarkeit; vor allem Frauen, äl-

hingenommen werden müssen", ist auch die Meinung der Reformisten und Revisionisten in Betriebsrat und Ver- plan soll jetzt auf alle Arbeiter und Angestellten ab 57 Jahren ausgedehnt nalisierungen und die Intensivierung der Arbeit mittels eines Prozeßrechners, deren Folge die jetzt geplanten beutung in einen Kampf für die Ausbeutung bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen zu verkehren.

Die Zerstörung der Natur macht sich bezahlt

Höchstprofit für VAW Leichtmetall/ Angriff auf die Bauernexistenz

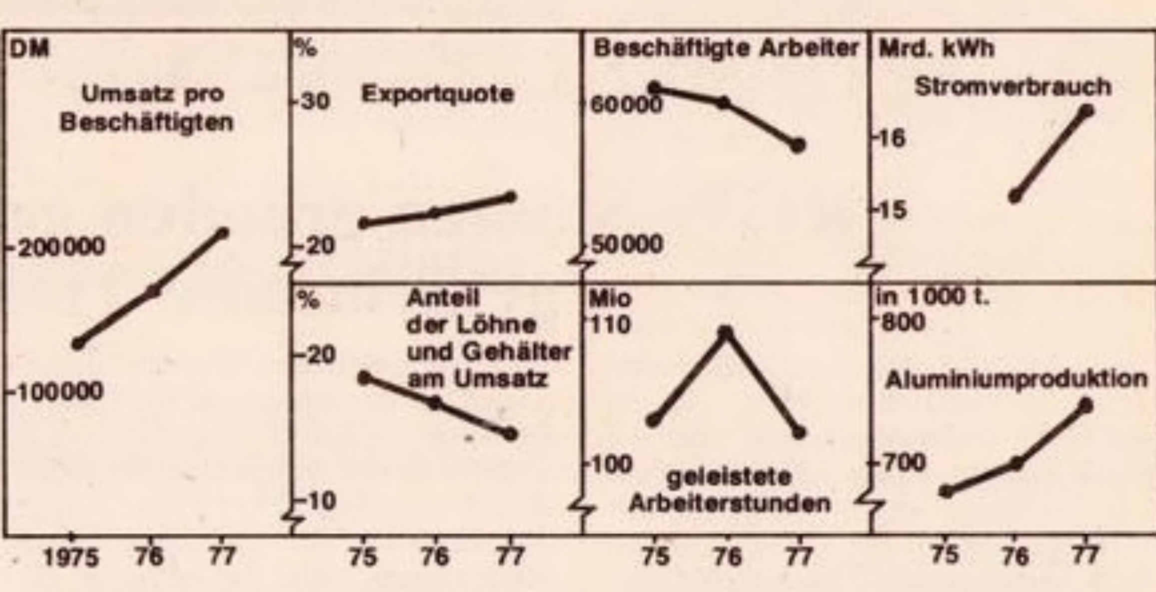
r.mis. Seit 1972 produziert die VAW-Stade 600000 t Aluminium pro Jahr. Der Ausbau auf rund 1000000 t steht zur Zeit an, und die VAW-Kapitalisten sind auf einen Endausbau der Produktion auf 2100000 t aus.

Wie auch bei der benachbarten Dow Chemical, die u.a. die für den Aufschluß der Bauxiterde benötigte Natronlauge an VAW liefert, wurde zunächst einfach der Bau begonnen und dann erst das Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Der Stadtrat Stade hat alles getan, um die Kapitalisten zu schmieren. Im Bebauungsplan wurde die Gemeinde Bützfleth, die direkt an das Industriegebiet grenzt, umbenannt von Wohngebiet in „gemischtes Gebiet", was den Kapitalisten die Industrieansiedlung unter geringeren Auflagen erlaubt. Darüber hinaus hatten die VAW-Kapitalisten, im Gegensatz zu DOW-Chemical, sich im ersten Genehmigungsverfahren den Ausbau aller weiteren Stufen vom Staatsapparat absichern lassen. Das zeigt, daß sie schon von Anfang an mit dem Widerstand der Volksmassen rechneten.

Bei der Aluminiumproduktion bla- zieht, so daß nach einigen Jahren der Baum ganz eingeht. Bei den Apfelbäumen der Obstbauern treten abfallende Blüten, verfrühter Fruchtabfall vor der Reife und Schorfbildung auf. Die Apfelbäume der Obstbauern tragen immer weniger Obst. Ein Bauer berichtete uns, daß besonders die hochwertigen Apfelsorten, für die sie einen besseren Preis erzielen können, schnell angegriffen werden. Diejenigen Äpfel, die Schorf an der Schale ansetzen, können nur an die Mostereien verkauft werden, wo der Preis niedriger liegt, zur Zeit bei 7 bis 8 DM pro Zentner. Tienen, Obstbauversuchsanstalt Jork, begutachtete, daß im Abstand von 5 km um das Werk herum der Obstanbau eingestellt werden muß. Prof. Gordon (Universität Montana) kommt auf einen Abstand von 15 km. Damit vernichten die VAW-Kapitalisten die Existenz der Obstbauern, praktisch des gesamten Alten Landes und eines großen Teiles Kehdingens und vernichten gleichzeitig das Produkt der Arbeit der vorangegangenen Bauerngenerationen, die seit dem 12. Jahrhundert diesen Elbniederungsstreifen unter Strapazen erst urbar ge-

der Schmerzen schlecht; Gewichtsabnahme, verringerte Milchabgabe, Knochenbrüche, Notschlachtungen schlagen sich in den Büchern dieser Bauern nieder.

Mit dem Bau der Hütte haben die Bauern den Widerstand organisiert. Durch „freiwillige" Entschädigungszahlungen an einige Obstbauern versuchten die VAW-Kapitalisten, die Bauern zu spalten und die offizielle Anerkennung der Schäden zu umgehen. Inzwischen haben die Bauern in einem Vertrag zwischen dem Landvolkverband und der VAW sich Verbesserungen erkämpft. Sie erhalten Ausgleichszahlungen für Ernteeinbußen durch die Fluorschäden am Obst. Allerdings beschränkt sich dies Abkommen nur auf die Obstbauern, betrifft nur Bauern, deren Höfe in einem Umkreis von drei km um das Werk liegen, und sie müssen durch Verkaufsbelege den Nachweis für die Ernteeinbußen führen.



r.gör. Das Schaubild zeigt verschiedene Seiten der Entwicklung der Nichteisen (NE)-Metallindustrie, die insbesondere die Aluminiumproduktion umfaßt. Expansion durch verschärfte Ausbeutung: aus den nichtentlassenen Arbeitern wurde mehr Arbeit gepreßt, ihr Lohnanteil am Umsatz gesenkt. Als Mittel hierfür wurde die Rationalisierung durch rasch wachsenden Elektrizitätseinsatz vorangetrieben.
Die Vereinigten Aluminium Werke, Eigentum der Bundesregierung, z.B. haben 1976 ihren Umsatz um 48% gesteigert; ihre Bruttoprofite von 165,5 auf 189,4 Mio. DM (ohne Profite aus Beteiligungen und Finanzanlagen). Dem entspricht eine Steigerung der Profitrate (Bruttoprofit bezogen auf das eingesetzte Sachanlagenkapital) von 16,4 auf 18,9%. Der Steueranteil am Profit ist von 3,9 auf 2,9% gesunken. Als Investitionszulagen des Staates wurden 1975 und 1976 zusammen 7,5 Mio. DM ausgewiesen, mehr noch als 1976 an Steuern gezahlt wurde.

KBW kandidiert zu den Landtagswahlen in Hessen und Bayern

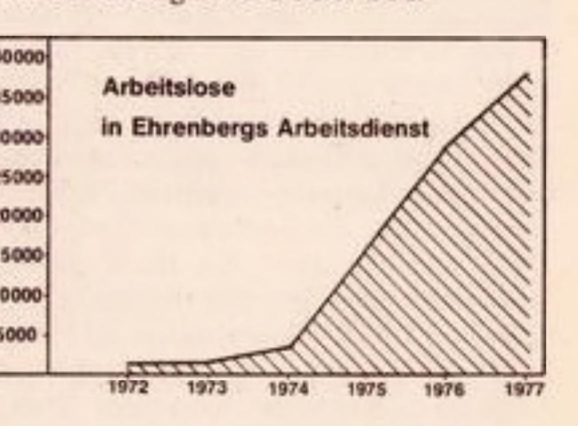
z.lup. Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird an den Wahlen zu den Landesparlamenten in Hessen und Bayern am 8.10.1978 bzw. 15.10.1978 mit eigenen Kandidaten teilnehmen. In Bayern kandidiert der KBW auf einer Landesliste und in allen 7 Wahlkreisen, in Hessen auf einer Landesliste und in allen 55 Wahlkreisen. Für die Aufstellung eigener Kandidaten hat der bürgerliche Staat in Hessen die Auflage gemacht, 1000 Unterschriften für die Landesliste und 50 Unterschriften für jeden der 50 Wahlkreise 34 Tage vor der Wahl vorzulegen, in Bayern müssen 500 Unterschriften pro Wahlkreis 34 Tage vor der Wahl vorgelegt werden. Diese Unterschriften müssen amtlich bestätigt sein. Nachdem in Bayern insgesamt 10036 Unterschriften gesammelt worden sind und in Hessen 6237 auf der Landesliste und 6611 auf den Kreislisten, haben die jeweiligen Landeswahlausschüsse und die Kreis- bzw. Bezirkswahlausschüsse die Kandidatur des KBW zugelassen.

Herzschrittmacher „volkswirtschaftlich" betrachtet

z.mif. Prof. Satter von der Frankfurter Universitätsklinik hat auf der 19. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie im August das Recht des bürgerlichen Staates proklamiert, per Einsatz von Herzschrittmachern über die Lebensdauer der Arbeiter zu entscheiden. Er hat einen „Kostenaufwand von 2,92 DM pro Tag" bei einer „Lebensdauer (des Geräts) von etwa 5 Jahren" errechnet. Das „derzeit billigste Gerät" sei aber „mit einem einmaligen Aggregatwechsel schon kostspieliger als der derzeit teuerste Lithiumschrittmacher." Mit der Festlegung des Schrittmachertyps ist also die Lebenszeit des Arbeiters nach oben begrenzt. Ferner: „Nicht jedes Leben sei lebenswert, und außer der Aufrechterhaltung einer echten Lebensqualität müßten Überlegungen einbezogen werden, ob es medizinisch und volkswirtschaftlich immer sinnvoll sei, alles technisch Machbare auch durchzuführen." Der Euthanasieexperte hat abzuwägen zwischen noch abpreßbarem Mehrwert und den Kosten für Kranken- und Rentenversicherung (zit. nach: Medical Tribune, 1.9.78).

Bei ABM: Der öffentliche Dienst ist bester Kunde

z.gab. Ehrenberg ist gründlich darangegangen, den Arbeitsdienst aufzubauen – auf nahezu 38000 Arbeiter hat die Arbeitsverwaltung die Zahl der „ABM"-Beschäftigten bis 1977 gesteigert. „Verwaltungen und Behörden tragen ihre Projektwünsche an das Arbeitsamt heran, das dann entsprechend Arbeitslose zuweist" (Schwäbische Zeitung) – für den Wegebau, Spielplatzbau, Autobahnbau, als Lohnrechner in den Behörden oder anderes ... zum „ABM-Tarif". Dieser sieht so aus: ein Lohnrechner zum Beispiel in einer Gemeindeverwaltungsstelle erhält nach ABM-Tarif II 1395 DM brutto, als Angestellter mit Zeittarif erhielte er BAT VII, 1615 DM in Stufe 1 und festangestellt BAT Vc, das sind 1813 DM in Stufe 1. Lohnsenkung, Spaltung, Entrechtung und Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiterklasse betreibt die Bourgeoisie: 90–100% der Lohnkosten, Sozial- und Krankenversicherung der ABM-Beschäftigten werden von den Arbeitsämtern aus den Versicherungsgeldern gezahlt. Rund 1,3 Millionen DM hatten allein die Gießener Behörden in den letzten beiden Jahren für „ABM" aus der Arbeitslosenversicherung eingestrichen, die Kieler Bauverwaltung rund 1 Mio. DM.



Gesetzliche Erdbebenversicherung – neue Plünderungsidee

z.ans. Nach dem Erdbeben in der Schwäbischen Alb wittern die staatlichen Monopol-

Arbeitsplatzsicherung – Phrase der Sozialdemokratie

Das „Arbeitsplatzsicherungsabkommen" in der Kautschukindustrie fördert den Verschleiß der Arbeitskraft und die Frühverrentung

r.hah. Seit 1969 hat der Conti-Konzern die Beschäftigtenzahl von 28000 auf 18000 gedrückt. Massenentlassungen scheiterten am Widerstand der Arbeiter, entscheidendes Mittel der Reduzierung war ein Einstellungsstopp. Der Altersdurchschnitt im Konzern stieg. Waren 1969 29% der Arbeiter und Angestellten über 45 Jahre, so stieg dieser Prozentsatz auf 46,9% 1976. Was die Reifen-Kapitalisten jedoch brauchen in der Konkurrenzschlacht, ist junge, unverbrauchte Arbeitskraft.

Im Juni ist das neue „Arbeitsplatzsicherungsabkommen" (ASA) für die Kautschukindustrie Niedersachsens und Hessens abgeschlossen worden. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung spricht von erhöhtem Schutz der älteren Arbeiter vor Entlassung, Lohnabbau und gesundheitlicher Schädigung. Sie preist das Abkommen als „wichtigen sozialpolitischen Durchbruch". Kernpunkt des Abkommens ist der sogenannte Verdienstschutz für ältere Arbeiter, die aus gesundheitlichen Gründen die ihnen bisher abgepreßte Leistung nicht mehr bringen können. Ihnen soll bei Umsetzung auf Arbeitsplätze mit geringerer Qualifikationsanforderung der frühere Lohn weitergezahlt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß bei Addition von Lebensalter und Dauer der Betriebszugehörigkeit die Zahl 74 erreicht wird (z.B. ein 48 Jahre alter Arbeiter mit 22 Jahren Betriebszugehörigkeit). Sofort wird deutlich: nur der kleinste Teil der Arbeiter und Angestellten kommt überhaupt in Betracht für den Verdienstschutz. In *Anwendung* kommt der Verdienstschutz für die wenigsten von ihnen. Denn die Regelung erweist sich als ein Freifahrtschein für die Reifenkapitalisten, die älteren Arbeiter bis zum letzten zu schinden.

Personalchef Lohauß äußerte in einem Interview mit der Conti-Werkszeitung: Verdienstschutz gibt es nur, „wenn die gesundheitlichen Gründe *einwandfrei* eine Umsetzung oder Leistungsminderung bedingen. Einen allgemeinen Verzicht auf Akkordleistung von einem bestimmten Alter an sieht der vorliegende Vertrag nicht vor." Hat ein älterer Arbeiter z.B. Kreislaufstörungen, schafft aber noch seine Arbeit, dann behält er sie – bis es wirklich nicht mehr geht. Die Entscheidung darüber, ob eine Leistungsminderung vorliegt und ob sie gesundheitliche Gründe hat, hat sich das Kapital selbst vorbehalten. In einer Abteilung im Conti-Werk Limmer wurden z.B. alle Verdienstschutz-Anträge gleichlautend abgelehnt: „Laut übereinstimmender Aussage Ihrer Abteilungsleitung und des Werksarztes sind Sie am gewohnten Arbeitsplatz auch weiterhin voll einsatzfähig. Ihr Antrag ruht daher ..." Werksarzt König hatte noch nicht einmal eine Untersuchung für nötig gehalten.

Auch für die älteren Arbeiter volle Leistungsauspressung, bis es wirklich nicht mehr geht, dann ab in die Frühverrentung, das ist das schlichte Rezept des Conti-Kapitals zur kostengünstigen Bewältigung des „Altersproblems". So gibt es ganze Abteilungen auf der Conti, wo im Akkord gearbeitet wird und wo kein einziger Arbeiter Verdienstschutz im Sinne des ASA bekam, wo aber jeder Arbeiter, wenn er dieses Alter überhaupt erreicht, mit 59 Jahren in die Frühverrentung geht. Mittlerweile werden bereits 50% aller Beschäftigten, die auf der Conti in Rente gehen, vorzeitig verrentet. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß Werksarzt König Antragstellern auf ASA, die um die 60 sind, gern den Ausweg der vorzeitigen Verrentung weist. Stimmen sie zu, schreibt er für die LVA ein entsprechendes Gutachten, lehnen sie ab, weil sie sich noch ihren vollen Rentenanspruch erarbeiten wollen, erklärt er sie für „voll einsatzfähig". Für das Kapital bedeutet dieses Verfahren: garantiert volle Aussaugung der Arbeitskraft bis 59, um sie sich dann vom Halse zu schaffen, indem höchstens ein Jahr lang die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und bisherigem Effektivverdienst gezahlt wird (im Durchschnitt knapp 500 DM monatlich). Für den Arbeiter bedeutet es: endgültige gesundheitliche Ruinierung und eine klägliche Rente in den nächsten Jahren.

Auf der letzten Betriebsversammlung in Conti-Vahrenwald forderten unter dem Beifall der Belegschaft verschiedene Arbeiter: Runter mit der Akkordhetze! Bessere Arbeitsbedingungen! Sicherung des bisherigen Effektivlohns bei Umsetzungen! Es sind Forderungen, die dem Verschleiß der Arbeitskraft und dem Lohnabbau Schranken setzen können.

Deminex auf Erdölsuche in Indonesien

z.wig. Die Deminex (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH) hat mit der staatlichen indonesischen Erdölgesellschaft Partamina in Djakarta einen Vertrag über die Erschließung und Ausbeutung von Erdöl abgeschlossen. Für ein 4825 qkm großes Gebiet im Nordosten der Insel Kalimantan-Borneo erwirbt die Deminex mit diesem Vertrag die Rechte für die Erschließung der Erdölvorkommen und stellt dafür sowie für die Produktion von Lagern das Kapital. Bei Erdölfunden übernehmen die Partamina und die Deminex die Ausbeutung der Felder anteilig. Mit diesem Vertrag will sich der westdeutsche Imperialismus den Zugriff auf den Erdölreichtum Indonesiens sichern und Indonesien verstärkt in seine Abhängigkeit bringen. Im Rahmen eines 2,5 Mrd. Dollar-Kredits der Weltbank für Indonesien für das Jahr 1978/79 ist er mit 123 Mio. Dollar an der Ausplünderung Indonesiens, die vor allem durch die US-amerikanische und japanische Finanzbourgeoisie betrieben wird, beteiligt. „Von deutscher Seite wurde bisher die zeit- und geldraubende Umständlichkeit der einheimischen Behörden gerügt", muß das „Handelsblatt" über den Kurs der Verteidigung der nationalen Reichtümer Indonesiens feststellen.

Esso: 16 Mrd. Dollar für die Erdölsuche

z.bil. Die Esso AG, Hamburg, eine 100%ige Tochter des amerikanischen Konzerns Exxon Corporation, hat in den letzten Jahren mehr als die Hälfte ihrer Gesamtinvestitionen für die „Erschließung neuer Energiequellen" ausgegeben. Dieser Anteil werde noch steigen „in dem Maße, wie die Ölindustrie immer stärker in unwirtschaftliche Gebiete der Arktis oder in immer größere Wassertiefen vor den Küsten vorstoßen muß". In rund 100 Ländern verfügte der Gesamtkonzern bereits 1975 über Öl-, Gas-, Kohle- und Uranförderanlagen bzw. Anlagen zu deren Verarbeitung und Transport. In 35 Ländern ist Esso an Suchbohrungen beteiligt, mit besonderem Gewicht auf „Offshore"-Bohrungen – Bohrungen vor den Küsten mit schwimmenden Bohrinseln. Mit 8,4 Mrd. Dollar wurden seitdem Bohrungen in der Nordsee, vor der afrikanischen Küste und im Indischen Ozean niedergebracht, in der Nordsee teils gemeinsam mit der Shell in einem Konsortium. In Afrika konzentriert sich die Ölsuche und „Felderschließung" auf die Küsten von Libyen, Marokko, Elfenbeinküste, Gabun, Somalia. Darüberhinaus hat sich der Konzern in Kenia „Prospektionsrechte" für Bohrungen vor der Küste Kenias und auf kenianischem Gebiet an der Grenze zu Somalia eingekauft. Als zweiter Schwerpunkt ist die Ausplünderung der Öl- und Erdgasvorkommen an der Küste Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens geplant. Zu dem Zweck will der Konzern bis 1982 seine Gesamtinvestitionen auf 24 Mrd. Dollar um ein Drittel erhöhen. Zwei Drittel davon zur „Erschließung neuer Energiequellen".

Konzerns Exxon Corporation, hat in den letzten Jahren mehr als die Hälfte ihrer Gesamtinvestitionen für die „Erschließung neuer Energiequellen" ausgegeben. Dieser Anteil werde noch steigen „in dem Maße, wie die Ölindustrie immer stärker in unwirtschaftliche Gebiete der Arktis oder in immer größere Wassertiefen vor den Küsten vorstoßen muß". In rund 100 Ländern verfügte der Gesamtkonzern bereits 1975 über Öl-, Gas-, Kohle- und Uranförderanlagen bzw. Anlagen zu deren Verarbeitung und Transport. In 35 Ländern ist Esso an Suchbohrungen beteiligt, mit besonderem Gewicht auf „Offshore"-Bohrungen – Bohrungen vor den Küsten mit schwimmenden Bohrinseln. Mit 8,4 Mrd. Dollar wurden seitdem Bohrungen in der Nordsee, vor der afrikanischen Küste und im Indischen Ozean niedergebracht, in der Nordsee teils gemeinsam mit der Shell in einem Konsortium. In Afrika konzentriert sich die Ölsuche und „Felderschließung" auf die Küsten von Libyen, Marokko, Elfenbeinküste, Gabun, Somalia. Darüberhinaus hat sich der Konzern in Kenia „Prospektionsrechte" für Bohrungen vor der Küste Kenias und auf kenianischem Gebiet an der Grenze zu Somalia eingekauft. Als zweiter Schwerpunkt ist die Ausplünderung der Öl- und Erdgasvorkommen an der Küste Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens geplant. Zu dem Zweck will der Konzern bis 1982 seine Gesamtinvestitionen auf 24 Mrd. Dollar um ein Drittel erhöhen. Zwei Drittel davon zur „Erschließung neuer Energiequellen".

Streik in der belgischen Erdölindustrie

z.scc.Brüssel. Der Erdölhafen von Antwerpen liegt wie ausgestorben. Die 5000 Arbeiter der Erdölindustrie in Antwerpen und Gent streiken seit Beginn der Woche, und ein Ende ist nicht abzusehen. Zahlreichen Tankstellen ist schon jetzt das Benzin ausgegangen. In den letzten Tagen haben Streikposten der Arbeiter mehrmals verhindert, daß die großen Tankwagen der Erdölgesellschaften ausfahren und die Lager der Tankstellenketten auffüllen konnten. Die Bourgeois sind in ein großes Geheul um die nationalen Erdölvorräte ausgebrochen. Mit Nachschub aus Rotterdam oder französischen Städten versuchen die Kapitalisten, den Streik zu schwächen. Seit Donnerstag fahren Hunderte von Erdölarbeitern an die belgisch-französische oder belgisch-niederländische Grenze und machen sie für Tankwagen dicht. Die belgischen Fernsehnachrichten zeigen am Freitagabend lange Kolonnen von Tankwagen, die nicht nur wegen zerstochener Reifen, zerschlagener Fenster und dichten Streikpostenketten nicht mehr weiterfahren können – die meisten Fahrer solidarisieren sich mit dem Streik der Erdölarbeiter.

Den Streik ausgelöst hatte die Schließung der Belgischen Erdölraffinerie (RBP), einer Tochter der amerikanischen Occidental Petroleum Corporation, vor drei Wochen. Fast von einem Tag auf den anderen saßen über 400 Arbeiter und Angestellte auf der Straße, angesichts einer heftigen Überproduktionskrise in der belgischen Erdölindustrie und einer allgemein hohen Arbeitslosigkeit von 10 % in Belgien ohne Aussicht, schnell einen neuen Ausbeuter zu finden, wenn überhaupt. Kurz nach der Bekanntgabe der Schließung besetzten einige Dutzend Arbeiter die Direktionsgebäude. Am Tag der Schließung, dem 4. September, war die ganze Fabrik besetzt: völlig unbemerkt von der umherstreunenden Reichswache hatten die Arbeiter, vollständig bis auf ein halbes Dutzend, den Betrieb genommen, in einer gut organisierten Aktion die Tore verbarrikadiert. Sie wollen bleiben, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Angestellten unterstützen die Aktion, beteiligen sich aber nicht. Die reformistische Politik, mit der die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführungen den Kampf fesseln, zeigt ihre ersten spalterischen Auswirkungen.

Die Hauptforderung der Besetzung und des allgemeinen Streiks der Erdölarbeiter ist die Anerkennung eines Tarifvertrages von 1960, der noch einmal 1975 durch „Königlichen Beschluß" für „bindend" erklärt wurde. Dieser Tarifvertrag, von den Gewerkschaftsführungen seit eh und je als großer Erfolg gefeiert, legt fest, daß im Fall von Betriebsschließungen die Arbeiter von anderen Kapitalisten der Erdölindustrie übernommen werden müssen. Für die Angestellten gilt dieser Vertrag nicht. Die von den Reformisten beherrschten Gewerkschaften unternehmen „konsequenterweise" keinerlei Anstrengungen, sie im Kampf gegen die Entlassungen zu organisieren.

Die Kapitalisten der Erdölindustrie weigern sich, den Festlegungen dieses Vertrages Folge zu leisten. Warum sollten sie auch über 250 Arbeiter einstellen, wenn ihre Anlagen zu kaum 50 % ausgelastet sind; wenn sie weitere Betriebsschließungen, wie bei Texaco, schon vorbereiten; wenn ihnen der Profit, den sie den Arbeitern auspressen können, gegenwärtig ohnehin zu niedrig ist und jede zusätzliche Einstellung ihnen den Profit weiter drückt? Mag das „Recht auf Arbeit" auch vertraglich „abgesichert" und königlich bestätigt dazu sein, die erste Probe schon zeigt, daß es dies „Recht" nicht gibt, weil eben die Kapitalisten – Kapitalisten, das heißt Höchstprofitjäger sind.

Wie können die belgischen Erdölarbeiter ihren Kampf, den sie mit bewundernswertem Einsatz und großer Geschlossenheit aufgenommen haben, auf dieser Linie erfolgreich durchstehen? Die reformistische Politik des „Rechts auf Arbeit" führt in eine Niederlage, die die belgische Arbeiterbewegung doppelt und dreifach wird bezahlen müssen. Nicht nur, daß die Kapitalisten sich zu dreisten Angeboten ermutigt fühlen: So bietet z.B. Esso die Übernahme von 30 Arbeitern von RBP an – zum niedrigeren Lohn, der den Arbeitern von Subunternehmern gezahlt wird und in der erklärten Absicht, dafür 30 Arbeiter von Subunternehmern zu entlassen. Daß die Arbeiter dieses „Angebot" der Spaltung und Lohndrückerei zurückweisen – die christlich-sozialistische Gewerkschaftsführung hat daran keinerlei Verdienst. Viel gefährlicher und weitreichender noch ist die Tatsache, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer unter dem Ruf nach „Recht auf Arbeit" direkt den Kampf gegen die *Folgen der Arbeitslosigkeit* sabotieren. Kurz vor der Entlassung der über 400 Lohnabhängigen von RBP hat die Tindemans-Regierung ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften, vielmehr mit stillschweigender Billigung ihrer Führer, das „Anti-Krisen-Gesetz" durchbringen können. Es sieht vor allem drastische Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung vor, Kürzungen des Arbeitslosengeldes, erpresserische Bedingungen, kurz Angriffe, die viele der Schranken niederreißen, die die belgische Arbeiterklasse gegen die totale Mobilisierung der industriellen Reservearmee und gegen die Verschärfung der Ausbeutung hatte errichten können.

Und weiter: Die Politik der Reformisten im Kampf gegen die Schließung der Belgischen Erdölraffinerie liefert dem Wirtschaftsminister Claes das Stichwort, mit der staatlichen „Nationalen Erdöl-Ankauf- und Bevorratungs-Gesellschaft", die zu errichten das Finanzkapital mit dem „Anti-Krisen-Gesetz" beschlossen hatte, unter der Arbeiterbewegung hausieren zu gehen: wenn auch der Streik nicht der unmittelbare Anlaß für den Plan zu dieser Gesellschaft sei, so wäre sie doch in der Lage, die „Probleme" der Erdölarbeiter zu lösen und die Beschäftigung wenn nicht aller, so doch der meisten RBP-Arbeiter sicherzustellen. Sicher ist, daß die Erdölarbeiter mit ihrem Streik nichts mit der Stärkung des belgischen imperialistischen Staatsapparates im Sinne haben. Aber ebenso sicher ist, daß dies unvermeidlich das schlimme Resultat ihres Kampfes sein wird, wenn sie nicht vorher mit den Reformisten und Propagandisten des „Rechts auf Arbeit" brechen.



z.scc.Brüssel. Der Erdölhafen von Antwerpen liegt wie ausgestorben. Die 5000 Arbeiter der Erdölindustrie in Antwerpen und Gent streiken seit Beginn der Woche, und ein Ende ist nicht abzusehen. Zahlreichen Tankstellen ist schon jetzt das Benzin ausgegangen. In den letzten Tagen haben Streikposten der Arbeiter mehrmals verhindert, daß die großen Tankwagen der Erdölgesellschaften ausfahren und die Lager der Tankstellenketten auffüllen konnten. Die Bourgeois sind in ein großes Geheul um die nationalen Erdölvorräte ausgebrochen. Mit Nachschub aus Rotterdam oder französischen Städten versuchen die Kapitalisten, den Streik zu schwächen. Seit Donnerstag fahren Hunderte von Erdölarbeitern an die belgisch-französische oder belgisch-niederländische Grenze und machen sie für Tankwagen dicht. Die belgischen Fernsehnachrichten zeigen am Freitagabend lange Kolonnen von Tankwagen, die nicht nur wegen zerstochener Reifen, zerschlagener Fenster und dichten Streikpostenketten nicht mehr weiterfahren können – die meisten Fahrer solidarisieren sich mit dem Streik der Erdölarbeiter.
Den Streik ausgelöst hatte die Schließung der Belgischen Erdölraffinerie (RBP), einer Tochter der amerikanischen Occidental Petroleum Corporation, vor drei Wochen. Fast von einem Tag auf den anderen saßen über 400 Arbeiter und Angestellte auf der
Dutzend, den Betrieb genommen, in einer gut organisierten Aktion die Tore verbarrikadiert. Sie wollen bleiben, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Angestellten unterstützen die Aktion, beteiligen sich aber nicht. Die reformistische Politik, mit der die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführungen den Kampf fesseln, zeigt ihre ersten spalterischen Auswirkungen.
Die Hauptforderung der Besetzung und des allgemeinen Streiks der Erdölarbeiter ist die Anerkennung eines Tarifvertrages von 1960, der noch einmal 1975 durch „Königlichen Beschluß" für „bindend" erklärt wurde. Dieser Tarifvertrag, von den Gewerkschaftsführungen seit eh und je als großer Erfolg gefeiert, legt fest, daß im Fall von Betriebsschließungen die Arbeiter von anderen Kapitalisten der Erdölindustrie übernommen werden müssen. Für die Angestellten gilt dieser Vertrag nicht. Die von den Reformisten beherrschten Gewerkschaften unternehmen „konsequenterweise" keinerlei Anstrengungen, sie im Kampf gegen die Entlassungen zu organisieren.
Die Kapitalisten der Erdölindustrie weigern sich, den Festlegungen dieses Vertrages Folge zu leisten. Warum sollten sie auch über 250 Arbeiter einstellen, wenn ihre Anlagen zu kaum 50 % ausgelastet sind; wenn sie weitere Betriebsschließungen, wie bei Texaco, schon vorbereiten; wenn ihnen der Profit, den sie den Arbeitern auspressen können, gegenwärtig ohnehin zu niedrig ist und jede zusätzliche Einstellung ihnen den Profit weiter drückt? Mag das „Recht auf Arbeit" auch vertraglich „abgesichert" und königlich bestätigt dazu sein, die erste Probe schon zeigt, daß es dies „Recht" nicht gibt, weil eben die Kapitalisten – Kapitalisten, das heißt Höchstprofitjäger sind.
Wie können die belgischen Erdölarbeiter ihren Kampf, den sie mit bewundernswertem Einsatz und großer Geschlossenheit aufgenommen haben, auf dieser Linie erfolgreich durchstehen? Die reformistische Politik des „Rechts auf Arbeit" führt in eine Niederlage, die die belgische Arbeiterbewegung doppelt und dreifach wird bezahlen müssen. Nicht nur, daß die Kapitalisten sich zu dreisten Angeboten ermutigt fühlen: So bietet z.B. Esso die Übernahme von 30 Arbeitern von RBP an – zum niedrigeren Lohn, der den Arbeitern von Subunternehmern gezahlt wird und in der erklärten Absicht, dafür 30 Arbeiter von Subunternehmern zu entlassen. Daß die Arbeiter dieses „Angebot" der Spaltung und Lohndrückerei zurückweisen – die
christlich-sozialistische Gewerkschaftsführung hat daran keinerlei Verdienst. Viel gefährlicher und weitreichender noch ist die Tatsache, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer unter dem Ruf nach „Recht auf Arbeit" direkt den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit sabotieren. Kurz vor der Entlassung der über 400 Lohnabhängigen von RBP hat die Tindemans-Regierung ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften, vielmehr mit stillschweigender Billigung ihrer Führer, das „Anti-Krisen-Gesetz" durchbringen können. Es sieht vor allem drastische Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung vor, Kürzungen des Arbeitslosengeldes, erpresserische Bedingungen, kurz Angriffe, die viele der Schranken niederreißen, die die belgische Arbeiterklasse gegen die totale Mobilisierung der industriellen Reservearmee und gegen die Verschärfung der Ausbeutung hatte errichten können.
Und weiter: Die Politik der Reformisten im Kampf gegen die Schließung der Belgischen Erdölraffinerie liefert dem Wirtschaftsminister Claes das Stichwort, mit der staatlichen „Nationalen Erdöl-Ankauf- und Bevorratungs-Gesellschaft", die zu errichten das Finanzkapital mit dem „Anti-Krisen-Gesetz" beschlossen hatte, unter der Arbeiterbewegung hausieren zu gehen: wenn auch der Streik nicht der unmittelbare Anlaß für den Plan zu dieser Gesellschaft sei, so wäre sie

Veba: „Wieder gute Geschäfte"

z.diz. Zur Veba-Halbjahresbilanz 1978 meldet die „Wirtschaftswoche": „Der Konzernüberschuß von 84 Mio. DM liegt um 31 Prozent über dem Vorjahresergebnis ... Da die Veba in der zweiten Jahreshälfte 1977 im Ölgeschäft beinahe soviel verlor wie die anderen Bereiche verdienten, blieb für das Gesamtjahr nur ein Überschuß von 70 Millionen Mark übrig. Den hat Veba heute schon in der Kasse." Ein großer Teil dieses Profits stammt aus den Knochen der Arbeiter der Chemischen Werke Hüls AG, die Veba im letzten Jahr für 600 Mio. Mark von Bayer gekauft hat. Finanziert wurde dieses Geschäft durch den Verkauf zweier Raffinerien, der Öl-Handelsgesellschaft Stinnes-Strohmeyer, der Beteiligung an der Ruhrgas AG und des Tankstellennetzes Fanal an BP. Neben der Zahlung des Kaufpreises hat BP sich verpflichtet, zwanzig Jahre lang jährlich drei Mio. Tonnen Rohöl an Veba zu liefern. Damit ist ein Gutteil des Ölbedarfs ihrer chemischen Fabriken gedeckt. Die Veba ist ein Staatskonzern, die Kapitalkonzentration im Energiesektor und in der chemischen Industie wird vom Finanzkapital betrieben und von der Bundesregierung gefördert. Nur, was den Verkauf des Ruhrgas-Anteils angeht, hat die Sache einen Haken: Esso, Shell, BP, Mobiloil und Texaco hätten dann dort die Kapitalmehrheit. Doch daß die Ruhrgas AG in westdeutscher Hand bleibt, dafür haben die Kapitalisten frühzeitig gesorgt: BP ist vertraglich verpflichtet, bei Abstimmungen genauso abzustimmen wie die Ruhrkohle AG.

versicherungen neue Plündermöglichkeiten, und bürgerliche Politiker – so der bayerische Landtagsabgeordnete Schlittmeier, SPD – machen sich stark dafür: Eine *gesetzliche* Erdbebenversicherung muß her, auch *außerhalb* Baden-Württembergs, wo 1971 die Elementarschadensversicherung, geregelt über zwei staatliche Monopolversicherungen, durch eine Erdbebenversicherung erweitert wurde. „Die Elementarschadensversicherung ... entlastet ... den Staat von außerordentlichen Aufwendungen bei Naturkatastrophen, schützt ihn vor unvorhergesehenen Steuerausfällen und vermindert so Schwankungen im Staatshaushalt." Das „Handbuch für Versicherungswesen" von 1958 zeigt, worum es der Bourgeoisie schon immer und auch in diesem Fall geht: Die Kosten, die entstehen, weil es unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nicht möglich ist, die Natur zu beherrschen, werden den Volksmassen über zwangsweise Versicherung aufgelastet. Das Geschäft machen die Versicherungen: Nach dem § 4 der Elementarschadensversicherung zahlen die Versicherungen nicht für „geringfügige" oder weiter entfernt auftretende Schäden, auch nicht für den Hausrat.

Albrecht und Baum kochen das Konzept für Gorleben aus

z.her. Bonn und Hannover haben verhandelt, wie es weitergehen soll mit Gorleben. Für Anfang 1979 hat der niedersächsische Ministerpräsident den ersten Bohrungen zugestimmt; „Flachbohrungen" genannt und keine „Vorentscheidung". Die Bundesregierung dagegen wünscht zum selben Termin schon Tiefbohrungen. Über die Finanzierung zum Schutze des Projekts, – 200 bis 250 Polizeikräfte sollen ständig um Gorleben hausen –, ist man sich näher gekommen, aber noch nicht nahe genug, es gibt angeblich noch Streit. Über diesem Gezerfe – Albrecht will erst zustimmen wenn alles absolut sicher ist – vergißt man leicht, daß es Albrecht war, der Anfang 1977 den Vorschlag Atommülldeponie Gorleben kreiert hat. Manche bezeichnen ihn heute wegen seiner Manöver als guten Taktiker, der sich kein zweites Brokdorf einbrocken wird. Im ersten Halbjahr 1979 soll dann spätestens die „Grundsatzentscheidung" für Gorleben fallen. Mit 6 Milliarden soll damit die größte Einzelinvestition in der Geschichte der BRD eingeleitet werden. Diesen Vorgang vergleichen Fachleute in seiner wirtschaftlichen Bedeutung mit der Entstehung der Großchemie. Schlechte Taktik wird Albrecht deshalb für seinen Vorschlag, sich im Ausland nach einer Mülldeponie umzusehen, bescheinigt. „Weiß der Minister wirklich nicht, was Abhängigkeit vom Ausland in dieser Frage der Energieversorgung zu bedeuten hätte?" Und: „Man soll die Gefahr eines abrupten Meinungsumschwungs nicht ausschließen" (Welt, 13.9.78). Der auf Expansion ausgerichtete westdeutsche Imperialismus muß allerdings bei seinen Vorherrschaftsplänen in Europa eine „nationale Lösung" finden. Bei „Verzögerungen" in Gorleben wird die Regierung auf die beiden Anlagen Asse II und Schacht Konrad (ebenfalls Niedersachsen) zurückgreifen. Über Ausbau und Erweiterung dieser beiden Anlagen ist in Bonn „so ganz nebenbei" weitgehende Einigung erzielt worden.

Strafgesetz gegen „Umweltkriminalität"

z.diz. „Infolge eines groben Navigationsfehlers läuft ein mit Rohöl beladener Tanker auf eine Bohrinsel auf; er bricht auseinander und das Rohöl breitet sich über eine riesige Fläche im Meer aus." Bis zu zwei Jahren Gefängnis soll der Steuermann dafür kriegen können, sieht ein neuer Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Mit dem Strafgesetz wird die Verunreinigung von Gewässern und der Luft, Lärmbelästigung, „umweltgefährdende Abfallbeseitigung", „unerlaubtes" Betreiben von Atomkraftwerken, „Gefährdung" von Naturschutzgebieten verfolgt; Fahrlässigkeit wird mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft, für Vorsatz soll es bis zu fünf Jahre geben. Die Bundesregierung schafft damit für die Kapitalisten gleiche Konkurrenzbedingungen. Einheitlich gefaßt und von der Körperverletzung abgehoben, bleibt für die Kapitalisten alles beim alten: Haben sie „unbefugt" Abfall beseitigen lassen oder „unerlaubt" Atomkraftwerke betrieben, werden ihre Arbeiter und Angestellten dafür bestraft.

Transplantationsgesetz: Tot plus krank gleich ausbeutbar!

z.hek. In Zeiten ihrer faschistischen Herrschaft hat die Bourgeoisie schon Erfahrungen gesammelt, mit Sterbehilfe und „Sterilisation" Kosten zu dämpfen. Gehindert daran, diese anzuwenden, wird sie von den Volksmassen: die Verkoppelung eines ursprünglichen Entwurfs zur Verschärfung des § 218 mit der „Rechtsfrage der Sterilisation" hat die Front gegen beide Gesetze so stark anschwellen lassen, daß die Sterilisationsfrage von der „Reformierung" des § 218 abgetrennt werden mußte. Mit dem Transplantationsgesetz unternimmt die Bourgeoisie abermals einen Anlauf in die Richtung „Sterilisation" und „Sterbehilfe". Unter dem Deckmantel der Wiederherstellung der Gesundheit wird aufgrund des Transplantationsgesetzes dem Toten ein Organ entnommen, um es einem kranken Lebenden – mit Aussicht auf Wiederherstellung seiner Arbeitskraft – einzupflanzen. Bis dies zur Routine wird, muß jede Menge verpflanzt werden. Woher aber das notwendige „Material" beschaffen, ohne in den Verdacht der Leichenfledderei zu kommen? Die Zahl der freiwilligen Organspender ist beschränkt. Man weiß ja nicht, *wann* einem welches Organ entnommen wird, und was einem *stattdessen* eingebaut wird! Das neue Transplantationsgesetz soll da einiges bewirken: „Ziel soll sein, daß in die Personalausweise ein amtlicher Vermerk eingetragen wird, ob der Inhaber mit einer Organentnahme nach seinem Tode einverstanden ist; die Behörden sollen verpflichtet sein, die Frage zu stellen (gemeint sind die Paßaussteller, Red.). Wenn keine Entscheidung erfolgt, gilt das bis auf Widerruf als Einverständnis." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.1978) Die leise Ahnung, daß die Volksmassen den Manipulationen der Kapitalisten mit den Menschen zwecks Wiederherstellung für die kapitalistische Profitproduktion einiges entgegenzusetzen haben, verleitet die Bourgeois zu der Erpressung, daß jeder, der etwas *gegen* eine Organentnahme vorzubringen hat, dies per amtlichem Vermerk im Personalausweis bestätigen lassen muß – und dann wohl auch keinen Anspruch z.B. auf Blutkonserven oder ähnliches haben soll.

Wenn's europäisch wird, wird Schmidt auch katholisch

z.kuh. „Christen in Europa – Christen in Afrika" war ein Hauptmotto des Katholikentags in Freiburg. Schmidt, Kanzler und Christ (protestantisch), ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen und ließ sich ins südbadische Freiburg einfliegen, um gemeinsam mit Leo Tindemans, Ministerpräsident Belgiens und Christ (katholisch) und Josef Kardinal Höffner (Erzbischof) auf der „Europakundgebung" zum Thema „christliche Investitionen in die Zukunft Europas" zu sprechen. Die „katholische Kaufleutevereinigung", die es wissen müßte, wo es sich lohnt zu investie-

Tode einverstanden ist; die Behörden sollen verpflichtet sein, die Frage zu stellen (gemeint sind die Paßaussteller, Red.). Wenn keine Entscheidung erfolgt, gilt das bis auf Widerruf als Einverständnis." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.1978) Die leise Ahnung, daß die Volksmassen den Manipulationen der Kapitalisten mit den Menschen zwecks Wiederherstellung für die kapitalistische Profitproduktion einiges entgegenzusetzen haben, verleitet die Bourgeois zu der Erpressung, daß jeder, der etwas *gegen* eine Organentnahme vorzubringen hat, dies per amtlichem Vermerk im Personalausweis bestätigen lassen muß – und dann wohl auch keinen Anspruch z.B. auf Blutkonserven oder ähnliches haben soll.

Wenn's europäisch wird, wird Schmidt auch katholisch

z.kuh. „Christen in Europa – Christen in Afrika" war ein Hauptmotto des Katholikentags in Freiburg. Schmidt, Kanzler und Christ (protestantisch), ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen und ließ sich ins südbadische Freiburg einfliegen, um gemeinsam mit Leo Tindemans, Ministerpräsident Belgiens und Christ (katholisch) und Josef Kardinal Höffner (Erzbischof) auf der „Europakundgebung" zum Thema „christliche Investitionen in die Zukunft Europas" zu sprechen. Die „katholische Kaufleutevereinigung", die es wissen müßte, wo es sich lohnt zu investie-ren, stellt aus Anlaß des Katholikentages fest: „Christen sind auch deshalb besonders berufen, Verantwortung für die Zukunft Europas wahrzunehmen, weil sie einer Kirche angehören, die einen universalen Auftrag hat und in der ganzen Welt verbreitet ist." Für den Möchtegern-Weltkanzler ein verlockendes Angebot, für das es ihm sogar lohnend erscheint, nur mit einer kurzen Ansprache am Rande gegen die katholisch-christliche Konkurrenz anzutreten. Wenn der US-Präsident Carter schon als methodistischer Laienprediger seiner Menschenrechtskampagne den nötigen verklärten Glorienschein zu verleihen können glaubte, so hofft der Fregattenbauer aus Hamburg durch den Abglanz der Macht, der Kraft und der Herrlichkeit der heiligen römisch-katholischen Kirche seinem Vormachtstreben in Europa und seiner imperialistischen Expansion in Konkurrenz zum US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Konkurrenten einigen zusätzlichen Drive geben zu können. In der „Offiziellen Illustrierten des 85. Deutschen Katholikentags" mag Helmut, der Katholische, Motive für seine Freiburger Visite gefunden haben: „Christentum und Europa, einst identisch, lassen sich in der Öffentlichkeit nur noch selten gemeinsam sehen. Doch wie in auseinandergelebten Ehen richtet sich die Enttäuschung gelegentlich an Tagträumen wieder auf. Karl der Große, Friedrich Barbarossa, – aus der Erinnerung des christlichen Abendlandes soll neuer Mut wachsen." Welch Ahnengalerie, mag sich Helmut Schmidt gedacht haben – pilgerte er nach Freiburg.

Kapitalisten nutzen das Kindergeld zum Lohndrücken

Antje Huber: „60,85 Prozent der Kinderkosten durch Kindergeld gedeckt"

z.brp. Die Bundesregierung hat am 30. August im Zusammenhang mit dem Steuerpaket und dem Mutterschutzurlaub die Kindergelderhöhung beschlossen. Bis zum 13. Oktober muß der Bundesrat seine Stellungnahme zu diesem „besonders eilbedürften" Gesetzentwurf abgeben, damit das Gesetz – wie von der Bundesregierung geplant – zum 1. Januar 1979 in Kraft treten kann. Die Bundesregierung will das Kindergeld für das dritte Kind von bisher 150 DM monatlich auf 195 DM erhöhen, später, zum 1.1.1980, soll das Kindergeld für das zweite Kind von bisher 80 DM auf 100 DM angehoben werden. Anfang dieses Jahres wurde das Kindergeld um 10 DM für das zweite Kind und 30 DM für das dritte heraufgesetzt. Das war die erste Erhöhung, nachdem 1975 allgemein Kindergeld eingeführt wurde. Vorher erhielten nur die Beamten Kindergeld, die Arbeiter und Angestellten einen Kinderfreibetrag, der von dem zu versteuernden Jahreslohn abgezogen wurde: 1200 DM für das erste, 1680 DM für das zweite und für jedes weitere Kind 1800 DM. Das Kindergeld wirkte nicht monatlich als *zusätzliches* Geld zum Lohn; es wurde erst *nachträglich* gezahlt beim Lohnsteuerjahresausgleich.

Zu den Reproduktionskosten des Arbeiters gehören die Kosten für den Lebensunterhalt der gesamten Familie. In ihrer maßlosen Gier nach Höchstprofit versuchen die Kapitalisten ständig, den Lohnstandard der Arbeiterklasse zu drücken. 1974 hatten sie bereits 40,2% der verheirateten Mütter unter ihr Joch gezwungen, weil der Lohn des Mannes so weit unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt war, daß damit die Reproduktion der Familie nicht aufrechtzuerhalten war.

Durch die Lohnabhängigkeit der Frau erhöhen sich die Kosten für die Haushaltsführung und die Kinderaufzucht. Das Kind muß in einen Hort oder bei einer Tagesmutter untergebracht werden, mehr und teure Fertignahrung wird zubereitet, weil die Zeit fehlt, abends noch zu kochen, usw. Alle diese Ausgaben erhöhen die Reproduktionskosten der Familie; sie müssen aus dem Lohn von Mann und Frau gezahlt werden.

Das Kindergeld einmal im Jahr reicht nicht aus, wenigstens neue Kleidung für das Kind zu kaufen. Anders wirkt das Kindergeld bei den Antreibern, hier ist es ein Schmierstoff, Geld, das nicht unmittelbar für den Kauf von dringend notwendigen Konsummitteln benötigt wird, eine Prämie. Das Prinzip des Kinderfreibetrages ist: Je mehr Verdienst, desto mehr Kindergeld.

1974 bekam ein Arbeiter, der verheiratet und in Steuerklasse 3 war, beispielsweise 1350 DM Bruttolohn. Wenn er keine Kinder hatte, mußte er 175,60 DM Lohnsteuer zahlen, bei einem Kind 156,60 DM, bei zwei Kindern 130 DM und bei fünf Kindern 73 DM. Ein Antreiber erhielt z.B. 3000 DM brutto, auch Steuerklasse 3. Ohne Kinder wurden ihm 586,10 DM monatlich an Steuern abgezogen, bei einem Kind waren es 555,50 DM, bei zwei Kindern 513,60 DM, bei drei 470 DM und bei vier 428,50 DM. Während der Arbeiter mit vier Kindern 102,60 DM weniger Lohnsteuer zahlen mußte, erhielt der Antreiber 157,60 DM Steuernachlaß!

1974 haben die Arbeiter und Angestellten wuchtige Lohnkämpfe geführt; im öffentlichen Dienst haben sie 170 DM bzw. 11% erstreikt, die Arbeiter der Metallindustrie 12,25%. Die „Steuerreform" von 1975, die kurzfristig Steuererleichterung versprach und *kurzfristige* Steuersenkung mit nachfolgender Steuerschröpfung brachte, war ein Mittel der Bourgeoisie, den Kampf der Arbeiter, vor allem den wirtschaftlichen Kampf, zu fesseln. Gleichzeitig „reformierte" die Bundesregierung die Kindergeldrechnung, wobei sie demagogisch die „ungerechte Verteilung" aufgriff und mehr „soziale Sicherung" versprach. Seither gibt es Kindergeld: 50 DM, 70 DM und 120 DM für das dritte und jedes weitere Kind, praktisch bar auf die Hand, sozusagen als monatlicher „Zuverdienst". Die sozial-liberale Bundesregierung zahlte derzeit 14,69 Mrd. DM an Kindergeld, die alte Regelung kostete nur 3,27 Mrd. DM (1974).

Das Kindergeld ist ein Eingeständnis der Bourgeoisie, daß sie den Wert der Arbeitskraft unter die Reproduktionskosten gesenkt hat. Mit dem Kindergeld hat sie aber auch ein Mittel, das Lohnniveau weiter zu drücken. Bei jedem Lohnkampf kann sie sagen: Für die Kinder sorgen wir!

Damit gilt: In den Lohn von Mann und Frau gehen die Kosten für die Aufzucht der Kinder nicht mehr ein. Die Bourgeoisie zieht damit feine Spaltungslinien zwischen den Arbeitern, die Kinder haben, und denen, die kinderlos sind. Der eine erhält zusätzlich zum Lohn Kindergeld, der andere hat nur seinen nackten Lohn. Die Wirkung ist auf den Lohnkampf berechnet.

Mit dem Kindergeld unterwirft die Bourgeoisie über 7 Millionen Familien ihrer Unterdrückung und Kontrolle. Das Bundeskindergeldgesetz regelt u.a. die Ermittlung, Amtshilfe und Auskunftspflicht. Beweisurkunden vom Kapitalisten, der Polizei und der Jugendbehörde müssen vorgelegt werden, wenn Kindergeld beantragt wird. Bußgeld, das wie „Gemeindeabgaben beigetrieben" wird, wird verhängt bei „vorsätzlichen oder grobfahrlässigen Ordnungswidrigkeiten", das Kindergeld kann gestrichen werden, wenn in einer bestimmten vom Arbeitsamt festgelegten Frist nicht Anfragen beantwortet werden, das Kindergeld kann entzogen werden, wenn es erst einmal drei Monate lang nicht gezahlt worden ist. 900000 Kinder unter 18 Jahren sind bis Ende 1977 auf diesem Wege ausgesiebt worden.

Jetzt will die Bundesregierung ein ganz ähnliches Manöver wie 1975 durchführen. Ihren dreisten, aber plumpen Versuch, die Erhöhung der Beamtengehälter zu kürzen, um dann den Beamten mit drei oder mehr Kindern den Ortszuschlag zu erhöhen, haben die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zurückgeschlagen. Nun versucht Antje Huber hinterhältiger, eine Spaltung quer durch die Arbeiterklasse zu ziehen: 45 DM mehr ab 1.1.79 für das dritte Kind. Antje Huber rechnet vor: „Daß Kinderreichtum in der Bundesrepublik keine Armut und keinen sozialen Abstieg bedeutet, beweist die in folgender Übersicht dargestellte Entlastung von Kinderkosten in Abhängigkeit von der Zahl der Kinder. Bei Kostenansatz pro Kind von 235 DM im Monat werden die Kinderkosten im Januar 1979 durch das Kindergeld gedeckt zu 21,27% in der 1-Kinderfamilie; 27,66% in der 2-Kinderfamilie; 43,33% in der 3-Kinderfamilie; 55,32% in der 4-Kinderfamilie; 60,85% in der 5-Kinderfamilie" (Material für die Presse, 30.8.78).

Abgesehen davon, daß heute kinderreiche Familien reiche Familien mit dem notwendigen Geld sind, zielt diese Rechnung auf die „Beruhigung" des Lohnkampfes ab.

Verbraucherschutz contra Lohnkampf

„Verbrauchererziehung" soll neue Voraussetzungen zur Senkung des Lebensniveaus machen

r.chs. Vergangene Woche ist die Beratungsstelle Hannover der Verbraucherzentrale Niedersachsen umgezogen, den „Konsumenten" näher gerückt, wie alle bürgerlichen Politiker es heute wieder verstärkt fordern. „Die Landesregierung mißt der Verbesserung des Verbraucherschutzes in Niedersachsen sowohl unter wirtschafts- als auch unter ordnungspolitischen Aspekten einen hohen Stellenwert bei. Sie wird deshalb die Verbraucherarbeit in diesem Lande in den kommenden Jahren verstärken (...) Sie erhofft sich zugleich auch durch eine verstärkte Förderung weiterer Selbsthilfeorganisationen Impulse für eine bessere Verankerung des Verbraucherschutzgedankens in unserer Bevölkerung." (Regierungserklärung Albrecht 1978)

Die Mittel dazu gibt Ertl in seinem Bericht „Verbraucherpolitik im Ernährungsbereich" vom 8. September

Lebensunterhalt der gesamten Familie. In ihrer maßlosen Gier nach Höchstprofit versuchen die Kapitalisten ständig, den Lohnstandard der Arbeiterklasse zu drücken. 1974 hatten sie bereits 40,2% der verheirateten Mütter unter ihr Joch gezwungen, weil der Lohn des Mannes so weit unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt war, daß damit die Reproduktion der Familie nicht aufrechtzuerhalten war.

eingerichtet"; „wünschenswert" sei eine Vorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen auf eine künftige Verbraucherberatung hin; ab 1978 sollen einheitliche Berichte „den Überblick über geleistete Arbeit verbessern, die Planung künftiger Aktivitäten erleichtern und den Informationsaustausch zwischen den Verbraucherzentralen vereinfachen".

Zeigt sich in den Krisen, daß es das vielgepriesene Gleichgewicht der Kräfte, die den Markt regeln, nicht gibt, sondern daß die Produktion von Profit und Höchstprofit die gesellschaftlichen Beziehungen regelt, wird die Konsumententheorie, die *alle* als Konsumenten gleich stellt und jede Klassenherkunft verwischt, herausgekramt. Können die Massen ihre Reproduktion nicht bestreiten, soll das nicht am niedrigen Lohn liegen, sondern daran, daß sie sich als Konsumenten falsch verhalten. Mit jeder Krise

DM und bei vier 428,50 DM. Während der Arbeiter mit vier Kindern 102,60 DM weniger Lohnsteuer zahlen mußte, erhielt der Antreiber 157,60 DM Steuernachlaß!

1974 haben die Arbeiter und Angestellten wuchtige Lohnkämpfe geführt; im öffentlichen Dienst haben sie 170 DM bzw. 11% erstreikt, die Arbeiter der Metallindustrie 12,25%. Die „Steuerreform" von 1975, die kurzfri-

sind die Verbraucherverbände „radikal" geworden. Verbraucherstreik war das neue Mittel. 1973 wurde zum Boykott der Fleischer in Baden-Württemberg aufgerufen gegen eine Erhöhung der Fleischpreise um 20% innerhalb von zwölf Monaten. Es folgten weitere Boykottmaßnahmen auch in anderen Bundesländern. Das war jedoch keine Erfolgstaktik, sie ist eingeschränkt auf die Zirkulationssphäre und kann die Inflation nicht hemmen. Die Arbeiter können nur den Lohnkampf als wirksames Mittel dagegen setzen. Aber gerade dagegen sind die Verbraucheraktionen gerichtet.

Man muß sich die Verbraucherverbände näher ansehen: 1,9 Mio. DM betrug 1977 der Etat der Verbraucherzentrale Niedersachsen, davon kamen 44,4% vom Bund, 44,6% vom Land und 7% von den Kommunen. 1978 sollen die Landesmittel um 100000 DM aufgestockt werden. Zusammen-

kung ist auf den Lohnkampf berechnet.

Mit dem Kindergeld unterwirft die Bourgeoisie über 7 Millionen Familien ihrer Unterdrückung und Kontrolle. Das Bundeskindergeldgesetz regelt u.a. die Ermittlung, Amtshilfe und Auskunftspflicht. Beweisurkunden vom Kapitalisten, der Polizei und der Jugendbehörde müssen vorgelegt werden, wenn Kindergeld beantragt wird.

das Sozialministerium. Vorsitzender ist Theilmann vom DGB.

Die Klassenversöhnung per Institution. Sie knüpft an daran, daß die Massen immer kleinlicher ihre Reprodktion berechnen und immer häufiger Schund kaufen müssen. Die Reklamationen haben zugenommen, wobei z.B. bei den Textilreklamationen jede siebte als nicht reklamationsfähig zurückgewiesen wurde. Bezeichnenderweise hat die Stiftung Warentest 1978 Heilmittel in ihr Testprogramm aufgenommen, – zur Unterstützung Ehrenbergs.

Ausreichend scheint dies Mittel nicht, den *notwendigen* Konsum weiter zu drücken, die Bourgeoisie hat ein neues Mittel gefunden: „Konsumpädagogik – lebensbegleitend. Verbrauchererziehung heißt bereits im Vorschulalter: „ . . . zu wählen, zu prüfen und im Ernstfall zu verweigern" (Konsumpädagoge Dauenauer).

dergeld gedeckt zu 21,27% in der 1-Kinderfamilie; 27,66% in der 2-Kinderfamilie; 43,33% in der 3-Kinderfamilie; 55,32% in der 4-Kinderfamilie; 60,85% in der 5-Kinderfamilie" (Material für die Presse, 30.8.78).

Abgesehen davon, daß heute kinderreiche Familien reiche Familien mit dem notwendigen Geld sind, zielt diese Rechnung auf die „Beruhigung" des Lohnkampfes ab.

Verbraucherschutz contra Lohnkampf

„Verbrauchererziehung" soll neue Voraussetzungen zur Senkung des Lebensniveaus machen

r.chs. Vergangene Woche ist die Beratungsstelle Hannover der Verbraucherzentrale Niedersachsen umgezogen, den „Konsumenten" näher gerückt, wie alle bürgerlichen Politiker es heute wieder verstärkt fordern. „Die Landesregierung mißt der Verbesserung des Verbraucherschutzes in Niedersachsen sowohl unter wirtschafts- als auch unter ordnungspolitischen Aspekten einen hohen Stellenwert bei. Sie wird deshalb die Verbraucherarbeit in diesem Lande in den kommenden Jahren verstärken (...) Sie erhofft sich zugleich auch durch eine verstärkte Förderung weiterer Selbsthilfeorganisationen Impulse für eine bessere Verankerung des Verbraucherschutzgedankens in unserer Bevölkerung." (Regierungserklärung Albrecht 1978)

Die Mittel dazu gibt Ertl in seinem Bericht „Verbraucherpolitik im Ernährungsbereich" vom 8. September 1978 an: „ein Netz von ‚Anlaufstellen' für die Verbraucher"; noch in diesem Jahr sollen „im Bundesgebiet von allen Anschlüssen aus unter einer neuen einheitlichen Rufnummer die telefonischen Ansagedienste der Verbraucherzentralen über Ortsgespräche erreicht werden können", – bisher besteht dies für rund acht Millionen Fernsprechhauptanschlüsse; in der Bundesforschungsanstalt für Ernährung (wurde) ein neues Aufgabengebiet ‚Verbraucherinformation und -aufklärung'

eingerichtet"; „wünschenswert" sei eine Vorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen auf eine künftige Verbraucherberatung hin; ab 1978 sollen einheitliche Berichte „den Überblick über geleistete Arbeit verbessern, die Planung künftiger Aktivitäten erleichtern und den Informationsaustausch zwischen den Verbraucherzentralen vereinfachen".

Zeigt sich in den Krisen, daß es das vielgepriesene Gleichgewicht der Kräfte, die den Markt regeln, nicht gibt, sondern daß die Produktion von Profit und Höchstprofit die gesellschaftlichen Beziehungen regelt, wird die Konsumententheorie, die *alle* als Konsumenten gleich stellt und jede Klassenherkunft verwischt, herausgekramt. Können die Massen ihre Reproduktion nicht bestreiten, soll das nicht am niedrigen Lohn liegen, sondern daran, daß sie sich als Konsumenten falsch verhalten. Mit jeder Krise wird der Verbraucherschutzgedanke wiederbelebt. Immer neue Methoden treten hinzu, ihn den Massen beizubringen, die trotz allem bisher immer nur halben Herzens ihre „Marktmacht" als Verbraucher wahrnehmen.

Seit 1953 gibt es Verbraucherverbände, im wesentlichen aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. 1964 wurde die Stiftung Warentest gegründet zur Neubelebung des Verbrauchergedankens. Anfang der 70er Jahre, mit der rapide steigenden Inflation,

sind die Verbraucherverbände „radikal" geworden. Verbraucherstreik war das neue Mittel. 1973 wurde zum Boykott der Fleischer in Baden-Württemberg aufgerufen gegen eine Erhöhung der Fleischpreise um 20% innerhalb von zwölf Monaten. Es folgten weitere Boykottmaßnahmen auch in anderen Bundesländern. Das war jedoch keine Erfolgstaktik, sie ist eingeschränkt auf die Zirkulationssphäre und kann die Inflation nicht hemmen. Die Arbeiter können nur den Lohnkampf als wirksames Mittel dagegen setzen. Aber gerade dagegen sind die Verbraucheraktionen gerichtet.

Man muß sich die Verbraucherverbände näher ansehen: 1,9 Mio. DM betrug 1977 der Etat der Verbraucherzentrale Niedersachsen, davon kamen 44,4% vom Bund, 44,6% vom Land und 7% von den Kommunen. 1978 sollen die Landesmittel um 100000 DM aufgestockt werden. Zusammen-geschlossen sind in diesen Institutionen u.a.: die Arbeitsgemeinschaften evangelischer Hausfrauen, heimatvertriebener und geflüchteter Frauen im Bund vertriebener Deutscher, DAG, DGB, Deutscher Mieterbund, Landfrauenverband. Im Beirat sitzen u.a.: Einzelhandelsverband Niedersachsen, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammer, Sparkassen- und Giroverband, die Ministerien Landwirtschaft und Forsten, Wirtschaft und Verkehr,

das Sozialministerium. Vorsitzender ist Theilmann vom DGB.

Die Klassenversöhnung per Institution. Sie knüpft an daran, daß die Massen immer kleinlicher ihre Reprodktion berechnen und immer häufiger Schund kaufen müssen. Die Reklamationen haben zugenommen, wobei z.B. bei den Textilreklamationen jede siebte als nicht reklamationsfähig zurückgewiesen wurde. Bezeichnenderweise hat die Stiftung Warentest 1978 Heilmittel in ihr Testprogramm aufgenommen, – zur Unterstützung Ehrenbergs.

Ausreichend scheint dies Mittel nicht, den *notwendigen* Konsum weiter zu drücken, die Bourgeoisie hat ein neues Mittel gefunden: „Konsumpädagogik – lebensbegleitend. Verbrauchererziehung heißt bereits im Vorschulalter: „ . . . zu wählen, zu prüfen und im Ernstfall zu verweigern" (Konsumpädagoge Dauenauer).

Die Niedersächsische Landesregierung tut was sie kann: Neben der Ausweitung der Verbraucherberatung im Rahmen der Erwachsenenbildung gibt es seit dem letzten Jahr das Schulbuch „Der Verbraucher in der Marktwirtschaft", finanziell unterstützt vom Sparkassen- und Giroverband, für Schüler und Lehrer kostenlos. Dies Stück „Lehrmittelfreiheit" zeigt, daß die Bourgeoisie ein Stück vorankommen will.

Zur Arbeit von Leer nach Düsseldorf

Absichtsvolle Propaganda

r.diz.Leer. Die „Bild am Sonntag" brachte einen Artikel über die „Vermittlungsbereitschaft der Ostfriesen". Sie würden zu bodenständig sein und selbst solche Angebote wie eins aus Düsseldorf ablehnen, wo 150 Arbeiter gesucht wurden, vom Arbeitsamt jedoch nur drei dorthin zu vermitteln waren; das bei drei Wochen Arbeit und einer Woche frei, „und dafür sogar noch Geld".

Auf telefonische Anfrage hat das Arbeitsamt Leer dementiert: Es sei „an dieser Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen". „Das ganze ist eine Zeitungsente." Mag sein, aber kommt deshalb die Meldung der Bildzeitung von ungefähr? Im niedersächsischen Wahlkampf hatte sich Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf einer FDP-Veranstaltung in Leer folgendermaßen geäußert: „Es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb die Mobilität der Arbeitnehmer in anderen Gebieten der Bundesrepublik geringer sein sollte als in Ostfriesland. Es muß endlich Schluß sein mit der Tatsache, daß ... Arbeitnehmer nicht vermittelt werden, weil ihnen die Anfahrtswege zu weit sind."

Tatsächlich ist die „Mobilität" in Ostfriesland schon ziemlich entwikkelt. Ist ein Bauer erst einmal gelegt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich einen Ausbeuter in Emden bzw. in Leer oder auf der anderen Seite in Wilhelmshaven zu suchen. Das sind vor allem die Olympia Werke Wilhelmshaven und die Thyssen Nordseewerke in Emden sowie eine Reihe von Baufirmen. So kommt z.B. der größte Teil einer Tiefbaukolonne der Firma Geithner Söhne in Wilhelmshaven aus Holtriem (zwischen Esens und Norden). Überwiegend sind es ehemalige Bauern, die z.T. heute noch Landwirtschaft im „Nebenerwerb" betreiben, weil der Stundenlohn von 9,81 DM zu knapp ist. Ein Arbeiter sagte uns: „Acht Kühe habe ich und ein paar Sauen. Früher konnten wir davon existieren, heute ist das unmöglich. Die Entfernung zwischen Holtriem und Wilhelmshaven beträgt 50 km. Das bedeutet täglich zusätzlich zur Arbeitszeit an die zwei Stunden Hin- und Rückfahrt."

Es ist in Ostfriesland nicht selten, daß Arbeiter von Montag bis Freitag in Bremen oder Hamburg oder irgendwo in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen arbeiten und jeweils nur zum Wochenende nach Hause fahren, genauso wie sich Zeitarbeiterfirmen aus ganz Westdeutschland ihre Arbeitskräfte aus Ostfriesland holen. Im Fehn, dem ostfriesischen Moorgebiet, gibt es ganze Dörfer, wo die Männer unter solchen Bedingungen ihre Arbeitskraft verkaufen. Wer sich dieser Tradition noch nicht angepaßt hat, wird vom Arbeitsamt entsprechend getrimmt.

So wurde kürzlich einem Buchhändler, der seine Lehre abgeschlossen hatte und seitdem arbeitslos war, eine Stelle in Lehrte angeboten. Anzutreten innerhalb von zwei Tagen! Sollte er sich weigern, so wurde ihm auf dem Arbeitsamt in Leer mitgeteilt, dann würde ihm seine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 84,50 DM auf einen Monat gesperrt. Falls er auf die Idee kommen sollte, in Lehrte bei der Vorstellung durch schlechtes Benehmen oder unordentliche Kleidung seine Ablehnung herbeizuführen, so werde man das durchs dortige Arbeitsamt erfahren. Dies sei ebenfalls ein Grund, eine Sperrfrist zu verhängen. Auf diese Stelle, wo er monatlich höchstens 800 DM netto verdient hätte, hat er verzichtet. Das Arbeitsamt verhängte sofort nicht nur eine Sperrfrist von vier Wochen, sondern forderte gleich noch per Zahlschein 72 DM „überzahlte Beiträge" zurück. Ein „kleiner Unkostenbeitrag", um die Mobilität der ostfriesischen Arbeiter zu fördern!

Nicht „Linderung der Schichtarbeit" – Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!

z.jük. Das imperialistische Kapital in Westdeutschland betreibt gegenwärtig eine heftige Steigerung der Ausbeutung. Sie bildet die Grundlage für die Sicherung von Höchstprofiten und für die imperialistischen Abenteuer des BRD-Imperialismus. Die Schichtarbeit wird ständig ausgedehnt, Sonderschichten am Wochenende, besonders in den großen Automobilwerken und in der Stahlindustrie, und insbesondere die weitere Einführung der Conti-Schicht führen zum erheblichen Verschleiß der Arbeitskraft. Dagegen gibt es Kampf, wächst der Zusammenschluß der Arbeiter, gibt es Diskussion um die richtige Taktik im Kampf gegen die Kapitalisten.

Um die Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt zu bestehen, steigern die Kapitalisten die Länge des Arbeitstages sprunghaft. In einem Bericht von Klöckner Bremen heißt es:

„Laut Auskunft der Betriebsräte sind auf der Hütte Bremen im Juli 21000 Überstunden gefahren worden, im August zwischen 25000 und 30000 Überstunden bei 6665 Arbeitern und Angestellten, wobei es sich meistens nicht um Überstunden, sondern um Überschichten handelt, die zudem meist im Kaltwalzwerk verfahren worden sind, d.h. daß die durchschnittliche Überstundenzahl pro Arbeiter wesentlich höher liegt und die Überstunden sich tatsächlich in ihrer Masse auf die Arbeiter des Kaltwalzwerks verteilen. Dort sah es an den Scherenstraßen in den letzten Wochen so aus, daß die Arbeiter der zu Ende gehenden Frühschicht für Samstag früh und dann für Sonntag nacht auf Überstunden (Schicht) bestellt wurden und die Arbeiter der zu Ende gehenden Nachtschicht, die normalerweise Samstag früh um 6 Feierabend für die Woche haben, für Sonntag früh auf Überstunden bestellt wurden."

Ebenso im Stahlwerk Südwestfalen:

„Seit dem 4.9.78 ist im Stabstahlwalzwerk und an der Stabstahljustieranlage II regelmäßig 18-schichtige Betriebsweise vereinbart. Ebenso für die Ofenleute und die Blocklader im Blockwalzwerk. Bisher war es in diesen Hallen so, daß dort 15-schichtige Betriebsweise war und ziemlich oft samstags Überschichten. Praktisch bedeutet die Regelung, daß der Kapitalist einen Tag, den Samstag, pro Woche regelmäßig für sich beschlagnahmt."

Neue Maschinerie ist in dem Werk eingeführt worden, womit die Arbeit weiter intensiviert worden ist. Ähnliche Berichte liegen aus anderen Stahlwerken vor.

In der Automobilindustrie bei Ford und Opel werden immer wieder Sonderschichten angesetzt. Das sprunghafte Ankurbeln der Produktion bedeutet oftmals, so ein Bericht aus dem VW-Werk Braunschweig, „daß dort, wo Engpässe auftreten, immer mehr Kollegen in die Dreierschicht gepreßt werden. Immer häufiger können die Meister das nur unter Drohungen, zumeist unter Verweis auf den Arbeitsvertrag, durchsetzen." Tatsache ist, daß immer mehr Arbeiter Schicht und Nachtarbeit arbeiten müssen. Maschinen und Produktionsanlagen sind für die Kapitalisten Mittel der Ausbeutung, der Aneignung unbezahlter Arbeit. Stehen sie still, drückt das auf die Profitrate. Unter dem Druck der industriellen Reservearmee werden immer mehr Arbeiter gezwungen, Schichtarbeit zu machen, der Anteil ist zum Teil erheblich. Eine Untersuchung über Schichtarbeit aus dem Saarland, herausgegeben von Arbeiterkammer und Fachhochschule 1976, zeigt, daß von ca. 100000 Arbeitern ca. 60000 in Schicht- und Nachtarbeit ausgebeutet werden.

„Der Bergbau (ist) am stärksten betroffen. Insgesamt sind von der Nachtarbeit betroffen: drei von vier Beschäftigten des Bergbaus, knapp jeder 2. Beschäftigte der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, jeder 5. Beschäftigte der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, der gummi- und asbestverarbeitenden, kunststoffverarbeitenden, keramischen und Glasindustrie, jeder 10. Beschäftigte in den sonstigen Industriebranchen."

Inzwischen haben die Kapitalisten die Schichtarbeit sicher noch weiter ausgedehnt. Das zeigt sich schon an der Arbeiterbewegung selber. Die letzten Tarifkämpfe im Winter und Frühjahr hatten eine erhebliche Stärkung erfahren durch die Bewegungen gegen die Intensivierung der Arbeit, gegen die Arbeit in Tag- und Nachtschichten, gegen die Akkordarbeit. Bourgeoisie und Sozialdemokratie mußten erhebliche Anstrengungen unternehmen, um diese Bewegung in den Griff zu bekommen. Daß sie sie nicht stoppen können, liegt an der Verschärfung der Ausbeutung. Ihre ideologischen Anstrengungen sind gegenwärtig erheblich. Eine davon ist die Studie der SPD-Arbeitskreises für Arbeitnehmerfragen Nordrhein-Westfalen unter dem Vorsitz des dortigen Arbeitsministers Farthmann. Die Absichten der Kommission werden gleich in der Einleitung deutlich, sie sind gerichtet gegen Forderungen nach Verbot von Nacht- und Schichtarbeit. „Maßnahmen" sollen vorgeschlagen werden „um die Schichtarbeit einzuschränken oder die mit ihr zusammenhängenden Gefahren zu mindern." Diese sozialdemokratische Untersuchung nennt eine Steigerung der Schichtarbeit von 2,2 Mio. Arbeitern 1960 auf 3,66 Mio. „Arbeitnehmern" 1975. Gründe sind: „Die Ursachen der Schichtarbeit aus betrieblichen Gründen liegen heute nicht nur in technischen Bedingungen, sondern ergeben sich aus Versorgungs- und Freizeitbedürfnissen der Bevölkerung und im zunehmenden Maße auch aus Rentabilitätsgesichtspunkten."

Für jeden fällt also etwas ab, für den Kapitalisten die Technik und Rentabilität, für die Massen die Befriedigung der „Freizeitbedürfnisse" etc., dazu kommen noch für die Schichtarbeiter die „Lohnzuschläge". Die Klassen harmonieren, jeder hat seinen Anteil an dieser Produktionsweise, folglich muß auch jeder seinen Anteil dazu beitragen, daß sie erhalten bleibt. Ein bißchen Wirklichkeit schadet da nichts, jeder weiß, daß durch die Schichtarbeit „Risiken" im „Gesundheitsbereich", im „Bereich der sozialen Familienverhältnisse", bei der „beruflichen Qualifikation", „beim alleinstehenden Schichtarbeiter" und beim „Ehemaligen" auftreten. Aber dabei hält sich die Arbeitsgruppe der SPD nicht lange auf, denn schließlich soll sie ideologischen Boden bereiten für die Verschärfung der Ausbeutung durch das Finanzkapital. Schichtarbeit liegt im „Spannungsfeld von Zielkonflikten", heißt es im weiteren, und die sind „hart":

„Die Schichtarbeit erhöht die Gesundheits- und Sozialkosten für die Allgemeinheit, die volkswirtschaftlichen Kosten steigen also. Sie sind jedoch nirgendwo als Summe der durch Schichtarbeit verursachten Kosten geschlossen auszuweisen und werden daher in ihrer Größe von der Mehrheit der Bevölkerung unterschätzt. Die betrieblichen Kosteneinsparungen durch die Schichtarbeit sind demgegenüber in der Kostenrechnung der Unternehmen nachzulesen. Verzicht auf Schichtarbeit könnte zu betrieblichen Kostensteigerungen führen, die die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern und deshalb zu Folgen für den Arbeitsmarkt führen könnten. Auch daraus könnten sich volkswirtschaftliche Kosten (Arbeitslosengeld, Produktionsausfall) ergeben ... Eine objektive Entscheidung in diesem Konflikt wäre erst möglich, wenn ein genauer volkswirtschaftlicher Kosten/Nutzen-Vergleich vorläge ..."

Klassen und Klassenkampf gibt es hier nicht, sondern volkswirtschaftliche und betriebliche Kostenrechnungen. Das ganze ist eine üble Verhöhnung der Arbeiter und ihres Kampfes und praktisch nichts weiter als die Vertretung der Interessen des Kapitals und des bürgerlichen Staates, etwas verpackt. „Volkswirtschaftliche Kosten" gibt es für die beiden Hauptklassen nicht.

Für die Bourgeoisie zählt der Profit und sonst nichts. Wenn die Kapitalisten ihre Kosten senken und ihren Profit steigern, dann tun sie das stets auf Kosten der Arbeiter, nämlich durch Senkung ihres Lohnes und stärkere Vernutzung der Arbeitskraft. Dagegen führt die Arbeiterklasse den Kampf um die Bezahlung der Arbeitskraft, um Schranken gegen den Verschleiß der Ware Arbeitskraft durch die Kapitalisten. Zugleich führt sie den Kampf um die Versicherungen, um die Wiederherstellung der verschlissenen Arbeitskraft zu sichern. Ob die Kapitalisten gezwungen werden können, die Arbeitslosenkassen zu bezahlen, oder ob die Arbeiter verhungern, ist eine Frage des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie sagt sich: Versorgung von Kranken, Zahlung des Arbeitslosengeldes, das sind „volkswirtschaftliche Kosten", die auf die Profite drücken. Schon hat man die Klammer zum Ehrenbergprogramm. Es geht den Sozialdemokraten bei ihrer „Kosten/Nutzen-Rechnung" ja auch darum, das „richtige Verständnis" für Kostendämpfung in den Krankenhäusern und die Ausplünderung der Kassen durch den bürgerlichen Staat zu schaffen

Langsam kommt auch die eigentliche Absicht der Studie zum Vorschein: Aufrechterhaltung und Ausbau der Schichtarbeit, garniert mit kleinen Zugeständnissen an die Arbeiter, und darunter fast unverhüllt Maßnahmen zur rascheren Auspowerung der Arbeitskraft sowie bei deren Verschleiß rasche Beseitigung aus der Produktion. Danach soll das Ehrenbergprogramm wirken.

Die Kommission kommt zuerst einmal zum Schluß, daß „die Forderung nach Abschaffung der Schichtarbeit – wenigstens zur Zeit – unrealistisch ist." Dann werden Maßnahmen vorgeschlagen, je nach „Adressat". Bonbons für die Arbeiter sind „bessere medizinische Versorgung" sowie „jederzeitiges warmes Mittagessen". Dann folgt es Schlag auf Schlag: Die Kapitalisten sollen „optimale Schichtpläne" aufstellen, also jede Pore des Arbeitstages schließen sowie „vorbeugende Maßnahmen" ergreifen zwecks Beseitigung von Arbeitern, die schon kränkeln.

Den Gewerkschaften wird vorgeschlagen, neben längeren Erholpausen und mehr Urlaub vor allem „die zur Zeit diskutierte Arbeitszeitverkürzung bei den Schichtarbeitern beginnen" zu lassen, womit erreicht werden soll, daß der Intensivierung der Arbeit keine Schranken gezogen werden wie auch der Ausdehnung des Arbeitstages in die Nacht rein, so daß die Arbeitszeitverkürzung geradezu zu verschärfter Ausbeutung führt. Um dann die verbrauchte Arbeitskraft frühzeitig aus dem Betrieb zu entfernen, soll die flexible Altersgrenze „gesetzlich verankert" werden für Schichtarbeiter. Und um es den Kapitalisten optimal zu machen, wird dann noch gefordert, daß mehr Frauen in die Nacht- und Schichtarbeit gezogen werden:

„Folglich könnte die Weigerung, weiter Ausnahmeregelungen vom generellen Verbot der Nachtarbeit für weibliche Arbeitskräfte zuzulassen, gerade in der jetzigen Konjunkturlage das Risiko der Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmerinnen erhöhen."

Die Arbeiterklasse soll vom Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung sowie dem Zusammenschluß auf Grundlage revolutionärer Forderungen in den Gewerkschaften abgehalten werden.

Die Forderung gegen die Intensivierung der Arbeit und gegen die Ausdehnung des Arbeitstages in die Nacht und gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit, das Verbot der Nachtarbeit, d.h. bei achtstündigem Normalarbeitstag Verbot der Arbeit zwischen 20 und 6 Uhr, muß im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden. Kämpfe gegen Sonderschichten finden oftmals vollständig unter sozialdemokratischer Führung statt. So z.B. wenn Sozialdemokraten Sonderschichten ablehnen, um für ihre Zustimmung eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes einzuhandeln. Welcher Arbeiter ist schon gegen eine Erhöhung vom Weihnachtsgeld? Daß die Kapitalisten immer wieder ihre Sonderschichten durchsetzen können, liegt an den dauernden Lohnsenkungen, die sie durchführen konnten. Der niedrige Lohn ist die Grundlage dafür, daß die Arbeiter zu Sonderschichten gezwungen werden können. So kann der Kampf gegen die Sonderschichten nur durch die systematische Vorbereitung des Tarifkampfes und des Kampfes um höheren Lohn erfolgreich geführt werden. Jede Sonderschicht aber, der zugestimmt wird, schwächt gleichzeitig den Lohnkampf.

Konkurrenzkampf in der Luftfahrtindustrie

Westdeutschland

z.güb. „Unbestrittene Leitfirma der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie" – so hat Anfang 1978 der MBB-Vorsitzende Langfelder die kurzfristigeren Ansprüche des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns umrissen. Die Lufthansa rüstet auf schnellere und tragfähigere Düsenflugzeuge mit 180 bis 220 Sitzplätzen um, ebenso weitere europäische und amerikanische Luftverkehrsgesellschaften. Wer die Motoren liefert, macht das Rennen. Dem Konkurrenten VFW-Fokker – zu 50% in niederländischem Besitz und zu 40% in dem der Krupp AG – wurden die Staatssubventionen gestrichen. Der Bau der Neuentwicklung VFW-614 wurde eingestellt, der Krupp-Konzern im Aufsichtsrat von MBB beteiligt, vorbereitet wird eine Fusion, gestritten wird noch um die Kapitalanteile. MBB und VFW-Fokker sind gemeinsam an dem Bau des „Airbus A 300" beteiligt. Für den Verkauf haben Siemens und Thyssen, die Herren der Deutschen Bank, der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, der Allianz und der Familien Messerschmitt und Bölkow die bürgerlichen Spitzenpolitiker eingespannt. Strauß ist der Vorstandsvorsitzende der Airbus GmbH und läßt nach eigenen Äußerungen keine Reise ins Ausland mehr aus, ohne im Gespräch auf den Airbus zu kommen. Hamburgs Oberbürgermeister Klose hat in der USA Werbematerial verteilt. Um Nachteile in der Konkurrenz wettzumachen, rationalisieren die Luftfahrtkapitalisten. 300 Arbeiter in Bremen und 500 in Speyer hat VFW-Fokker im letzten Jahr auf die Straße geworfen.

England

z.mat. Die britische Luftfahrtindustrie hatte sich von Beginn des Luftverkehrs an einen führenden Platz im Weltkonkurrenzkampf erobert. Über 200000 Arbeiter werden heute von ihr ausgebeutet. Zwei Maßnahmen hat die britische Bourgeoisie ergriffen, um im verschärften Konkurrenzkampf bestehen zu können: Zusammenfassung in einem staatlichen Konzern British Aerospace und Kooperationsverträge mit den Konkurrenten. Mit dem Überschallflugzeug Concorde setzten sie auf die Zusammenarbeit mit Frankreich. Aus dem Airbus-Projekt sind sie vor Jahren ausgestiegen, weil Projekte mit US-Firmen ihr profitträchtiger erschienen. Vor allem beim Tragflächen- und Triebwerksbau haben die British Aerospace Kapitalisten große Profite zu verzeichnen. Rolls Royce-Triebwerke sind für die Boeing 757 und für Neuentwicklungen von McDonnell Douglas vorgesehen, über Tragflächen für neue Boeing-Modelle wird verhandelt. Nach den erfolgreichen Einbrüchen bei VFW Fokker – 40 Prozent des neuen Kurzstreckenjets F 28, darunter die Tragflächen und Triebwerke, sind britische Lieferungen – setzt British Aerospace jetzt neben dem Bau der eigenen BAC 111 sowohl auf US- als auch auf EG-Entwicklungen. Auf der Luftfahrtschau in Farnborough Anfang des Monats wurde der französische Präsident Giscard unter starken Druck gesetzt, den Bau der Tragflächen für den neuen Airbus, für die die Produktionsmittel bereits bestellt sind, jetzt doch an British Aerospace abzugeben.

Frankreich

z.gek. „Die letzte Schlacht des Jahrhunderts" in der Luftfahrtindustrie sieht der „Figaro", das Hausblatt der Pariser Finanzbourgeoisie, im Kampf des Airbus-Konsortiums um „seinen" Anteil am Weltmarkt heraufziehen und läßt Premierminister Barre über die Lage an der Front melden: „Die französische Luftfahrtindustrie schlägt sich gut!" Das Airbus-Konsortium, in dem die französische SNIAS-Aérospatiale einen führenden Platz neben den westdeutschen Monopolen behauptet, rechnet sich einen 25 %-Anteil am Markt für Mittelstreckenflugzeuge aus, wenn der Airbus A 300 (250 Plätze) ab 1983 durch seine kleinere Version B-10 (200 Plätze) ergänzt wird. Die französischen Imperialisten hoffen auf einen ähnlichen Durchbruch, wie sie ihn in der Tat auf dem Markt für Militärflugzeuge erreicht haben, wo sie hinter den beiden Supermächten zur drittgrößten Exportmacht aufgestiegen sind. So hat die Dassault-Gruppe, das zweite unter drei großen Luftfahrtmonopolen, die mit ihren Zulieferern zusammen etwa 110000 Arbeiter ausbeuten, 1977 nicht weniger als zwei Drittel seiner Gesamtproduktion in Form von Militärflugzeugen (hauptsächlich Mirages) exportiert, zum Wert von 3,85 Mrd. Francs. Stark ist die Stellung der französischen Monopole auch auf dem Markt für Hubschrauber, wo sie ebenfalls hinter den Supermächten zum drittgrößten Produzenten und Exporteur der Welt geworden sind.

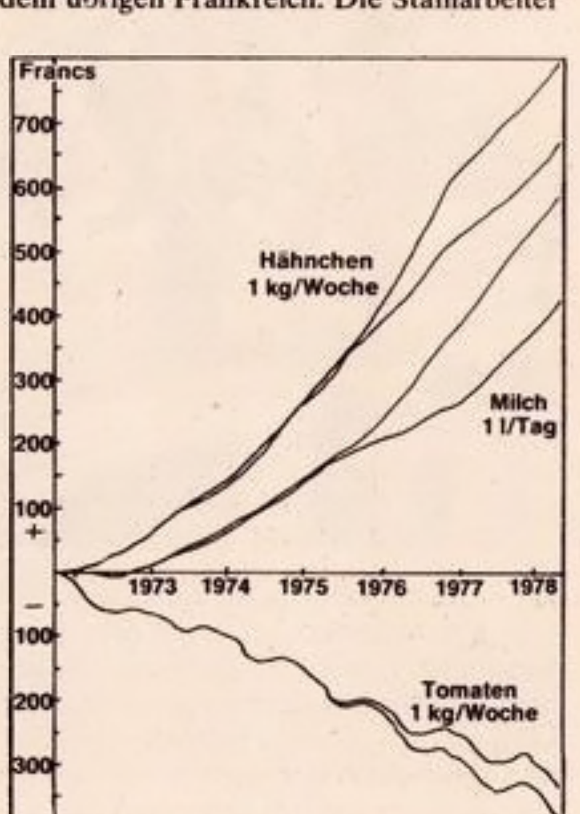
Lohnentwicklung und Lohnkonten der französischen Stahlarbeiter

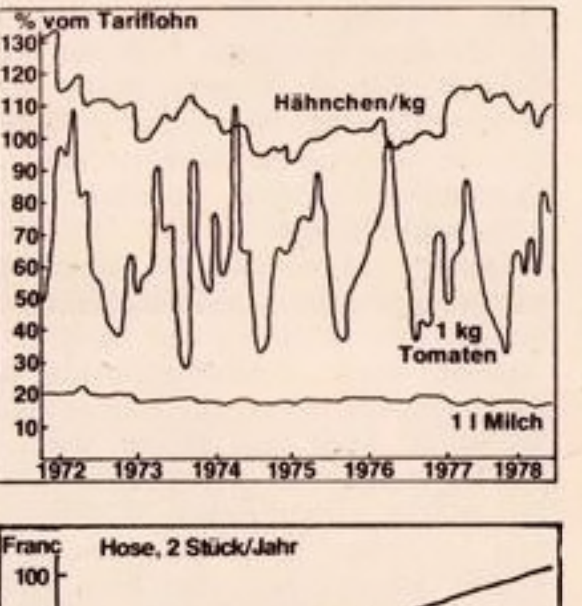
z.jon.Paris. Für die Untersuchung der Lohnentwicklung der französischen Stahlarbeiter haben wir den Lohn eines Arbeiters in der untersten Facharbeiterlohngruppe (P 1) im Raum Paris genommen, und zwar den Tariflohn und den effektiven Bruttolohn bei 40 Wochenstunden. Wir haben den Anteil seines Monatslohns, den er im Oktober 1971 für eine bestimmte Menge Lebensmittel ausgeben mußte, konstant gesetzt.

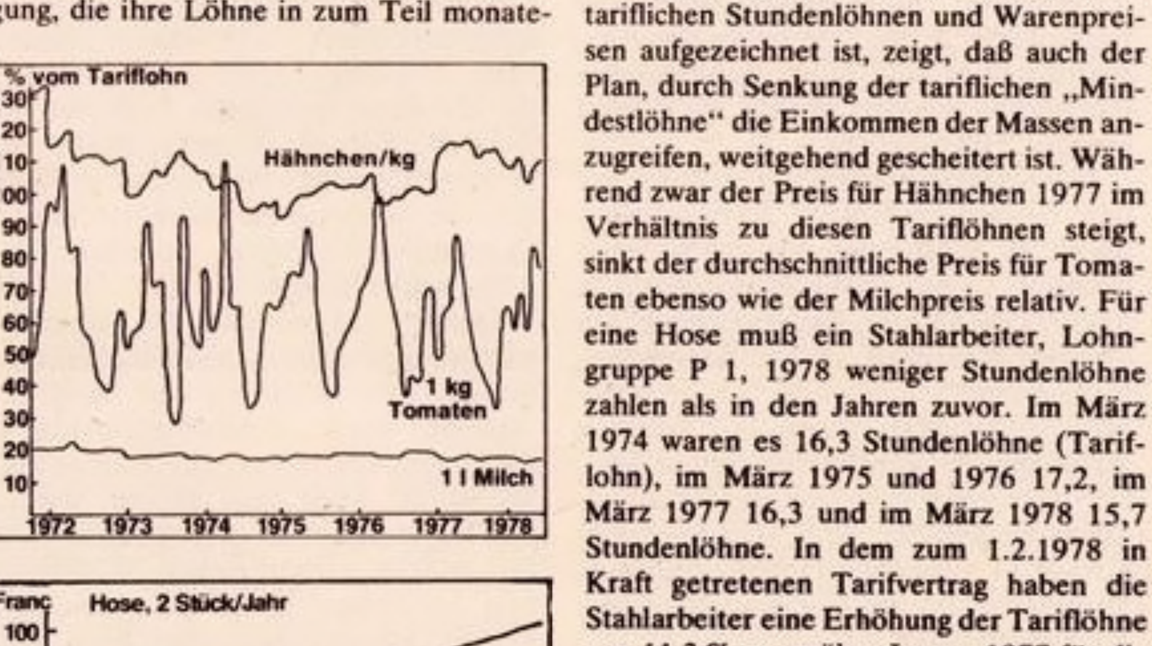
Die Kurven für die einzelnen Konten teilen sich. Die obere Kurve stellt jeweils die Entwicklung des effektiven Bruttolohns dar, die untere den in den Tarifverträgen festgelegten „garantierten Effektivlohn".

Die Tarifverträge in Frankreich enthalten in der Regel Festlegungen über diesen „Mindestlohn" sowie eine Empfehlung der Kapitalistenverbände an ihre Mitglieder über eine prozentuale Erhöhung des tatsächlich gezahlten Lohns. Die vertraglich fixierte Spaltung des Lohns gibt den Kapitalisten großartige Möglichkeiten, verschiedene Teile der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen und den Lohn insgesamt anzugreifen. Ihre verhängnisvolle Wirkung zeigt sich am krassesten an dem Konto, das wir für die Preise von Herrenhosen im Verhältnis zur untersuchten Lohngruppe ab März 1974 ausgerechnet haben. Wir gehen dabei davon aus, daß sich dieser Arbeiter zwei solcher Hosen pro Jahr kauft. Würde er nach dem „garantierten Effektivlohn" bezahlt, hätte sich dieses Konto von Anfang an negativ entwickelt.

Während sich die Metallarbeiter im Pariser Raum von Oktober 1975 bis Oktober 1976 – dem Zeitraum, in dem sich die Konten für Effektiv- und Tariflöhne im Schaubild auseinanderentwickeln – eine effektive Lohnerhöhung von über 15 % erkämpft haben, gelang es den Kapitalisten, den „garantierten Effektivlohn" auf 44 % des tatsächlich gezahlten Lohns in der Lohngruppe Stahlarbeiter P 1 zu drücken. (1974: 65 %, 1975: 52 %). Zur gleichen Zeit wuchs die Kluft zwischen den Löhnen in Paris und dem übrigen Frankreich. Die Stahlarbeiter der Lohngruppen P 1 außerhalb von Paris verdienten im Durchschnitt 1974 7 % weniger als ihre Kollegen im Raum Paris, 1975 10 % weniger und 1976 bereits 12 % weniger.







Die „Abkoppelung" des Tariflohns ist ein Teil der Angriffe, mit denen die französischen Kapitalisten in den Jahren 1975/76 versuchten, die Löhne der Arbeiterklasse unter dem Druck des wachsenden Arbeitslosenheeres zu senken. 1976 wurde die Regierung des Gaullisten Chirac gestürzt, weil sie nicht in der Lage war, die Arbeiterbewegung, die ihre Löhne in zum Teil monatelangen Streikkämpfen verteidigte, zu brechen. Auf das Lohnstopp- und Steuerausplünderungsprogramm des neuen Ministerpräsidenten, des Bankmenschen Barre, antwortete die französischen Arbeiterklasse im Oktober 1976 mit den größten Streiks und Demonstrationen seit 1968. Der erste Barreplan sah Lohn„steigerungen" von maximal 6 % vor. Die Pariser Metallarbeiter erkämpften sich zwischen Oktober 1976 und Oktober 1977 Lohnerhöhungen von über 9 %.

Das Schaubild, in dem das Verhältnis von tariflichen Stundenlöhnen und Warenpreisen aufgezeichnet ist, zeigt, daß auch der Plan, durch Senkung der tariflichen „Mindestlöhne" die Einkommen der Massen anzugreifen, weitgehend gescheitert ist. Während zwar der Preis für Hähnchen 1977 im Verhältnis zu diesen Tariflöhnen steigt, sinkt der durchschnittliche Preis für Tomaten ebenso wie der Milchpreis relativ. Für eine Hose muß ein Stahlarbeiter, Lohngruppe P 1, 1978 weniger Stundenlöhne zahlen als in den Jahren zuvor. Im März 1974 waren es 16,3 Stundenlöhne (Tariflohn), im März 1975 und 1976 17,2, im März 1977 16,3 und im März 1978 15,7 Stundenlöhne. In dem zum 1.2.1978 in Kraft getretenen Tarifvertrag haben die Stahlarbeiter eine Erhöhung der Tariflöhne von 11,3 % gegenüber Januar 1977 für die Lohngruppe P 1 durchgesetzt. Die Schaubilder zeigen, daß sich die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlöhnen 1977/78 nicht weiter vergrößert.

Klinikveranstaltung unterstützt Kampf in Zimbabwe

Aachen. Am 13.9. haben sich Beschäftigte der Klinischen Anstalten und Studenten der RWTH Aachen anhand eines Diavortrags über die Lage in Zimbabwe informiert. Auf der Versammlung wurde ein Brief verabschiedet, in dem das Regierungspräsidium Tübingen aufgefordert wird, die beschlagnahmten Spendengelder für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA-Streitkräfte in Höhe von 100000 DM herauszugeben. Gleichzeitig wurde die Einstellung eines Prozesses gefordert, der zur Zeit von der Staatsmacht in Aachen gegen die Durchführung der Sammlung angestrengt wird. Es wurden 97,85 DM für die Ausrüstung der ZANLA-Kompanie gesammelt und von einer Beschäftigten der Klinik kam der Vorschlag, eine Kleidersammlung für das Volk von Zimbabwe durchzuführen.

Brief gegen §218-Beratungsstelle

Kiel. „Als verantwortlicher Minister der Landesregierung haben Sie nach Verabschiedung des neuen Strafgesetzes § 218 für ‚Beratungs‘stellen in Schleswig-Holstein gesorgt. Zur Anwendung des neuen § 218 werden diese Hilfseinrichtungen immer enger mit dem Polizeiapparat, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten verknüpft, mit dem Ziel, die Bespitzelung und Unterdrückung der Frauen und Familien, die zu einer Abtreibung gezwungen sind, lückenlos werden zu lassen. Daß es sich bei diesen „Beratungs“stellen keineswegs um Einrichtungen handelt, die wirklich Abhilfe schaffen, beweisen die steigenden Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche von 1976: 1080 auf 3123 im Jahr 1977. Hierbei handelt es sich keineswegs um Kinderfeindlichkeit, wie Sie und Ihresgleichen es gerne hinstellen. Tatsache ist, daß in diesen Fällen der Lohn nicht ausreicht, um ein Kind oder ein weiteres Kind großzuziehen. Wir, die Unterzeichner dieses offenen Briefes fordern die ersatzlose Streichung des § 218 und die sofortige Schließung der § 218-‚Beratungs‘stellen im Haus der Familie in Mettenhof.“ Bislang wurden unter diesen offenen Brief 17 Unterschriften von Bewohnern des Stadtteils Mettenhof in Kiel gesammelt. Die Unterschriftensammlung wird vom Komitee bis zur nächsten Mitgliederversammlung weitergeführt.

Flugschriften sollen von der Straße – doch wie soll das gehn?

r.hep. Die Bourgeoisie sinnt darauf, den Arbeitern die bewährtesten Mittel zu nehmen, mit denen diese sich verständigen. Dazu hat das Bundesverwaltungsgericht am 7.6.78 drei Urteile gefällt: 10 DM und mehr an Gebühr soll für einen Informationstisch gezahlt werden; Hinweisschilder für Veranstaltungen sollen bei freiem „Ermessen“ der Behörden nicht zugelassen werden; ob man für Flugblattverteilen eine Erlaubnis braucht? – Sauberkeit der Straßen sei keine ausreichende Begründung für Erlaubnispflicht – ob es bei der Entscheidung von 1971 und der des Bundesverfassungsgerichts von

Ehrenbergs nächster Schlag: Gegen die Schwerbehinderten

Weitere Senkung der Rente / „Flexible“ Altersgrenze für Schwerbehinderte

z.hek. Eine „besonders eilbedürftige Vorlage“ legte der Bundeskanzler Helmut Schmidt am 1.9.78 zur Beschlußfassung dem Bundesrat vor. Die Ausarbeitung Ehrenbergs hat „die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte“ zum Ziel. Dieser Vorlage war eine heftige Debatte vorausgegangen, geführt von den Kapitalisten, der Regierung und den Gewerkschaftsvorständen. Die Kapitalisten verlangten die Herabsetzung der 6% Beschäftigungsklausel (983000) für Schwerbehinderte. Ihre Begründung: Mitte Juni 1976 habe die Beschäftigungsquote der Schwerbehinderten bei 3,8% (671000) gelegen, für die Differenz von rund 300000 Schwerbehinderten müßten die Kapitalisten jeden Monat pro Behinderten 100 DM Ausgleichsabgabe zahlen. Ein hübsches Sümmchen aufs Jahr gerechnet: 360 Mio. DM. Immerhin, in Aussicht auf die am 12. August 1978 in Kraft getretene „Ausgleichsabgabenverwendung“ wurden bis Juni 1978 737000 Schwerbehinderte beschäftigt (4,5%). Die „Ausgleichsabgabenverwendung“ beschert den Kapitalisten – je nach Grad der Behinderung des eingestellten Arbeiters – einen Lohnzuschuß aus dem Ausgleichsfonds, der von der Ausgleichsabgabe finanziert wird. Für dieses Jahr stehen 100 Mio. DM bereit, für das nächste Jahr ist mindestens noch einmal der gleiche Betrag geplant.

Ehrenberg stellt fest, daß an der Beschäftigungsklausel von 6% nicht gedreht werden soll, und DGB-Muhr, stellvertretender Vorsitzender, begründet: „Schwerbehinderte Arbeitnehmer dürfen nicht zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt werden.“ Ein breites Betätigungsfeld ist schon vorhanden: von 30000 arbeitslosen Schwerbehinderten im Juni 1976 stieg die Zahl auf 48055 im Juli 1978, in Prozent ausgedrückt betrug die Steigerungsrate 60,18. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Antragsteller auf Anerkennung als Schwerbehinderte von 200000 auf 404822, in Prozent: 102,41! Hauffs Forschungs- und Ehrenbergs Sozial- und Arbeitsministerium sind aktiv. 340 Forschungsprojekte mit einer Fördersumme von 209 Mio. DM wurden bewilligt. 71 Projekte davon sind bereits abgeschlossen. Momentan „erforscht“ Hauff die Ausgestaltung „humaner Arbeitsplätze“ in einem Motorenwerk, in dem „rollstuhlgerechte Arbeitsplätze“ geschaffen werden sollen. Von den rund 48000 arbeitslosen Schwerbehinderten sind 3000 jugendlich, und deren Arbeitskraft ist bekanntlich billig, plus Ehrenbergs Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der neuen Ausgleichsabgabenregelung sozusagen umsonst für die Kapitalisten. Für die Ausforschung des Einsatzes billiger, behinderter Arbeitskraft standen Hauff 1978 78 Mio. DM zur Verfügung, 1979 werden es 95 Mio. sein.

Mit der „Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte“ plant Ehrenberg ein großes Betrugsmanöver. Die 1972 eingeführte „flexible Altersgrenze bei Vollendung des 62. Lebensjahres“ hat nicht so gegriffen wie sie sollte. Die Zahl der Anträge ist rückläufig. Aber: „Schon bei Einführung der flexiblen Altersgrenze 1972 hat die Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie die im Rentenreformgesetz getroffenen Regelungen als einen ersten, allerdings wichtigen Schritt ansieht, und sie hat niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie eine Weiterentwicklung der flexiblen Altersgrenze grundsätzlich für sozialpolitisch wünschenswert hält. Gleichzeitig hat sie allerdings betont, daß jede diesbezügliche Maßnahme sowohl mit der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung als auch mit der Arbeitsmarktsituation in Einklang stehen muß. Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen werden beiden Erfordernissen gerecht.“

Die Maßnahme besteht darin, die „flexible Altersgrenze in der Rentenversicherung für Schwerbehinderte sowie für berufsunfähige und erwerbsunfähige Versicherte zum 1. Januar 1979 auf das vollendete 61. Lebensjahr und zum 1. Januar 1980 auf das vollendete 60. Lebensjahr herabzusetzen.“ (Gesetzentwurf, Drucksache 375/78). 70000 Schwerbehinderte können laut Ehrenberg dieses Gesetz in „Anspruch“ nehmen. Gerechnet wird, daß die Hälfte von der vorzeitigen Altersgrenze Gebrauch machen wird. So ganz sicher sei man sich da nicht, weil sich schon bei der Einführung der flexiblen Altersgrenze gezeigt hätte, daß die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten weiterarbeiten müsse, um die niedrige Rente aufzubessern, bis zu 1000 DM im Monat darf hinzuverdient werden. Die neue „flexible“ Altersgrenze ist da konsequenter: Die Nebenerwerbsgrenze wird auf 425 DM monatlich begrenzt. Ab 390 DM schlägt bereits die Steuer- und Sozialabgabenfalle zu.

Es steht also an zu berechnen, was bei dem „Geschenkpaket“ für die Arbeiter und Angestellten übrigbleibt: Wir beziehen uns dabei nur auf die Schwerbehinderten und gehen davon aus, daß die Hälfte der 70000 Anspruchsberechtigten von der vorgezogenen Rente Gebrauch machen wird. Dabei legen wir zugrunde, daß jeder der 35000 40 Versicherungsjahre sowie den durchschnittlichen Lohn bzw. das durchschnittliche Gehalt der Arbeiter und Angestellten während dieser 40 Versicherungsjahre erhalten hat. Darüber hinaus, daß keiner vor 65 Jahren stirbt. Eine Rechnung, die also vom Mindesten ausgeht, was an Senkung der Altersrente für die Kapitalisten durch die Maßnahmen des Ehrenbergministeriums herausspringt.
Altersruhegeld ab vollendetem 65. Lebensjahr: 40 x Faktor 1,5 gleich 60% von der Bemessungsgrundlage 1983 (28600 DM), das ergibt 17160 DM pro Jahr.
Vorgezogenes Altersruhegeld ab vollendetem 61. Lebensjahr: 35 x Faktor 1,5 gleich 52,5% von der Bemessungsgrundlage 1979 (21068 DM), das ergibt 11060 DM pro Jahr.

Lassen wir die vorgezogene Rente des Schwerbehinderten von 11060 DM 1980 und 1981 jeweils um die geplante Rentenerhöhung von 4% steigen, so ergibt sich Ende 1981 eine Rente von 11962 DM jährlich. Für 1982 ist keine Steigerung der Renten geplant. Die Differenz zwischen dem Altersruhegeld 1983 und der vorgezogenen Altersrente beträgt 5198 DM im Jahr. Um diesen Betrag ist die Altersrente durch Inanspruchnahme der vorzeitigen Verrentung gekürzt. Es ergibt sich der Betrag von 181,9 Mio. DM, um den das Ehrenbergministerium die Renten gekürzt hat.

Zusammengenommen läuft das Programm der „Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte“ darauf hinaus, alte verbrauchte Arbeitskraft auszustoßen, und junge behinderte Arbeitskraft einzusetzen, um die Löhne der Arbeiterklasse insgesamt zu senken. Beides bedeutet ein erhebliches Plus für die Kapitalisten in den Rentenversicherungskassen, weil nach Abzug von 255 Mio. DM „eingesparten Minderausgaben“ in der Arbeitslosenversicherung die „Investition“ in Höhe von 540 Mio. DM bis 1981, vorgeschossen vom Bund, geraubt aus den Versicherungskassen der Arbeiter und Angestellten, sich ohne Zweifel rentiert. Die Kapitalisten sorgen sich um diese Zukunftsinvestition, sie befürchten, daß der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen für die Selbstverwaltung ihrer Versicherungskassen sowie für die Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen und 55 Jahre bei Männern mit mindestens 75% des Facharbeitereсklohns der Ausbeutung Schranken zieht.

Für die Exportoffensive tut die niedersächsische Landesregierung viel

Investitionszuschüsse – Bürgschaften – Zonenrandförderung

r.gör. Die Exportquote mißt den Anteil der Exporte an der gesamten Produktion. Die westdeutschen Kapitalisten haben diese Exportquote schon außerordentlich hochgeschraubt. Im letzten Quartal 1977 lag der Gesamtumsatz der niedersächsischen Industrie bei 22,6 Mrd. DM, davon der Auslandsumsatz bei 5,8 Mrd. DM. Mehr als ein Viertel der gesamten Produktion wird also schon auf die Auslandsmärkte geschwemmt. Das ist in den letzten Jahren zunehmend mehr geworden. Während 1976 z.B. der Gesamtumsatz um 12% anstieg, stieg der Auslandsumsatz um fast das Doppelte,

klasse und Volksmassen dar. Das Gegenteil ist der Fall. Die Einschränkung des Konsums der Massen und die Überproduktionskrise, die in der Exportoffensive aufgelöst werden soll, sind nur zwei Kehrseiten der Jagd der Kapitalisten nach Höchstprofit; wie auch die Auspressung von immer mehr Arbeit aus immer weniger Arbeitern deren notwendige Form ist. Seit 1971 ist die Gesamtzahl der in der niedersächsischen Industrie Beschäftigten um 16% verringert worden, hingegen der Umsatz um 58% ausgeweitet. „Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor allen anderen

gelder der Arbeiter über den Staatshaushalt in Kapital der Kapitalisten verwandelt. Die „investiven Ausgaben“ am Staatshaushalt (sie sind auf Anforderung der Kapitalisten rasch angestiegen in Niedersachsen) und die Masse sonstiger „Infrastrukturförderung“, deren auf Expansion gerichteter Charakter an Projekten wie dem Dollarthafen oder den Autobahnprojekten schnell sichtbar wird, werden durch direkte Zufuhr von Geldern an die Kapitalisten ergänzt: 500,5 Mio. DM Investitionszuschüsse, 4,4 Mio. DM aus Geldern der Arbeitslosenversicherung, 1838,6 Mio. DM aus dem

ERP-Programm, 8104,3 Mio. DM an Bürgschaften (um nur die wichtigsten Posten des Zeitraums 1972 bis 1977 zu nennen). Für die Landesregierung ist es ein „Grundsatz, daß wichtige Industrieansiedlungsvorhaben in keinem Fall am Geld scheitern dürfen“ (Albrecht, Regierungserklärung). Einen Schwerpunkt bildet dabei die „Zonenrandförderung“, nützlich, um für die Exportoffensive gen Osten Boden zu gewinnen. Wie die niedersächsische Industrie- und Handelskammer ausführt, gibt es hier – in Anbetracht relativ sinkender Exporte – einen „Nachholbedarf“.

abbrüche von 1976: 1080 auf 3123 im Jahr 1977. Hierbei handelt es sich keineswegs um Kinderfeindlichkeit, wie Sie und Ihresgleichen es gerne hinstellen. Tatsache ist, daß in diesen Fällen der Lohn nicht ausreicht, um ein Kind oder ein weiteres Kind großzuziehen. Wir, die Unterzeichner dieses offenen Briefes fordern die ersatzlose Streichung des § 218 und die sofortige Schließung der § 218-‚Beratungs‘stellen im Haus der Familie in Mettenhof.“ Bislang wurden unter diesen offenen Brief 17 Unterschriften von Bewohnern des Stadtteils Mettenhof in Kiel gesammelt. Die Unterschriftensammlung wird vom Komitee bis zur nächsten Mitgliederversammlung weitergeführt.

schäftigungsklausel von 6% nicht gedreht werden soll, und DGB-Muhr, stellvertretender Vorsitzender, begründet: „Schwerbehinderte Arbeitnehmer dürfen nicht zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt werden.“ Ein breites Betätigungsfeld ist schon vorhanden: von 30000 arbeitslosen Schwerbehinderten im Juni 1976 stieg die Zahl auf 48055 im Juli 1978, in Prozent ausgedrückt betrug die Steigerungsrate 60,18. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Antragsteller auf

niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie eine Weiterentwicklung der flexiblen Altersgrenze grundsätzlich für sozialpolitisch wünschenswert hält. Gleichzeitig hat sie allerdings betont, daß jede diesbezügliche Maßnahme sowohl mit der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung als auch mit der Arbeitsmarktsituation in Einklang stehen muß. Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen werden beiden Erfordernissen gerecht.“
Die Maßnahme besteht darin, die

das durchschnittliche Gehalt der Arbeiter und Angestellten während dieser 40 Versicherungsjahre erhalten hat. Darüber hinaus, daß keiner vor 65 Jahren stirbt. Eine Rechnung, die also vom Mindesten ausgeht, was an Senkung der Altersrente für die Kapitalisten durch die Maßnahmen des Ehrenbergministeriums herausspringt.
Altersruhegeld ab vollendetem 65. Lebensjahr: 40 x Faktor 1,5 gleich 60% von der Bemessungsgrundlage 1983 (28600 DM), das ergibt 17160

raubt aus den Versicherungskassen der Arbeiter und Angestellten, sich ohne Zweifel rentiert. Die Kapitalisten sorgen sich um diese Zukunftsinvestition, sie befürchten, daß der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen für die Selbstverwaltung ihrer Versicherungskassen sowie für die Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen und 55 Jahre bei Männern mit mindestens 75% des Facharbeitereсklohns der Ausbeutung Schranken zieht.

Flugschriften sollen von der Straße – doch wie soll das gehn?

r.hep. Die Bourgeoisie sinnt darauf, den Arbeitern die bewährtesten Mittel zu nehmen, mit denen diese sich verständigen. Dazu hat das Bundesverwaltungsgericht am 7.6.78 drei Urteile gefällt: 10 DM und mehr an Gebühr soll für einen Informationstisch gezahlt werden; Hinweisschilder für Veranstaltungen sollen bei freiem „Ermessen“ der Behörden nicht zugelassen werden; ob man für Flugblattverteilen eine Erlaubnis braucht? – Sauberkeit der Straßen sei keine ausreichende Begründung für Erlaubnispflicht – ob es bei der Entscheidung von 1971 und der des Bundesverfassungsgerichts von 1976 bleiben kann, daß man eine Erlaubnis wegen Verteilens als Straßensondernutzung braucht, ließ das Gericht offen – ist ja auch wirklich nicht durchgesetzt! Der Bundesgerichtshof will parallel nach Urteil vom 19.4.78, daß man für Zeitungsverkauf eine Gewerbeerlaubnis braucht, für kommerziellen Verkauf hat er das festgelegt, für Zeitungen politischer Organisationen offen gelassen. Die Innen- und Justizminister hatten schon 1976 beschlossen, zu versuchen durchzusetzen, daß ohne Gewerbeerlaubnis keine Zeitungen verkauft werden dürfen. Der niedersächsische Innenminister hatte entsprechend die Gewerbebehörden zur Unterdrückung per Erlaß vom 20.7.76 angewiesen, erfolglos. Sie wollen die Unterdrückung, können aber die Straße nicht einfach freikriegen.

Kraftfahrer fordern Arbeitszeitverkürzung

Reutlingen. Gegenwärtig werden die Manteltarife für das Omnibusgewerbe in Stuttgart verhandelt. Zu diesem Anlaß trafen sich letzte Woche 36 Kraftfahrer aus dem Kreis Neckar-Alb. Der Stundenlohn der Kraftfahrer beträgt 8,23 DM, die Fahrer haben eine 45-Stunden-Woche. Sie arbeiten 230 bis 280 Stunden im Monat. Der Omnibusbereich ist in die Ortsklassen A und B eingeteilt. B wird niedriger bezahlt. Tübingen und Reutlingen gehören zu B. In einer Resolution an die Große Tarifkommission fordern die Kraftfahrer: Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche bis 1980, Abschaffung der Ortsklassen, Erhöhung der Urlaubsvergütung von 8 auf 15 DM pro Tag.

Für die Exportoffensive tut die niedersächsische Landesregierung viel

Investitionszuschüsse – Bürgschaften – Zonenrandförderung

r.gör. Die Exportquote mißt den Anteil der Exporte an der gesamten Produktion. Die westdeutschen Kapitalisten haben diese Exportquote schon außerordentlich hochgeschraubt. Im letzten Quartal 1977 lag der Gesamtumsatz der niedersächsischen Industrie bei 22,6 Mrd. DM, davon der Auslandsumsatz bei 5,8 Mrd. DM. Mehr als ein Viertel der gesamten Produktion wird also schon auf die Auslandsmärkte geschwemmt. Das ist in den letzten Jahren zunehmend mehr geworden. Während 1976 z.B. der Gesamtumsatz um 12% anstieg, stieg der Auslandsumsatz um fast das Doppelte, um 23,5%.

Besonders hoch liegt die Exportquote beim Fahrzeugbau (54%), beim Maschinenbau (47,8%) und bei der chemischen Industrie (37,5%). (Zahlen jeweils letztes Quartal 1977) Diese Industriezweige weisen auch insgesamt die stärkste Expansion auf und bestreiten die höchsten Anteile am Gesamtexport. Der Fahrzeugbau bestreitet allein mehr als ein Drittel davon; sein Export konnte auch im ersten Halbjahr 1978 – trotz eines leichten Rückgangs insgesamt – wieder um 5,8% (127 Mio. DM) gesteigert werden.

In den vergangenen Jahren konnten die Kapitalisten in Niedersachsen aufholen. Ihre Exporte stiegen fast durchweg schneller als im Bundesdurchschnitt. Dem liegen besondere Fortschritte in der *Steigerung* der Ausbeutung zugrunde, der entscheidenden Bedingung für den Erfolg im Kampf um den Höchstprofit.

Die Kapitalisten operieren dabei mit der besonders hohen Arbeitslosenquote in Niedersachsen: 6,5% Ende Februar, im Bundesdurchschnitt 5,4%. Das ist eine Reservearmee von 164400 Menschen, die die Arbeitsämter registriert haben und für die Kapitalisten verfügbar halten. Der höheren Arbeitslosenquote entspricht ein deutlich geringerer Zuwachs der Nominallöhne gegenüber dem Bundesdurchschnitt (1 Prozent). Den Kapitalisten verbessert das die Bedingungen ihrer Exportoffensive.

Sie, ihre Politiker und Ideologen stellen die Niederringung der imperialistischen Konkurrenz als Bedingung für das Wohlergehen der Arbeiterklasse und Volksmassen dar. Das Gegenteil ist der Fall. Die Einschränkung des Konsums der Massen und die Überproduktionskrise, die in der Exportoffensive aufgelöst werden soll, sind nur zwei Kehrseiten der Jagd der Kapitalisten nach Höchstprofit; wie auch die Auspressung von immer mehr Arbeit aus immer weniger Arbeitern deren notwendige Form ist. Seit 1971 ist die Gesamtzahl der in der niedersächsischen Industrie Beschäftigten um 16% verringert worden, hingegen der Umsatz um 58% ausgeweitet. „Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor allen anderen Überlegungen.“ Hinter solchen Worten ausgehaltener Volksbetrüger – in diesem Fall des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrechts – steht eine Poltitk, deren wesentliche Merkmale am Beispiel der Bauwirtschaft mit ihrer „Konjunktur“ deutlich werden: Im vergangenen Jahr haben dort um 2758 weniger Arbeiter über 2 Millionen Stunden mehr gearbeitet, im Durchschnitt jeder verbleibende Arbeiter eine Woche (42 Stunden). Verbunden mit äußerster Intensivierung der Arbeit hat das zu einer Umsatzsteigerung von 23,2% geführt. Bezieht man das Wachstum der Lohnsumme auf die verlängerte Arbeitszeit, verbleibt ein halbes Prozent brutto. Netto und real ist damit der Lohn um mehrer Prozentpunkte gesunken. Das ist – absolut gerechnet – eine Masse Lebenskraft und Lebensmittel der Arbeiter, die die Baukapitalisten in Profit verwandelt haben. Man versteht den Kommentar von Wirtschaftsminister Küpker, wenn er die Bauwirtschaft als „Lichtblick“ anpreist: „positive Tendenzen überwiegen“.

Diese „Tendenzen“ verschärft weiterzuentwickeln, hat die Landesregierung vor. Wenn sie nur kann. Die Arbeiter werden dorthin geworfen, wo sie am profitabelsten ausbeutbar sind. Mobilität! Mißt man diesen Wunsch der Kapitalisten an den durch den Arbeitsmarkt erzwungenen Wanderungen, so haben sie es schon weit gebracht: Bereits weit über eine halbe Million Ortswechsel jährlich finden statt (die innerhalb von Gemeinden nicht einmal mitgerechnet).

Der Staat greift ein, indem er Lohngelder der Arbeiter über den Staatshaushalt in Kapital der Kapitalisten verwandelt. Die „investiven Ausgaben“ am Staatshaushalt (sie sind auf Anforderung der Kapitalisten rasch angestiegen in Niedersachsen) und die Masse sonstiger „Infrastrukturförderung“, deren auf Expansion gerichteter Charakter an Projekten wie dem Dollarthafen oder den Autobahnprojekten schnell sichtbar wird, werden durch direkte Zufuhr von Geldern an die Kapitalisten ergänzt: 500,5 Mio. DM Investitionszuschüsse, 4,4 Mio. DM aus Geldern der Arbeitslosenversicherung, 1838,6 Mio. DM aus dem ERP-Programm, 8104,3 Mio. DM an Bürgschaften (um nur die wichtigsten Posten des Zeitraums 1972 bis 1977 zu nennen). Für die Landesregierung ist es ein „Grundsatz, daß wichtige Industrieansiedlungsvorhaben in keinem Fall am Geld scheitern dürfen“ (Albrecht, Regierungserklärung). Einen Schwerpunkt bildet dabei die „Zonenrandförderung“, nützlich, um für die Exportoffensive gen Osten Boden zu gewinnen. Wie die niedersächsische Industrie- und Handelskammer ausführt, gibt es hier – in Anbetracht relativ sinkender Exporte – einen „Nachholbedarf“.

„Die Teilung Deutschlands im festen Bündnis mit dem Westen überwinden“



Ihn zieht's nach Berlin, hörte man vom neuen Spitzenkandidaten der CDU für die Wahlen vom Abgeordnetenhaus von Westberlin. Richard von Weizsäcker löst den „profillosen Kandidaten Lorenz“ ab und verspricht liberale Politik „in und über Westberlin hinaus“. „Je offener wir die Grenzen gestalten, desto klüger handeln wir“, hat der „Philosoph“ der CDU auf dem „deutsch-polnischen Forum“ 1977 verlauten lassen. Offensichtlich träumen die Christdemokraten von einer erfolgreichen Menschenrechtskampagne diesmal aus der alten Reichshauptstadt unter der Führung eines christdemokratischen Bürgermeisters.

Neuer Virus in Wintergerste

Zunehmende Pflanzenkrankheiten – Folge der Monokultur

r.scd. Immer neuartigere Krankheiten und umfangreicherer Befall von Früchten wird im Ackerbau registriert. Nur hohe Einsätze von chemischen Pflanzenschutzmitteln verdecken diese Erscheinung, die mit zunehmender Monokultur auftritt.

1970 entdeckte man im Raum Sundstedt bei Königslutter einen neuen Virus, der in kurzer Zeit bis zu 500 ha Schläge Wintergerste befiel und hier Vergilbung und verringertes Wachstum hervorrief. „Eine neue Gefahr" und „Wissenschaftler ratlos" waren die Überschriften in der landwirtschaftlichen Fachpresse. Tatsächlich ist es so, daß bisher keine Abwehrmöglichkeiten gefunden wurden. Aber die einzige Möglichkeit der Bekämpfung liegt bei der Bourgeoisie in der Erforschung von chemischen Mitteln, die in den letzten Jahren zu Tausenden auf den Markt geworfen wurden. Damit werden aber nicht die Ursachen der zunehmenden Krankheiten beseitigt, sondern die Profite von BASF gesteigert und die kleinen Bauern, die nicht mehr in der Lage sind, die horrenden Preise für die Vielzahl der Mittel zu bezahlen, zur Aufgabe gezwungen.

Mit dem zunehmenden Anbau von Getreide auf fruchtbaren Ackerbauböden, mit dem die größten Gewinne erzielt werden können, spielt die Wintergerste eine wichtige Rolle. Um die Fruchtfolgezwischenräume so kurz wie möglich zu halten, wird Wintergerste vor der Zwischenfrucht, z.B. Zuckerrüben, gepflanzt. Im Sommer folgt dann die Hauptfrucht, im wesentlichen Weizen. Bereits Ende Juni, Anfang Juli ist das Feld wieder geräumt und können die ersten Zwischenfrüchte bestellt werden, was für den kontinuierlichen maschinellen Einsatz von Bedeutung ist. Würden die Zwischenfrüchte später bestellt, käme es zu Überschneidungen mit dem Abbau anderer Pflanzen.

Seit 1957 hat sich die Fläche, auf der Wintergerste gepflanzt wird, verfünffacht. Es betrug die pro-ha-Differenz z.B. zu Hafer 6 dt, 1977 bereits 11 dt. Das ist die zweite wesentliche Ursache des vermehrten Anbaus. Einher mit der Verkürzung der Fruchtfolgerotation und der Fruchtfolgezwischenzeit wird die Pflanzendichte erhöht, was mit gezüchteten Sorten unter Verwendung von Kunstdünger, insbesondere von Stickstoff erreicht wird. Die meisten intensiven Getreideackerbaubetriebe verfügen heute kaum noch über Vieh. Das jetzt anfallende Stroh, was sonst verfüttert wurde, dient als Strohdünger.

Diese Faktoren sind die wesentlichen Ursachen der Zunahme der Unkräuter und Krankheitserreger. Die Beseitigung der nach einer frühzeitigen Pflugfurche aufgelaufenen Unkräuter ist heute so gut wie nicht mehr möglich, weil unmittelbar nach der Ernte bereits die nächste Frucht gesät wird. Die kurzen Zwischenräume zwischen den Getreidesorten führen zur Vermehrung und stetigem Vorhandensein von fruchtspezifischen Unkräutern wie Ackerfuchsschwanz und Windhalm bei Wintergerste. Das Spritzen mit Herbiziden (Pflanzenvernichtungsmittel) bleibt als einziges Abwehrmittel übrig. Bei den Krankheitserregern unterscheidet man im wesentlichen die Viren, Bakterien und die Pilze, die mit 45 000 Arten wohl die bekanntesten und weitverbreitetsten Erreger von Pflanzen sind. Bei den Pilzkrankheiten sind die Bekanntesten die Fußkrankheiten, worunter die Halmbruchkrankheit, die Schwarzbeinigkeit und die Halmbasiskrankheit fallen. Sie werden als die typischen Fruchtfolgekrankheiten bezeichnet, weil nach ausreichender Pause zwischen den Früchten die Krankheit normalerweise fast vollständig zurückgeht. Eine weitere Pilzkrankheit ist der Flugbrand, der dieses Jahr die Wintergerste stark befallen hatte. Dieser Pilz vernichtet die Blütenanlagen der Gerstenähren und setzt an ihre Stelle eine schwarzbraune Sporenmasse. Im Keim kann das Pilzmyzil mehrere Jahre überleben. Der Flugbrand ist im wesentlichen auf die zunehmende Anbaudichte zurückzuführen, die einen hohen Infektionsdruck hervorruft. Bei den Viren sind sie Ursachen ihres vermehrten Auftretens bisher nicht eindeutig herausgefunden worden. Vermutlich wird der neue Virus der Wintergerste, der allgemein als Gelbmosaikvirus bezeichnet wird, durch Pilze im Boden übertragen, deren gute Überlebenschance auf die Strohdüngung zurückzuführen ist. In den „Mitteilungen für den Landbau", herausgegeben von der BASF, werden alle diese Zusammenhänge schlichtweg bestritten. Die Richtigkeit ist aber durch hundertfache Bestätigung in der Praxis belegt.

20-Jahresplan zur Bewässerung an Ganges und Brahmaputra

z.pek. Bangladesh erarbeitet derzeit gemeinsam mit Indien, Nepal, Bhutan und der Volksrepublik China einen Zwanzigjahresplan zur Nutzung und Kontrolle der Wasserreserven des Ganges und des Brahmaputra. Durch Anlage von Wasserreservoirs in den Ursprungsländern der Flüsse, besonders im nordöstlichen Teil Indiens und in Nepal sollen Überschwemmungen in den Sommermonaten verhindert und die Fluten für die Bewässerung während der trockenen Wintermonate nutzbar gemacht werden. Durch Schürung von Widersprüchen zwischen den Völkern Südasiens hatten in den letzten Jahren vor allem die Sozialimperialisten versucht, diese an der gemeinsamen Nutzung ihrer Wasserreserven zu hindern. Dagegen hatten sich Indien und Bangladesh im November 1977 auf ein Abkommen über die Nutzung des Gangeswassers geeinigt. Bei der Unterzeichnung erklärten die Präsidenten beider Länder: „Wir legen großes Gewicht auf die schnelle Lösung des Langzeitproblems der Erhöhung der Wassermengen des Ganges, um gleichermaßen die Bedürfnisse beider Länder im Interesse ihrer Völker zu befriedigen." Die Imperialisten nutzen jede Überschwemmung: Indien drängen sie erneut ihre „Hilfe" auf, um sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Das Volk von Bangladesh hat in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Nutzung und Kontrolle seiner Wasserreserven unternommen. Bis Anfang 1977 wurden 136 km Dämme gegen Überschwemmungen, 85 km Bewässerungs- und 30 km Drainagekanäle gebaut und die vor Überflutung geschützte landwirtschaftliche Fläche auf eine Million Hektar erhöht. Die Volksrepublik China hat den Bau solcher Anlagen durch Bereitstellung von wissenschaftlichen Fachkräften unterstützt. Im Januar dieses Jahres wurde das Chandpur-Bewässerungsprojekt fertiggestellt. Es umfaßt 584 km Kanäle und 12 000 Pumpen, womit auf einer Fläche von 33 000 Hektar jährlich drei Ernten erzielt werden können. Das Ziel dabei ist die Erreichung der Selbstversorgung. Die Getreideernte Bangladeshs betrug 1977/78 13,4 Mio. Tonnen gegenüber 11,8 Mio. Tonnen 1976/77. Nepal und Indien konnten die Produktion ihrer wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte im vergangenen Jahr ebenfalls beträchtlich steigern.

Französische Bauern kämpfen um das Land, das sie bebauen

z.gek. 20 Milliarden Francs reinen Überschuß will die französische Bourgeoisie bis 1980 in ihrem Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten erzielen. Diese Produktenmasse soll zum einen Teil aus der Arbeit der Landarbeiter auf den rasch expandierenden Plantagen und großen Viehzuchtbetrieben herausgeschlagen werden, zum größeren Teil aber aus der Arbeit hunderttausender kleiner und mittlerer Einzelbauern, die sich für Maschinen, Saatgut, Futtermittel, Dünger u.a. die enorme Schuldenlast von 120 Mrd. Francs (1977) auf den Rücken laden mußten und dabei immer drückender ihre Landarmut fühlten.



In Mésanger im Departement Loire-Atlantique sollte 1971 das Ehepaar Pellerin seinen Hof, den es schon zehn Jahre als Pächter bearbeitete, räumen, weil ein reicher Pensionär aus Paris ihn erworben hatte und als Landsitz zu benutzen gedachte. Die Pellerins weigerten sich zu gehen. 1974 machte die Polizei einen ersten Versuch, den Hof zwangszuräumen. Hundert Bauern und Arbeiter aus der Gegend waren zur Stelle und verhinderten das. Über Monate wird der Hof von ihnen bewacht. Dann, im Juni 1975, bricht die Staatsmacht im Morgengrauen mit 600 CRS-Gendarmen samt Schützenpanzern ein und deportiert das Ehepaar in eine 200 km entfernte Gegend. Noch am selben Abend werden beide von den Dorfbewohnern im Auto zurückgeholt. Eine größere Menschenmenge versammelt sich am 9. März dieses Jahres vor dem Landgericht in Rennes und erzwingt auf die Klage der Pellerins ein Urteil, worin ihnen das Recht zur Bebauung des Landes zurückgegeben werden muß.

In Plouézec, einer Gemeinde in der Bretagne, will ein Bauer eine andere freigewordene Hofstelle zukaufen, weil er auf seinem eigenen Hof mit seinen beiden Söhnen zusammen nicht mehr das Notwendige zum Leben erwirtschaften kann. Aber er kann der Bank die 60 000 Francs, die sie zur Eröffnung verlangt, nicht geben. Ein kapitalistischer Großbauer der Gegend, der schon 45 Hektar hat, bekommt stattdessen den Zuschlag. Die „Arbeiter-Bauern-Gewerkschaft" des Bezirks ruft eine Versammlung im Dorf ein. Man beschließt, den Anspruch des landarmen Dorfgenossen zu unterstützen. Um das deutlich zu machen, helfen ihm 50 Bauern aus dem Dorf bei der Bestellung des brachliegenden Landes im Februar mit Hafer und ernten die Felder am 10. August kollektiv im Handstreich ab, bevor der neue Eigentümer die Gendarmerie herbeigeholt hat.

In Montbizot, Sarthe, soll der Kleinbauer Jean Saintot 10 ha Pachtland zurückgeben, die er seit Jahr und Tag zu seinen eigenen 8 Hektar dazugepachtet hat. Die Kündigung bedeutet für ihn die Teilung seiner Hofstelle und den sicheren Ruin. Saintot weigert sich. Ein Verteidigungskomitee bildet sich im Dorf. Die Staatsmacht wagt nicht zu räumen. Als Saintot am 3. September auf den abgeernteten Feldern seines Hofs zu einem Unterstützungsfest einlädt, kommen 2 000 aus der ganzen Umgebung, darunter Gewerkschaftsdelegationen aus einer Reihe von Betrieben, die ihm Hilfe im Kampf für seine Rechte zusichern.

Höhere Steuern für die Bauern – allgemeine Buchführungspflicht

z.frb. Augsteins Spiegel-Redakteure haben wieder eines ihrer Lieblingsthemen aufgegriffen: Die Hetze gegen die Bauern. Sie, die das Rind nur von der Speisekarte und die Kartoffeln nur als fertige Krokette kennen, haben erneut den „Steuerskandal auf dem

einer Pauschalrechnung fest. Er errechnet sich im großen und ganzen aus (1) einem Zwölftel des Einheitswertes des Betriebs, plus (2) einem Achtzehntel des Wohnungswerts, plus (3) einem gesetzlich festgelegten Pauschbetrag für Arbeitsleistung zwischen 4400 und

talistenklasse vom Schlage eines Ertl, der über den Charakter seiner Agrarpolitik allzugern durch vorgetäuschtes Gehabe hinwegtäuschen will.

Von den Gutachtern vorgeschlagen und von Bundesregierung und Bundestag geplant ist die ersatzlose Strei-

eine exakte Buchführung ohnehin unumgänglich. Für den selbstarbeitenden Bauern aber ist sie eine Zwangsjacke, wie alle der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Formen und Einrichtungen für ihn nur Zwang bedeuten. Die Verpflichtung

Sierra Leone: Neue Anbauflächen für Reis

z.mav. Das kleine Land Sierra Leone („Löwengebirge") an der westafrikanischen Küste wurde von den Imperialisten soweit ausgeraubt, daß es heute noch nicht in der Lage ist, ausreichend Lebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung zu produzieren. Obwohl 75% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, mußten 1972 Lebensmittel für 17,182 Mio. Le (1 Le rd. 2,04 DM) eingeführt werden (hauptsächlich Reis, Gemüse, Öl, Zucker, Zwiebeln und Tomaten). Das war mehr als die gesamte landwirtschaftliche Ausfuhr im Wert be-

geoisie bis 1980 in ihrem Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten erzielen. Diese Produktenmasse soll zum einen Teil aus der Arbeit der Landarbeiter auf den rasch expandierenden Plantagen und großen Viehzuchtbetrieben herausgeschlagen werden, zum größeren Teil aber aus der Arbeit hunderttausender kleiner und mittlerer Einzelbauern, die sich für Maschinen, Saatgut, Futtermittel, Dünger u.a. die enorme Schuldenlast von 120 Mrd. Francs (1977) auf den Rücken laden mußten und dabei immer drückender ihre Landarmut fühlten.



In Mésanger im Departement Loire-Atlantique sollte 1971 das Ehepaar Pellerin seinen Hof, den es schon zehn Jahre als Pächter bearbeitete, räumen, weil ein reicher Pensionär aus Paris ihn erworben hatte und als Landsitz zu benutzen gedachte. Die Pellerins weigerten sich zu gehen. 1974 machte die Polizei einen ersten Versuch, den Hof zwangszuräumen. Hundert Bauern und Arbeiter aus der Gegend waren zur Stelle und verhinderten das. Über Monate wird der Hof von ihnen bewacht. Dann, im Juni 1975, bricht die Staatsmacht im Morgengrauen mit 600 CRS-Gendarmen samt Schützenpanzern ein und deportiert das Ehepaar in eine 200 km entfernte Gegend. Noch am selben Abend werden beide von den Dorfbewohnern im Auto zurückgeholt. Eine größere Menschenmenge versammelt sich am 9. März dieses Jahres vor dem Landgericht in Rennes und erzwingt auf die Klage der Pellerins ein Urteil, worin ihnen das Recht zur Bebauung des Landes zurückgegeben werden muß.

In Plouézec, einer Gemeinde in der Bretagne, will ein Bauer eine andere freigewordene Hofstelle zukaufen, weil er auf seinem eigenen Hof mit seinen beiden Söhnen zusammen nicht mehr das Notwendige zum Leben erwirtschaften kann. Aber er kann der Bank die 60 000 Francs, die sie zur Eröffnung verlangt, nicht geben. Ein kapitalistischer Großbauer der Gegend,

ter-Bauern-Gewerkschaft" des Bezirks ruft eine Versammlung im Dorf ein. Man beschließt, den Anspruch des landarmen Dorfgenossen zu unterstützen. Um das deutlich zu machen, helfen ihm 50 Bauern aus dem Dorf bei der Bestellung des brachliegenden Landes im Februar mit Hafer und ernten die Felder am 10. August kollektiv im Handstreich ab, bevor der neue Eigentümer die Gendarmerie herbeigeholt hat.

In Montbizot, Sarthe, soll der Kleinbauer Jean Saintot 10 ha Pachtland zurückgeben, die er seit Jahr und Tag zu seinen eigenen 8 Hektar dazugepachtet hat. Die Kündigung bedeutet für ihn die Teilung seiner Hofstelle und den sicheren Ruin. Saintot weigert sich. Ein Verteidigungskomitee bildet sich im Dorf. Die Staatsmacht wagt nicht zu räumen. Als Saintot am 3. September auf den abgeernteten Feldern seines Hofs zu einem Unterstützungsfest einlädt, kommen 2 000 aus der ganzen Umgebung, darunter Gewerkschaftsdelegationen aus einer Reihe von Betrieben, die ihm Hilfe im Kampf für seine Rechte zusichern.

rungs- und 30 km Drainagekanäle gebaut und die vor Überflutung geschützte landwirtschaftliche Fläche auf eine Million Hektar erhöht. Die Volksrepublik China hat den Bau solcher Anlagen durch Bereitstellung von wissenschaftlichen Fachkräften unterstützt. Im Januar dieses Jahres wurde das Chandpur-Bewässerungsprojekt fertiggestellt. Es umfaßt 584 km Kanäle und 12 000 Pumpen, womit auf einer Fläche von 33 000 Hektar jährlich drei Ernten erzielt werden können. Das Ziel dabei ist die Erreichung der Selbstversorgung. Die Getreideernte Bangladeshs betrug 1977/78 13,4 Mio. Tonnen gegenüber 11,8 Mio. Tonnen 1976/77. Nepal und Indien konnten die Produktion ihrer wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte im vergangenen Jahr ebenfalls beträchtlich steigern.

Höhere Steuern für die Bauern – allgemeine Buchführungspflicht

z.frb. Augsteins Spiegel-Redakteure haben wieder eines ihrer Lieblingsthemen aufgegriffen: Die Hetze gegen die Bauern. Sie, die das Rind nur von der Speisekarte und die Kartoffeln nur als fertige Krokette kennen, haben erneut den „Steuerskandal auf dem Land" entdeckt. „Vom Gesamtgewinn der deutschen Landwirtschaft werden nur 15% für die Besteuerung erfaßt", war im „Spiegel" letzter Woche zu lesen.

Der Coup gegen die Bauern, dem diese jüngste Pressekampagne dient, handelt von der Beseitigung des § 13a des Einkommenssteuergesetzes (EStG) und damit der Einführung einer allgemeinen Buchführungspflicht für die Bauern. Schon seit langem wird dies vorbereitet. Im Februar 1977 haben Landwirtschaftsminister Ertl und der damalige Finanzminister Apel die „Kommission zur Begutachtung der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft" eingesetzt, und in diesem Frühjahr haben die acht Professoren der Kommission ihre Vorschläge vorgelegt. Im Ertl-Ministerium werden jetzt die Gesetzentwürfe bereitet, um sie sogleich nach den Landtagswahlen in Bayern aus der Schublade zu ziehen.

Nach dem Einkommenssteuergesetz fällt das Einkommen der Bauern unter die Kategorie „Gewinn". Und als Gewinn gilt allgemein „der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen" (§ 4,1 EStG). Ist der Gewinn niedriger als 24 000 DM im Jahr, so verlangt der Fiskus keine vollständige Bewertung des Betriebsvermögens, sondern begnügt sich mit einem Vergleich der genau zu belegenden Ausgaben und Einnahmen.

Abweichend hiervon legt der besagte § 13a EStG die Bestimmung des Gewinns in der Landwirtschaft nach einer *Pauschalrechnung* fest. Er errechnet sich im großen und ganzen aus (1) einem Zwölftel des Einheitswertes des Betriebs, plus (2) einem Achtzehntel des Wohnungswerts, plus (3) einem gesetzlich festgelegten Pauschbetrag für Arbeitsleistung zwischen 4 400 und 4 800 DM im Jahr, plus (4) 2,5% des Ausgangswertes (um Zupacht und Verpachtung bereinigter Einheitswert) für die „Betriebsleitung". Übersteigt der so ermittelte Gewinn 15 000 DM, so verlangt die Finanzbehörde die Gewinnermittlung durch Vermögensvergleich und damit Buchführung wie im zitierten § 4.

Die Bourgeois-Gutachter waren nun darauf angesetzt, herauszufinden, inwieweit der nach den Durchschnittssätzen des § 13a ermittelte Gewinn übereinstimmt mit dem Gewinn, wie er sich aus einer jeden einzelnen wirtschaftlichen Vorgang erfassenden Buchführung ergeben würde; dabei wollen sie festgestellt haben, daß nach der Methode des § 13a nur ein Teil des tatsächlichen Gewinns erfaßt wird. Zwar hat sich der „Spiegel"-Schreiberling den behaupteten Anteil von 15% aus den Fingern gesogen, aber von nur 20 bis 25 Prozent reden die Kommissions-Professoren auch. Statt rund 2 500 Mio. DM zahle „die Landwirtschaft" nur 500 Mio. DM, heißt es bei ihnen.

Daß nur ein Teil des Einkommens der Bauern von der Steuerbehörde erfaßt wird, mag schon sein. Wen kann das schon beunruhigen? Ansonsten ist die Höhe der angegebenen Zahlen höchstens über den Daumen gepeilt. Sie ist errechnet auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Wie aber werden schon die Statistiker der Bundesregierung zu den Zahlen kommen, die die Steuerbeamten *nicht* erheben können? Wie anders als nach Methode Daumensprung? So erkennt man an den Angaben vor allem eines: Die Absichten der Geschäftsträger der Kapitalistenklasse vom Schlage eines Ertl, der über den Charakter seiner Agrarpolitik allzugern durch vorgetäuschtes Gehabe hinwegtäuschen will.

Von den Gutachtern vorgeschlagen und von Bundesregierung und Bundestag geplant ist die ersatzlose Streichung des § 13a. Dies bedeutet, daß generell nach der Bestimmung des § 4 verfahren werden muß. Jeder Bauer muß eine genaue Aufstellung seines „Betriebsvermögens" zu Beginn und am Ende eines jeden Wirtschaftsjahres vornehmen. Jedes Stück Vieh, gleichgültig ob er es gekauft oder selbst gezogen hat, gleichgültig ob er es verkaufen wird oder nicht, sämtliche Feld- und Hofvorräte, Silage, Futterrüben, Heu, seinen alten Traktor und jedes Stück Gerät muß für jede Bilanz bewertet werden. Ein Bauer mit Schweinemast etwa wird jedes Ferkel bewerten müssen, obwohl er noch lange nicht weiß, was er einmal dafür erlöst. Macht der Gewinn weniger als 24 000 DM im Jahr aus, so wird der Bauer zwar von der Bewertungspflicht befreit, aber auch dann muß er jede Einnahme und Ausgabe genauestens aufzeichnen und belegen. In einer Alternative „B" schlägt die Kommission zusätzlich bei Gewinnen unter 8 000 oder 12 000 DM jährlich eine Befreiung von dieser Aufzeichnungspflicht vor. Die Einkünfte sollen dann mit Hilfe der „landwirtschaftlichen Vergleichszahlen", multipliziert mit einem von der Finanzbehörde nach allgemeinen Richtlinien geschätzten Faktor, ermittelt werden.

Die Gesetzesänderung richtet sich ausschließlich gegen die kleinen und mittleren Bauern. Von den rund 900 000 „landwirtschaftlichen Betrieben" (einschl. Nebenerwerbsbauern) werden rund 800 000 nach § 13a besteuert. Für die Agrarkapitalisten trifft der § 13a ohnehin nicht zu, also auch nicht seine Beseitigung. In der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft ist eine exakte Buchführung ohnehin unumgänglich. Für den selbstarbeitenden Bauern aber ist sie eine Zwangsjacke, wie alle der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Formen und Einrichtungen für ihn nur Zwang bedeuten. Die Verpflichtung zur Buchführung dient allein dazu, die Masse der Bauern in die Fänge der staatlichen Finanzbehörde zu bekommen und die Steuer zu erhöhen. Sie leben nicht von ihrem Besitz, wie die Agrarkapitalisten, sondern von ihrer Arbeit, deshalb ist es ein Demagogentrick, für sie „gleiche Besteuerung" zu fordern. Was der Form nach Gewinn ist, dient dem selbstarbeitenden Bauern in Wirklichkeit ausschließlich zur Reproduktion seiner Arbeitskraft; schon für Ersatz und Neuanschaffung der Arbeitsmittel reicht's nicht. Bekanntermaßen sind die Bauern hoch verschuldet und die Steuer – der Bauer zahlt ja auch noch Grundsteuer für seinen Boden, der ihm auch nichts „abwirft" – ist oftmals der Strick, der zum Aufgeben zwingt. Und wie, bitte, läßt sich die Behauptung der „Unterbesteuerung" mit der Tatsache vereinbaren, daß jedes Jahr -zig Tausende Bauern ihren Hof aufgeben müssen?

Die wahren Absichten lesen sich im Besteuerungsgutachten so: „Die Entlastung durch § 13a EStG führt zu einer ungezielten und unkontrollierten Subventionierung ... Teilweise sind ... nichtexistenzfähige Betriebe begünstigt worden." Beabsichtigt ist die *gezielte* Subventionierung der kapitalistischen Großbetriebe und das *gezielte* Erwürgen der kleinen Bauernwirtschaft. Kommen die Regierungspolitiker mit ihren Plänen durch, so kann nur eine Welle des Bauernlegens – mit einem Anschwellen der industriellen Reservearmee – die Folge sein. Am besten, man behandelt diese trüben Absichten dort mit, wo der Kampf gegen das „Steuerpaket" schon geführt wird.

Sierra Leone: Neue Anbauflächen für Reis

z.mav. Das kleine Land Sierra Leone („Löwengebirge") an der westafrikanischen Küste wurde von den Imperialisten soweit ausgeraubt, daß es heute noch nicht in der Lage ist, ausreichend Lebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung zu produzieren. Obwohl 75% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, mußten 1972 Lebensmittel für 17,182 Mio. Le (1 Le rd. 2,04 DM) eingeführt werden (hauptsächlich Reis, Gemüse, Öl, Zucker, Zwiebeln und Tomaten). Das war mehr als die gesamte landwirtschaftliche Ausfuhr im Wert betrug, 16,7 Mio Le. Die Erfolge, die das Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1961 in der landwirtschaftlichen Produktion und mit gestiegenen Exporten erreicht hat, haben die Imperialisten immer wieder buchstäblich aufgefressen über die bedeutend höheren Preise für die Importwaren, auf die das Land angewiesen war – insbesondere für Petroleum und Reis. Die größten Räuber sind in Sierra Leone die englischen Imperialisten gewesen, die sich 1651 den ersten Teil des Landes unterjocht haben und 1787 den zweiten, unter dem Motto „Freetown" für „befreite Sklaven". Eisenerz, Chromerz, Diamanten, Kakao, Erdnüsse, Kolanüsse, Ölpalmkerne, Ingwer, Piassava-Fasern – alles haben sie aus dem Land herausgeholt. Was das Land noch von 1970 bis 1975 an die Imperialisten verloren hat, spiegelt sich in der Handelsbilanz wider (in Mio Le):

	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz
1970	85,55	88,08	– 2,53
1974	122,95	170,77	–47,82
1975	116,47	152,76	–36,29

Große Anstrengungen werden unternommen, um insbesondere in der Reisversorgung des Landes unabhängig zu werden. 3 000 t Dünger wurden vom Staat eingeführt und zu 30% der Kosten an die Bauern weiterverkauft, eine Serie von 196 neuen Treckern wurde angeschafft. Jetzt beginnen die Volksmassen, in der Ostprovinz des Landes 15 000 Acres (1 Acre: 4047 qm) durch Meliorationen der Sumpfgebiete für den Reisanbau zu gewinnen. Weitere 26 000 Acres werden in den Gebieten der Kakao-, Kaffee- und Ölpalmfarmen gewonnen.

32. Historikertag – Propaganda für Großdeutsches Reich

Hamburg. Am 4. Oktober beginnt in Hamburg der 32. Historikertag. Zur Begrüßung sind vertreten: G.A.Ritter, München, Vorsitzender des Verbands der Historiker Deutschlands; Universitätspräsident Fischer-Appelt, Hamburg, der Präsident des Hamburger Senats. Für die Ausrichtung der Professoren und Geschichtslehrer schickt die Bourgeoisie eigens ihren Kanzler Schmidt zum Halten der Eröffnungsansprache. Zusätzlich wird ein Eröffnungsvortrag von P.Moraw, Gießen, gehalten: „*Kaiser Karl IV im deutschen Mittelalter*“ Dieser deutsche Kaiser hat das Deutsche Reich um einige ‚Erwerbungen‘ erweitert und die Vorherrschaft des Römischen Reiches deutscher Nation gefestigt. Weitere Ausdehnung nach Osten durch die Einverleibung Polens und Ungarns war sein Ziel. Die weiteren Veranstaltungen liegen auf der gleichen Linie: U.a. Geschichtsunterricht in Kaiserreich und Weimarer Republik. Zur Tradition des gegenwärtigen Geschichtsunterrichts / Ländliche Gesellschaften im historischen Wandel am Beispiel Afrikas / Der Stellenwert des Ersten Weltkrieges in der Kontinuitätsproblematik der deutschen Geschichte / Probleme der Integration neuer Gebiete in alte Staaten im 19.Jahrhundert / Die fachspezifischen Ansätze der Unterrichtsfächer Geschichte und Politik bei der Behandlung des Themas „Die Deutsche Nation“.

Faschisten verjagt

Hamburg. Am Sonntag, den 10.9. wollten türkische Faschisten der MHP eine Veranstaltung in dem Studentenwohnheim Gustav-Radbruch-Haus durchführen. Anlaß war eine Rundreise eines türkischen faschistischen Abgeordneten durch die BRD. Auf der Zentralratssitzung aller Hamburger Studentenwohnheime wurde eine Resolution gegen die Veranstaltung verabschiedet. Diese Resolution haben außerdem 17 Studenten des Wohnheim Paul-Sudeck-Haus unterstützt. Am Donnerstag, den 7.9. hat der Heimrat ein Go-in zum Geschäftsführer des FDP-Vereins „Burse e.V.“ Schiewe durchgeführt. Die Burse ist Heimträger des Gustav-Radbruch-Hauses. Schiewe versuchte, sich rauszureden, indem er behauptete, daß bei ihm eine Hochzeitsfeier angemeldet worden sei. Von einer faschistischen Veranstaltung wüßte er nichts. Der Heimrat forderte, daß der MHP der Raum sofort gekündigt werde und meldete sofort eine eigene Veranstaltung am Sonntag an. Durch den Druck der Heimbewohner mußte Schiewe schließlich die Kündigung ausschreiben. Am Sonntag waren dann 150 Teilnehmer auf der Veranstaltung, vorwiegend türkische Arbeiter und Jugendliche. Die wenigen Faschisten, die sich dennoch blicken ließen, verzogen sich schnell beim Anblick der Transparente im Foyer des Heims, auf denen der gerechte Kampf des türkischen Volkes gegen den Imperialismus propagiert wurde. Auf der Veranstaltung wurden 180 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt.

Kultusminister will Mehrarbeitsvergütungen zurück

Gustav-Radbruch-Haus durchführen. Anlaß war eine Rundreise eines türkischen faschistischen Abgeordneten durch die BRD. Auf der Zentralratssitzung aller Hamburger Studentenwohnheime wurde eine Resolution gegen die Veranstaltung verabschiedet. Diese Resolution haben außerdem 17 Studenten des Wohnheim Paul-Sudeck-Haus unterstützt. Am Donnerstag, den 7.9. hat der Heimrat ein Go-in zum Geschäftsführer des FDP-Vereins „Burse e.V.“ Schiewe durchgeführt. Die Burse ist Heimträger des Gustav-Radbruch-Hauses. Schiewe versuchte, sich rauszureden, indem er behauptete, daß bei ihm eine Hochzeitsfeier angemeldet worden sei. Von einer faschistischen Veranstaltung wüßte er nichts. Der Heimrat forderte, daß der MHP der Raum sofort gekündigt werde und meldete sofort eine eigene Veranstaltung am Sonntag an. Durch den Druck der Heimbewohner mußte Schiewe schließlich die Kündigung ausschreiben. Am Sonntag waren dann 150 Teilnehmer auf der Veranstaltung, vorwiegend türkische Arbeiter und Jugendliche. Die wenigen Faschisten, die sich dennoch blicken ließen, verzogen sich schnell beim Anblick der Transparente im Foyer des Heims, auf denen der gerechte Kampf des türkischen Volkes gegen den Imperialismus propagiert wurde. Auf der Veranstaltung wurden 180 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt.

Kultusminister will Mehrarbeitsvergütungen zurück

Wuppertal. In Erlassen vom 24.4.78 und 25.4.78 fordert der Kultusminister von NRW die Lehrer, die in den vergangenen Jahren Mehrarbeit geleistet haben, auf, ihre Mehrarbeitsrechnung „zur Vermeidung der eventuellen Ergreifung disziplinarischer Maßnahmen ... im Wege einer Selbstkontrolle ab Schuljahr 1975/76 (zu) prüfen“. Verschiedene Regierungspräsidenten haben gezahlte Vergütungen für Mehrarbeit bereits zurückgefordert. Die „Selbstbezichtigung“ soll bis zum 31.1.79 erfolgen. „Dienstliche Leistungen, die keine Unterrichtstätigkeit darstellen“, seien keine vergütbare Mehrarbeit. Ein Lehrer der Kaufmännischen Schulen West in Wuppertal soll über 6000,- DM an den Dienstherrn zurückzahlen. Die beiden im Beamtenbund organisierten Lehrerverbände an beruflichen Schulen, VLBS und VLW fallen den Lehrern, deren Empörung über die Erlasse groß ist, in den Rücken, indem sie zwar behaupten, sie wollten „die in der Aufforderung zur Selbstbezichtigung liegende pauschale Diffamierung der Kollegen entschieden zurückweisen“, aber wie sie in einem Rundbrief schreiben – „ohne eventuelle, vereinzelte Mißbräuche billigen zu wollen“.

Aktion der KHG zum Kirchentag

Freiburg. Die KHG hat mit einem Flugblatt und einer „christlichen Ansprache“ an der Mensa aufgerufen, zu einem Forum des Katholikentags, auf dem die Pfaffen das „Afrika-Bild“ der Besucher im Sinne der Imperialisten zurechtrücken wollen, zu gehen, um dieser Absicht entgegenzutreten. Bei der Aktion wurden 16,30 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt.

Versetzungsrichtlinien: Umkehrung der Auslesemethoden

Kultusminister der Länder: „Die Nichtversetzung ... soll das Niveau der aufsteigenden Klasse sichern“

z.anb. Der Schülerrat der G 16 in Hamburg hat auf seiner Sitzung in der letzten Woche einen Beschluß verabschiedet, in dem die Abschaffung des Kurssystems, der Stufen- und Kurzausbildungsgänge an der Berufsschule gefordert wird. Die Schüler sind für eine Ausbildung, die theoretisch wie praktisch umfassend die Grundlagen der Produktion vermittelt.

Was sie in ihrer sogenannten Berufsausbildung erfahren, ist, daß die Kapitalisten eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft betreiben; sie erwarten von einem Maschinenarbeiter, daß er verschiedenste Stupiditäten äußerst rasch erlernt, immer jedoch nur Teilarbeiten verrichtet, die ihn zum Anhängsel der Maschine degradieren, die Despotie des Ausbeutungsprozesses unerträglich verschärfen und – vor allem als jugendliche Lohnarbeiter merken sie das – schlecht bezahlt sind.

Das genau ist der Zweck der beständigen Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung auf die betriebliche Ausbildung, auf die Berufsschulpflicht; sie haben sie in den letzten Jahren erheblich beschnitten und unterhöhlt.

Daß die westdeutsche Arbeiterklasse große Fertigkeiten besitzt, beweist sie nicht zuletzt in den ungeheuren Umwälzungen der Produktion, die die Kapitalisten organisieren, um die Ausbeutungszeit zu verlängern und zu intensivieren. In der Schule lernt die Jugend das aber nicht. Daß die Kapitalisten dennoch gerade der bürgerlichen Schule die Aufgabe abgetreten haben, die für die jeweiligen Stupiditäten des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses notwendigen Arbeitskräfte zu liefern, auszuspucken, hat seinen Grund wiederum in ihrer Profitgier. Die Hindernisse gegen die Verschärfung der Schweißauspressung wollen sie zum Einsturz bringen, die Bedingungen des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse erschweren, die Spaltungslinien verdichten.

Das alles mit dem schäbigen Ziel, die Kinderarbeit salonfähig zu machen. Die Veränderungen, die sich in den Versetzungsrichtlinien seit Ende der fünfziger Jahre niederschlagen, spiegeln die Umwälzung in der Produktion und die Absichten der Kapitalisten wider.

An allen möglichen Einschnitten soll die Schule Schleusentore aufreißen, die Arbeitskräfte auf den Markt pressen und damit der Konkurrenz des freien Lohnarbeiters, verschärft durch den Druck der industriellen Reservearmee, zur vollen Geltung verhelfen. Die Kapitalisten setzen dabei auf die klingende Münze des Lohnraubs und auf die Spaltung der Kämpfe der Arbeiter.

Auslesen heißt vor allem: billige Arbeitskräfte liefern. In der Phase des neuerlichen Wachstums der westdeutschen Profitwirtschaft nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg hörte sich das anders an:

> Die Wiederholung eines Schülerjahrganges darf für einen Schüler *nur dann* angeordnet werden, wenn der Stand seiner Entwicklung stark unter dem altersmäßigen Durchschnitt liegt und die *Bildungsarbeit* im nächsten Schülerjahrgang *voraussichtlich* ohne zureichenden Erfolg bliebe ... Der Schüler soll möglichst in seiner *Klassengemeinschaft bleiben*, und mit ihr aufsteigen ...
> ... wird klargestellt, daß für das Wiederholen zunächst die Schülerbeurteilung maßgebend ist. *Erst in zweiter Linie* ... kann das Wiederholen von den *Leistungen* abhängig gemacht werden. ...
> Das Wiederholen soll möglichst *nur* während der ersten vier Schülerjahrgänge angeordnet werden. (Bayerische Landesvolksschulordnung vom 24. Juli 1959)

Für die Bourgeoisie kam die entscheidende Auswahl erst anschließend an die Volksschulzeit, einerseits in der betrieblichen Ausbildung, andererseits in der Heranzüchtung ihres Kadernachwuchses an den höheren Schulen.

So ist in der Versetzungsordnung von 1959 erkennbar, daß die Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen von der Bourgeoisie noch nicht in ein reines Instrument der Auslese verkehrt war. Immerhin war eine Nichtversetzung erst vorgesehen,

> 1. wenn der Schüler in der Deutschen Sprache und im Rechnen die Note „ungenügend“ erhält,
> 2. wenn seine Leistungen in einem dieser beiden Fächer mit der Note „ungenügend“ und in Heimatkunde oder in Erdkunde, Naturkunde und Geschichte nicht besser als mit „mangelhaft“ beurteilt werden.

Klar ist, wenn die Nichtversetzung „erst in zweiter Linie“ von den „Leistungen“ abhängig gemacht werden durfte, daß die Noten in ihrer Bedeutung als Instrument der Spaltung, Schürung der Konkurrenz unter den Schülern und Mittel zur Unterdrükkung eine vergleichsweise stumpfe Waffe waren gegenüber dem „pädagogischen Gespür“ eines echten Beamten, der mit klassensicherem Instinkt die „Begabten“ für die weiterführenden Schulen vorschlug, vor allem für das Gymnasium. Daher die Bedeutung der „Schülerbeurteilung“.

Zudem rekrutierte die Bourgeoisie ihren Kadernachwuchs vorrangig aus den untergehenden besitzenden Klassen, kleine Kapitalisten, Handwerker, die dem Eigentum verhaftet sind. Mit der gesetzmäßigen Entwicklung ihrer Profitproduktion entzog sich die Bourgeoisie aber die klassenmäßige Grundlage für diesen Nachwuchs; immer größere Teile der ehemals besitzenden Klassen sind in die Reihen der Lohnabhängigen „abgestiegen“. Die Krise Ende der sechziger Jahre war der Auslöser für die Pläne, die heute zur Blüte kommen sollen, die Freigabe der Kinderarbeit. Mit der imperialistischen Bildungsreform öffnete die Bourgeoisie weit die Schultore für die Kinder der Massen, um den Kapitalisten die leidige betriebliche Ausbildung vom Hals zu schaffen. Seit sie unter der Fuchtel des bürgerlichen Staates zusammengepreßt sind, kommen die Noten mit ihrem eigentlichen despotischen Kern voll zur Wirkung. Mit der Folge einer ungeheuren Spaltung der Jugend quer durch die Jahrgänge in Lehrgängen, Förder-, Stütz- und Aufbaukursen wird das Schulsystem auseinandergespreizt und Einsaugung jugendlicher Arbeitskraft an allen Ecken und Enden ermöglicht.

Die geltenden Versetzungsrichtlinien vermerken trocken:

> Ein Schüler muß eine Jahrgangsstufe wiederholen, wenn seine *Schulleistungen* erheblich *unter dem Durchschnitt* liegen und eine Besserung der *Lernerfolge* in der nächsthöheren Jahrgangsstufe nicht erwartet werden kann.
> (Ergänzung der Bestimmungen zur Allgemeinen Schulordnung für die Volksschulen in Bayern, Mai 1976)

Es folgt ein ausgetüftelter Katalog, wann man bei einer 5 oder 6 in welchen Fächern unter welcher Kombination mit anderen Fächern sitzenbleibt. Alles genau festgelegt. Überwacht wird es von der gesamten Konferenz. Früher entschied der „Schulleiter im Einvernehmen mit dem Klassenlehrer“.

Die Zentralisierung ist unabdingbare Voraussetzung dafür, daß das Schleusensystem auch funktioniert, daß die Lehrer spuren.

Die Kultusminister der Länder treffen sich jedenfalls häufig, um alle Lükken zu schließen. In ihrer Vereinbarung vom Juli 1978 haben sie die Richtlinien des Landes Niedersachsen zum leuchtenden Vorbild genommen, in denen es heißt: daß Versetzung und Nichtversetzung eine „angemessene Leistungsentwicklung der aufsteigenden Klasse“ sichern sollen.

Verfahren gegen Göttinger Studenten eingestellt

r.cla.Göttingen. Nach 20 Monaten Ermittlungen und acht Stunden Prozeßdauer mußte Richter Stier letzten Dienstag die Einstellung des Prozesses – bei je 500 DM Geldbuße – gegen zehn Studenten beschließen. Angeklagt waren die Studenten wegen „schwerer Nötigung, schwerem Haus- und Landfriedensbruch“. Mit der Einstellung mußte die Bourgeoisie eine Schlappe einstecken. Sie hatte beabsichtigt, mit Gefängnisstrafen das Semester vorzubereiten. Unter Anklage stand die Sprengung der Sitzung des Fachbereichsrats Wirtschaftswissenschaften, in der die Professoren eine neue Prüfungsordnung verabschieden wollten. Realisiert werden sollte das Urteil über die Spaltung der Angeklagten, unter denen Jusos, GIM- und KB-Nord-Studenten sowie Mitglieder des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) vertreten waren. In der Vorbereitung auf den Prozeß erschien eine Broschüre des KSB, in der die Wirkung und Ziele der Studienreform am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften sowie die Forschungs- und Lehrtätigkeit der Professoren für die Imperialisten angegriffen wurde. Es gelang, unter den Angeklagten die Einheit auf Grundlage einer Erklärung herzustellen, in der Jusos und KB-Nordler gezwungen waren, zuzustimmen, daß über Öffnung der Hochschulen, Schürung von Konkurrenz, Verschärfung der Auslese vermittels Klausuren und Prüfungen wie durch die Regelstudienzeit die Studenten gezwungen werden sollen, „eine Wissenschaft zu verinnerlichen und anzuwenden, die die Existenz von Privateigentum und kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen als die beste aller Wirtschaftsformen rechtfertigt“. Über Beweisanträge sollten die neun Zeugen der Anklage – sieben Professoren und zwei CDU-Studenten – hinsichtlich ihrer Forschungstätigkeit und ihrer Rolle bei der Durchsetzung der Studienreform ins Kreuzfeuer genommen werden. Nachdem der Einstellungsantrag der Anwälte abgelehnt wurde, wurde beantragt, Richter Stier wegen Befangenheit abzulehnen. Das Gericht war in der Enge. Noch ein Debakel wie im BAFöG-Amtsprozeß, wo eine ähnliche Anklage erhoben wurde und elf von zwölf Studenten freigesprochen werden mußten, bahnte sich an. Zudem stand noch die Zeugenvernehmung aus, bei der mit Sicherheit die Professoren hätten Federn lassen müssen. Das war der Stand, als einige Anwälte unter Führung des Juso-Bundesvorsitzenden Schröder die Einheit verließen und den „Vorschlag“ lancierten, die Einstellung des Prozesses bei „Teilschuldbekenntnis“ zu beantragen. Ein gefährlicher Schachzug. Die uneinheitliche Ablehnung des Vorschlags hätte bedeutet, der Bourgeoisie im weiteren Prozeßverlauf Tür und Tor für Spaltereien zu öffnen. Um einen Teilerfolg zu sichern, mußte er angenommen werden. Staatsanwalt Göhmann und Richter Stier stimmten nach Rücksprache mit dem Ministerium zu. Wissenschaftsminister Pestel verkündete, sich auf diesen Antrag berufend, in einer Presseerklärung, „die Angeklagten haben sich einsichtig gezeigt“. Erst Juso-Schröder eröffnete ihm diesen Ausweg. Auch wenn der Bourgeoisie die vollständige Niederlage erspart blieb, ist der Ausgang des Prozesses ein wichtiger Pluspunkt in den kommenden Kämpfen.

Belgische Studenten erringen ersten Teilerfolg

Britische Gewerkschaften unterstützen

Jugend das aber nicht. Daß die Kapitalisten dennoch gerade der bürgerlichen Schule die Aufgabe abgetreten haben, die für die jeweiligen Stupiditäten des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses notwendigen Arbeitskräfte zu liefern, auszuspucken, hat seinen Grund wiederum in ihrer Profitgier. Die Hindernisse gegen die Verschärfung der Schweißauspressung wollen sie zum Einsturz bringen, die Bedingungen des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse erschweren, die Spaltungslinien verdichten.

Das alles mit dem schäbigen Ziel, die Kinderarbeit salonfähig zu machen. Die Veränderungen, die sich in den Versetzungsrichtlinien seit Ende der fünfziger Jahre niederschlagen, spiegeln die Umwälzung in der Produktion und die Absichten der Kapitalisten wider.

An allen möglichen Einschnitten soll die Schule Schleusentore aufreißen, die Arbeitskräfte auf den Markt pressen und damit der Konkurrenz des freien Lohnarbeiters, verschärft durch den Druck der industriellen Reservearmee, zur vollen Geltung verhelfen. Die Kapitalisten setzen dabei auf die klingende Münze des Lohnraubs und auf die Spaltung der Kämpfe der Arbeiter.

Auslesen heißt vor allem: billige Arbeitskräfte liefern. In der Phase des neuerlichen Wachstums der westdeutschen Profitwirtschaft nach dem 2. im-

und in Heimatkunde oder in Erdkunde, Naturkunde und Geschichte nicht besser als mit „mangelhaft“ beurteilt werden.

Klar ist, wenn die Nichtversetzung „erst in zweiter Linie“ von den „Leistungen“ abhängig gemacht werden durfte, daß die Noten in ihrer Bedeutung als Instrument der Spaltung, Schürung der Konkurrenz unter den Schülern und Mittel zur Unterdrükkung eine vergleichsweise stumpfe Waffe waren gegenüber dem „pädagogischen Gespür“ eines echten Beamten, der mit klassensicherem Instinkt die „Begabten“ für die weiterführenden Schulen vorschlug, vor allem für das Gymnasium. Daher die Bedeutung der „Schülerbeurteilung“.

Zudem rekrutierte die Bourgeoisie ihren Kadernachwuchs vorrangig aus den untergehenden besitzenden Klassen, kleine Kapitalisten, Handwerker, die dem Eigentum verhaftet sind. Mit der gesetzmäßigen Entwicklung ihrer Profitproduktion entzog sich die Bourgeoisie aber die klassenmäßige Grundlage für diesen Nachwuchs; immer größere Teile der ehemals besitzenden Klassen sind in die Reihen der Lohnabhängigen „abgestiegen“. Die Krise Ende der sechziger Jahre war der Auslöser für die Pläne, die heute zur Blüte kommen sollen, die Freigabe der Kinderarbeit. Mit der imperialistischen Bildungsreform öffnete die Bourgeoisie weit die Schultore für die Kinder der Massen, um den Kapitalisten die

und Landfriedensbruch“. Mit der Einstellung mußte die Bourgeoisie eine Schlappe einstecken. Sie hatte beabsichtigt, mit Gefängnisstrafen das Semester vorzubereiten. Unter Anklage stand die Sprengung der Sitzung des Fachbereichsrats Wirtschaftswissenschaften, in der die Professoren eine neue Prüfungsordnung verabschieden wollten. Realisiert werden sollte das Urteil über die Spaltung der Angeklagten, unter denen Jusos, GIM- und KB-Nord-Studenten sowie Mitglieder des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) vertreten waren. In der Vorbereitung auf den Prozeß erschien eine Broschüre des KSB, in der die Wirkung und Ziele der Studienreform am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften sowie die Forschungs- und Lehrtätigkeit der Professoren für die Imperialisten angegriffen wurde. Es gelang, unter den Angeklagten die Einheit auf Grundlage einer Erklärung herzustellen, in der Jusos und KB-Nordler gezwungen waren, zuzustimmen, daß über Öffnung der Hochschulen, Schürung von Konkurrenz, Verschärfung der Auslese vermittels Klausuren und Prüfungen wie durch die Regelstudienzeit die Studenten gezwungen werden sollen, „eine Wissenschaft zu verinnerlichen und anzuwenden, die die Existenz von Privateigentum und kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen als die beste aller Wirt-

der Anwälte abgelehnt wurde, wurde beantragt, Richter Stier wegen Befangenheit abzulehnen. Das Gericht war in der Enge. Noch ein Debakel wie im BAFöG-Amtsprozeß, wo eine ähnliche Anklage erhoben wurde und elf von zwölf Studenten freigesprochen werden mußten, bahnte sich an. Zudem stand noch die Zeugenvernehmung aus, bei der mit Sicherheit die Professoren hätten Federn lassen müssen. Das war der Stand, als einige Anwälte unter Führung des Juso-Bundesvorsitzenden Schröder die Einheit verließen und den „Vorschlag“ lancierten, die Einstellung des Prozesses bei „Teilschuldbekenntnis“ zu beantragen. Ein gefährlicher Schachzug. Die uneinheitliche Ablehnung des Vorschlags hätte bedeutet, der Bourgeoisie im weiteren Prozeßverlauf Tür und Tor für Spaltereien zu öffnen. Um einen Teilerfolg zu sichern, mußte er angenommen werden. Staatsanwalt Göhmann und Richter Stier stimmten nach Rücksprache mit dem Ministerium zu. Wissenschaftsminister Pestel verkündete, sich auf diesen Antrag berufend, in einer Presseerklärung, „die Angeklagten haben sich einsichtig gezeigt“. Erst Juso-Schröder eröffnete ihm diesen Ausweg. Auch wenn der Bourgeoisie die vollständige Niederlage erspart blieb, ist der Ausgang des Prozesses ein wichtiger Pluspunkt in den kommenden Kämpfen.

Belgische Studenten erringen ersten Teilerfolg gegen die Erhöhung der Einschreibgebühren

z.scc.Brüssel. Im Schutz der Semesterferien hatte die belgische Regierung Fakten schaffen wollen: Per Gesetz verfügte sie die Verdoppelung der Einschreibgebühren, eine zunehmende Ersetzung von Stipendien durch Kredite, Streichung von Versicherungsleistungen für Studenten usw. (s. KVZ 32/78). Die Studenten durchkreuzten die Rechnung. Gleich nach Bekanntwerden des Gesetzes kündigten zahlreiche Studentenverbände aus Brüssel, Gent, Leuven, Antwerpen und anderen Städten ihren Widerstand an, gründeten sie ein „Nationales Komitee gegen die 10000“ (10000bfr., ca. 650DM, soll die allgemeine Einschreibgebühr ab diesem Semester kosten), das den Kampf unter den Forderungen zu organisieren begann: Keine Erhöhung der Einschreibgebühren! Erhöhung der Stipendien!

Leuven, 28.8. Am ersten Einschreibungstag an der Katholischen Universität Leuven zahlen die meisten Studenten anstatt der ihnen abverlangten 5000bfr (für Stipendiaten) bzw. 10000bfr nur 2300bfr, soviel, wie bisher die Studenten mit Stipendium hatten zahlen müssen. Dazu aufgerufen hatte der Allgemeine Studentenrat.

Brüssel, 30.8. Für zwei Stunden besetzt eine Delegation des Nationalen Komitees die erste Etage im Ministerium für nationale Erziehung, niederländische Abteilung. Ein Sprecher des Ministeriums weigert sich, auf die Forderungen der Studenten einzugehen.

Gent, 4.9. Am ersten Einschreibungstag an der Universität Gent verrammeln zahlreiche Studenten die Eingangstüren zum Gebäude der Einschreibung. Das Nationale Komitee ruft die Studenten auf, sich auf keinen Fall im September einzuschreiben, sondern stattdessen für Oktober gemeinsame Aktionen an allen Universitäten vorzubereiten. „Bitten“ der Verwaltung, daß sich doch wenigstens auswärtige Studenten einschreiben „dürfen“, stoßen auf Hohngelächter. Trotz Polizeieinsatz wird der Aufruf allgemein befolgt. Überhaupt: während sich sonst in den ersten vierzehn Tagen über 3000 Studenten eingeschrieben haben, sind es in diesem Jahr in ganz Belgien keine 900.

Brüssel, 8.9. Studenten der Universität Brüssel belagern eine Konferenz der Rektoren der französisch-sprachigen belgischen Universitäten und fordern, daß sich diese ebenso wie vorher ihre flämischen Kollegen gegen die Maßnahmen der Regierung aussprechen. Die Rektoren äußern zwar „Verständnis“, lehnen aber eine Festlegung ab. Die Studenten geben ihnen die Zeit, ihre Antwort noch einmal gründlich zu überdenken: sie schließen die Rektoren kurzerhand ein und kappen ihnen auch die Telefonverbindungen nach außen. Erst nach Stunden werden Ihre Magnifizenzen durch Polizei befreit.

Gent, 14.9. Der Universitätsrat gibt den Forderungen der Studenten nach und stimmt zu, entgegen dem Gesetz, daß in Gent sich die Studenten zu alten Gebühren einschreiben können.

Britische Gewerkschaften unterstützen Anerkennung des Examens

z.mat.Liverpool. Mit Unterstützung der Gewerkschaft ASTMS (Gewerkschaft für Wissenschaft, Technik und Verwaltung) kämpfen zwei Studenten der Universität Glasgow um die Anerkennung ihrer Examen, bei denen die Universität sie im vergangenen Sommer hatte durchfallen lassen. Die beiden Psychologiestudenten hatten als Teil ihres Studiums ein Pflichtpraktikum durchführen müssen, bei dem der unterdrückerische Charakter des Gesundheitswesens unter der Kontrolle des bürgerlichen Staates besonders scharf hervortrat. In der stationären Abteilung der Nervenklinik eines Glasgower Krankenhauses sollten sie an einem Forschungsprogramm mitarbeiten, bei dem die Patienten für „gute Führung“ Gutscheine erhielten, die ihnen bei „schlechter Führung“ wieder genommen wurden. Zigaretten, Süßigkeiten und auswärtigen Besuch konnten die Patienten nur gegen Gutscheine erhalten.

Die Studenten, die nach eigener Aussage aus ethischen Gründen gegen dieses Programm protestierten, fielen daraufhin wenige Monate später durch das Abschlußexamen. Ihr Einspruch ist vom Senat der Universität zwei Mal ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden. Für die Professoren ist die Sache klar: wem bei der Erledigung des Geschäfts der Bourgeoisie moralische Bedenken kommen, der ist für den Beruf des Psychologen nicht geeignet.

Die Unterstützung der Gewerkschaft, die es den Studenten ermöglicht, ihren Einspruch über mehr als ein Jahr fortzuführen, hat inzwischen zu Zersetzungserscheinungen in der Front der Reaktion geführt. Die britische psychologische Gesellschaft erklärt, daß die Zuteilung zu den Praktika nur mit Einverständnis der Praktikanten erfolgen sollte. Damit hofft sie, dem Widerstand der Psychologiestudenten gegen die Praktika den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein Untersuchungsausschuß der Universität hat sich sogar vorgenommen, den einen der Betroffenen vom andern zu spalten. Bei ihm, stellte er fest, gebe es Anzeichen, daß durch das Praktikum ausgelöste seelische Störungen sich auf seine Prüfungsleistungen ausgewirkt haben könnten.

Der Erfolg der Spaltungsbemühungen ist ausgeblieben. Als die Universität die beiden Studenten kurzerhand exmatrikulierte, hat die ASTMS ihre Wiedereinschreibung erzwungen. Ein Angebot, die Prüfung zu wiederholen, haben ASTMS und die Studenten abgelehnt. Sie bestehen auf der bedingungslosen Anerkennung des Examens. Die Universität sucht jetzt nach Wegen, sich ohne Gesichtsverlust aus der Affäre zu ziehen. Monate nach der Prüfung stellt sie plötzlich fest, daß es „von seiten der Abteilung Psychologische Medizin zahlreiche Unregelmäßigkeiten“ bei der Behandlung der Examensarbeiten gegeben habe.

Zivile Armee für Expansion und Unterstützung der „Inneren Sicherheit"

25 Jahre Technisches Hilfswerk



z.thg. „Treten Katastrophen und Unglücksfälle größeren Ausmaßes auf, so reichen Polizei, Feuerwehren und Sanitätsorganisationen (z.B. das Deutsche Rote Kreuz) häufig nicht aus, um Hilfe im vollen Umfange zu leisten." So schreibt die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in einem Faltblättchen zu ihrem 25-jährigen Bestehen. „Deshalb gibt es das Technische Hilfswerk, das am 22. August 1950 durch den damaligen Bundesminister des Innern, Dr. Dr. Gustav Heinemann, ins Leben gerufen wurde. Ihr erster Direktor war Otto Lummitzsch, der Gründer der von 1919 bis 1945 bewährten Technischen Nothilfe." Per Erlaß wurde am 25.8.1953 die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) errichtet.

Die Technische Nothilfe wurde, wie alle Luftschutzmaßnahmen, durch das Kontrollratsgesetz Nr. 23 verboten. Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1972 schreibt zu den Anfängen des Zivilschutzes: „Erst während der Korea-Krise 1950 gaben die Westmächte der Bundesregierung zu verstehen, sie würden gegen die Vorbereitung eines passiven Luftschutzes keine Einwendungen erheben."

Im Jahr 1950 mußten die US-Imperialisten ihre bittere Erfahrung mit dem revolutionären Volkskrieg machen. Sie stellten fest, daß sie gegen das revolutionäre koreanische Volk sich mit einigen hunderttausend Soldaten engagieren mußten und dennoch nicht mehr erreichen konnten als die Installation eines Marionettenregimes in einem Teil des Landes, dessen Existenz bis auf den heutigen Tag von der Garantie und Truppenpräsenz der US-Imperialisten abhängt. Diese Erfahrung bewog die US-Imperialisten, sich ab sofort für eine kräftige Rüstung der europäischen imperialistischen Mächte stark zu machen. Insbesondere drängten die US-Imperialisten auf eine Beteiligung der BRD an dieser Bewaffnung.

Die militärische Lage der westdeutschen Monopolbourgeoisie nach dem 2. Weltkrieg war trübe. Ihr war zwar die Grundlage für ihre Herrschaft, die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, durch die Besatzungstruppen garantiert, sie selber besaß jedoch keine Waffen. Um die Ausgangsstellung vor dem 2. Weltkrieg zurückzugewinnen, war es notwendig, auch die militärischen Mittel zurückzugewinnen. Daß die US-Imperialisten die Wiederbewaffnung der deutschen Monopolbourgeoisie unterstützten, kam ihnen gelegen. Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung: „Dem Bund selbst fehlten zu dieser Zeit noch die verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Aufbau einer zivilen Verteidigung. Diese wurden erst mit einer Grundgesetzergänzung vom 26. März 1954 geschaffen. Sie gab in Art. 73 Nr. 1 GG dem Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung."

Erst mit einer weiteren Grundgesetzänderung aus dem Jahr 1956 wurde „für den Bereich der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung die Einführung einer bundeseigenen Verwaltung ... beschlossen". Von Anfang an verbanden die BRD-Imperialisten die Wiederbewaffnung mit der Absicht, eine zivile Armee aufzubauen, die die Einheiten zur Herstellung der „Inneren Sicherheit" unterstützt. So heißt es auch in der Satzung des Technischen Hilfswerks: „Technische Hilfe bei Beseitigung öffentlicher Notstände, durch welche die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung, der öffentliche Gesundheitsdienst oder lebensnotwendige Verkehr gefährdet werden."

So sieht das Weißbuch der zivilen Verteidigung die Aufgaben des THW: „Vorsorgemaßnahmen für Krisen- und Katastrophenfälle sowie für den Verteidigungsfall haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Staats- und Verwaltungsorgane ihre Handlungsfähigkeit behalten. Ein gut organisiertes Meldewesen muß der politischen Führung jederzeit ein möglichst vollständiges Bild der Lage verschaffen und sie in den Stand setzen, ihre Entschlüsse zur Gefahrenabwehr den ausführenden Stellen weiterzugeben."

Den „lebensnotwendigen Verkehr" zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sieht die Bourgeoisie besonders da gefährdet, wo die Arbeiterklasse durch die Konzentration der Fabriken der Kapitalistenklasse zusammengeballt ist. „Viele der Verdichtungsräume liegen an großen Flußlinien oder an der Küste, einige auch in unmittelbarer Nähe der Demarkationslinie. In einem Streifen von 100 km westlich dieser Linie leben 17,3 Millionen Menschen. In einem Streifen von 200 km Breite leben 41,8 Millionen Menschen. Davon sind 5,5 Millionen in der Industrie beschäftigt, das entspricht 69% aller Industriebeschäftigten in der Bundesrepublik", heißt es im Weißbuch zur zivilen Verteidigung.

Pionierarbeiten sind für das THW im imperialistischen Krieg als Aufgabe gestellt: „Die im Frieden so wichtigen Binnenwasserstraßen können im Verteidigungsfall durch die Zerstörung von Übergängen und Wasserschutzbauten zu natürlichen Hindernissen werden und die Zerreißung des Bundesgebietes in Teilräume begünstigen."

Mitglieder des THW haben uns bestätigt, daß in der letzten Zeit verstärkt Pionierarbeiten geübt werden wie auch militärischer Drill – z.B. durch Anwesenheitslisten – eingeführt werden soll.

Bundesinnenminister Baum weiß die Bedeutung des THW zu schätzen und würdigte das 25-jährige Bestehen: „Ohne Schutz der Zivilbevölkerung ist in unserer geographischen Lage eine auf Friedenssicherung gerichtete militärische Abschreckung unglaubwürdig."

US-Besatzer demonstrieren ihr Zugriffsrecht auf Schleswig-Holstein



r.thw. „Brunsbüttel fest in der Hand der Amerikaner", kommentiert die bürgerliche Presse die Umwandlung Brunsbüttels in Kriegshafen und Heerlager für die US-Besatzer. Für über 10000 amerikanische Soldaten, mit denen die US-Imperialisten ihre in Westdeutschland stationierten Besatzertruppen für das Manöver stärken, landete das US-Marine-Korps Waffen und Gerät an.

Die beiden Supermächte verstärken ihr Ringen im Kampf um die Weltherrschaft. Mit dem bisher größten Aufgebot an US-Soldaten, nämlich mit einer Brigade von 3500 Marineinfanterieeinheiten, beteiligen sich die US-Imperialisten am Manöver Bold Guard in Schleswig Holstein. Bold Guard ist mit 60000 Soldaten die größte Übung in der Herbstmanöverserie und das

stein haben, um von dort aus den Angriff auf Osteuropa zu führen.

(Bundesleistungsgesetz § 1 Absatz 3)

„beweglichen und unbeweglichen Sachen" müssen, wenn sie von der Bundeswehrverwaltung angefordert werden, zum „Gebrauch überlassen", ihre „Änderung" muß geduldet werden. Jeder kann auch gezwungen werden, solche „Sachen" instandzusetzen sowie die Truppen der Imperialisten zu verpflegen oder für sie Fahrerdienste zu machen, wenn er ein Auto hat.

Im Gesetz finden sich einige Paragraphen, die die Entschädigung regeln. „Angemessen" soll sie sein und im Falle der Verwüstung durch die Besatzer muß sie ebenfalls durch den Bund aufgebracht werden. Die „Angemessenheit" wird von der Anforderungsbehörde festgesetzt. Ist der Bauer nicht einverstanden, wird per Gericht die Angemessenheit durchgesetzt.

Studienreferendare bereiten Bundeswehrtagung vor

Stuttgart. Die Studienreferendare im Fach Politik sollen im November an einer Bundeswehrtagung teilnehmen, die die Ideologie von der Notwendigkeit der Bundeswehr zur Friedenssicherung zum Inhalt hat. Dazu hat der Sprecherrat am Seminar Stuttgart II beschlossen, zu einer kollektiven inhaltlichen Vorbereitung aufzurufen, um die Referendare in die Lage zu versetzen, den Versuch, sie für den imperialistischen Krieg zu gewinnen, zurückzuschlagen. Am Esslinger Seminar haben die Referendare schon Schritte in dieser Richtung eingeleitet. Die Stuttgarter Referendare wollen mit den Esslingern zusammenarbeiten und Material austauschen.

KP-Chef wittert Meuterei

Plön. Meuterei witterte AzS Scheffler, Kompaniechef des Bundeswehrsanitätszentrums Plön, und drohte mit der Staatsanwaltschaft und 6 Monaten bis 3 Jahren Knast, als er davon erfuhr, daß vier Soldaten auf die Aufforderung des Spießes das Geschäftszimmer nicht sofort verlassen hatten. Den Soldaten war zuvor von einem zivilen Antreiber, einem Oberbootsmann und dem Spieß während einer Pause aufgelauert worden und ihnen wurde vorgeworfen, sie täten nichts. Es sollte darauf Sonderwachen geben. Die Soldaten, die bereits ihre Arbeit, Draht zu verlegen, fertig gemacht hatten, gingen gemeinsam zum Spieß aufs Geschäftszimmer und verlangten eine Stellungnahme zu den Unverschämtheiten. Dieser versuchte, sie kurzerhand rauszuschmeißen. Der KP-Chef erklärte hinterher, das mit den Pausen sei ja nur halb so schlimm, schlimm sei nur gewesen, daß die Soldaten einen Befehl nicht sofort ausgeführt hätten und daß sie sich gemeinsam zu viert beschwert hätten. Es blieb bei einer Belehrung über Befehl und Gehorsam.

„Blaue Donau": Soldaten für Flurschäden haftbar gemacht

Großengstingen. Ein Major belehrte die Soldaten folgendermaßen zum Manöver „Blaue Donau". Das Manöver würde unter Geheimverschlußsache laufen, sie sollten alles, was sie sehen und hören wieder schnellstens vergessen. Genauso sollten sie auf die Flurschäden achten, extra dafür würde ein Offizier auf Manöver mitgehen, dem man jeden Flurschaden sofort melden müßte. Und wenn sie das nicht tun würden, müßten sie mit Regreßansprüchen rechnen, die sie selber zu tragen hätten. Deshalb sollten sie möglichst in der gleichen Spur fahren wie der Vordermann, um jegliche Schäden zu vermeiden.

„Bold Guard '78", drei Tote schon vor Beginn

Flensburg. Zwei 16 Jahre alte Jugendliche fahren gegen einen abgestellten amerikanischen Armeelastwagen in Neustadt (Ostholstein). Die bürgerliche Presse

chen. Sie stellten fest, daß sie gegen das revolutionäre koreanische Volk sich mit einigen hunderttausend Soldaten engagieren mußten und dennoch nicht mehr erreichen konnten als die Installation eines Marionettenregimes in einem Teil des Landes, dessen Existenz bis auf den heutigen Tag von der Garantie und Truppenpräsenz der US-Imperialisten abhängt. Diese Erfahrung bewog die US-Imperialisten, sich ab sofort für eine kräftige Rüstung der europäischen imperialistischen Mächte stark zu machen. Insbesondere

Wiederbewaffnung der deutschen Monopolbourgeoisie unterstützten, kam ihnen gelegen. Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung: „Dem Bund selbst fehlten zu dieser Zeit noch die verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Aufbau einer zivilen Verteidigung. Diese wurden erst mit einer Grundgesetzergänzung vom 26. März 1954 geschaffen. Sie gab in Art. 73 Nr. 1 GG dem Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung."

welche die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung, der öffentliche Gesundheitsdienst oder lebensnotwendige Verkehr gefährdet werden."

So sieht das Weißbuch der zivilen Verteidigung die Aufgaben des THW: „Vorsorgemaßnahmen für Krisen- und Katastrophenfälle sowie für den Verteidigungsfall haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Staats- und Verwaltungsorgane ihre Handlungsfähigkeit behalten. Ein gut organisiertes Meldewesen muß der politischen Führung jederzeit ein möglichst vollstän-

Mitglieder des THW haben uns bestätigt, daß in der letzten Zeit verstärkt Pionierarbeiten geübt werden wie auch militärischer Drill – z.B. durch Anwesenheitslisten – eingeführt werden soll.

Bundesinnenminister Baum weiß die Bedeutung des THW zu schätzen und würdigte das 25-jährige Bestehen: „Ohne Schutz der Zivilbevölkerung ist in unserer geographischen Lage eine auf Friedenssicherung gerichtete militärische Abschreckung unglaubwürdig."

zimmer und verlangten eine Stellungnahme zu den Unverschämtheiten. Dieser versuchte, sie kurzerhand rauszuschmeißen. Der KP-Chef erklärte hinterher, das mit den Pausen sei ja nur halb so schlimm, schlimm sei nur gewesen, daß die Soldaten einen Befehl nicht sofort ausgeführt hätten und daß sie sich gemeinsam zu viert beschwert hätten. Es blieb bei einer Belehrung über Befehl und Gehorsam.

„Blaue Donau": Soldaten für Flurschäden haftbar gemacht

Großengstingen. Ein Major belehrte die Soldaten folgendermaßen zum Manöver „Blaue Donau". Das Manöver würde unter Geheimverschlußsache laufen, sie sollten alles, was sie sehen und hören wieder schnellstens vergessen. Genauso sollten sie auf die Flurschäden achten, extra dafür würde ein Offizier auf Manöver mitgehen, dem man jeden Flurschaden sofort melden müßte. Und wenn sie das nicht tun würden, müßten sie mit Regreßansprüchen rechnen, die sie selber zu tragen hätten. Deshalb sollten sie möglichst in der gleichen Spur fahren wie der Vordermann, um jegliche Schäden zu vermeiden.

„Bold Guard '78", drei Tote schon vor Beginn

Flensburg. Zwei 16 Jahre alte Jugendliche fahren gegen einen abgestellten amerikanischen Armeelastwagen in Neustadt (Ostholstein). Die bürgerliche Presse

US-Besatzer demonstrieren ihr Zugriffsrecht auf Schleswig-Holstein

r.thw. „Brunsbüttel fest in der Hand der Amerikaner", kommentiert die bürgerliche Presse die Umwandlung Brunsbüttels in Kriegshafen und Heerlager für die US-Besatzer. Für über 10000 amerikanische Soldaten, mit denen die US-Imperialisten ihre in Westdeutschland stationierten Besatzertruppen für das Manöver stärken, landete das US-Marine-Korps Waffen und Gerät an.

Die beiden Supermächte verstärken ihr Ringen im Kampf um die Weltherrschaft. Mit dem bisher größten Aufgebot an US-Soldaten, nämlich mit einer Brigade von 3500 Marineinfanterieeinheiten, beteiligen sich die US-Imperialisten am Manöver Bold Guard in Schleswig Holstein. Bold Guard ist mit 60000 Soldaten die größte Übung in der Herbstmanöverserie und das

stein haben, um von dort aus den Angriff auf Osteuropa zu führen.

(Bundesleistungsgesetz § 1 Absatz 3)

„beweglichen und unbeweglichen Sachen" müssen, wenn sie von der Bundeswehrverwaltung angefordert werden, zum „Gebrauch überlassen", ihre „Änderung" muß geduldet werden. Jeder kann auch gezwungen werden, solche „Sachen" instandzusetzen sowie die Truppen der Imperialisten zu verpflegen oder für sie Fahrerdienste zu machen, wenn er ein Auto hat.

Im Gesetz finden sich einige Paragraphen, die die Entschädigung regeln. „Angemessen" soll sie sein und im Falle der Verwüstung durch die Besatzer muß sie ebenfalls durch den Bund aufgebracht werden. Die „Angemessenheit" wird von der Anforderungsbehörde festgesetzt. Ist der Bauer nicht einverstanden, wird per Gericht die Angemessenheit durchgesetzt.



größte Manöver in Westdeutschland seit Kriegsende. Die US-Imperialisten haben in Schleswig-Holstein kaum Besatzertruppen stationiert. Ihnen geht es darum, zu demonstrieren, daß sie das Zugriffsrecht auf Schleswig-Hol-

„... Fest in der Hand der Amerikaner" – das trifft die Absichten der US-Imperialisten genau. Die gesetzliche Absegnung dafür haben sie der konkurrierenden westdeutschen Kapitalistenklasse schon lange abgepreßt.

Das ist die Grundlage, auf der das Bundesleistungsgesetz für die Besatzertruppen gilt. Tatsächlich können sie jederzeit Haus und Hof der Bauern und die Arbeitskraft sämtlicher Lohnabhängigen beschlagnahmen. Alle

Die Manöver werden von den Bauern bekämpft. Die Imperialisten wissen das. Allein 30 Kommissionen haben sie für „schnelle und unbürokratische Regelung" in Schleswig-Holstein eingesetzt.

schweigt sich über den genauen Hergang des Unfalls aus. Die beiden Jugendlichen wurden tödlich verletzt. Auf der Landstraße 281 bei Joldelund, Kreis Nordfriesland, streiften sich zwei englische Militärtransporter. Ein auf der Pritsche sitzender britischer Militärpolizist wurde vom Seitenspiegel am Kopf getroffen. Er erlitt einen Genickbruch und war auf der Stelle tot. Die Bourgeoisie kalkuliert Tote bei Manövern ein: „Wen es nicht erwischt, der hat Glück gehabt" (Bericht der Husumer Presse über den Unfall).

Chauvinistische Ausrichtung der US-Besatzer: „Der 2. Baß spielt die 1. Geige"

z.anf.Mannheim. Jahr für Jahr klagen die US-Besatzer über die zunehmende Isolierung ihrer Truppen von den Volksmassen in Westdeutschland. Sie stellen fest, daß die US-Truppen überall „wie Feinde behandelt werden". Das ist die eine Seite. Andererseits kommt der Haß der amerikanischen Soldaten über ihr Besatzerdasein immer offener zutage. Die US-Besatzer haben Schwierigkeiten, ihre Söldnerarmee auf ihre Kriegspläne abzurichten.

US-Präsident Carter hat noch am 31. Mai auf dem NATO-Gipfel in Washington erklärt: „Jahrelang hat sich das Bündnis in erster Linie auf amerikanische strategische Streitkräfte verlassen, wenn es um die Abschreckung vor einem nuklearen Angriff in Europa ging. Diese Koppelung amerikanischer strategischer Streitkräfte mit Europa ist von entscheidender Wichtigkeit, denn sie bedeutet, daß ein Angriff auf Europa die vollen Konsequenzen wie ein Angriff auf die Vereinigten Staaten haben würden. Hier soll sich niemand falsche Vorstellungen machen! Die Vereinigten Staaten sind bereit, alle für die Verteidigung des NATO-Gebietes notwendigen Streitkräfte einzusetzen."

Die Sprache des imperialistischen Pfaffen ist deutlich. Nur, wie soll das bewerkstelligt werden mit einer Armee, wo heute mehr Fahnenflüchtige zu verzeichnen sind, als zu Zeiten des Vietnamkrieges? In einer Armee, in der der Widerstand zum Teil schon solche organisierten Formen annimmt, daß in einzelnen Kasernen der Abzug aller fremden Truppen aus der BRD und der Abschluß eines Friedensvertrags gefordert wird. In der kein Tag vergeht, wo nicht erhebliche Schäden an Fahrzeugen und Gerätschaften verzeichnet werden, die durch „mutwillige Zerstörung" zustande gekommen sind.

Die Tageszeitung „Stars und Stripes" hat die Aufgabe der ideologischen Fesselung. „Der 2. Bass spielt die erste Geige", unter dieser Überschrift propagiert das Besatzerblatt „amerikanische Hilfe für die westdeutschen Volksmassen". Daß die Besatzertruppen in Westdeutschland verhaßt sind, wissen sie. Um so mehr müssen sie den eigenen Soldaten chauvinistisch die Notwendigkeit ihres Besatzerdaseins vor Augen halten.

Ein amerikanischer Soldat: Jensen, nistet sich in einem Sängerbund in Deutschland ein. Aus dem Baß, den er dort singt, wird er zur 1. Geige: „Es mußte ein riesiges 2000-Mann Zelt errichtet werden, in welchem all die Feste mit Gesang, Tanz, Bier und Wein und Würstchenessen abgehalten werden sollten. Jensen stieg kräftig ein. Er tat alles, vom Schwinghammer über das Sichern der Zeltträger bis hin zum Raufklettern auf die hohen Querstangen, um das Dach zu befestigen. Noch am ersten Tag hatte er einige Schwielen an den Händen, meinte aber: ‚Ihr wißt, es scheint so als wäre es Arbeit, aber es ist in Wirklichkeit keine, wenn Du mit Freunden zusammenbist."

Jensen, der Besatzer zeigt den Deutschen wie sie arbeiten müssen, er sorgt für Nahrung, Unterkunft, Aufbauarbeit. Nicht anders lautete die Propaganda der US-Besatzer nach dem 2. Weltkrieg, wo sie die Besetzung Westdeutschlands, die Unterdrückung des westdeutschen Volkes und die Festigung der Herrschaft der westdeutschen Kapitalistenklasse den eigenen Volksmassen zu rechtfertigen suchten. Die „erste Geige spielen" nicht nur in Westdeutschland, sondern auf dem gesamten Erdball haben sie vor.

US-General Haig versucht im „Natobrief" vom August die Notwendigkeit der Anwesenheit der US-Besatzertruppen in Westeuropa folgendermaßen zu rechtfertigen: „So wie zwei Weltkriege uns gelehrt haben, daß es keine getrennte Sicherheit für ein von seinen Lebensinteressen abgeschnittenes Amerika geben kann, so muß die NATO erkennen, daß es keine getrennte Sicherheit für einen von seinen Lebensinteressen in der 3. Welt abgeschnittenen Westen geben kann."

Was dieser Lump meint ist, daß ihre Anwesenheit aus zweierlei Gründen notwendig sei. Zum einen die „Lebensinteressen" in Europa, zum andern die „Lebensinteressen" in der Dritten Welt abzusichern. Zur „Verteidigung der Freiheit" seien sie hier und als „Freunde" schreibt er weiter. Und von seinem Klassenstandpunkt hat er auch recht. Zur Verteidigung der „Freiheit des privaten Eigentums" und gegen die soziale Revolution des Proletariats sowie zur Sicherung ihrer imperialistischen Interessen gegenüber der Dritten Welt. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann im Kampf um den Abzug der Besatzertruppen aus der BRD die Rebellion und Zersetzung in der US-Armee nutzen, um sie zu vertreiben und einen Friedensvertrag gegen die beiden Supermächte zu erkämpfen.

Besatzerschau sollte um „Verständnis werben"

Vogelsang. Am Sonntag, den 10.9.78 führten amerikanische und belgische Besatzer zusammen mit der Bundeswehrführung einen „Tag der Offenen Tür" auf dem Truppenübungsplatz Vogelsang in der Eifel durch, zu dem ca. 40000 Besucher kamen. Gelockt wurde mit der Technik und Hubschrauberrundflügen. Dies war ein Manöver gegen den wachsenden Widerstand gegen die Besatzer, z.B. gegen den Militärflughafen in Wildenrath. Das ließen die Kommandanten des Truppenübungsplatzes im Gespräch mit den Aachener Nachrichten heraus: „Wir wollen beweisen, daß das Geld unserer Steuerzahler gut angelegt ist." Und: „Auch wollen die Streitkräfte um Verständnis werben mit derartigen Veranstaltungen, um Verständnis dafür, daß durch die militärische Präsenz der Bürger mitunter Belästigungen in Kauf genommen werden müssen." Gemeint sind solche Belästigungen wie letzten Montag (11.9.), als morgens um 7 Uhr 60 belgische Panzer durch Jülich dröhnten und die Straßen mit Öl verschmierten.

DDR liefert Eismeerfrachter „Peter den Großen“ an UdSSR

z.nop. Im Zuge der „sozialistischen Arbeitsteilung“ hat die DDR jetzt den vierten einer Serie von insgesamt zehn Eismeerfrachtern an die Sowjetunion geliefert. Der erste lief am 29. Juli 1977 vom Stapel. Diese Arktisfrachter, Länge 162 m, Breite 23 m und Tragfähigkeit von 19590 Tonnen, sollen „Erz, Schüttgut und Container bei extrem harten Außentemperaturen von 40 Grad Celsius ... transportieren. Erhebliche Eisverstärkungen, dickere Außenhautplatten, Zwischenspannten auf der gesamten Schiffslänge und ein 17 Tonnen schwerer Eisbrechersteven schaffen die Voraussetzungen für den Einsatz auf dem nördlichen Seeweg.“ (Neues Deutschland, 30.7.77) Der Name des jetzt übergebenen Schiffes ist „Peter der Große“. Der Name steht für ein Programm: „Peters Regierungszeit war außenpolitisch bestimmt von Krieg (Nordischer Krieg gegen Schweden, zwei Kriege gegen die Türkei und ein Feldzug gegen Persien) und stand innenpolitisch im Zeichen europäisierender Reformen, deren unmittelbarer Anlaß fast durchgängig aus dem Krieg kam.“ „Er legte den Grundstein für die spätere Großmachtstellung Rußlands. Unter ihm erlebte die absolute Monarchie ihren Höhepunkt ... Seine Innenpolitik diente vor allem der Stärkung der Macht der herrschenden Klasse der Großgrundbesitzer ... Die von P. durchgeführten Maßnahmen gingen jedoch zu Lasten der Volksmassen, insbesondere der Bauern. Zu langjährigen Kriegs- und Arbeitsdiensten trat ein wachsender Steuerdruck.“ (Meyers Neues Lexikon, DDR) – Eine feine Spitze gegen die Neuen Zaren.

Ob Da Costa oder Soares – Nichts neues vom IWF

z.rua. 17 Tage war Nobre da Costa im Amt. In der Nacht zum 15.9. wurde sein 409 Seiten knappes Regierungsprogramm durch einen Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Partei von Mario Soares abgelehnt. Die revisionistische PCP enthielt sich der Stimme. Ob da Costa oder Soares – das Programm ist das Programm des IWF und der EG-Imperialisten. Da Costa hatte bekräftigt, daß er die Politik Soares' fortsetzen, vor allem die unter Soares verabschiedeten Gesetze unverzüglich in Kraft treten lassen wolle. Das sind vor allem das „Lei Barreto“, mit dem den alten Großgrundbesitzern das Land zurückgegeben und die Kooperativen zerschlagen werden sollen und die Vernichtung der Arbeiterkommissionen. Daß der direkte Mann des Finanzkapitals jetzt von den Sozialdemokraten vom Stuhl gestoßen wurde, bedeutet nur, daß die Imperialisten sich von der sozialdemokratischen Niederhaltung der Volksmassen mehr Erfolg versprechen. Soares immerhin ist es gelungen, im ersten Halbjahr 1978 die Lebensmittelpreise um 21%, die Tarife für Verkehrsmittel um 26% und für Gas, Wasser und Strom um 22% zu erhöhen. Unter Federführung der Dresdner Bank wurde Portugal am 17.8. ein 300-Mio.-Dollar-Kredit, der größte Einzelkredit nach dem 2. Weltkrieg, eingeräumt. Er soll vor allem für die „Modernisierung des Fischereiwesens“ verwandt werden. Ob [illegible]

Ob Da Costa oder Soares – Nichts neues vom IWF

z.rua. 17 Tage war Nobre da Costa im Amt. In der Nacht zum 15.9. wurde sein 409 Seiten knappes Regierungsprogramm durch einen Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Partei von Mario Soares abgelehnt. Die revisionistische PCP enthielt sich der Stimme. Ob da Costa oder Soares – das Programm ist das Programm des IWF und der EG-Imperialisten. Da Costa hatte bekräftigt, daß er die Politik Soares' fortsetzen, vor allem die unter Soares verabschiedeten Gesetze unverzüglich in Kraft treten lassen wolle. Das sind vor allem das „Lei Barreto“, mit dem den alten Großgrundbesitzern das Land zurückgegeben und die Kooperativen zerschlagen werden sollen und die Vernichtung der Arbeiterkommissionen. Daß der direkte Mann des Finanzkapitals jetzt von den Sozialdemokraten vom Stuhl gestoßen wurde, bedeutet nur, daß die Imperialisten sich von der sozialdemokratischen Niederhaltung der Volksmassen mehr Erfolg versprechen. Soares immerhin ist es gelungen, im ersten Halbjahr 1978 die Lebensmittelpreise um 21%, die Tarife für Verkehrsmittel um 26% und für Gas, Wasser und Strom um 22% zu erhöhen. Unter Federführung der Dresdner Bank wurde Portugal am 17.8. ein 300-Mio.-Dollar-Kredit, der größte Einzelkredit nach dem 2. Weltkrieg, eingeräumt. Er soll vor allem für die „Modernisierung des Fischereiwesens“ verwandt werden. Ob
Soares oder da Costa – für März 1979 hat der IWF zum Rapport geladen.

Riesenverluste der „Moscow Narodny Bank“ in Südostasien

z.hef. Heftige Verluste hat die sozialimperialistische „Moscow Narodny Bank“ bei ihren Kreditgeschäften in Südostasien im letzten Jahr erlitten. Die Bank mit Hauptquartier in London schreibt in ihrem Geschäftsbericht für 1977, der in der letzten Woche veröffentlicht wurde: „Der gesamte Profit der Abteilung Singapur für 1976 und 1977 wurde für die Deckung verlorener und zweifelhafter Außenstände verwendet. Es sind keine weiteren Bereitstellungen für zweifelhafte Außenstände nötig, weil sie durch Bankgarantien gedeckt sind. Die Abteilung Singapur erhielt Einlagen von Aktien haltenden Banken unter der Bedingung, daß sie Zinsen nur aus künftigen Gewinnen zahlen muß“. Da alle Aktien haltenden Banken der „Moscow Narodny“ sowjetische Banken sind, bedeutet der letzte Satz, daß die Sozialimperialisten einen massiven Kapitaleinschuß in Form von unverzinsten Darlehen vornehmen mußten, um die Pleite der Bank zu verhindern. Die britischen Finanzzeitungen berichten schadenfroh von Verlusten um 400 Millionen Pfund (ca. 1,6 Milliarden DM). Das Geschäft mit hohen Krediten ist Spezialität der „Moscow Narodny Bank“ vor allem in Südostasien. Es sichert den Sozialimperialisten direkten Einfluß in bedeutenden kapitalistischen Betrieben, bis hin zur Übernahme. Auf diese Weise wurde in diesem Jahr u.a. ein Hotel in Singapur übernommen, im letzten Jahr 11 Firmen in Australien, nachdem sie ihre Schulden an die „Moscow Narodny Bank“ nicht zurückzahlen konnten.

Vorwärtsverteidigung der französischen Bourgeoisie gegen die eigene Arbeiterklasse

„Nationaler Beschäftigungspakt“ zur Durchsetzung von Lohnsenkung und Rationalisierung

z.jon.Paris. Die Tarifverträge in fast allen großen Gewerken – so im Öffentlichen Dienst, in der Chemie- und Metallindustrie – die im Juli „abgeschlossen“ wurden, wurden von den beiden größten Gewerkschaften, der CGT und CFDT, nicht unterzeichnet. Hauptsächlich wegen der niedrigen Lohnerhöhungen, die weit hinter den in allen Streiks geforderten 300 Francs für alle gleich zurücklagen, und weiter wegen der Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Mindestlohn von 2400 Francs (ca. 1150 DM) durch die Kapitalisten. Mit der „Rentrée“, dem Beginn des neuen Arbeitsjahres und dem Ende der Schul- und Betriebsferien, stehen neue große Lohnkämpfe auf der Tagesordnung.

Die französische Bourgeoisie hat die Sommermonate genutzt, im ihre Pläne einer „Neustrukturierung“ der Industrie, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals ein großes Stück voranzutreiben. Noch im Dunkeln liegen die Pläne der Peugeot-Kapitalisten nach der Übernahme von Chrysler Europe und der Bildung eines neuen Automobilimperiums. Klar ist dagegen, was die Übernahme des Textilimperiums Boussac durch die Gebrüder Willot bedeutet: nämlich gleich zu Eröffnung die Hinausrationalisierung von über tausend Arbeitern und Arbeiterinnen in den Vogesen-Fabriken. In der lothringischen Stahlindustrie sollen ebenfalls, nach den Massenentlassungen der letzten beiden Jahre, weitere Werke stillgelegt und wenigstens 3000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden, während die Leistung pro Stunde/pro Tonne in den übrigen Werken weiter hochgetrieben wird. Die Konzentration im Schiffsbau schließlich erhält durch die endgültig beschlossene Schließung der Terrin-Werften in Marseille mit 1700 Beschäftigten einen neuen Stoß.

In Marseille marschierten Tausende von Werftarbeitern gegen die Pläne der Bourgeoisie. Die Textilarbeiter der Vogesen schnappten den Generaldirektor des Willot-Konzerns, der gekommen war, um die Beute zu besichtigen, und „sequestrierten“ ihn einen vollen Tag, d.h. er wurde festgesetzt und einer hochnotpeinlichen Befragung unterzogen.

Angesichts dessen hat die Regierung Barre ihrerseits sofort nach der „Rentrée“ das Panier der Vorwärtsverteidigung ergriffen. Der Entwurf für den Haushaltsplan 1979 wurde zusammen mit einem neuen „Programm zugunsten der Beschäftigung“ verabschiedet. Das Budget sieht in erster Linie eine Erhöhung sowohl der Lohnsteuern als der indirekten Steuern (auf Benzin, Alkohol und Tabak) vor zugunsten direkter Subventionen an die Kapitalisten. Keine kapitalistische Hundsfötterei, die von nun ab nicht unter dem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ läuft. In einem geschickten Schachzug hatte sich zuvor die Regierung zur Durchsetzung der geplanten Maßnahmen Robert Fabre, einen vormaligen Parteipräsidenten der „Linksradikalen“ und eines der Häupter der „Linksunion“ als „Beauftragten für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ angeheuert.



Jugendliche „Praktikanten“ der französischen Post während des Streiks Anfang Februar in Paris. Hauptforderung war die Einstellung als Vollzeitarbeiter zu regulären Bedingungen.

Die angekündigten Maßnahmen stellen eine Erweiterung des im Juli bereits verabschiedeten „2. nationalen Beschäftigungspaktes“ dar. Unter diesem Titel waren, wie schon im Jahr zuvor, insgesamt 546000 Jugendliche den Kapitalisten als „Auszubildende“ (aber ohne wirkliche Berufslehre), als „Praktikanten“ (auf vier Monate) oder als Teilzeitarbeiter verschachert worden. Den Hungerlohn bekamen die Kapitalisten teils vollständig vom Staat ersetzt oder teilweise in Form von Steuer- und Versicherungseinsparungen zurück. Die Jugendlichen waren vom Arbeitsamt aus *gezwungen,* die ihnen zugewiesenen Plätze anzunehmen, wenn sie ihr Arbeitslosengeld oder ihre Sozialhilfe nicht gestrichen sehen wollten.

Der neue, erweiterte „Beschäftigungspakt“ dehnt nun einen Teil dieser Maßnahmen auf andere Arbeiter, insbesondere auf die Arbeiter der Stahl-, Textil- und Werftindustrie aus. Ein „Anpassungsfonds für die Industrie“ in Höhe von 3 Mrd. Francs wird errichtet, der den Kapitalisten dieser Branchen als Rationalisierungsfonds zur Verfügung stehen soll. Der Maßnahmenkatalog ist denkbar hinterhältig.

– Falls die Gewerkschaften den Vorschlag des Kapitalistenverbandes zur Einführung einer „Jahres-Höchstarbeitszeit“ nicht akzeptieren wollen, will die Regierung dies einseitig gesetzlich festlegen. „Jahres-Höchstarbeitszeit“ soll konkret heißen, daß die Arbeiter durch „freiwillige“ Ausdehnung ihrer täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit sich zusätzlichen Jahresurlaub verschaffen sollen. Die Aufhebung der Schranken des Arbeits*tages* ist das Ziel.

– In der Stahlindustrie wird die Forderung der Arbeiter nach Einführung einer fünften Schichtbesatzung bei Kontischicht dahin umgedreht, daß ein Teil der entlassenen Arbeiter zunächst als Teilzeitarbeiter in einer zusätzlichen „Halbschicht“ weiterbeschäftigt werden soll. Auch hier ist Lohnsenkung und Rationalisierung das eigentliche Ziel.

– Die Lohnzuschläge für Überstundenarbeit sollen in Zukunft einer Sonderbesteuerung zugunsten der Arbeitslosenversicherung unterworfen werden. Angeblich, um die Überstunden einzuschränken und „Solidarität mit den Arbeitslosen“ zu üben. In Wirklichkeit, durchsichtig genug, um die Arbeiter zu *mehr* Überstunden zu treiben und ihnen einen zusätzlichen Teil vom Lohn wegzusteuern.

– Um die Arbeitslosen in noch breiterem Umfang zur Annahme schlechter bezahlter Arbeit zu zwingen, soll eine vorübergehende „Ausgleichs“zahlung aus der Versicherungskasse als Schmiermittel dienen. Den nötigen Nachdruck soll die Senkung des Höchstsatzes des Arbeitslosengeldes von 90 % bringen, den die Arbeiter in den vergangenen Jahren erkämpft haben (den ohnehin nur etwa 25 % der Arbeitslosen erhalten). Eine Reform der Arbeitsämter als Instrumente der Überwachung und Zwangsvermittlung schließt den Katalog der Maßnahmen zum „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ ab.

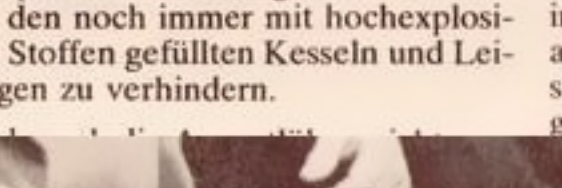
Seit vier Monaten keinen Lohn, stattdessen Dienstverpflichtung

Banken „sanieren“ italienischen Chemiekonzern

z.ulg.Rom. In Augusta, nördlich von Syrakus, im Südosten Siziliens, liegt das größte Werk des viertgrößten italienischen Chemiekonzerns Liquichimica. 900 Arbeiter werden in dem petrochemischen Betrieb ausgebeutet.

öffnung die Hinausrationalisierung von über tausend Arbeitern und Arbeiterinnen in den Vogesen-Fabriken. In der lothringischen Stahlindustrie sollen ebenfalls, nach den Massenentlassungen der letzten beiden Jahre, weitere Werke stillgelegt und wenigstens 3000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden, während die Leistung pro Stunde/pro Tonne in den übrigen Werken weiter hochgetrieben wird. Die Konzentration im Schiffsbau schließlich erhält durch die endgültig beschlossene Schließung der Terrin-Werften in Marseille mit 1700 Beschäftigten einen neuen Stoß.

In Marseille marschierten Tausende von Werftarbeitern gegen die Pläne der Bourgeoisie. Die Textilarbeiter der Vogesen schnappten den Generaldirektor des Willot-Konzerns, der gekommen war, um die Beute zu besichtigen, und „sequestrierten“ ihn einen



Jugendliche „Praktikanten“ der französischen Post während des Streiks Anfang Februar in Paris. Hauptforderung war die Einstellung als Vollzeitarbeiter zu regulären Bedingungen.

eine Erhöhung sowohl der Lohnsteuern als der indirekten Steuern (auf Benzin, Alkohol und Tabak) vor zugunsten direkter Subventionen an die Kapitalisten. Keine kapitalistische Hundsfötterei, die von nun ab nicht unter dem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ läuft. In einem geschickten Schachzug hatte sich zuvor die Regierung zur Durchsetzung der geplanten Maßnahmen Robert Fabre, einen vormaligen Parteipräsidenten der „Linksradikalen“ und eines der Häupter der „Linksunion“ als „Beauftragten für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ angeheuert.

Kapitalisten teils vollständig vom Staat ersetzt oder teilweise in Form von Steuer- und Versicherungseinsparungen zurück. Die Jugendlichen waren vom Arbeitsamt aus gezwungen, die ihnen zugewiesenen Plätze anzunehmen, wenn sie ihr Arbeitslosengeld oder ihre Sozialhilfe nicht gestrichen sehen wollten.

Der neue, erweiterte „Beschäftigungspakt“ dehnt nun einen Teil dieser Maßnahmen auf andere Arbeiter, insbesondere auf die Arbeiter der Stahl-, Textil- und Werftindustrie aus. Ein „Anpassungsfonds für die Industrie“ in Höhe von 3 Mrd. Francs wird

einzuschränken und „Solidarität mit den Arbeitslosen“ zu üben. In Wirklichkeit, durchsichtig genug, um die Arbeiter zu mehr Überstunden zu treiben und ihnen einen zusätzlichen Teil vom Lohn wegzusteuern.

– Um die Arbeitslosen in noch breiterem Umfang zur Annahme schlechter bezahlter Arbeit zu zwingen, soll eine vorübergehende „Ausgleichs“zahlung aus der Versicherungskasse als Schmiermittel dienen. Den nötigen Nachdruck soll die Senkung des Höchstsatzes des Arbeitslosengeldes von 90 % bringen, den die Arbeiter in den vergangenen Jahren erkämpft haben (den ohnehin nur etwa 25 % der Arbeitslosen erhalten). Eine Reform der Arbeitsämter als Instrumente der Überwachung und Zwangsvermittlung schließt den Katalog der Maßnahmen zum „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ ab.

Seit vier Monaten keinen Lohn, stattdessen Dienstverpflichtung

Banken „sanieren“ italienischen Chemiekonzern

z.ulg.Rom. In Augusta, nördlich von Syrakus, im Südosten Siziliens, liegt das größte Werk des viertgrößten italienischen Chemiekonzerns Liquichimica. 900 Arbeiter werden in dem petrochemischen Betrieb ausgebeutet.

Der Standort erschien günstig, nicht nur wegen der niedrigen Löhne und der verbilligten Staatskredite für Investitionen im Süden. Plünderung der libyschen Ölquellen, die kaum 500 km entfernt liegen, war die Basis des ganzen Unternehmens. In den Jahren des „Ölbooms“ war in dieser Gegend eine der größten Zusammenballungen von Raffinerien und Petrochemie in ganz Europa entstanden. Gleich in der Nähe liegt eine große Esso-Raffinerie. Nebenan einer der größten Häfen der italienischen Kriegsmarine, um das Öl notfalls auch gewaltsam herbeizuschaffen. 25000 Arbeiter sind auf dem Höhepunkt des „Booms“ in dem neuentstandenen Industriegebiet um Syrakus ausgebeutet worden, heute sind es noch 14000, während 20000 „gewöhnliche“ Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern registriert sind, dazu noch weitere 10000 auf den Sonderlisten für jugendliche Arbeitslose.

Anfang September. Seit Januar ruht die Produktion in den Liquichimica-Werken, der Konzern ist – ebenso wie die „Muttergesellschaft“ Liquigas, deren Hauptaktionär wegen Bilanzfälschung und Kreditbetrug bis vorletzten Mittwoch in Untersuchungshaft saß – so gut wie bankrott. Die Gläubiger – überwiegend staatliche Banken und Kreditinstitute – lassen sich Zeit mit der „Sanierung“, die, soviel ist klar, im wesentlichen in großangelegter Rationalisierung und einigen Stillegungen bestehen wird. Die Banken hoffen, nach monatelanger Verweigerung der Lohnzahlung ihren „Sanierungsplan“ leichter gegen die Belegschaften durchsetzen zu können. In Augusta ist seit Mai kein Lohn mehr gezahlt worden. Trotzdem erhalten die Arbeiter einen Notdienst aufrecht, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen und Unfälle mit den noch immer mit hochexplosiven Stoffen gefüllten Kesseln und Leitungen zu verhindern.

Als auch die Augustlöhne nicht ausgezahlt werden, beschließt die Belegschaftsversammlung am 4. September, die Notmannschaft aus dem Betrieb abzuziehen. Die Gewerkschaftsführung ist gegen den Beschluß, aber trotzdem geht nur eine Handvoll Arbeiter ins Werk. Am 5. erneut Belegschaftsversammlung, bis tief in die Nacht. Die Arbeiter halten an ihrem Beschluß fest: Bevor die Löhne nicht gezahlt werden, wird die Arbeit nicht wieder angefaßt.

Noch in der gleichen Nacht verfügt der Präfekt der Provinz Syrakus gegen 140 Arbeiter der Instandhaltungsmannschaft die Dienstverpflichtung. Es ist seine zweite in wenigen Monaten: Im Juli hat er die gleiche Maßnahme gegen die Krankenschwestern einer Nervenheilanstalt verfügt, die sich gegen Zwangsversetzungen wehrten. Aber diesmal kommt er damit nicht durch. Kein einziger der Dienstverpflichteten erscheint zur Arbeit. Der Präfekt läßt große Polizeikräfte zusammenziehen, die aber gegen die vor dem Betrieb versammelten Arbeiter nicht einzugreifen wagen. Die Einheitsgewerkschaft der Chemiearbeiter FULC, die nach wie vor für einen Notdienst eintritt, hat die Dienstverpflichtung sofort zurückgewiesen. Aus dem noch im Aufbau befindlichen Bioproteinwerk in Saline Joniche / Kalabrien wird gemeldet, daß auch dort die Arbeiter die Notdienstarbeiten eingestellt und einen unbefristeten Streik ausgerufen haben.

Die Banken, die seit Monaten darüber beraten, wer künftig die Kontrolle über den bankrotten Chemiekonzern übernehmen soll, geraten in Bewegung. Die Banco di Sicilia erklärt ihre Bereitschaft, sofort das Geld für zwei der ausstehenden Monatslöhne im Werk Augusta vorzuschießen. Die anderen Banken geben die gleiche Zusage für die anderen Werke, außer den genannten vor allem noch zwei petrochemische Betriebe in Ferrandina und Tito, beide in der Basilcata. Viele Stunden lang berät in Augusta die Betriebsversammlung, wie weiter vorgegangen werden soll. Die FULC setzt schließlich ihre Auffassung durch: die zwei Monatslöhne seien immerhin ein Anfangserfolg, und jetzt in den Betrieb zurückzugehen, sei die beste Demonstration, daß die Arbeiter Stillegungen nicht hinnehmen werden. Einstimmig wird so beschlossen, nachts um 1.35 Uhr gehen die ersten Notmannschaften zurück ins Werk. Der Präfekt hat die Dienstverpflichtung zurücknehmen müssen. Am nächsten Tag werden die Löhne in Augusta tatsächlich ausgezahlt, auch in Saline Joniche nehmen von den über 500 Arbeitern auf Beschluß der Betriebsversammlung 60 die Notarbeiten wieder auf, nachdem die Zahlung von zwei der acht ausstehenden Monatslöhne für die nächsten zehn Tage zugesagt worden ist.

Der Konkurrenzkampf um die Kontrolle über die Liquichimica ist Teil einer heftigen Zentralisationsbewegung in der ganzen italienischen Chemieindustrie. Bis über die Ohren verschuldet, wie die großen Chemiekonzerne es allesamt sind, spielen die – größtenteils staatlichen – Banken dabei eine Hauptrolle. Montefibre und SNIA Viscosi haben kürzlich zum drittgrößten Kunstfaserhersteller Europas fusioniert. Beim größten Konzern, Montedison, wird „arabisches Kapital“ beteiligt werden. Mittlerweile ist ruchbar geworden, daß sich hinter dem „arabischen Kapital“ niemand anders verbergen soll als die Dresdner Bank, und dahinter wieder eins der großen westdeutschen Chemiemonopole. Bisher wird die Montedison von einem paritätisch aus staatlichen und privaten Monopolen zusammengesetzten „Syndikat“ kontrolliert. Zweitgrößter Chemiekonzern sind die Chemiebetriebe des staatlichen Mineralölmonopols ENI, das seinerseits an der Montedison beteiligt ist. An dritter Stelle folgt vor der Liquichimica die SIR, in die neben dem privaten Monopolisten Rovelli kürzlich ein Bankenkonsortium mit zunächst 50 Prozent Kapitalanteil eingestiegen ist. Vor allem zwischen der ENI und der Finanzholding Bastogi, einem der größten privaten Anteilseigner von Montedison, tobt nun der Kampf um die Liquichimica. Beide gehören als Lieferanten von Erdgas bzw. -anlagen zu den Hauptgläubigern. Die Handelsgesellschaft Agesco, der die Banken jetzt mit der Kontrolle über sämtliche Käufe und Verkäufe der Liquichimica praktisch die Kontrolle über den Konzern selbst übertragen haben, hat eine Bastogi-Tochtergesellschaft gegründet. Künftig soll in diese Handelsgesellschaft noch ein Bankenkonsortium eintreten, um den Verkauf des Konzerns nach erfolgter „Sanierung“ vorzubereiten. Hauptkandidat für den Aufkauf: die ENI. Daneben sind ausländische Monopole wie Shell und Union Carbide „im Gespräch“.

Über eins haben sich Banken und private Monopolherren gleich einigen können. Die Kosten der „Sanierung“ soll zum größten Teil der Hauptgläubiger, das staatliche Kreditinstitut Icipu, aus der Steuer bestreiten.

Kaum ist in Augusta die Arbeit wiederaufgenommen, meinen die Banken, sie könnten für die anderen Werke die versprochene Lohnzahlung „in letzter Minute“ wieder in Frage stellen. Seit letztem Mittwoch blockieren in der Basilicata die Arbeiter Straßen und Eisenbahnlinien, um die Zahlung der Löhne endlich durchzusetzen.

Namibia läßt sich nicht ausverkaufen – Neue Abkommen der Imperialisten „sehr nahe“

Seit 12 Jahren wird der bewaffnete Kampf geführt

z.hef. UN-Generalsekretär Waldheim hat in der vorletzten Woche nach der Rückkehr des UN-Beauftragen Ahtisaari aus Namibia dem Weltsicherheitsrat einen Bericht vorgelegt. Der Bericht enthält unter anderem den Vorschlag der Aufstellung einer UN-Truppe für Namibia mit 7500 Mann, die Stationierung von 650 Polizisten und 1200 Verwaltungsbeamten zur Überwachung der Wahlen, die Durchführung von Wahlen im nächsten Sommer. Der Außenminister des südafrikanischen Siedlerregimes Botha erklärte dazu in New York mit großem Gepolter, seine Regierung könne diesen Punkten auf keinen Fall zustimmen.

In der vorletzten Woche fand am Mittwoch und Donnerstag erneut eine Sitzung der 5 imperialistischen Mächte statt, die in Namibia „vermitteln“ – der USA, Westdeutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas. Über die Verhandlungen wurde nichts bekanntgegeben außer der Tatsache, daß ein Memorandum der südafrikanischen Regierung angekommen sei. Ein britischer Diplomat sagte öffentlich, ein Abkommen scheine „sehr nahe“. Es besteht nur ein scheinbarer Widerspruch zwischen den beiden Vorgängen. Die Imperialisten setzen ihr Kolonialregime in Azania geschickt ein. Sie selbst treten als Vermittler auf, lassen ihr Regime als Bluthund heraus und brüsten sich schließlich damit, daß sie es seien, die „mäßigend“ wirken – wobei natürlich Kompromisse geschlossen werden müßten.

Botha spricht aus, worauf es den Imperialisten und ihren Helfern vor allem ankommt: „Die SWAPO muß ganz einfach die Vorschläge (der fünf Westmächte) annehmen, und sie muß deutlich erklären, daß sie ihre Gewalttaten beenden wird.“ Das ist es, was die Imperialisten sich von der Zustimmung der SWAPO zu ihrem „Vermittlungsvorschlag“ erhofft hatten und nicht erhalten haben: Die Einstellung des bewaffneten Kampfes.

Die Imperialisten wollen ihren verbrecherischen Plänen im südlichen Afrika ein legitimes Aussehen geben. Dafür wollen sie die UN nutzen. Die Sozialimperialisten tun das, indem sie sich als Unterstützer des Befreiungskampfes aufspielen und sich in den mehrheitlich von Ländern der Dritten Welt besetzten UN-Rat für Namibia eingeschlichen haben. Die US-Imperialisten und Verbündete wollen die UN für ihre Interventionsabsichten zur Errichtung einer neokolonialen Lösung nutzen. Das zeigt Waldheims Bericht. Gleichzeitig spiegelt sich in dem Bericht das Scheitern des letzten Konzepts zur Errichtung einer Neokolonie, mit dessen Durchführung die Imperialisten das Siedlerregime in Pretoria beauftragt hatten. Es hieß „Wahlen im Dezember“. Die „Demokratische Turnhallenallianz“ aus Siedlern und wenigen Verrätern wird seit Jahren mit monatlichen Zahlungen der Anglo American Corporation, des größten Bergbaumonopols im südlichen Afrika, gezahlt. Seit kürzerer Zeit zahlt auch westdeutsches Kapital in Form von Parteihilfe der CDU und der CSU. Mit westdeutschem Kapital wurde eine Zeitung in Namibia aufgekauft und der DTA zur Verfügung gestellt. Geschenke an deren Führer Dirk Mudge umfassen ein Dakota-Sportflugzeug, einen kugelsicheren Mercedes und 20 kugelsichere Westen. Die Imperialisten wissen warum.

Mit der Förderung der Quislinge einher ging die Verhaftungswelle gegen SWAPO-Führer in den noch nicht befreiten Gebieten Namibias. Mehr als 100 SWAPO-Mitglieder wurden unter den im April neu erlassenen Notstandsmaßnahmen seitdem verhaftet. Gleichzeitig wurden die Terrorangriffe gegen Dörfer verstärkt und Überfälle nach Angola und Sambia durchgeführt. Diese Maßnahmen sollten eine Wahl ganz nach Geschmack der Imperialisten sicherstellen. Der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Johannesburg stellt offen fest: „Von erheblicher Bedeutung für den Wahlausgang und damit für die künftige Macht ist auch das Datum des Urnenganges. Je später er stattfindet, desto geringer die Erfolgschancen der von Südafrika favorisierten ‚Demokratischen Turnhallen-Allianz‘.“

Der Versuch „Wahl im Dezember“ ist ganz offensichtlich am Widerstand der namibischen Volksmassen und insbesondere ihrem bewaffneten Kampf gescheitert. Diese Wahl findet nicht statt. Andere Wege werden von den Imperialisten gesucht. Die Behauptung, der einzige Hochsee- und Fischereihafen Walvis Bay gehöre zu Südafrika, weil im Jahr 1878 Großbritannien diesen Teil Namibias vor dem kolonisierenden Deutschen Reich besetzte, wird vom Volk Namibias genauso behandelt werden wie die 1946 aufgestellte Behauptung, Namibia sei ein Teil Südafrikas, weil der Völkerbund (der 1919 das Mandat für Namibia an den britischen König gegeben hatte) nicht mehr existierte.

Es verwundert nicht, daß jetzt von einem „sehr nahen Abkommen“ geredet wird. Sie wollen den Betrugsplan möglichst unter Dach und Fach haben, bevor die UN-Vollversammlung beginnt. Denn dort erwartet die Imperialisten anderes als Lobgesänge auf ihre angeblich friedliche Vermittlertätigkeit. Sondern sie haben mit Enthüllungen der Länder der Dritten Welt darüber zu rechnen, daß alle 5 Länder beständig gegen die Beschlüsse der UN-Vollversammlung inbezug auf Namibia verstoßen. Im letzten Jahr hat die UN-Vollversammlung noch einmal ausdrücklich sowohl militärische Zusammenarbeit wie Waffen- und Treibstofflieferungen verurteilt, wogegen die 5 Staaten (die sich alle enthielten) beharrlich verstoßen. In der gleichen Resolution wird ein Dekret des UN-Rats für Namibia bekräftigt, das bereits 1974 den Abbau von Bodenschätzen in Namibia untersagt hat. Westdeutsche Monopole wie Klöckners Metallgesellschaft und die Urangesellschaft sind mit Regierungshilfe sehr aktiv in der Ausplünderung des Landes.



Die Basen der People's Liberation Army of Namibia (PLAN), der Volksbefreiungsarmee Namibias, in den befreiten Gebieten sind Selbstversorger in den meisten Lebensmitteln. Viele der hier produzierten Lebensmittel werden den Volksmassen zur Verfügung gestellt, die von den Kolonialistentruppen überfallen und ausgeraubt werden. SWAPO hat große Teile des Landes, vor allem im Norden, befreit.



Seit 12 Jahren kämpft das Volk von Namibia im bewaffneten Kampf. In Namibia und überall dort auf der Welt, wo Namibianer leben, wurde der 27. August, der Namibia-Tag, gefeiert. In einer Botschaft am 27. August erklärte der Präsident der SWAPO, Genosse Nujoma, erneut die Entschlossenheit der SWAPO, am bewaffneten Kampf festzuhalten.

Ghana weist sowjetische und DDR-Diplomaten aus

z.mat. Am 8. September hat Ghana vier sowjetische und einen DDR-Diplomaten des Landes verwiesen, weil sie in den Gewerkschaften, der Universität und der Presse Unruhe gestiftet hatten. Als nach Nigeria zweitwichtigstes Handelsland der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas ist Ghana bevorzugtes Ziel imperialistischer und sozialimperialistischer Einmischung. Die Sozialimperialisten, die bezüglich wirtschaftlicher Erpressungsmöglichkeiten einiges aufzuholen haben, wollen sich besonders die hohe Entwicklung des ghanaischen Pressewesens zunutze machen. Mit einem Papierverbrauch von 5 kg pro Einwohner und Jahr verwendet Ghana das Zehnfache der meisten westafrikanischen Staaten. Seit seiner Unabhängigkeit 1957 hat Ghana immer entschlossener die Sache der Dritten Welt verfochten. Wiederholt hat es die Einheit und Unabhängigkeit der Westsahara gefordert. In der UNO tritt es für die Beseitigung des Vetorechts der Imperialisten und Sozialimperialisten ein. Ghana hat die neue gegründete Universität der Vereinten Nationen mit 2,5 Millionen Dollar (1976) unterstützt. Die Ausweisung der Diplomaten ist ein Schlag gegen die Versuche der Supermächte, die Pläne der Regierung zur Stärkung eines unabhängigen Ausbildungs- und Pressewesens der Dritten Welt für ihre Ziele zu nutzen.

Uganda steigert die Kaffee-Ernte um 14 Prozent

z.rua. Proctor & Gamble und General Foods haben ihre Kaffeebezüge aus Uganda eingestellt, nachdem Carter „menschenrechtlich“ zum Handelsembargo aufgerufen hatte. Seit der Vertreibung der britischen Imperialisten unternimmt Uganda unter Führung von Präsident Amin große Anstrengungen, um die Wirtschaft des Landes zu reorganisieren. 1977 wurde ein dreijähriges Aktionsprogramm verabschiedet, mit dem die landwirtschaftliche Produktion als Rückgrat der nationalen Wirtschaft und der Aufbau der Industrie vorangetrieben werden. Die Steuern auf landwirtschaftliche Geräte und Futtermittel wurden um 10% gesenkt. Staatsfarmen wurden errichtet, von denen die Bauern erstklassiges Saatgut beziehen. Die Getreideernte wurde jetzt um 3% gesteigert. Die Kaffeernte wurde von 137000 t auf 156000 t um 14% gesteigert. Bei der Einbringung der Ernte wurden die Bauern von Armeeangehörigen, Lehrern und anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unterstützt. Die Hoffnungen der Imperialisten, Uganda bleibe auf seiner Hauptexportware Kaffee sitzen, gehen nicht auf. Mit Libyen wurde im Sommer ein Abkommen über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Uganda liefert an Libyen u.a. Kaffee und bezieht Textilien und Gips. Gemeinsam wurde eine Gesellschaft zur Entwicklung des Transportwesens, der Zement- und Nahrungsmittelindustrie gegründet. Mit Sudan hat Uganda am 24.8. ein Transportabkommen geschlossen, nach dem die Exporte Ugandas durch den Sudan transportiert und in Port Sudan verschifft werden.

Wenn's vorne nicht geht, dann durch die Hintertür

Bericht des UNCTAD-Sekretärs: UdSSR erschleicht sich über „joint ventures“ Aufträge in der Dritten Welt

z.pek. Stolz zogen die Neuen Zaren in ihrer Zeitschrift „Außenhandel“ im November 1977 Bilanz ihrer Raub-

ferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hat jetzt in seinem „Bericht über den Handel zwischen den

falls dankend auf die Lieferung weiterer Maschinen und Anlagen aus der Sowjetunion verzichtet und sich auf

der Schiffbarmachung des Tigris ab Mosul hatten sie es geschafft, sich mittels gesalzener Preise zum größten

Sie selbst treten als Vermittler auf, lassen ihr Regime als Bluthund heraus und brüsten sich schließlich damit, daß sie es seien, die „mäßigend“ wirken – wobei natürlich Kompromisse geschlossen werden müßten.

Botha spricht aus, worauf es den Imperialisten und ihren Helfern vor allem ankommt: „Die SWAPO muß ganz einfach die Vorschläge (der fünf Westmächte) annehmen, und sie muß deutlich erklären, daß sie ihre Gewalttaten beenden wird.“ Das ist es, was die Imperialisten sich von der Zustimmung der SWAPO zu ihrem „Vermittlungsvorschlag“ erhofft hatten und nicht erhalten haben: Die Einstellung des bewaffneten Kampfes.

Die Imperialisten wollen ihren verbrecherischen Plänen im südlichen Afrika ein legitimes Aussehen geben. Dafür wollen sie die UN nutzen. Die Sozialimperialisten tun das, indem sie sich als Unterstützer des Befreiungskampfes aufspielen und sich in den mehrheitlich von Ländern der Dritten Welt besetzten UN-Rat für Namibia eingeschlichen haben. Die US-Imperialisten und Verbündete wollen die UN für ihre Interventionsabsichten zur Errichtung einer neokolonialen Lö-

führt. Diese Maßnahmen sollten eine Wahl ganz nach Geschmack der Imperialisten sicherstellen. Der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Johannesburg stellt offen fest: „Von erheblicher Bedeutung für den Wahlausgang und damit für die künftige Macht ist auch das Datum des Urnenganges. Je später er stattfindet, desto geringer die Erfolgschancen der von Südafrika favorisierten ‚Demokratischen Turnhallen-Allianz‘.“

Der Versuch „Wahl im Dezember“ ist ganz offensichtlich am Widerstand der namibischen Volksmassen und insbesondere ihrem bewaffneten Kampf gescheitert. Diese Wahl findet nicht statt. Andere Wege werden von den Imperialisten gesucht. Die Behauptung, der einzige Hochsee- und Fischereihafen Walvis Bay gehöre zu Südafrika, weil im Jahr 1878 Großbritannien diesen Teil Namibias vor dem kolonisierenden Deutschen Reich besetzte, wird vom Volk Namibias genauso behandelt werden wie die 1946 aufgestellte Behauptung, Namibia sei ein Teil Südafrikas, weil der Völkerbund (der 1919 das Mandat für Namibia an den britischen König gegeben

Die Basen der People's Liberation Army of Namibia (PLAN), der Volksbefreiungsarmee Namibias, in den befreiten Gebieten sind Selbstversorger in den meisten Lebensmitteln. Viele der hier produzierten Lebensmittel werden den Volksmassen zur Verfügung gestellt, die von den Kolonialistentruppen überfallen und ausgeraubt werden. SWAPO hat große Teile des Landes, vor allem im Norden, befreit.



Seit 12 Jahren kämpft das Volk von Namibia im bewaffneten Kampf. In Namibia und überall dort auf der Welt, wo Namibianer leben, wurde der 27. August, der Namibia-Tag, gefeiert. In einer Botschaft am 27. August erklärte der Präsident der SWAPO, Genosse Nujoma, erneut die Entschlossenheit der SWAPO, am bewaffneten Kampf festzuhalten.

Foods haben ihre Kaffeebezüge aus Uganda eingestellt, nachdem Carter „menschenrechtlich“ zum Handelsembargo aufgerufen hatte. Seit der Vertreibung der britischen Imperialisten unternimmt Uganda unter Führung von Präsident Amin große Anstrengungen, um die Wirtschaft des Landes zu reorganisieren. 1977 wurde ein dreijähriges Aktionsprogramm verabschiedet, mit dem die landwirtschaftliche Produktion als Rückgrat der nationalen Wirtschaft und der Aufbau der Industrie vorangetrieben werden. Die Steuern auf landwirtschaftliche Geräte und Futtermittel wurden um 10% gesenkt. Staatsfarmen wurden errichtet, von denen die Bauern erstklassiges Saatgut beziehen. Die Getreideernte wurde jetzt um 3% gesteigert. Die Kaffeernte wurde von 137000 t auf 156000 t um 14% gesteigert. Bei der Einbringung der Ernte wurden die Bauern von Armeeangehörigen, Lehrern und anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unterstützt. Die Hoffnungen der Imperialisten, Uganda bleibe auf seiner Hauptexportware Kaffee sitzen, gehen nicht auf. Mit Libyen wurde im Sommer ein Abkommen über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Uganda liefert an Libyen u.a. Kaffee und bezieht Textilien und Gips. Gemeinsam wurde eine Gesellschaft zur Entwicklung des Transportwesens, der Zement- und Nahrungsmittelindustrie gegründet. Mit Sudan hat Uganda am 24.8. ein Transportabkommen geschlossen, nach dem die Exporte Ugandas durch den Sudan transportiert und in Port Sudan verschifft werden.

Wenn's vorne nicht geht, dann durch die Hintertür

Bericht des UNCTAD-Sekretärs: UdSSR erschleicht sich über „joint ventures“ Aufträge in der Dritten Welt

z.pek. Stolz zogen die Neuen Zaren in ihrer Zeitschrift „Außenhandel“ im November 1977 Bilanz ihrer Raubzüge gegen die Länder der Dritten Welt: wie ein riesiger Polyp haben sie sich in 78 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas festgesaugt und Baumwollfasern, Jute, Kaffee, Reis und andere „traditionelle Rohstoffe“, aber auch „Industrieerzeugnisse, Erdöl und Erdgas in immer größeren Mengen als Rückzahlung der gewährten langfristigen Kredite“ abtransportiert. Ihren Warenexport haben sie von 1960 bis 1976 um das achtfache ausgedehnt und auch den Kapitalexport vorangetrieben: „In relativ kurzer Zeit wurden in den jungen Staaten insgesamt mehr als 550 wichtige Volkswirtschaftsobjekte errichtet.“ Wütend müssen die Neuen Zaren dann aber feststellen, daß „eine Reihe frei gewordener Länder wenig für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion tun“. Kein Wunder. Zu offen ist sie schon als räuberische Supermacht entlarvt. In den Augen der Supermacht sind diejenigen Länder der Dritten Welt, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen der Ausplünderung durch die Sozialimperialisten entschlossen widersetzen, „reaktionär“: „Nicht selten ist, daß die herrschenden Kreise einer Reihe von Entwicklungsländern sich in ihrer Politik nicht von einer vernünftigen Analyse der objektiven Prozesse leiten lassen, sondern, die strategischen Ziele der nationalen Befreiungsrevolution verratend, bemüht sind, eine Taktik der politischen Manöver in den Vordergrund zu rücken, die nur momentane Ergebnisse liefern.“ Also muß neben der Spaltung und Drohung Tünche her, um die langfristigen Expansionspläne der Neuen Zaren durchzusetzen.

Der Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hat jetzt in seinem „Bericht über den Handel zwischen den Entwicklungsländern und den Ländern des RGW“ die Praxis der Sowjetunion enthüllt, sich unter dem Deckmantel von „gemischten Gesellschaften“ mit Ländern der Dritten Welt Aufträge in deren Namen zu erschleichen, die sie sonst nie kriegen würde. Eine Reihe von Abkommen zwischen der Sowjetunion und Ländern der Dritten Welt enthält dem Bericht zufolge Klauseln über das „gemeinsame Auftreten auf Drittmärkten“. So haben die Sozialimperialisten 1976 in einem Abkommen mit Indien festgelegt, „die Zusammenarbeit in der Produktion auf jede mögliche Art auszudehnen, einschließlich der Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung dritter Länder“.

Die „Zusammenarbeit“ besteht darin, daß die Sozialimperialisten bestimmen, wohin die Produkte der von ihnen errichteten Betriebe geliefert werden müssen und abkassieren. Das Pressebulletin der Moskau Narodny Bank berichtet darüber im Januar 1977: „Es wurde entschieden, daß mit sowjetischer Unterstützung gebaute Betriebe in Indien für die Belieferung von UdSSR-Projekten in Entwicklungsländern herangezogen werden sollen. Im Dezember hat Moskau Aufträge für Ausrüstungen im Wert von 300 Millionen Rupien an indische Betriebe zur Lieferung nach Kuba, in die Türkei und nach Bulgarien vergeben.“ Bei den Handelsgesprächen zwischen der Sowjetunion und der Türkei im März dieses Jahres, bei denen sich die Neuen Zaren eine neue Liste von Waren vorlegen haben lassen, die als Zins und Zinseszins für die Ausrüstungen des Stahlwerks Iskenderun abgeführt werden müssen, hat die Türkei jedenfalls dankend auf die Lieferung weiterer Maschinen und Anlagen aus der Sowjetunion verzichtet und sich auf Kohle, Asbest, Chrom, Düngemittel und andere nützliche Rohstoffe beschränkt, bei denen man weniger leicht übers Ohr gehauen werden kann.

Weil die Länder der Dritten Welt mit den sowjetischen Maschinenlieferungen die Erfahrung gemacht haben, daß ihnen für teueres Geld Schrott angedreht wird, reiste der nigerianische Minister für Industrie, A. Djoda, im August 1977 in die UdSSR und besuchte den Metallurgischen Komplex Lipetsk, um dort die Ausrüstung für ein Stahlwerk, das die Sowjetunion in Nigeria errichtet, auf seine Tauglichkeit zu überprüfen. Dabei sind die Neuen Zaren auf ihrem Schrott sitzengeblieben. Einen Monat später schlossen sie mit Indien ein Abkommen, das „in der Tat neue Dimensionen der Zusammenarbeit zweier Länder in der Stahlproduktion eröffnet“: Indien muß demnach Nigeria mit Schmelzöfen und der notwendigen Maschinerie für das von der Sowjetunion errichtete Stahlwerk beliefern. Die „Gegenleistung“ an Indien besteht dabei „in der Weitergabe der neuesten Technologie“ für die Stahlwerke Bokora und Bilhai, die von der Sowjetunion gebaut und dabei mit veralteten Anlagen ausgerüstet worden waren.

Im Iran und Irak versuchen die Sozialimperialisten, sich unter dem Deckmantel von „joint-ventures“ (gemischten Gesellschaften) mit Indien ins Baugeschäft einzuschleichen. Sie haben eine „gemischte Kommission“ eingesetzt, die die Ausführung von „gemeinsamen“ Zivilbauprojekten vorbereiten soll. Bei den bisher von ihnen im Irak betriebenen Bauprojekten, den Eisenbahnlinien Bagdad-Umm Qasr und Mosul-Arbil, sowie der Schiffbarmachung des Tigris ab Mosul hatten sie es geschafft, sich mittels gesalzener Preise zum größten Gläubiger des Irak emporzuschwingen. Der Irak zieht jetzt die Konsequenzen und bereitet die Ausweisung der sowjetischen „Experten“ sowie die Kündigung des 1972 geschlossenen „Freundschaftsvertrages“ vor.

Indien hat die Sozialimperialisten zu all dieser „Gemeinsamkeit“ nicht eingeladen. Unter dem Vorwand, das Land bei der Beseitigung der aus zweihundertjähriger britischer Kolonialknechtschaft übernommenen Rückständigkeit zu unterstützen, hatten sie sich seit Mitte der sechziger Jahre angebiedert. Bis heute haben sie sich in 50 industriellen Großbetrieben in strategisch wichtigen Produktionsbereichen festgesetzt, mit denen sie „fast ein Drittel des indischen Stahlausstoßes, vier Fünftel des Ausstoßes an Hüttenausrüstungen, 60 Prozent der Produktion von schweren Elektroausrüstungen, über die Hälfte der Ölgewinnung und ein Drittel der Erzeugung von Ölprodukten“ kontrollieren. („Neue Zeit“, 5/78)

Indien hat sich nicht von kolonialer Ausbeutung und Rückständigkeit befreit, um jetzt die Früchte seines Kampfes den sozialimperialistischen Blutsaugern anheim fallen zu lassen. In ihren Richtlinien über „gemischte Gesellschaften in anderen Ländern“ erklärt die indische Regierung: „Indien hat beachtliche Fortschritte in allen industriellen Bereichen errungen und ist jetzt in der Lage, die Früchte seiner Erfahrungen mit den Entwicklungsländern zu teilen.“ Dazu gehört auch die Erfahrung, daß die Länder der Dritten Welt nur im gemeinsamen Kampf sich von der neokolonialen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Supermächte befreien können.

Pakistan und die Golf-Staaten verstärken Zusammenarbeit

z.mih. Am 21.8.78 vereinbarten Pakistan und die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE), daß ein gemeinsames Zementwerk in Pakistan errichtet wird mit einer jährlichen Kapazität von 1,5 Mio. Tonnen. Außerdem sind weitere gemeinsame Projekte mit einer Gruppe von ölproduzierenden Ländern beschlossen worden: Eine Mineralwasser-Abfüllanlage und eine Papiermühle mit Qatar, eine Glasfabrik mit den UAE und eine Betonteilfertigungsfabrik mit Saudi Arabien. Private Investoren aus Abu Dhabi, Qatar und Bahrain erwägen ebenfalls gemeinsame Unternehmen mit Pakistan zur Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven, für Fertigteilhäuser und für die Petrochemie und Düngemittelherstellung. Außerdem wurde Pakistan von der „Islamic Development Bank“ in Jeddah ein 1-Mio.-Islamic-Dinar-Kredit (1,28 Mio. Dollar) zur Erneuerung und Erweiterung ihrer Betriebsanlagen gewährt.

Diese Abkommen richten sich gegen die Imperialisten und Sozialimperialisten, die fortwährend versuchen, ihre Krallen in die Länder der Dritten Welt zu schlagen. Die USA hat Anfang August ihre „Entwicklungshilfe“ für Pakistan gestoppt, um der Regierung in Islamabad den Rückzug vom Vertrag über die Errichtung von „nuklearen Produktionsanlagen“ mit Frankreich abzupressen. Pakistan hat diesen Angriff als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen, und Sardar Sherbaz, Führer der „National Democratic Party“, unterstrich, „daß Pakistan keinem fremden Druck unterliegen werde“. (Arab News, 10./11.8.78)

Die Länder der Dritten Welt stärken ihre Einheit im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus



z.lup. „Die Frontstaaten sind einmütig zu dem Schluß gekommen, daß Smith in keiner Weise die Absicht hat, die Macht zu übergeben. Er ist nur daran interessiert, Nkomo von der Patriotischen Front wegzulocken und ihn in die sogenannte ‚innere Lösung' einzubeziehen, genauso wie er es mit Abel Muzorewa und Ndabaningi Sithole gemacht hat. Die Frontstaaten lehnen einmütig die Manöver des rhodesischen Rebellenführers Ian Smith ab, die Patriotische Front zu spalten", erklärte Julius Nyerere, Präsident von Tansania, als Sprecher der Frontstaaten nach deren Gipfelkonferenz in Lusaka am 2.9.1978. Der bewaffnete Befreiungskampf der unterdrückten Völker ist die Speerspitze des Kampfes der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Die Zerschlagung des rhodesischen Kolonialregimes durch den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe wird diese mächtige historische Strömung bedeutend stärken. Kein Wunder, daß die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte alles versuchen, um die Patriotische Front zu spalten und dadurch eines der Schlachtfelder, auf denen sie gegenwärtig entscheidende Schläge einstecken müssen, in ein Schlachtfeld ihres Ringens um die Weltherrschaft zu verwandeln.

Durch eine Politik der Einheitsfront gegen das imperialistische Kolonialregime hat die ZANU bisher alle solche imperialistischen Manöver zerschlagen. Entscheidend für diese Erfolge ist die Verstärkung des bewaffneten Befreiungskampfes. Er ist die Grundlage für alle Erfolge, auch die Erfolge an der diplomatischen Front. Die Imperialisten, von denen der Spaltungsdruck auf die Patriotische Front ausgeht, haben den Feind im eigenen Haus. Jetzt muß man die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes verstärken. Gegen den Spaltungsdruck der Imperialisten steht die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front. Entscheidend ist aber, 1 Million zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zu sammeln.

(Bild oben: ZANLA-Kämpfer an einem Flugabwehrgeschütz. Bild unten: Massenversammlung während der Konferenz zur Unterstützung der Völker Zimbabwes und Namibias in Maputo, 16. bis 21. Mai 1977, die von der UNO und der OAU gemeinsam durchgeführt wurde.)



z.lup. „Die Frontstaaten sind einmütig zu dem Schluß gekommen, daß Smith in keiner Weise die Absicht hat, die Macht zu übergeben. Er ist nur daran interessiert, Nkomo von der Patriotischen Front wegzulocken und ihn in die sogenannte ‚innere Lösung' einzubeziehen, genauso wie er es mit Abel Muzorewa und Ndabaningi Sithole gemacht hat. Die Frontstaaten lehnen einmütig die Manöver des rhodesischen Rebellenführers Ian Smith ab, die Patriotische Front zu spalten", erklärte Julius Nyerere, Präsident von Tansania, als Sprecher der Frontstaaten nach deren Gipfelkonferenz in Lusaka am 2.9.1978. Der bewaffnete Befreiungskampf der unterdrückten Völker ist die Speerspitze des Kampfes der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Die Zerschlagung des rhodesischen Kolonialregimes durch den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe wird diese mächtige historische Strömung bedeutend stärken. Kein Wunder, daß die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte alles versuchen, um die Patriotische Front zu spalten und dadurch eines der Schlachtfelder, auf denen sie gegenwärtig entscheidende Schläge einstecken müssen, in ein Schlachtfeld ihres Ringens um die Weltherrschaft zu verwandeln.

Durch eine Politik der Einheitsfront gegen das imperialistische Kolonialregime hat die ZANU bisher alle solche imperialistischen Manöver zerschlagen. Entscheidend für diese Erfolge ist die Verstärkung des bewaffneten Befreiungskampfes. Er ist die Grundlage für alle Erfolge, auch die Erfolge an der diplomatischen Front. Die Imperialisten, von denen der Spaltungsdruck auf die Patriotische Front ausgeht, haben den Feind im eigenen Haus. Jetzt muß man die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes verstärken. Gegen den Spaltungsdruck der Imperialisten steht die Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front. Entscheidend ist aber, 1 Million zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zu sammeln.

(Bild oben: ZANLA-Kämpfer an einem Flugabwehrgeschütz. Bild unten: Massenversammlung während der Konferenz zur Unterstützung der Völker Zimbabwes und Namibias in Maputo, 16. bis 21. Mai 1977, die von der UNO und der OAU gemeinsam durchgeführt wurde.)



Grußadresse zum 30. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea

Genosse Kim Il Sung
Generalsekretär des Zentralkomitees der
Partei der Arbeit Koreas
Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea übermittle ich dem Zentralen Komitee der Partei der Arbeit Koreas und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea die revolutionären Glückwünsche des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Die Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea ist ein großer Sieg, den das koreanische Volk im bewaffneten Befreiungskampf gegen den japanischen und den amerikanischen Imperialismus errungen hat. In den letzten 30 Jahren hat das koreanische Volk, geführt von der Partei der Arbeit Koreas mit Genossen Kim Il Sung an der Spitze weitere Siege im Kampf gegen die amerikanische Aggression und Okkupation und beim Aufbau des Sozialismus errungen.

Die Vorschläge der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea für die friedliche Wiedervereinigung des Landes, die dem Interesse und dem Wunsch des gesamten koreanischen Volkes entsprechen, unterstützen wir vollständig. Die Pläne zur Schaffung „zweier Koreas", die auf die Verewigung der Spaltung und der Unterjochung eines Teils des Landes durch den US-Imperialismus abzielen, werden scheitern.

Durch das große Vorbild, welches das Volk Koreas durch seinen Befreiungskampf gegen den Imperialismus und beim Aufbau des Sozialismus der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt gibt, durch die vollständige Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und durch die bedeutende Rolle, die es im Zusammenschluß und im Kampf der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und gegen das Vorherrschaftsstreben spielt, leistet es einen bedeutenden Beitrag für die revolutionäre Sache der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt.

Wir wünschen dem Volk Koreas für die nächsten Jahre noch größere Siege.

Mit revolutionären Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee
des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Frankfurt, den 11.9.1978

z.mif. Die 33. Vollversammlung der Vereinten Nationen beginnt am 19. September und endet voraussichtlich im Dezember. Ihre Tagesordnung ist Ergebnis des Kampfes zwischen den Ländern der Dritten Welt einerseits und den beiden Supermächten und anderen imperialistischen Mächten andererseits.

Punkt 4: Wahl des Präsidenten der Vollversammlung (VV).
Turnusmäßig wird diesmal der Präsident aus einem afrikanischen oder asiatischen Land gewählt.

Punkt 8: Annahme der Tagesordnung.

Punkt 9: Generaldebatte. Etwa drei Wochen lang tragen die Delegationsleiter die Auffassungen ihrer Regierungen vor. In der 32. VV haben 129 Redner das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt ergriffen. Genscher versucht sich mit seinen Spaltungsversuchen gegen die Dritte Welt am 26. September.

Punkte 10-14: Berichte des Generalsekretärs, des Sicherheitsrats, des Wirtschafts- und Sozialrats u.a.

Punkte 15-23: Wahlen. Es werden fünf nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats, 18 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats u.a. gewählt. Der Wirtschafts- und Sozialrat hat in diesem Jahr eine wichtige Resolution zur Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe gefaßt.

Kampf um die Unabhängigkeit der Kolonien

Punkt 24: Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (1514 (XV) von 1960, abgedruckt in: Kommunismus und Klassenkampf 6/78, S. 267).
Auf der 16. Vollversammlung setzten die Staaten der Dritten Welt 1961 durch, daß ein Sonderkomitee mit der Durchführung dieser Resolution beauftragt wird. Die Resolution verurteilt die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung und ist ein Angriff auf die Supermächte und alle imperialistischen Mächte. Auf jeder Vollversammlung wird die Entwicklung seit der letzten Sitzung überprüft

und das Mandat des Sonderkomitees

Punkte 10-14: Berichte des Generalsekretärs, des Sicherheitsrats, des Wirtschafts- und Sozialrats u.a.

Punkte 15-23: Wahlen. Es werden fünf nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats, 18 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats u.a. gewählt. Der Wirtschafts- und Sozialrat hat in diesem Jahr eine wichtige Resolution zur Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe gefaßt.

Kampf um die Unabhängigkeit der Kolonien

Punkt 24: Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (1514 (XV) von 1960, abgedruckt in: Kommunismus und Klassenkampf 6/78, S. 267).
Auf der 16. Vollversammlung setzten die Staaten der Dritten Welt 1961 durch, daß ein Sonderkomitee mit der Durchführung dieser Resolution beauftragt wird. Die Resolution verurteilt die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung und ist ein Angriff auf die Supermächte und alle imperialistischen Mächte. Auf jeder Vollversammlung wird die Entwicklung seit der letzten Sitzung überprüft
und das Mandat des Sonderkomitees erneuert. Auf der 32. VV im letzten Jahr wurde der Generalsekretär aufgefordert, die Ergebnisse der Internationalen Konferenz von Maputo, Mozambique, vom 16.-21. Mai 1977 (siehe Bild links) zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia möglichst weit zu verbreiten. Ferner befaßte sich die 32. VV unter diesem Tagesordnungspunkt mit der Frage der Westsahara, mit Guam, Gibraltar und mit den zahlreichen Inseln des Pazifik, der Karibik und des Indischen Ozeans, die noch unter kolonialer Herrschaft des US-Imperialismus oder des britischen oder französischen Imperialismus stehen. Das Sonderkomitee besteht aus 24 Mitgliedern, in der Mehrzahl Ländern der Dritten Welt. Die führenden westlichen Imperialisten sind nicht vertreten. Der Sozialimperialismus ist dagegen Mitglied und versucht, gestützt auf Kuba und die Tschechoslowakei, dieses Komitee zu einem Hebel seiner Expansionsgelüste zu machen.

Die Sozialimperialisten und die französischen und britischen Imperialisten haben zu diesem Tagesordnungspunkt Erklärungen angekündigt.

Punkt 25: Aufnahme neuer Mitglieder.
Die letzte VV nahm Vietnam und Dschibuti auf. Bis 15. Juni lagen keine neuen Aufnahmeanträge vor. Für die Aufnahme neuer Mitglieder ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Punkt 26: Die Frage der Komoren-Insel Mayotte.
Auf Antrag Madagaskars wurde diese Frage erstmals 1976 verhandelt. Das „Referendum" Frankreichs auf Mayotte vom 8. Februar und 11. April 1976 wurde von der VV als null und nichtig erklärt. Die französischen Imperialisten wollen sich auf der Insel Mayotte, die zwischen Mozambique und Madagaskar liegt, einen Stützpunkt sichern. Die 31. und 32. VV hat alle Versuche, die Insel aus der Einheit der Komoren herauszubrechen, verurteilt. Alle westlichen Imperialisten haben sich in der Abstimmung der Stimme enthalten, was nach Rüdiger von Wechmar „eine höfliche Form der Ablehnung" sein soll. Frankreich hat 1976 dagegen gestimmt und sich 1977 nicht an der Abstimmung beteiligt.

Punkt 27: Die Namibia-Frage.
Seit der ersten Sitzung 1946 (Resolution 65 (I)) hat die Vollversammlung diesen Punkt regelmäßig auf der Tagesordnung. 1961 sprach Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, vor dem UNO-Ausschuß für Namibia und forderte, „das Mandat für Südwestafrika sofort zu beenden und die Verwaltung vorübergehend einer UNO-Kommission, bestehend aus Vertretern afrikanischer Staaten, zu übergeben, die allgemeine und freie Wahlen vorbereitet." Südafrika hatte in Verwaltung für den britischen Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg das Mandat über „Südwestafrika", ehemalige deutsche Kolonie, bekommen. 1966 hat die UNO-VV Südafrika das Mandat entzogen und dem Land 1967 seinen Namen Namibia gegeben. Auf der 32. Sitzung hat die Vollversammlung das unveräußerliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung bekräftigt und die Berechtigung seines Kampfes „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln" bestätigt, den Anspruch der südafrikanischen Kolonialisten auf Walvis Bay als koloniale Expansion und als null und nichtig charakterisiert, den vollständigen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia gefordert und die SWAPO als einzig rechtmäßigen Vertreter des Volkes von Namibia anerkannt, sowie die nukleare Zusammenarbeit westlicher imperialistischer Staaten mit Südafrika verurteilt. Martti Ahtisaari wurde für ein weiteres Jahr als UNO-Beauftragter für Namibia eingesetzt.

ma, Präsident der SWAPO, vor dem UNO-Ausschuß für Namibia und forderte, „das Mandat für Südwestafrika sofort zu beenden und die Verwaltung vorübergehend einer UNO-Kommission, bestehend aus Vertretern afrikanischer Staaten, zu übergeben, die allgemeine und freie Wahlen vorbereitet." Südafrika hatte in Verwaltung für den britischen Imperialismus nach dem 1. Weltkrieg das Mandat über „Südwestafrika", ehemalige deutsche Kolonie, bekommen. 1966 hat die UNO-VV Südafrika das Mandat entzogen und dem Land 1967 seinen Namen Namibia gegeben. Auf der 32. Sitzung hat die Vollversammlung das unveräußerliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung bekräftigt und die Berechtigung seines Kampfes „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln" bestätigt, den Anspruch der südafrikanischen Kolonialisten auf Walvis Bay als koloniale Expansion und als null und nichtig charakterisiert, den vollständigen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia gefordert und die SWAPO als einzig rechtmäßigen Vertreter des Volkes von Namibia anerkannt, sowie die nukleare Zusammenarbeit westlicher imperialistischer Staaten mit Südafrika verurteilt. Martti Ahtisaari wurde für ein weiteres Jahr als UNO-Beauftragter für Namibia eingesetzt.

Schwierige Aufgaben für die Völker bezüglich Zypern und dem Nahen Osten

Punkt 28: Zypernfrage.
Seit 1964 unterhält der UNO-Sicherheitsrat die UNO-Friedenstruppe auf Zypern. Ihr Mandat wird jeweils halbjährlich vom Sicherheitsrat verlängert. Die Vollversammlung hat 1965 das Recht Zyperns auf volle Souveränität frei von Einmischung durch ausländische Mächte bekräftigt. Während der Ereignisse von 1974 haben die Sozialimperialisten versucht, indem sie erst auf die Türkei, dann angesichts der Widersprüche zwischen Griechenland und den US-Imperialisten auf Griechenland setzten, einen Fuß auf die Insel zu bekommen. Das Waffenembargo der US-Imperialisten gegen die Türkei, das sie jetzt kürzlich aufgehoben haben, entstammt dem Jahr 1974 und war ein Versuch, die Türkei zu erpressen.

Der 33. VV liegen mehrere Erklärungen Zyperns und der Türkei zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Punkt 29: Zusammenarbeit zwischen UNO und OAU.
Die Vollversammlung hat 1965 den Sekretär beauftragt, den Sekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die 1963 gegründet worden war, zu den Sitzungen als Beobachter einzuladen und die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Organen einzuleiten. Auf der 32. VV hat die UNO insbesondere die OAU um Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Erklärung von Maputo zur Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia sowie der Erklärung von Lagos zur Aktion gegen die Apartheid ersucht, sowie die Organe der UNO zu enger Zusammenarbeit mit der OAU auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und dem Verwaltungsgebiet aufgefordert.

Punkt 30: Die Lage im Nahen Osten.
Auf der 32. VV wurde die anhaltende Besetzung arabischen Gebiets durch Israel in Verletzung der Charta der UNO verurteilt und festgestellt, daß in Frieden und sicheren Grenzen alle Länder und Völker nur leben könnten, wenn Israel sich aus allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehe und das palästinensische Volk seine unveräußerlichen nationalen Rechte ausüben könne. Die PLO wird von der VV als alleiniger Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt. Für die PLO bleibt die Aufgabe, ihren gerechten Standpunkt, daß der Staat Israel auf der Vertreibung der Palästinenser aufgebaut ist und zerschlagen werden muß, damit alle Völker im Nahen Osten in Frieden leben können, in der VV durchzusetzen.

Die Frage der UNO-Truppen, auf Beschluß des Sicherheitsrats vom 19. März und 3. Mai in den Libanon entsendet, seitens der Imperialisten mit der Absicht, sie als ihr Instrument einzusetzen – diese Frage wird wahrscheinlich nicht von der Vollversammlung verhandelt werden können. Denn die Charta der UNO trägt noch die eindeutige Handschrift des US-Imperialismus: nach Artikel 12 der Charta darf die Vollversammlung Fragen, mit denen der Sicherheitsrat befaßt ist, nur auf ausdrückliche Aufforderung durch den Sicherheitsrat behandeln.

Punkt 31: Die Palästinenserfrage.
Bericht des Komitees für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes. In dem Komitee sind 23 Mitgliedsstaaten vertreten, mehrheitlich Länder der Dritten Welt, ferner der Sozialimperialismus und einige Länder unter seiner Fuchtel. Die VV hat sich in den letzten Jahren die Empfehlungen des Komi-

könne. Die PLO wird von der VV als alleiniger Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt. Für die PLO bleibt die Aufgabe, ihren gerechten Standpunkt, daß der Staat Israel auf der Vertreibung der Palästinenser aufgebaut ist und zerschlagen werden muß, damit alle Völker im Nahen Osten in Frieden leben können, in der VV durchzusetzen.

Die Frage der UNO-Truppen, auf Beschluß des Sicherheitsrats vom 19. März und 3. Mai in den Libanon entsendet, seitens der Imperialisten mit der Absicht, sie als ihr Instrument einzusetzen – diese Frage wird wahrscheinlich nicht von der Vollversammlung verhandelt werden können. Denn die Charta der UNO trägt noch die eindeutige Handschrift des US-Imperialismus: nach Artikel 12 der Charta darf die Vollversammlung Fragen, mit denen der Sicherheitsrat befaßt ist, nur auf ausdrückliche Aufforderung durch den Sicherheitsrat behandeln.

Punkt 31: Die Palästinenserfrage.
Bericht des Komitees für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes. In dem Komitee sind 23 Mitgliedsstaaten vertreten, mehrheitlich Länder der Dritten Welt, ferner der Sozialimperialismus und einige Länder unter seiner Fuchtel. Die VV hat sich in den letzten Jahren die Empfehlungen des Komi-
tees zu eigen gemacht und den Sicherheitsrat dazu ebenfalls aufgefordert. Der hat jedoch in den letzten Jahren keinen Beschluß in dieser Sache gefaßt. Die Supermacht USA hat eine Umsetzung der Beschlüsse der Vollversammlung verhindert, in denen u.a. die Untersuchung der Lage der palästinensischen Massen und die publizistische Verbreitung der Untersuchungsergebnisse gefordert wurde.

Große Einheit gegen Rassismus und Apartheid

Punkt 32: Apartheidspolitik der südafrikanischen Regierung.
Seit 1946 auf der ersten Vollversammlung Indien Beschwerde einlegte gegen die Unterdrückung von Bürgern indischer Herkunft in Südafrika, befaßt sich die Vollversammlung alljährlich mit der Frage der Rassenpolitik in Südafrika, seit 1952 unter dem Thema „Apartheid". Südafrika hat daraufhin 1955 der UNO das Recht auf Untersuchung der Apartheid abgesprochen mit der Begründung, es handle sich um eine „innere Angelegenheit". Im Komitee gegen die Apartheid sind 18 Staaten vertreten, darunter sieben afrikanische Staaten.

Auf der 32. VV wurden zahlreiche Beschlüsse gegen die Apartheid und gegen die Unterstützung des südafrikanischen Siedlerregimes durch die

Die Bundesregierung soll die Anträge der Dritten Welt akzeptieren und die Beschlüsse der UNO- Generalversammlung einhalten!

Imperialisten gefaßt. U.a. wurde das Internationale Jahr gegen die Apartheid beschlossen (die BRD hat dagegen im August im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO einen Antrag eingebracht, „auf die Proklamierung von Internationalen Jahren zu verzichten, wenn keine konkreten Anlässe dafür vorliegen“, vgl. KVZ 34, S.2).

Damit ist der erste Abschnitt der Resolutionen beendet. Der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, mit der Speerspitze des Kampfes gegen die Siedlerregimes im Südlichen Afrika, bildet damit den Schwerpunkt der Debatte dieser UNO-Vollversammlung. Die Völker des Südlichen Afrika werden dadurch in ihrem bewaffneten Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus unterstützt. Das Bestreben der Supermächte, Verhandlungen an die Stelle des bewaffneten Kampfes zu setzen, und so die Eroberung der Macht durch die Arbeiter- und Bauernmassen zu verhindern, wird von dieser Vollversammlung bekämpft werden.

Gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte

Die folgenden *Tagesordnungspunkte 33 bis 53* befassen sich mit verschiedenen Fragen der Bedrohung der Völker der Dritten Welt durch das Streben der Supermächte nach Seeherrschaft, durch ihr Kernwaffenmonopol und durch ihr Weltraumforschungsmonopol. Die Sozialimperialisten versuchen hierbei, sich als „natürlicher Verbündeter“ der Völker der Dritten Welt aufzuspielen. Jedoch zeigt die Geschichte der Beschlüsse zum Tagesordnungspunkt 50, daß die Völker der Dritten Welt mit wachsender Aufmerksamkeit den Bestrebungen der aufstrebenden Supermacht entgegentreten.

Punkt 50: Verwirklichung der Erklärung über die Stärkung der Internationalen Sicherheit.
Die Sozialimperialisten haben 1969 diesen Punkt auf die Tagesordnung gebracht. In der 28. Sitzung (1973) brachten sie eine Resolution durch, wonach ein „universelles kollektives Sicherheitssystem ohne Militärbündnisse“ geschaffen werden solle mit dem Ziel, daß die Supermächte dann die Völker der Dritten Welt nach ihren Interessen erpressen könnten. Auf der

werden.

Gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte

Die folgenden Tagesordnungspunkte 33 bis 53 befassen sich mit verschiedenen Fragen der Bedrohung der Völker der Dritten Welt durch das Streben der Supermächte nach Seeherrschaft, durch ihr Kernwaffenmonopol und durch ihr Weltraumforschungsmonopol. Die Sozialimperialisten versuchen hierbei, sich als „natürlicher Verbündeter“ der Völker der Dritten Welt aufzuspielen. Jedoch zeigt die Geschichte der Beschlüsse zum Tagesordnungspunkt 50, daß die Völker der Dritten Welt mit wachsender Aufmerksamkeit den Bestrebungen der aufstrebenden Supermacht entgegentreten.

Punkt 50: Verwirklichung der Erklärung über die Stärkung der Internationalen Sicherheit.
Die Sozialimperialisten haben 1969 diesen Punkt auf die Tagesordnung gebracht. In der 28. Sitzung (1973) brachten sie eine Resolution durch, wonach ein „universelles kollektives Sicherheitssystem ohne Militärbündnisse“ geschaffen werden solle mit dem Ziel, daß die Supermächte dann die Völker der Dritten Welt nach ihren Interessen erpressen könnten. Auf der
29. VV (1974), drei Jahre nach Einzug der VR China in die UNO, die die Einheitsfront der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus entscheidend gestärkt hat, mußte in die Resolution aufgenommen werden, „daß jede Maßnahme oder jeder Druck, der sich gegen irgendeinen Staat richtet, wenn er sein souveränes Recht auf freie Verfügung über seine natürlichen Reichtümer ausübt, eine flagrante Verletzung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und des Prinzips der Nichteinmischung bedeutet“, und bekräftigte die „Legitimität des Kampfes von Völkern unter fremder Vorherrschaft, um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu erreichen“. Diese Festlegungen sind eindeutig gegen die beiden Supermächte und besonders gegen den Sozialimperialismus gerichtet, der beispielsweise in der Seerechtsdebatte den Völkern das Recht auf die 200-Meilen-Zone abspricht und überall scharf ist auf Ausbeutung der natürlichen Reichtümer der Länder der Dritten Welt.

Auf der 30. VV wurde zusätzlich noch die Forderung nach „Schleifung ausländischer Militärstützpunkte und Schaffung von Friedenszonen“ aufgenommen, ebenfalls eine direkte Ohrfeige für die Supermächte. Die 31. VV verurteilte „alle Formen offener, subtiler und raffinierter Techniken des Zwangs, der Umsturzversuche und Diffamierung“ gegen andere Staaten. Auf der 32. VV wurde der „Rückzug von fremden Militärstützpunkten“ gefordert und die „Umwandlung des Mittelmeers in eine Friedenszone“ unterstützt.

Die Imperialisten wollen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes als Flüchtlingsproblem behandeln

Punkt 54: Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinenserflüchtlinge im Nahen Osten

Im „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge“ sind vertreten die Supermacht USA, ihre verbündeten Imperialisten Frankreich, Großbritannien, Japan, Belgien, und die Länder Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien und die Türkei. Auf der 32. VV wurde angegriffen, daß die Imperialiten kaum Gelder für das Hilfswerk zur Verfügung stellen und somit die palästinensischen Flüchtlinge in ständigem Elend halten.

Punkt 55: Bericht über israelische Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen.
Zum Punkt 55 wird das Sonderkomitee, bestehend aus Senegal, Sri Lanka und Jugoslawien, berichten. Auf der 32. VV wurde festgestellt, daß die Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen im Krieg auf die von Israel seit 1967 besetzten arabischen Gebiete zutrifft, einschließlich Jerusalem. Die Weigerung Israels, dem Komitee Zugang zu den besetzten Gebieten zu gewähren, wurde kritisiert und das Komitee zur Fortsetzung seiner Arbeit aufgefordert.

Heißer Wunsch der Imperialisten: die Völker mögen sich friedlich ausbeuten lassen

Punkt 56: Gesamtüberprüfung aller Aspekte der Frage der friedenssichernden Operationen.

Punkt 57: Frage der Zusammensetzung der wichtigen UNO-Organe.
Die Völker der Dritten Welt haben bisher verhindern können, daß die Supermächte sich von der Generalversammlung die von Helmut Schmidt so geschätzten „peace keeping operations“ (Maßnahmen der Friedenssicherung) pauschal billigen lassen. Jetzt

Punkt 55: Bericht über israelische Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen.
Zum Punkt 55 wird das Sonderkomitee, bestehend aus Senegal, Sri Lanka und Jugoslawien, berichten. Auf der 32. VV wurde festgestellt, daß die Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen im Krieg auf die von Israel seit 1967 besetzten arabischen Gebiete zutrifft, einschließlich Jerusalem. Die Weigerung Israels, dem Komitee Zugang zu den besetzten Gebieten zu gewähren, wurde kritisiert und das Komitee zur Fortsetzung seiner Arbeit aufgefordert.

Heißer Wunsch der Imperialisten: die Völker mögen sich friedlich ausbeuten lassen

Punkt 56: Gesamtüberprüfung aller Aspekte der Frage der friedenssichernden Operationen.

Punkt 57: Frage der Zusammensetzung der wichtigen UNO-Organe.
Die Völker der Dritten Welt haben bisher verhindern können, daß die Supermächte sich von der Generalversammlung die von Helmut Schmidt so geschätzten „peace keeping operations“ (Maßnahmen der Friedenssicherung) pauschal billigen lassen. Jetzt
hat Genscher einen neuen Vorstoß angekündigt. Er will auf seiner Rede am 26.9. in der Generaldebatte als „Ratspräsident der EG“ eine „Resolution zur Stärkung friedenserhaltender Maßnahmen“ einbringen, die beinhaltet, „Ausbildungsmöglichkeiten für UNO-Friedenstruppen zu schaffen und dem Generalsekretär stets eine Aufstellung über Truppen zur Verfügung zu stellen, die für friedenserhaltende Aufgaben bereitstehen“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.78). Gleichzeitig hat Genscher im Fernsehen das Hohelied der „Friedenssicherung“ im südlichen Afrika gesungen: „Gelingt es in Namibia, einen friedlichen Übergang einzuleiten und durchzuführen, so kann diese Entwicklung ganz sicher auch ihre positiven Auswirkungen auf die Entwicklung in Rhodesien und in Südafrika selbst haben“ (ZDF, 14.9.).

Die Frage der Zusammensetzung der UNO-Organe wurde auf der letzten Vollversammlung erstmals behandelt. 29 Staaten Asiens und Afrikas haben die Frage aufgeworfen. Der 33. VV liegt noch kein Antrag vor; eine Kontaktgruppe hat Besprechungen mit anderen Staaten durchgeführt. Es geht den Ländern der Dritten Welt darum, die Beherrschung wichtiger UNO-Organe durch die beiden Supermächte zu beenden.

Punkte 58-72: Stärkung der gegenseitigen Unterstützung der Völker der Dritten Welt und Hebung des Lebensstandards.

Die Vollversammlung befaßt sich unter anderem mit der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung, mit der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer, mit den Ergebnissen der Konferenz über Handel und Entwicklung, mit dem Institut der UNO für Bildung und Forschung, dem Welternährungsprogramm, dem Sonderfonds der UNO für Entwicklungsländer ohne Küste, dem Umweltprogramm, der Katastrophenhilfe, der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und damit zusammenhängenden Fragen.

Forderung nach wirtschaftlichem Boykott der rassistischen Regimes

Punkt 73: Verwirklichung des Programms für das Jahrzehnt des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung. Dieses Jahrzehnt wurde auf Beschluß der 27. VV am 10.12.1973 begonnen.

Punkt 74: Weltkonferenz des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung.
Von dieser Konferenz, die vom 14. bis 25. August in Genf stattfand, sind die westdeutschen und westeuropäischen Imperialisten bekanntlich ausgezogen, weil der Zionismus als Form des Rassismus bezeichnet worden ist. Der US-Imperialismus und sein Kettenhund Israel waren gar nicht erst erschienen.

Punkt 76: Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und andersartiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regimes im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte.
Der Wirtschafts- und Sozialrat hat auf seiner Sitzung 1974 alle Staaten, die die rassistischen und kolonialistischen Regimes im Südlichen Afrika unterstützen, als Komplizen ihrer kriminellen Politik bezeichnet und hat die Staaten, die ihnen weiterhin politische, militärische, wirtschaftliche oder andere Hilfe leisten, verurteilt. Die darauffolgende UNO-Vollversammlung hat diesen Beschluß bestätigt. Der Untersuchungsbericht des vom Wirtschafts- und Sozialrat eingesetzten Sonderberichterstatters, der der 31. VV in vorläufiger Form vorlag, wird in der 33. VV in seiner endgültigen Form behandelt werden.

Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung.
Von dieser Konferenz, die vom 14. bis 25. August in Genf stattfand, sind die westdeutschen und westeuropäischen Imperialisten bekanntlich ausgezogen, weil der Zionismus als Form des Rassismus bezeichnet worden ist. Der US-Imperialismus und sein Kettenhund Israel waren gar nicht erst erschienen.

Punkt 76: Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und andersartiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regimes im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte.
Der Wirtschafts- und Sozialrat hat auf seiner Sitzung 1974 alle Staaten, die die rassistischen und kolonialistischen Regimes im Südlichen Afrika unterstützen, als Komplizen ihrer kriminellen Politik bezeichnet und hat die Staaten, die ihnen weiterhin politische, militärische, wirtschaftliche oder andere Hilfe leisten, verurteilt. Die darauffolgende UNO-Vollversammlung hat diesen Beschluß bestätigt. Der Untersuchungsbericht des vom Wirtschafts- und Sozialrat eingesetzten Sonderberichterstatters, der der 31. VV in vorläufiger Form vorlag, wird in der 33. VV in seiner endgültigen Form behandelt werden.

Punkte 81-92: Kampf gegen Rassismus, für Flüchtlingshilfe und bessere Verwirklichung der Menschenrechte, darunter

Punkt 87: Probleme älterer und alter Menschen. Malta brachte diesen Punkt 1969 auf die Tagesordnung. Es wurden seither die Probleme der alten Menschen in Ländern der drei Welten untersucht. Die 32. VV hat alle Staaten aufgefordert, zum Vorschlag eines Internationalen Jahres über das Altern Stellung zu nehmen. Die Imperialisten müssen fürchten, für ihre Methoden der Kriegskassenfüllung mittels Renterbeseitigung von den Arbeitern ihrer Länder und den Völkern der Dritten Welt zur Rechenschaft gezogen zu werden.

„Gebiete ohne Selbstregierung“ und „Strategische Territorien“

Punkt 93: Information über Gebiete ohne Selbstregierung gemäß Artikel 73e der UNO-Charta. Damit geben die Länder der Dritten Welt der Debatte noch einmal eine Zuspitzung gegen die Supermächte und andere Imperialisten. Die Mitgliedsstaaten, die Gebiete ohne Selbstregierung verwalten, haben regelmäßig dem Generalsekretär statistisches Material über die Entwicklung dieser Länder vorzulegen. Dazu gehören vor allem die US-Imperialisten, die seit dem 2. Weltkrieg das „strategische Territorium“ der pazifischen Inseln verwalten. Mit der Klassifizierung in der UNO-Charta als „strategisches Territorium“ hatten sie die pazifischen Inseln der Beschlußfassung der Vollversammlung entzogen und einzig den Beschlüssen des Sicherheitsrats unterstellt. Damit können sie aber nicht verhindern, daß sie unter diesem Tagesordnungspunkt unter den heftigen Druck der Völker der Dritten Welt geraten, wobei der Sozialimperialismus versuchen wird, mittels Kuba im Trüben zu fischen.

Punkt 94: Die Südrhodesien-Frage.
Die Vollversammlung hat 1962 festgestellt, daß Südrhodesien ein nichtselbstregiertes Territorium im Sinne von Abschnitt XI der UNO-Charta ist. Am 11.11.1965 verkündete Smith die „einseitige Unabhängigkeit“ von Großbritannien. Das hatten die britischen zusammen mit den US-Imperialisten eingefädelt. Den am 6. Mai 1965 auf Antrag von Elfenbeinküste, Jordanien und Malaysia erfolgten Beschluß des Sicherheitsrats, die einseitige Unabhängigkeitserklärung zu verhindern, mißachteten sie vollständig. Noch im November 1965 verurteilte die UNO-Vollversammlung die „einseitige Unabhängigkeitserklärung“ und forderte alle Staaten auf, das illegale rassistische Minderheitsregime nicht anzuerkennen. Seitdem wird die Entwicklung auf jeder Vollversammlung überprüft. Auf der 32. Sitzung haben die Länder der Dritten Welt eine Resolution durchgesetzt, in der „das Recht des Volkes von Zimbabwe auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit und die Legitimität seines Kampfes mit allen ihm verfügbaren Mitteln zur Erlangung dieses Rechts“ bekräftigt wird.

Punkt 95: Die Osttimor-Frage.
1960 hat die Vollversammlung die portugiesischen Kolonien als Territorien ohne Selbstregierung eingestuft und seither alljährlich behandelt. Auf der 30. VV wurde die Regierung von Indodesien aufgefordert, die territoriale Integrität von Portugiesisch-Timor zu wahren; ein Jahr später unterstützte die Vollversammlung das Recht des Volkes von Osttimor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die Fretilin wurde bisher nicht ausdrücklich als alleiniger Vertreter des Volkes von Osttimor anerkannt.

Punkt 96: Tätigkeiten fremder wirt-

mißachteten sie vollständig. Noch im November 1965 verurteilte die UNO-Vollversammlung die „einseitige Unabhängigkeitserklärung“ und forderte alle Staaten auf, das illegale rassistische Minderheitsregime nicht anzuerkennen. Seitdem wird die Entwicklung auf jeder Vollversammlung überprüft. Auf der 32. Sitzung haben die Länder der Dritten Welt eine Resolution durchgesetzt, in der „das Recht des Volkes von Zimbabwe auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit und die Legitimität seines Kampfes mit allen ihm verfügbaren Mitteln zur Erlangung dieses Rechts“ bekräftigt wird.

Punkt 95: Die Osttimor-Frage.
1960 hat die Vollversammlung die portugiesischen Kolonien als Territorien ohne Selbstregierung eingestuft und seither alljährlich behandelt. Auf der 30. VV wurde die Regierung von Indodesien aufgefordert, die territoriale Integrität von Portugiesisch-Timor zu wahren; ein Jahr später unterstützte die Vollversammlung das Recht des Volkes von Osttimor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die Fretilin wurde bisher nicht ausdrücklich als alleiniger Vertreter des Volkes von Osttimor anerkannt.

Punkt 96: Tätigkeiten fremder wirtschaftlicher und anderer Interessen, die die Anwendung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Länder und Völker in Südrhodesien und allen anderen Territorien unter kolonialer Herrschaft behindern.
Hier untersuchen die Länder der Dritten Welt insbesondere die wirtschaftliche Ausbeutung des südlichen Afrika durch die Imperialisten und ihre Siederregimes. Die 32. VV hat festgestellt, daß die „Tätigkeiten fremder wirtschaftlicher, finanzieller und anderer Interessen durch die erschöpfende Ausbeutung der natürlichen Reichtümer, die anhaltende Akkumulation und Überweisung in die Mutterländer von riesigen Profiten und die Verwendung dieser Profite für die Bereicherung ausländischer Siedler und Festigung der Kolonialherrschaft über diese Territorien ein Haupthindernis für die politische Unabhängigkeit“ des südlichen Afrika darstellen.

Punkt 97: Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die mit den Vereinten Nationen verbundenen internationalen Institutionen.
Hier hat die 32. VV die mangelhafte Unterstützung der Völker von Zimbabwe und Namibia durch Organe der UNO, in denen die Supermächte und anderen Imperialisten die Vormachtstellung haben, angegriffen.

Punkt 98: Bildungs- und Ausbildungsprogramm für das Südliche Afrika

Punkt 99: Von Mitgliedsstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung.
Mit Hilfe dieser Programme können Studenten aus Azania, Namibia und Zimbabwe im Ausland studieren. Im Vergabekomitee sind Canada, Dänemark, Indien, Tansania, Venezuela, Zaire und Zambia vertreten, die Länder der Dritten Welt sind also in der Mehrzahl. Aber die Imperialisten versuchen hier, sich über das Angebot von Studienplätzen zukünftige Agenten heranzuziehen.

Es folgen Tagesordnungspunkte zu den Finanzen und verschiedenen rechtlichen und Satzungsfragen. Die Vollversammlung legt souverän durch Beschluß fest, in welcher Form die Mitgliedsländer die Kosten der Tätigkeit der UNO tragen. Danach folgen noch einige Tagesordnungspunkte, die meist von den Imperialisten in den letzten Sitzungen eingebracht wurden.

Durchsichtiger Versuch: „Konvention gegen Geiselnahme“ und andere Manöver

Punkt 122: Entwurf einer internationalen Konvention gegen Geiselnahme. Auf der 31. VV hat der westdeutsche Imperialismus diesen Punkt eingebracht. Die VV setzte einen Ad-Hoc-Ausschuß ein, in dem fast alle Imperialisten beiderlei Schattierung vertreten sind. Der Ausschuß wurde darauf festgelegt, Vorschläge und Anregungen jedes Staates zu erwägen. Der westdeutsche Imperialismus zielt mit diesem Vorstoß darauf ab, die Länder der Dritten Welt zu erpressen und sie zur Auslieferung von Geiselnehmern zu zwingen, unabhängig davon, ob sie für gerechte oder ungerechte Ziele kämpfen. Ihre Absicht, den bewaffneten Befreiungskampf als „Terror“ zu verunglimpfen, werden sie angesichts der gegenseitigen Unterstützung der Länder der Dritten Welt in diesem Kampf nicht verwirklichen können.

Punkt 123: Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Der Punkt wurde 1976 von den Sozialimperialisten eingebracht.

von den Imperialisten in den letzten Sitzungen eingebracht wurden.

Durchsichtiger Versuch: „Konvention gegen Geiselnahme“ und andere Manöver

Punkt 122: Entwurf einer internationalen Konvention gegen Geiselnahme. Auf der 31. VV hat der westdeutsche Imperialismus diesen Punkt eingebracht. Die VV setzte einen Ad-Hoc-Ausschuß ein, in dem fast alle Imperialisten beiderlei Schattierung vertreten sind. Der Ausschuß wurde darauf festgelegt, Vorschläge und Anregungen jedes Staates zu erwägen. Der westdeutsche Imperialismus zielt mit diesem Vorstoß darauf ab, die Länder der Dritten Welt zu erpressen und sie zur Auslieferung von Geiselnehmern zu zwingen, unabhängig davon, ob sie für gerechte oder ungerechte Ziele kämpfen. Ihre Absicht, den bewaffneten Befreiungskampf als „Terror“ zu verunglimpfen, werden sie angesichts der gegenseitigen Unterstützung der Länder der Dritten Welt in diesem Kampf nicht verwirklichen können.

Punkt 123: Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Der Punkt wurde 1976 von den Sozialimperialisten eingebracht.
Genscher hat erklärt, „der sowjetische Vorschlag soll geprüft werden“ (Süddeutsche Zeitung, 15.9.78). Die Supermächte und die anderen Imperialisten hoffen darauf, einen solchen Beschluß gegen den bewaffneten Befreiungskampf einzusetzen und ihm jede Berechtigung absprechen zu können.

Formell von Grenada bzw. Costa Rica kurz vor der Generalversammlung vorgeschlagen wurde *Punkt 128:* „Schaffung einer Stelle oder einer Abteilung der Vereinten Nationen zur Erforschung von unbekannten Flugobjekten (UFOS)“ und der

Punkt 129: „Schaffung der Stelle eines Menschenrechtsbeauftragten der Vereinten Nationen.“
Es handelt sich hier aber um zwei hinterhältige Anschläge Carterscher Prägung. Mit der UFO-Debatte soll der Kampf gegen irdische, imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung lächerlich gemacht werden; mit dem „Menschenrechtsbeauftragten“ will Carter einen Sonderbeauftragten für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder schaffen. Die USA hoffen damit, Niederlagen in Siege zu verwandeln und gegenüber der anderen Supermacht wieder an Boden zu gewinnen.

Aber die Aussichten sind günstig, daß die Völker der Dritten Welt, gestützt auf den bewaffneten Befreiungskampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, alle diese Manöver zerschlagen.

Narren bleiben Beamte

r.pel. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht erklärte am 14.9.1977: „Wir werden ja in Niedersachsen sehen, ob es uns gelingt, die 13 Professoren, die nochmals den Buback-Nachruf, dieses Schandstück, herausgegeben haben, ... ob die weiterhin Beamte bleiben dürfen oder nicht. Meine Landesregierung wird jedenfalls versuchen, hier einen klaren Trennungsstrich zu ziehen.“ 48 Professoren hatten im Juli 1977 den „Buback-Nachruf“ veröffentlicht. Sie wollten damit – nach eigener Bekundung – die Kampagne der Bourgeoisie gegen das Politische Mandat und die Verfaßte Studentenschaft angreifen. Die Bourgeoisie befürchtete Unterstützung der Studentenbewegung und Verbindung mit ihr. Die Reaktion: Hetze, Hausdurchsuchungen, Entlassungsdrohungen; Professor Brückner wurde suspendiert, elf niedersächsische Professoren unterschrieben eine „Treueerklärung“. Jetzt hat das Landgericht Bremen die Einleitung von Strafverfahren abgelehnt: Staatsverleumdung liege zwar vor, jedoch bestehe der Verdacht, die Professoren seien „vollständig realitätsblind und unfähig, komplizierte gesellschaftliche Zusammenhänge zutreffend zu erfassen“. Kurzum: unzurechnungsfähig. Die Reaktion ist nicht durchgekommen, Entlassung war *jetzt* nicht durchsetzbar. Das Urteil versucht Isolierung auf neue Art: Wer verbündet sich schon gerne mit Narren? Wir halten fest: Kniefälle führen zu nichts. Fester Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse ist das einzige Mittel, Wut auf die Unterdrückung durch diesen Staat produktiv werden zu lassen.

HDW will entlassen

r.pes. Kiel. HDW-Chef Henke hat am Donnerstag vor der Betriebsrätekonferenz und gegenüber der Presse seine Pläne für die „notwendigen Strukturanpassungen“ der Werft offengelegt. 2000 Entlassungen, davon 1500 in Hamburg durch die Stillegung des Werks Reiherstieg, 530 insbesondere Angestellte und Zeitlöhner in Kiel; Stillegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel; Verdopplung der Belegschaft im Kriegsschiffbau in Kiel von 640 auf 1200 Arbeiter. In einem Dreijahreszeitraum soll das ablaufen. Weiter erklärte er gegenüber den Betriebsräten, daß die ständigen Pausen im achtstündigen Arbeitstag bei den Gruppenakkordlöhnern aufhören müßten, daß schnell der Programmlohn auf der ganzen Werft eingeführt werden müsse. Gleichzeitig kündigt die Bundesregierung in einem Bulletin an, daß sie die Werfthilfe um das Dreifache erhöhen wolle. Aus einer Untersuchung eines Hamburger Reeders geht hervor, daß HDW schon jetzt im Containerbau an der Spitze der Ausbeutung in der Welt liegt. Ihre Preise werden von keiner Werft der „Billiglohnländer“ unterboten. Henke erklärte im Radio, HDW sei die erste Werft, die ihre Pläne der Öffentlichkeit vorlege, was bedeutet, daß die anderen Werftkapitalisten ähnliches vorhaben. Damit wollen die westdeutschen Kapitalisten von der 13. Stelle auf der Weltrangliste der Profitmacherei in der Handelsschiffproduktion an die Spitze rücken und ihre Produktion auf die Vorbereitung des imperialistischen Krieges ausrichten.

HDW will entlassen

r.pes. Kiel. HDW-Chef Henke hat am Donnerstag vor der Betriebsrätekonferenz und gegenüber der Presse seine Pläne für die „notwendigen Strukturanpassungen“ der Werft offengelegt. 2000 Entlassungen, davon 1500 in Hamburg durch die Stillegung des Werks Reiherstieg, 530 insbesondere Angestellte und Zeitlöhner in Kiel; Stillegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel; Verdopplung der Belegschaft im Kriegsschiffbau in Kiel von 640 auf 1200 Arbeiter. In einem Dreijahreszeitraum soll das ablaufen. Weiter erklärte er gegenüber den Betriebsräten, daß die ständigen Pausen im achtstündigen Arbeitstag bei den Gruppenakkordlöhnern aufhören müßten, daß schnell der Programmlohn auf der ganzen Werft eingeführt werden müsse. Gleichzeitig kündigt die Bundesregierung in einem Bulletin an, daß sie die Werfthilfe um das Dreifache erhöhen wolle. Aus einer Untersuchung eines Hamburger Reeders geht hervor, daß HDW schon jetzt im Containerbau an der Spitze der Ausbeutung in der Welt liegt. Ihre Preise werden von keiner Werft der „Billiglohnländer“ unterboten. Henke erklärte im Radio, HDW sei die erste Werft, die ihre Pläne der Öffentlichkeit vorlege, was bedeutet, daß die anderen Werftkapitalisten ähnliches vorhaben. Damit wollen die westdeutschen Kapitalisten von der 13. Stelle auf der Weltrangliste der Profitmacherei in der Handelsschiffproduktion an die Spitze rücken und ihre Produktion auf die Vorbereitung des imperialistischen Krieges ausrichten.

Schikane gegen Schiffe der Dritten Welt

r.pes. Ab 1. April nächsten Jahres sind die Lotsen in westdeutschen Häfen ermächtigt, die Ladung ausländischer Schiffe zu kontrollieren, bei „Sicherheitsbeanstandungen“ eine Lotsung abzulehnen und damit die Weiterfahrt unmöglich zu machen. Zu den Zielen der Bundesregierung, die dies verfügt hat, schreiben die „Kieler Nachrichten“ vom 5.9.: „Da die Schiffe mit gefährlicher Ladung oder solche, von denen besondere Gefahren ausgehen – und dazu zählen auch die Tanker – ohne Lotsen keinen deutschen Hafen anlaufen dürfen, wäre den ‚unsicheren Kandidaten‘ auf solche Weise beizukommen.“ Angestrebt hat die Bundesregierung eine EG-Vereinbarung. Konnte sie sich damit noch nicht durchsetzen, so will sie den Anfang machen, damit ihre Konkurrenten nachziehen. Gerichtet ist diese neue Vorschrift gegen die Länder der Dritten Welt. So soll neben der Hetze gegen die „unsicheren Schiffe“ der Billigflaggenländer über die Schikanen in den europäischen Häfen der Aufbau nationaler Handelsflotten der Länder der Dritten Welt erschwert werden. Unter sich werden sich die „EG-Partner“ schnell einigen können. Bisher war die Kontrolle der Schiffspapiere und Ladungen der Wasserschutzpolizei vorbehalten, die aber nur Stichproben machen konnte. Bei ihrem Bestreben, die Weltmeere zu beherrschen, haben die imperialistischen Länder auf den Seerechtskonferenzen Niederlagen einstecken müssen. Durch die erweiterte Verletzung nationaler Souveränität ausländischer Schiffe wollen sie wieder Boden gut machen.

Partnerschaft und Entwicklungshilfe oder ein Dritter Weltkrieg?

Unterrichtseinheit der Bundesregierung soll die Jugend gegen den Kampf der unterdrückten Völker führen

r.ang. Eine Hochglanzbroschüre „Entwicklungspolitik – durch Partnerschaft Probleme lösen“ hat das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Unterrichtseinheit herausgegeben. Kostenlos wird sie an die Lehrer verschickt. Einen ungeheuren Aufwand betreibt die Bourgeoisie, um den Schülern beizubiegen, daß ihre Interessen die gleichen sind wie die der Bourgeoisie. Für imperialistischen Krieg und gegen Freundschaft mit den Ländern der Dritten Welt ist kaum ein Schüler und auch die Masse der Lehrer nicht. Der Kampf der Völker der Dritten Welt trifft gerade unter der Jugend auf große Sympathie. Davon geht die Unterrichtseinheit aus.

Als erstes soll eine Karikatur behandelt werden. Ein dicker weißer Mann trägt schwitzend die ganze Weltkugel und schiebt einen Teller mit Knödeln mit dem Fuß weg, an den sich ein nacktes Negerlein halbverhungert heranrobbt. Da geht dem dicken, weißen Mann ein Licht auf, und er gibt von seinen Knödeln dem Schwarzen etwas ab, bis dieser gestärkt mit dem weißen, sichtlich dünner gewordenen Mann zusammen die Weltkugel tragen kann.

Das Lehrerheft dazu: „Viele Menschen haben Übergewicht ... Bei uns wird alles in großen Mengen hergestellt, mehr als wir eigentlich brauchen ... Unsere Arbeiter kriegen hohe Löhne, und die Unternehmer machen Gewinne ... Die Entwicklungsländer sind arm ... nur für wenige gibt es Arbeit und einen kärglichen Lohn.“ Die Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie sollen in dem Bild von dem fetten, weißen Mann gleichgesetzt werden. Was dem einen sein Kapital- und Warenexport in die Länder der Dritten Welt ist, ist dem anderen der Verzicht auf einen Lohn, der zum Leben reicht, beides um die Völker der Dritten Welt zu unterstützen und so durch Ausgleich den Weltfrieden zu sichern.

Was die Imperialisten um den Erdball treibt, ist nicht Streben nach Ausgleich und Partnerschaft, sondern nach Höchstprofit: billige Rohstoffe, Absatzmärkte für ihre Waren und um weitere Arbeiterarmeen ihrem Kommando zu unterwerfen. Nirgendwo fordern die Länder der Dritten Welt Unterstützung durch die Imperialisten, ihr Interesse ist es, Herren ihres Landes, ihrer Fabriken und Bergwerke zu sein, um die Produktion ihren Bedürfnissen entsprechend zu organisieren.

Die Entwicklungshilfe ist Bestandteil dieses Raubzuges gegen die Völker der Dritten Welt. In Liberia zum Beispiel haben die westdeutschen Stahlkonzerne ihre Investitionen mit einem 300 Mio. DM Entwicklungshilfe-Kredit erweitert. Die staatliche „Deutsche Entwicklungshilfegesellschaft“ finanziert das Abholzen tropischer Edelhölzer. Die Gelder sind den Volksmassen in Westdeutschland über die Steuern abgepresst. Die Lehrer sollen den Schülern weis machen, daß die Bundesrepublik hilft, „durch die Einrichtung von Berufsschulen und Krankenstationen die Ausbildung und den Gesundheitszustand zu verbessern“, und daß solche Maßnahmen die Staaten der Dritten Welt in die Lage versetzen, „die Menschen selbst zu ernähren“ (Schülerheft). Liberia ist das Land mit der höchsten Entwicklungshilfe pro Kopf – und hat eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten der Welt. Die westdeutsche Bourgeoisie unterstützt den Aufbau von Universitäten und Berufsschulen, um einen kleinen Stamm von Intellektuellen und Facharbeitern auszubilden, die billiger sind als „importierte“.

Um die Ausplünderung und Unterdrückung zu gewährleisten, versuchen die Imperialisten gegen den Kampf der Völker der Dritten Welt Marionettenregierungen einzusetzen, wie die „Viererbande“ in Zimbabwe. Dafür steht der schwarze Mann, der in der Karikatur gemeinsam mit dem Imperialisten die Weltkugel trägt. Diese „Innere Lösung“, Partnerschaft und Entwicklungshilfe soll den Schülern in den Kopf gedrückt werden mit der Drohung, daß sonst von den Entwicklungsländern ein Weltkrieg ausgelöst werde. „Wenn die Brände vor unserer Haustür nicht gelöscht werden, dann kann unser Haus nicht lange sicher bleiben“ und „Jeder Krieg birgt die Gefahr einer weltweiten Auseinandersetzung, bei der Atomwaffen eingesetzt werden, das wäre der Untergang der ganzen Menschheit.“ (Schülerheft) Nicht der Imperialismus treibt gesetzmäßig den Weltkrieg hervor, sondern die Völker der Dritten Welt sollen den Schülern als gefährlich und unberechenbar erscheinen.

Das in die Köpfe zu hämmern ist schwer. Eine Klasse des Otto-Hahn-Gymnasiums in Göttingen hat im Unterricht ein Bild zur Unterstützung der Streiks der VW-Arbeiter gemalt und angegriffen – in Gegenüberstellung zu ihren Erdkundebüchern –, daß die Kapitalisten „mit den Lohngeldern, die sie an Euch sparen, ... in den USA, in Brasilien und in vielen Ländern Werke aufbauen (wollen), um dort billige Arbeitskräfte auszubeuten.“ Die Bourgeoisie versucht mit Notendruck, Drohung, mit Anhörungsverfahren gegen Lehrer vorzugehen. Viel steht für sie auf dem Spiel. Ohne die Jugend ideologisch gefesselt zu haben, kann sie keine „Friedens“truppen in Marsch setzen, um den Steppenbrand der Befreiungskriege zu löschen.

stellt, mehr als wir eigentlich brauchen ... Unsere Arbeiter kriegen hohe Löhne, und die Unternehmer machen Gewinne ... Die Entwicklungsländer sind arm ... nur für wenige gibt es Arbeit und einen kärglichen Lohn.“ Die Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie sollen in dem Bild von dem fetten, weißen Mann gleichgesetzt werden. Was dem einen sein Kapital- und Warenexport in die Länder der Dritten Welt ist, ist dem anderen der Verzicht auf einen Lohn, der zum Leben reicht, beides um die Völker der Dritten Welt zu unterstützen und so durch Ausgleich den Weltfrieden zu sichern.

Was die Imperialisten um den Erdball treibt, ist nicht Streben nach Ausgleich und Partnerschaft, sondern nach Höchstprofit: billige Rohstoffe, Absatzmärkte für ihre Waren und um weitere Arbeiterarmeen ihrem Kommando zu unterwerfen. Nirgendwo fordern die Länder der Dritten Welt Unterstützung durch die Imperialisten, ihr Interesse ist es, Herren ihres Landes, ihrer Fabriken und Bergwerke zu sein, um die Produktion ihren Bedürfnissen entsprechend zu organisieren.

Die Entwicklungshilfe ist Bestandteil dieses Raubzuges gegen die Völker

Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt vom 18. bis 24. September 1978



Die Dorfversammlung dient der politischen Mobilisierung

ZANLA-Trupp in Marsch-Formation



ZANLA-Kämpfer vor den Trümmern eines abgeschossenen Kolonialistenflugzeuges

Der Kommunistische Bund Westdeutschland führt im Rahmen einer Solidaritätswoche vom 18. bis 24. September in der ganzen BRD Veranstaltungen zur Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt durch. Insbesondere der Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika steht in einer entscheidenden Phase.

Eine wesentliche und gegenwärtig unbedingt erforderliche Unterstützung des Befreiungskampfes durch das westdeutsche Volk wird der Abschluß der Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der zimbabwischen Befreiungsarmee ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung sein. Der Spendenstand beträgt jetzt über 800000 DM.

Auf den Veranstaltungen werden Vertreter der Befreiungsbewegungen ZANU (Zimbabwe), EPLF (Eritrea) und ANC/AN (Azania) sowie Vertreter der Informationsstelle Palästina sprechen.

Die EPLF gibt ein Spendenkonto für ein Schulprojekt bekannt: Commerzbank München, Schulprojekt Eritrea, Teferi Asgodom, Kto. Nr. 2218667-90

Getreide als Waffe im „Nord-Süd-Konflikt“?

Stoltenberg will „für Europa“ noch mehr Bauern legen

r.std. Als die Queen da war, hat Stoltenberg ihr schleswig-holsteinische Pferde vorgeführt. Das paßt zu den

mit einer Fläche von 33000 ha eingeleitet worden. Dieser Kurs soll fortgesetzt aber auch „korrigiert“ werden.

nicht einmal ein Nebenerwerbsbauer nachgeblieben. Das ist eine ganz schöne Schlachtquote. Da kann Stol-

die fortgeschrittene Ausbeutung der Landarbeiter zurückzuführen. Stoltenberg hat am Anfang seiner Rede an



Die Dorfversammlung dient der politischen Mobilisierung

ZANLA-Trupp in Marsch-Formation



ZANLA-Kämpfer vor den Trümmern eines abgeschossenen Kolonialistenflugzeuges

Der Kommunistische Bund Westdeutschland führt im Rahmen einer Solidaritätswoche vom 18. bis 24. September in der ganzen BRD Veranstaltungen zur Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt durch. Insbesondere der Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika steht in einer entscheidenden Phase.

Eine wesentliche und gegenwärtig unbedingt erforderliche Unterstützung des Befreiungskampfes durch das westdeutsche Volk wird der Abschluß der Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der zimbabwischen Befreiungsarmee ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung sein. Der Spendenstand beträgt jetzt über 800000 DM.

Auf den Veranstaltungen werden Vertreter der Befreiungsbewegungen ZANU (Zimbabwe), EPLF (Eritrea) und ANC/AN (Azania) sowie Vertreter der Informationsstelle Palästina sprechen.

Die EPLF gibt ein Spendenkonto für ein Schulprojekt bekannt: Commerzbank München, Schulprojekt Eritrea, Teferi Asgodom, Kto. Nr. 2218667-90

Getreide als Waffe im „Nord-Süd-Konflikt“?

Stoltenberg will „für Europa“ noch mehr Bauern legen

r.std. Als die Queen da war, hat Stoltenberg ihr schleswig-holsteinische Pferde vorgeführt. Das paßt zu den beiden. Jetzt hat er sich auf der Norddeutschen Landwirtschaftlichen Ausstellung über die Landwirtschaft geäußert. Er hat das Programm der Landesregierung vorgestellt, mit dessen Hilfe die Finanzbourgeoisie versucht, in der Kapitalisierung der Landwirtschaft voranzukommen. Die Bauern wissen, was das heißt: Bauernlegen. Er stand im Einklang mit seinen Brüdern vom landwirtschaftlichen Hochadel, vorneweg Heeremann. Die Bauern sollten sich „für Europa engagieren“. Für den Krieg sollten sie sich auch noch einsetzen. Das meinte wenigstens Heeremann: „Die Getreidereserven der deutschen Bauern müßten gegebenenfalls als Waffen im Nord-Süd-Konflikt eingesetzt werden.“ Fein; wie diese Herren immer die Intervention schon vorbereiten. Getreide als Waffen, warum nur Getreide? Gleichzeitig laufen die großen Manöver, Schwerpunkt Schleswig-Holstein.

Natürlich kann die Landesregierung gegenüber den Bauern nicht so offen auftreten wie in den Verhandlungen mit den Finanzkapitalisten. Zumindest notdürftig muß sie die Absichten verkleiden. Etwa so: „Zur Steigerung der Wettbewerbskraft der einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmen und um eine große Zahl entwicklungsfähiger Betriebe zu erhalten, steht die Agrarpolitik im Mittelpunkt unseres Interesses.“ Dieses Interesse wird mit Zahlen unterlegt: Rund 61 Mio. DM Förderungsmittel hätten 1977 Investitionen von 300 Mio. DM ausgelöst. „Zur Verbesserung der überbetrieblichen Strukturverhältnisse“ seien in den letzten Jahren Flurbereinigungsverfahren mit einer Fläche von 33000 ha eingeleitet worden. Dieser Kurs soll fortgesetzt aber auch „korrigiert“ werden. Zukünftig sollen besonders „entwicklungsfähige Betriebe“ gefördert werden. Eine klare Kampfansage an die kleinen Bauern. Ein besonderes Programm ist im Bereich der Schweine- und Rindviehhaltung eingeplant. Auch das ist ein Programm zur Stärkung der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft.

Bisher hat die Landesregierung das Bauernlegen forciert unter der Parole, „möglichst viele Höfe zu erhalten“. Das war so zu verstehen: möglichst viele Bauern sollten möglichst schnell zu Nebenerwerbsbauern gemacht werden. Damit ließen sich die Reproduktionskosten senken und damit auch die Löhne. Das Finanzkapital ist dabei nicht ohne Erfolg geblieben. Das belegen die Zahlen. In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 32702 landwirtschaftliche Betriebe über zwei Hektar. 7705 sind Nebenerwerbsbetriebe. Das macht immerhin fast ein Viertel der Betriebe aus. Eindeutiger wird mit der Ankündigung von Stoltenberg jetzt ausgerichtet auf die Vernichtung der kleinen Höfe. Was heißt entwicklungsfähig? Die Anzahl der Betriebe zwischen 2 bis 10 ha hat von 1949 bis 1977 um 71,1% abgenommen, die Betriebe zwischen 10 bis 20 ha um 66,7% und die Höfe zwischen 20 bis 30 ha um 33,5%. Die Betriebe zwischen 30 bis 40 ha und 40 bis 50 ha haben um je 24,2% zugenommen, die Betriebe zwischen 40 bis 50 ha und über 50 ha um 73% bzw. 70%. 1977 sind endgültig 622 Betriebe aufgelöst worden. In den Jahren vorher waren es durchschnittlich 1000. Bei diesen Betrieben ist nicht einmal ein Nebenerwerbsbauer nachgeblieben. Das ist eine ganz schöne Schlachtquote. Da kann Stoltenberg stolz reden von „Erzeugungsbedingungen und Marktstruktur und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.“

Die Kapitalisierung ist fortgeschritten. Der Arbeitskräfteeinsatz ist mit 4,3 Vollarbeitskräften je 100 ha der niedrigste im Bundesgebiet und liegt um rund ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist vor allem auf die fortgeschrittene Ausbeutung der Landarbeiter zurückzuführen. Stoltenberg hat am Anfang seiner Rede an den Berufsstand, das Berufsethos und das Zusammengehörigkeitsbewußtsein appelliert. Dafür hat er keinen Beifall bekommen. Zum Schluß sagte er: „Jene Parolen, die meinten, man könne politische Ziele mit den Methoden der Gesetzlosigkeit und der Gewalt verwirklichen, hätten sich als eine große Gefahr für den inneren Frieden erwiesen.“ Die Bourgeois fürchten den Kampf der Bauern.

Forschung gegen die Völker der Dritten Welt

r.kea. Mit Hilfe einer Forschungsstrukturkommission und mit Geldern der „Stiftung Volkswagenwerk“ will die niedersächsische Landesregierung ihr Forschungsprogramm auf Spitzenniveau in der BRD bringen. Der zum Vorsitzenden der Kommission berufene Professor Seidel, Altrektor der TU Hannover, bewies schon 1975 seinen Praxisbezug für die BRD-Imperialisten: „Was die Wichtigkeit der angewandten Forschung anbelangt, so ist sie ... entscheidend für unsere wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt“ (Seidel in seiner damaligen Antrittsrede im Beisein Helmut Schmidts).

Besonders den neokolonialistischen Absichten der Imperialisten stehen die Professoren schon länger zu Diensten:

– die „Tropenforschung“ der Universität Göttingen zum Beispiel dient der Ausplünderung der Landwirtschaft in Ländern der Dritten Welt.

– Die Bergbau- und Bodenschatzforschung an der TU Clausthal hat ihre lange Tradition in der Kolonialforschung der ehemaligen „Bergakademie“ für das Deutsche Kaiserreich und für den Hitler-Faschismus.

– Ethnologen und Geographen (z.B. Professor Hövermann, Göttingen) forschen nach Spaltungsmöglichkeiten innerhalb der Völker durch ethnische und Stammesunterschiede.

– Rohstoff- und Energiequellenerschliessung betreiben das niedersächsische Landesamt für Bodenforschung sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover. Mit Schiffen und Hubschraubern verüben sie rund um den Erdball Aggressionen gegen die Völker.

– Das Geschäft der Meeresforschungsinstitute in Schleswig-Holstein (Kiel) und Hamburg ist es, auf allen Weltmeeren Möglichkeiten zur Ausbeutung der Reichtümer anderer Länder zu erkunden.

– Aktuelle politische Forschung für die Bourgeoisie haben die Professoren Bley (Hannover) und Tetzlaff (Hamburg) abgeliefert. In ihrem Buch „Afrika und Bonn“ stellen sie Überlegungen an, wie „zur Rettung von Menschenleben“ eine Intervention gegen Zimbabwe durchzuführen sei.

Hetztiraden

b.rbr. Verärgert stellen die „Kieler Nachrichten“ am letzten Donnerstag fest, daß die neue UNO-Mission Ugandas, die Staatspräsident Idi Amin anläßlich der UNO-Generalversammlung in New York bauen ließ, mehrere Stockwerke höher ist als das entsprechende Gebäude der US-Imperialisten. Der Gedanke daran, daß die Länder der Dritten Welt den Imperialisten auf der UNO-Generalversammlung eine Niederlage beibringen werden, macht die KN-Schreiber empfindlich gegen alles, was sie daran erinnert. Umso heftiger hetzen sie in diesen Tagen gegen die Völker der Dritten Welt und gieren nach Spaltungs- und Interventionsmöglichkeiten.

Anläßlich des Zusammentreffens zwischen Carter, seinem Bluthund Begin und dem ägyptischen Präsidenten Sadat in Camp David spekulieren sie in den „KN“ vom 6.9.: „Israel wäre zwar so stark, daß es abermals in einem Blitzkrieg (...) die Hand auf die diversen Ölhähne bis zum Persischen Golf legen könnte. Aber, und das ist die bange Frage, welche Konsequenzen würde ein neuer Nahostkrieg nicht nur für die Region, sondern auch für Amerika, Europa und die Sowjetunion haben?“ Man muß festhalten, daß diese Herren ihre Rechnungen inzwischen mit dem Befreiungskampf des Palästinensischen Volkes wie auch den Volksmassen in den imperialistischen Ländern machen und ihnen dabei bange wird. Was als Ziel des Treffens in Camp David bleibt, ist die vergebliche Hoffnung, zu verhindern, daß Sadat „abermals den Nahostkonflikt den Vereinten Nationen“ unterbreitet.

Mit ganzen Hetztiraden überschütten die „KN“ die Völker, die die Imperialisten gleich ganz aus dem Land geschmissen haben, oder dabei sind, es zu tun. So ähnelt die Hauptstadt von Laos „einem Bauernhof“, wo dem „Hühner, Truthühner und Enten (...) in den von Schlaglöchern übersäten Straßen nach Futter“ suchen (KN, 13.9.), in Mozambique werden Häftlinge in höhlenähnlichen Konzentrationslagern von „Killern“ zu Tode geprügelt (KN, 12.9.), und in Zimbabwe schossen die bewaffneten Befreiungskämpfer 10 „gerade dem Tod entronnene Passagiere (eines abgestürzten Flugzeuges) kaltblütig nieder.“ Es sind auch nicht die ersten Greuelmärchen, denen die Imperialisten mit Waffen gefolgt sind, um „Fortschritt“ und „Menschlichkeit“ zu bringen.

Schließlich sehen die „KN“ dieser Tage „unübersehbare Signale“ von solchen Ländern, die sich die Sozialimperialisten zusammen mit ihrer Tarnkappe Fidel Castro unterworfen haben und ausplündern. „Vielleicht kommen Castro und Mengistu (Äthiopien) in ihrem Streben nach Distanz gegenüber Moskau auf einen gemeinsamen Nenner. Möglicherweise sind die Westkontakte des An-

Ländern machen und ihnen dabei bange wird. Was als Ziel des Treffens in Camp David bleibt, ist die vergebliche Hoffnung, zu verhindern, daß Sadat „abermals den Nahostkonflikt den Vereinten Nationen“ unterbreitet.

Mit ganzen Hetztiraden überschütten die „KN“ die Völker, die die Imperialisten gleich ganz aus dem Land geschmissen haben, oder dabei sind, es zu tun. So ähnelt die Hauptstadt von Laos „einem Bauernhof“, wo dem „Hühner, Truthühner und Enten (...) in den von Schlaglöchern übersäten Straßen nach Futter“ suchen (KN, 13.9.), in Mozambique werden Häftlinge in höhlenähnlichen Konzentrationslagern von „Killern“ zu Tode geprügelt (KN, 12.9.), und in Zimbabwe schossen die bewaffneten Befreiungskämpfer 10 „gerade dem Tod entronnene Passagiere (eines abgestürzten Flugzeuges) kaltblütig nieder.“ Es sind auch nicht die ersten Greuelmärchen, denen die Imperialisten mit Waffen gefolgt sind, um „Fortschritt“ und „Menschlichkeit“ zu bringen.

Schließlich sehen die „KN“ dieser Tage „unübersehbare Signale“ von solchen Ländern, die sich die Sozialimperialisten zusammen mit ihrer Tarnkappe Fidel Castro unterworfen haben und ausplündern. „Vielleicht kommen Castro und Mengistu (Äthiopien) in ihrem Streben nach Distanz gegenüber Moskau auf einen gemeinsamen Nenner. Möglicherweise sind die Westkontakte des An-
golaners Neto (...) bezeichnend für die künftige Entwicklung“ (KN, 13.9.).

Die Völker der Dritten Welt werden auf der UNO-Generalversammlung die imperialistischen Hoffnungen der KN-Schreiber mit Sicherheit erheblich erschüttern. Zudem wird es gut in ihr loses Maulwerk passen, daß aus Westdeutschland zur gleichen Zeit eine Million DM für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA nach Zimbabwe geschafft werden und in ganz Westdeutschland eine Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der Dritten Welt durchgeführt wird.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Von wegen Verteidigungsübung

Die Manöverlage zeigt die aggressiven Absichten der NATO-Imperialisten

b.reh. „Hinter Bold Guard stehen keine aggressiven Pläne“, so lassen die NATO-Imperialisten in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse verbreiten. Sie müssen leise treten bei der Vorbereitung ihrer Manöver, weil sie den Kampf der Massen gegen ihre expansionistischen Kriegsvorbereitungen fürchten. Mit den propagandistischen Manövern der Imperialisten verhält es sich ähnlich, wie mit den militärischen. Spiegelt man sie, also dreht man sie um, so bekommt man ziemlich genau die tatsächlichen Absichten heraus. „Vorwärtsverteidigung“, heißt die Parole der NATO. Wie die genau aussehen soll, kann man an den geplanten Truppenbewegungen bei Bold Guard erkennen. Bold Guard ist die Fortsetzung der großen Manöver der letzten Jahre in Schleswig-Holstein. Vor zwei Jahren hatten NATO-Verbände den raschen und massenhaften Übergang über Gewässer an der Schlei geübt, im Jahr darauf, in dessen Fortsetzung, in den Gebieten westlich der Schlei den raumgreifenden Vormarsch in breiter Front erprobt. Einen Sinn bekamen diese Bewegungen erst, wenn man sich die Marschrichtung umgekehrt und 100 km südöstlicher dachte. Nämlich: Überquerung von Elbe und den zahlreichen Flüssen im Mecklenburger Raum, sowie den schnellen Vorstoß in Richtung Berlin. Die „Roten“, die Angreifer, sollen bei beiden Übungen außerordentlich gute Leistungen gezeigt haben.

Im Manöver Bold Guard sind nun folgende Bewegungen angekündigt: Der größte Teil der beteiligten 65000 US-, britischen, dänischen und westdeutschen Soldaten soll im Raum Reinfeld – Bad Oldesloe – Henstedt Ulzburg – Kaltenkirchen im „Endkampf“ (so der „Heimatspiegel“) aufeinanderstoßen. Zuvor sind starke amphibische Einheiten, unter ihnen die US-Ledernacken, an der holsteinischen Ostseeküste gelandet und in das „Endkampf-“Gebiet marschiert. Zusätzlich werden starke Fallschirmjägereinheiten über dem Kampfgebiet abgeworfen.

Welchen Zweck sollte das Anlanden amphibischer, und dazu noch von US-Einheiten an der Ostseeküste haben, welchen Zweck, Fallschirmjäger auf **eigenem** Territorium? Das ist kaum zu beantworten.

Einen Zweck bekommt das ganze aber schon, setzt man die Fortsetzung der letztjährigen Manöver für den Raum Oldesloe-Ulzburg, ein Gebiet zwischen Lübeck und Berlin, in dem die „vorwärtsverteidigenden“ NATO-Verbände auf starke sozialimperialistische Truppen stoßen und es dort zum „Endkampf“ für den Durchbruch nach Berlin und weiter gen Osten kommt. Marineinfanteristen und Fallschirmjäger hätten hier die Aufgabe, im Rücken des gegnerischen Sperriegels zu landen und von hinten anzugreifen.

Man sieht: Hemmungsloser Expansionismus verbirgt sich hinter der Propaganda „keine aggressiven Pläne“. Genauso hemmungslos treiben die NATO-Generäle ihre Truppen in die Manöver. Ohne irgendwelche Rücksichten auf die Volksmassen und die Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade in der Armee. Bereits drei Tage vor Beginn des Manövers Bold Guard stehen fünf Tote in der Bilanz. Allein die US-Besatzer hatten bis Donnerstag sieben schwere Unfälle im Raum Ostholstein, bei denen zwei Jugendliche ums Leben kamen, auf dem Gewissen.

In den Manövergebieten beraten die Massen, wie man gegen das Manöver vorgehen kann. In Störkaten hat eine Bäuerin erklärt, sie würde den Soldaten jegliche Versorgung mit Wasser, Strom, usw. versagen. Fünf Jugendliche aus Stuvenborn haben sich geeinigt, in ihrem Dorf unter den Bauern ebenfalls für solche Aktionen einzutreten, sie wollen während des Manövers zu den Mannschaftsdienstgraden gehen, mit ihnen über den Zweck des Manövers reden und sie auffordern, nicht über die Felder zu fahren. Mit großem Interesse haben sich mehrere Bauern Berichte über Kollegen aus dem Warenburger Land angehört, die im letzten Jahr mit Traktoren britischen Panzern den Weg versperrt hatten und damit den Abbruch eines Manövers erzwangen.



800 Ledernacken bei ihrer Landung in Brunsbüttel. Mit schwerem Kriegsgerät probten sie die Eignung Brunsbüttels als Kriegshafen.

Richtung Berlin. Die „Roten“, die Angreifer, sollen bei beiden Übungen außerordentlich gute Leistungen gezeigt haben.

Im Manöver Bold Guard sind nun folgende Bewegungen angekündigt: Der größte Teil der beteiligten 65000 US-, britischen, dänischen und westdeutschen Soldaten soll im Raum Reinfeld – Bad Oldesloe – Henstedt Ulzburg – Kaltenkirchen im „Endkampf“ (so der „Heimatspiegel“) aufeinanderstoßen. Zuvor sind starke amphibische Einheiten, unter ihnen die US-Ledernacken, an der holsteinischen Ostseeküste gelandet und in das „Endkampf-“Gebiet marschiert. Zu-



800 Ledernacken bei ihrer Landung in Brunsbüttel. Mit schwerem Kriegsgerät probten sie die Eignung Brunsbüttels als Kriegshafen.

Veranstaltungen und Termine

Woche der Solidarität mit den Völkern Afrikas und der 3. Welt

Montag, den 18.9.78, 20 Uhr

„Das Problem des Volkes von Zimbabwe ist die Unterdrückung durch Imperialismus. – Es gibt keine andere Lösung als den bewaffneten Befreiungskampf.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule, Harmsstraße
Neumünster: Theodor-Litz-Schule (ehem. Textilfachschule), Parkstraße
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

Dienstag, den 19.9.78, 20 Uhr

„Nach dem Sieg gegen den US-Imperialismus verteidigt Kampuchea seine Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus gegen alle Angriffe.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

Mittwoch, den 20.9.78, 20 Uhr

„Südamerika – dort hat der US-Imperialismus seinen Menschenrechten schon lange Geltung verschafft.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: „Pizzeria Rimini“

Donnerstag, den 21.9.78, 20 Uhr

„Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern Prügel.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

Freitag, den 22.9.78, 20 Uhr

„Die Volksrepublik China steht fest an der Seite der Dritten Welt.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: „Pizzeria Rimini“

Donnerstag, den 21.9.78, 20 Uhr

„Der Sozialimperialismus macht leidige Erfahrungen. Immer öfter bekommt er von den Völkern Prügel.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

Freitag, den 22.9.78, 20 Uhr

„Die Volksrepublik China steht fest an der Seite der Dritten Welt.“
Kiel: Käthe-Kollwitz-Schule
Neumünster: Theodor-Litz-Schule
Lübeck: Leuschners Gaststätte, Kronsforder Allee

HDW-Henke rüstet zur nächsten Schlacht

2000 Entlassungen / Pausenlos arbeiten / „Überholte Akkordsysteme abschaffen“

b.joh. Es ist fast genau ein Jahr her, als HDW-Chef Henke offiziell die Nachricht über die endgültige Stillegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel verbreiten ließ. Im Begleittext dazu hieß es damals, daß die Belegschaft von 13700 auf 13000 abgebaut werden müsse, weniger als 13000 sollten es nicht werden.

Hamburg, womit dort 1500 Arbeitsplätze vernichtet würden. Die Zahl der HDW-Betriebsstätten würde somit von fünf auf drei reduziert.

Im Containerschiffbau konnten die HDW-Kapitalisten in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielen, die zu Preisvorteilen gegenüber japanischen und südkoreanischen Werften geführt haben. Darüberhinaus beabsichtigt die Bundesregierung, in naher

Boot-Produktion vorherrschen. Die bedeuten nämlich Unterwerfung unter die Kontrolle des MAD und noch rascherer Ruin der Arbeitskraft.

In den letzten Lohnkämpfen ist Henke mit einem Warnstreik der Arbeiter davongekommen. Jetzt rühmt er sich, als einer der ersten Werft-Chefs mit einem mittelfristigen Strukturkon-

„Allzeit bereit“

b.pes. „Seinen 7000 Feuerwehrmännern des Kreisverbandes zollte Landrat Bellmann (Kreis Rendsburg-Eckernförde d.Red.) die Anerkennung, daß er sich immer auf sie verlassen könne“, kommentierte die KN den Kreisfeuerwehrtag in Rendsburg. Einen Tag vorher fand die Landesfeuerwehrversammlung in Kiel statt. Daß die Feuerwehren als paramilitärische Einsatztruppe in „Krisenzeiten“

HDW-Henke rüstet zur nächsten Schlacht

2000 Entlassungen / Pausenlos arbeiten / „Überholte Akkordsysteme abschaffen“

b.joh. Es ist fast genau ein Jahr her, als HDW-Chef Henke offiziell die Nachricht über die endgültige Stillegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel verbreiten ließ. Im Begleittext dazu hieß es damals, daß die Belegschaft von 13700 auf 13000 abgebaut werden müsse, weniger als 13000 sollten es nicht werden.

Nun, die 13000 sind inzwischen erreicht, und das neue Planziel für die nächsten drei Jahre liegt bei 11000 Beschäftigten. Am 3.3.78, auf dem Höhepunkt der Lohnauseinandersetzungen, ließen die Werft-Kapitalisten noch schreiben, daß die Arbeitsplätze noch mindestens bis zum 4. Quartal 79 in Kiel, bis zum 1. Quartal 79 in Hamburg gesichert seien.

Am vergangenen Donnerstag wurde in Kiel schleunigst eine Betriebsratssitzung einberufen. Dort referierte Henke. „Strenge Maßnahmen“ hat er in Aussicht gestellt, die der Rationalisierung und der Verschärfung der Ausbeutung dienen sollen. Dazu gehört neben der beschleunigten Ausweitung des Programmlohnsystems („Das normale Akkordsystem ist überholt!“) die Verschärfung der Kontrolle über die strikte Einhaltung des 8-Stundentages, womit er die Pausen in den Griff zu kriegen gedenkt. In Kiel, wo der Neubau konzentriert werden soll, sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Im Werk Süd, Unterwasserschiffbau, wird investiert. Die Zahl der Beschäftigten soll dort annähernd verdoppelt werden, von 640 auf 1200, weil in diesem Bereich „noch Gewinne zu machen sind.“ Investitionen werden auch für den Überwasser-Kriegsschiffbau nötig, der 79 im Werk Gaarden aufgenommen wird. In Kiel vorzunehmende Entlassungen sollen hauptsächlich im Gemeinwesenbereich, also unter den Angestellten und den Zeitlöhnern vorgenommen werden. Die Zahl der hier wegzurationalisierenden Arbeitsplätze belaufe sich auf 530.

Henkes Programm umfaßt weiterhin die Stillegung des Werks Reiherstieg in Hamburg, womit dort 1500 Arbeitsplätze vernichtet würden. Die Zahl der HDW-Betriebsstätten würde somit von fünf auf drei reduziert.

Im Containerschiffbau konnten die HDW-Kapitalisten in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielen, die zu Preisvorteilen gegenüber japanischen und südkoreanischen Werften geführt haben. Darüberhinaus beabsichtigt die Bundesregierung, in naher Zukunft die Werftsubventionen für den Handelsschiffbau zu verdreifachen, das geht aus einem Bulletin hervor. Dafür müssen die Werftkapitalisten was tun. Bei HDW sieht ihr Unternehmenskonzept vor, auch in anderen Bereichen zu solchen Spitzenleistungen zu gelangen. Das geht nur über die verschärfte Ausbeutung, die Henke jetzt als „Erhöhung der Leistung wie überhaupt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ propagiert. Weitere Konkretisierungen seines Programms hat Henke für die nächsten Monate in Aussicht gestellt. „Einvernehmen mit dem Betriebsrat“ erhofft er sich bis zum Jahresende.

Will Henke die „strikte Einhaltung des 8-Stundentages“, so meint er damit natürlich nicht die Aufhebung der Überstundenarbeit. Er meint es sozusagen nach unten gerichtet, gegen die Pausen. Es soll pausenlos gearbeitet werden. Damit soll ein ordentlicher Schlag gegen die Akkordarbeiter gelandet werden. Wird erstmal mehr gearbeitet, dauert es nicht lange, dann werden sie Vorgabezeiten gekürzt, und insgesamt kommt nicht nur eine Verlängerung der effektiven Arbeitszeit, sondern auch eine Intensivierung der Arbeit haraus. – Das Programmlohnsystem ist da eh schon entschieden härter, lobpreisen es die Kapitalisten doch gerade, weil es keine unnützen Pausenzeiten aufkommen läßt.

Die Aufstockung der Belegschaft im Werk Süd wird über die Methode der Strafversetzungen laufen müssen. Freiwillig unterwirft sich da kaum einer den Bedingungen, die in der U-Boot-Produktion vorherrschen. Die bedeuten nämlich Unterwerfung unter die Kontrolle des MAD und noch rascherer Ruin der Arbeitskraft.

In den letzten Lohnkämpfen ist Henke mit einem Warnstreik der Arbeiter davongekommen. Jetzt rühmt er sich, als einer der ersten Werft-Chefs mit einem mittelfristigen Strukturkonzept an die Öffentlichkeit zu treten. Einzusetzen gedenkt er es gegen die Arbeiterklasse und gegen den anstehenden Lohnkampf. Da sind die Vorschläge einiger sozialdemokratischer Betriebsräte, die die Angriffe auf die Arbeiterklasse abmildern und sie aus Gründen der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit akzeptieren wollen, nur den Kapitalisten nützlich. Trat doch in Kiel ein Betriebsrat auf und schlug vor, nicht das Werk Dietrichsdorf, sondern das Werk Süd zu schließen und die U-Boot-Produktion nach Dietrichsdorf zu verlagern. In Hamburg hat sich die IG Metall als erstes nicht an die Kollegen, sondern an den Senat gewandt, ob er bereit sei, sich an der Erhaltung der Arbeitsplätze in irgendeiner Form zu beteiligen. Den Werftkapitalisten sollen wohl noch mehr staatliche Subventionen zugeschustert werden.

Es wird Krach geben müssen. Die Verschärfung der Kontrolle der Arbeiter soll ruhig zu einer Unzahl von Kleinkriegen führen. Es muß gemekkert werden, nichts soll man sich gefallen lassen, wenn die Antreiber versuchen, Henkes Konzept in die Tat umzusetzen. Und wenn die dann noch versuchen, sich zu rechtfertigen, sollen sie ruhig, dann kriegen sie ordentlich was zu hören. Und dann soll sich der Betriebsrat eher um die Abschaffung des Programmlohnsystems und des Akkordsystems überhaupt kümmern statt den „Strukturkonzepten“ der Kapitalisten auf den Leim zu gehen. Da wird für die Arbeiter insgesamt viel mehr herauskommen und das läßt sich auch gut mit dem Lohnkampf verbinden.

„Allzeit bereit“

b.pes. „Seinen 7000 Feuerwehrmännern des Kreisverbandes zollte Landrat Bellmann (Kreis Rendsburg-Eckernförde d.Red.) die Anerkennung, daß er sich immer auf sie verlassen könne“, kommentierte die KN den Kreisfeuerwehrtag in Rendsburg. Einen Tag vorher fand die Landesfeuerwehrversammlung in Kiel statt. Daß die Feuerwehren als paramilitärische Einsatztruppe in „Krisenzeiten“ eingesetzt werden soll, darüber waren sich die Prominenten allesamt einig. Albert Bürger, der oberste Feuerwehrmann des Bundesgebietes kritisierte auf der Veranstaltung, daß die Bundesregierung nicht genügend für den erweiterten Katastrophenschutz täte. Statt wie erforderlich 635000 Menschen für den „aktiven zivilen Bevölkerungsschutz“ auszubilden, seien es nur 135000. Der Bourgeoisie und auch der Bundesregierung sind solche Kritiken der „Männer von der Heimatfront“ willkommen. Hat sie doch sowieso vor, im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitung die paramilitärischen Organe wie Feuerwehr, Rotes Kreuz und THW zu Garanten der Niederschlagung eines bewaffneten Aufstandes zu machen. Nicht umsonst nehmen an den Manövern des Heimatschutzkommandos regelmäßig diese Organisationen teil, um das „Zusammenspiel zwischen militärischer und ziviler Verteidigung“ zu proben. Wenn der Landrat von Rendsburg sagt, daß er sich auf seine Feuerwehr verlassen kann, meint er nichts anderes als dies. Nicht umsonst war die Rede des Albert Bürger auf dem Feuerwehrtag der „inneren Sicherheit“ gewidmet.

Die Bourgeoisie setzt bei ihren Bemühungen, die Volksmassen für die imperialistische Aggression zu gewinnen, auf die Jugend, die nach ihrer Darstellung immer mehr in die Feuerwehren reinströmt. Die Arbeiterklasse hat gegen die Ausbildung zur Bekämpfung von Feuern und anderen Vorfällen gar nichts. Nur tritt sie den verstärkten Bemühungen der Bourgeoisie, über diese Organisationen Kader der Konterrevolution heranzuziehen, entgegen.

Die Propaganda gegen die Manöver auf dem Land kann gut hierfür genutzt werden.

Die Überstunden bei den „Elmshorner Nachrichten" werden bekämpft

b.uwb.Elmshorn. Bei den „Elmshorner Nachrichten" werden massig Überstunden im Satzbereich geschoben. Die Zeitungsredaktion, wie die Zeitung, gehört zu Springer, während die Setzer noch formal zu dem Betrieb von Emil Koch und Söhne gehören. Von den Setzern wird noch im Bleisatzverfahren die „EN" gesetzt, rundgegossen und bei Beig in Pinneberg gedruckt. Am Freitag sieht das Arbeitsprogramm der Setzer so aus: Morgens wird die „EN" für Freitag gesetzt, die nachmittags erscheint. Danach kommt die „Pinneberger Zeitung", die Beilage zum „Hamburger Abendblatt" für Pinneberg, und danach wird die Samstagsausgabe der „EN" erstellt. Gesetzt wird an fünf Maschinen. Die Kollegen fangen morgens um sechs an und hätten um 14 Uhr Feierabend. In der Zeit ist das Satzvolumen von den drei Zeitungen aber keineswegs zu schaffen. So müssen die Setzer ab 16 Uhr wieder antreten. Anfangs wurde dies von den Kollegen ohne Murren erledigt, das Mehrgeld war gut zu gebrauchen. Aber nach einiger Zeit merkten die Kollegen, daß das Geld nicht über ist und außerdem das Familienleben darunter leidet.

Die Kollegen verweigern die Überstunden und gehen nach Hause. Verzögerungen beim Erscheinen sind daher an der Tagesordnung. Auf der Teilbetriebsversammlung forderten die Kollegen von Volker Koch, daß die „Pinneberger Zeitung" an den Springer-Verlag zurückgegeben wird. Er versicherte, sich dafür bei Springer einzusetzen, nur wollte er sich auf keinen Termin festlegen lassen, bis wann das zu geschehen hat. Genauso war er dagegen, daß die Setzer und die Redakteure zusammen eine Betriebsversammlung abhalten, da die Verzögerungen die Redakteure genauso betreffen, weil die Redakteure unter dem direkten Kommando von Springer stehen, während die Setzer zur Firma Koch gehören. Die Kollegen wollten das zu recht nicht einsehen, da er in beiden Bereichen Chef ist. So wird es bis zur Durchsetzung der Forderung nach Abgabe der „PZ" so sein, daß die „EN" nicht pünktlich erscheint, und die Setzer sich nicht daran stören, die Zeitung mit allerhand Fehlern erscheinen zu lassen.

Teilerfolg bei Villeroy und Boch – aber wirklich erledigt ist nichts

b.grk.Lübeck. In der KVZ Nr.35 berichteten wir bereits über Akkord und Arbeitsbedingungen bei Villeroy und Boch in Lübeck und u.a. über wiederholt aufgetretene schwerwiegende Bleivergiftungen. Diese Bleivergiftungen entstanden, weil die bleihaltige Glasur auf die Fliesen aufgespritzt wurde, ohne daß an den Spritzmaschinen Absauganlagen angebracht waren, die funktionierten. Der Widerstand der Kollegen dagegen drückte sich aus in verschiedenen Beschwerden beim Betriebsrat, beim Meister und Obermeister, sowie darin, daß alle Kollegen zusahen, möglichst nicht an diesen Maschinen arbeiten zu müssen. Die Betriebsleitung sah sich daraufhin gezwungen, während der Werksferien an den

Springer einzusetzen, nur wollte er sich auf keinen Termin festlegen lassen, bis wann das zu geschehen hat. Genauso war er dagegen, daß die Setzer und die Redakteure zusammen eine Betriebsversammlung abhalten, da die Verzögerungen die Redakteure genauso betreffen, weil die Redakteure unter dem direkten Kommando von Springer stehen, während die Setzer zur Firma Koch gehören. Die Kollegen wollten das zu recht nicht einsehen, da er in beiden Bereichen Chef ist. So wird es bis zur Durchsetzung der Forderung nach Abgabe der „PZ" so sein, daß die „EN" nicht pünktlich erscheint, und die Setzer sich nicht daran stören, die Zeitung mit allerhand Fehlern erscheinen zu lassen.

Teilerfolg bei Villeroy und Boch – aber wirklich erledigt ist nichts

b.grk.Lübeck. In der KVZ Nr.35 berichteten wir bereits über Akkord und Arbeitsbedingungen bei Villeroy und Boch in Lübeck und u.a. über wiederholt aufgetretene schwerwiegende Bleivergiftungen. Diese Bleivergiftungen entstanden, weil die bleihaltige Glasur auf die Fliesen aufgespritzt wurde, ohne daß an den Spritzmaschinen Absauganlagen angebracht waren, die funktionierten. Der Widerstand der Kollegen dagegen drückte sich aus in verschiedenen Beschwerden beim Betriebsrat, beim Meister und Obermeister, sowie darin, daß alle Kollegen zusahen, möglichst nicht an diesen Maschinen arbeiten zu müssen. Die Betriebsleitung sah sich daraufhin gezwungen, während der Werksferien an den

Glasurmaschinen Absauganlagen anzubringen und die Maschinen mit Plastikvorhängen und Blechmänteln abzudichten. Des weiteren erhalten die Kollegen alle drei Wochen zusätzliche Papierkittel, die etwas besser gegen den Dreck schützen. Das sind ohne Zweifel einige Erfolge. Wir halten aber folgendes fest: Beim Siebdruck stinkt und ätzt die Paste nach wie vor, die Glasurspritzpistole ist zwar an einem Absauger angeschlossen, der funktioniert, aber es spritzt und staubt immer noch. Bei der sogenannten Salzpistole ist zwar ein Plastikvorhang vor die Kabine gehängt worden, aber der Maschine entsteigen nach wie vor dicke Dampfwalkwolken. Auch vor den Glasurmaschinen hängen nun Plastikvorhänge. Diese sind allerdings nach zwei Stunden so vollgespritzt, daß der ordnungsgemäße Durchlauf der Fliesen von den Kollegen nicht mehr überwacht werden kann. Sind die Fliesen Schrott, zählen sie nicht mehr für den Akkord, also werden die Vorhänge von den Kollegen wieder abgehängt. Bei der nächsten Bleivergiftung kommt dann sicher ein Schlaumeier von der Betriebsführung und erklärt, die Kollegen hätten selbst schuld, hätten die doch die Plastikvorhänge wieder abgenommen. Klar ist, einige Verbesserungen sind erreicht worden, aber sie reichen überhaupt nicht aus, um die Bleivergiftungen zu verhindern. Unser Vorschlag ist: in einem Brief an den Betriebsrat diesen aufzufordern, sofort mit der Geschäftsführung über die Abschaffung dieser Zustände in Verhandlungen zu treten. Dieser Zusammenschluß der Kollegen wird dem Betriebsrat den Rücken stärken. Dieser Zusammenschluß ist auch eine gute Vorbereitung für die Lohnkämpfe in der keramischen Industrie.

Von 96 Setzern bleiben 50 übrig

Betriebsvereinbarungen bei den „Kieler Nachrichten" über die Einführung des Lichtsatzes

b.mag. Durch die hartnäckigen Kämpfe der Druckarbeiter konnten die Druckkapitalisten ihr Programm der Rationalisierung und Lohndrückerei durch die Einführung der Lichtsatztechnik nicht durchsetzen. Zugeständnisse mußten sie an die Kampfkraft der Beschäftigten im Druckgewerbe machen, die sich im Rastertarif finden. Ihr Plan war, in einem Schub Massen von Setzern auf die Straße zu befördern, und den Rest für Angelerntenlohn an den Setzmaschinen arbeiten zu lassen.

Daß diese Absichten nicht entscheidend zurückgeschlagen wurden, ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zu danken, die einen faulen Kompromiß ausgehandelt haben. Die einzelnen Verlagskapitalisten und Druckkapitalisten gedenken das jetzt zu nutzen, um durch Betriebsvereinbarungen ihre Ziele doch noch durchzusetzen.

Bei den „Kieler Nachrichten" ist seit dem 6.7.78 ein Vertrag zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat in Kraft, der „als Ergänzung zum Tarifvertrag sicherstellen (soll), daß den sozial nachteiligen Folgen begegnet wird, die sich durch die Einführung des rechnergesteuerten Textsystems für die betroffenen Mitarbeiter ergeben." (§1) Bei näherem Hinsehen entpuppt sich diese ‚soziale Sicherstellung' als vertraglich festgelegte Lohndrückerei und Verschärfung der Ausbeutung.

In den nächsten Monaten wollen die KN den Lichtsatz einführen. Die Druckmaschinen werden bereits jetzt umgerüstet auf Nylo-Print. Das bedeutet, daß die alte Druckform aus Blei durch eine Kunststoffplatte ersetzt wird.

Dies Verfahren hat für die KN-Kapitalisten den Vorteil, daß sie keine neuen Maschinen einführen, sondern die alten nur geringfügig umrüsten müssen. Sie können diese Umrüstung schon jetzt vornehmen, während gleichzeitig noch mit Blei gesetzt wird. Zwei Abteilungen werden dadurch „überflüssig": die Stereotypie, wo bisher die Matern und Druckformen aus Blei hergestellt wurden, und die Chemigraphie, wo die Klischees gemacht werden.

Die Setzer, die das „Glück" haben, im rechnergesteuerten Textsystem zu arbeiten, bekommen in Zukunft nur noch ihren Tariflohn (12,82 DM). Ab der übernächsten Tarifrunde wird ihr Lohn um die Hauszulage, die 37 DM pro Woche beträgt, gestaffelt, jedes Jahr um 25% gekürzt, so daß nach vier Jahren nur noch der Tariflohn bleibt. Gleichzeitig tritt der Setzer in Konkurrenz zu den anderen Kollegen im Textsystem, die nach dem Rastertarifvertrag Angestellte sind und gering bezahlt werden. Das werden die Kapitalisten nutzen, um das Gehalt derjenigen, die im rechnergesteuerten Textsystem arbeiten, insgesamt auf Angestelltentarif zu drücken.

Des weiteren bieten die KN-Kapitalisten Umschulung und Einweisung in einen anderen Bereich an, wobei die Umschulung, laut Rastertarifvertrag vier, höchstens 13 Wochen dauert.

Während dieser Einweisung, bzw. Umschulung von 13 Wochen gewähren die KN-Kapitalisten großzügig den bisherigen Tariflohn – und die Hauszulage von 92 Pfennig. Der restliche Lohn, der sich zusammensetzt aus Antrittsgebühren und Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, wird jeden Monat um 5% gekürzt.

Nach der Umschulung ist man dann schnell auf dem neuen niedrigeren Lohn, entweder als Hilfsarbeiter (Lohngruppe V, 9,45 DM) oder als Facharbeiter (10,68 DM). Die Zuschläge (für Sonn- und Feiertagsarbeit usw.) werden weiter um 5% gekürzt. Der Prozeß dauert längstens also 20 Monate bis auf Null. Die Hauszulage und der Unterschied zwischen altem und neuem Lohn wird dann auch noch gänzlich gekürzt, im ersten Jahr um 20%, im zweiten um 25%, im dritten um 33 1/3% und im vierten um 50%, im fünften fällt er dann ganz weg.

Das hört sich kompliziert an. Insgesamt bedeutet es: Was du auch machst, dein Lohn wird gekürzt. Und jede Lohnerhöhung in den nächsten Jahren wird für diese Kollegen ein Nullabschluß sein, da er faktisch durch die Kürzung ihres noch alten Gehaltes ausgeglichen werden soll. Das soll die Kampfkraft der Kollegen für die nächsten Tarifrunden schwächen, den Kapitalisten möglichst niedrige Abschlüsse einbringen.

Laut Betriebsvereinbarungen darf es keine Kündigungen vor Ende des Vertrages, also vor 1983, geben. Mit allerlei Schmeicheleien, Tricks und Abfindungshilfen sollen die Arbeiter gezwungen werden, „freiwillig" zu gehen. Die älteren Kollegen sind als erste dran.

„Mit dieser Maßnahme (Altersbeihilfe – d. Red.) sollen ältere Mitarbeiterinnen (ab 58. Lebensjahr) und Mitarbeiter (ab 60. Lebensjahr) veranlaßt werden, ihr Arbeitsverhältnis bis zur Erreichung des flexiblen Altersruhegeldes ruhen zu lassen. Die Altersbeihilfe beträgt mindestens 1200 DM, höchstens 1800 DM brutto und wird jährlich entsprechend der tariflichen Lohnerhöhung angepaßt. Die anteilige tarifliche Jahresleistung (Weihnachtsgeld) und die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung werden ebenfalls vom Verlag getragen" (Inf. des Batriebsrats 6/78).

1200 bis 1800 DM brutto sollen sie erhalten, wovon zwei Personen ernährt werden sollen. Das reicht nicht zum Leben, auch wenn einige das annehmen würden, weil sie kaputt sind von der Schufterei. Zum anderen bedeutet das eine geringere Rente, da dort der Lohn der letzten drei Jahre mitentscheidend ist.

Man sieht, den den Kapitalisten wurden offene Flanken gelassen, in die sie sofort nachgestoßen haben, um ihren Schnitt zu machen. Was sich hier bei den „Kieler Nachrichten" abspielt, gilt für alle Druckkapitalisten in Westdeutschland und Westberlin. Wenn in den nächsten Tarifrunden der Angriff auf den Lohn zurückgeschlagen wird, stehen sie mit ihren Betriebsvereinbarungen auf tönernen Füßen, denn ihr Ziel der drastischen Lohnsenkungen können sie dann nicht durchsetzen. Daß sie dann auch im hartnäckigen Kleinkrieg um die Durchsetzung der Betriebsvereinbarung Federn lassen müssen, kann man sich gut vorstellen. Die Druckkapitalisten versuchen, durch Einzelvereinbarungen ihrer Vertreter mit den Belegschaften die Front der ganzen Branche zu zersplittern. Im Kampf um den Lohn kann diese Front hergestellt werden.

Coca-Cola – „Anpfiff zur 2. Halbzeit"

„Ehrung der besten Auslieferfahrer" – für 11-Stundentag bei 66,50 DM Grundlohn

b.peg. August Cohrt GmbH Kiel ist der Konzessionär für die Produktion und den Vertrieb von Coca-Cola. An die Arbeiter und Angestellten wird regelmäßig eine hausinterne Mitteilung der Coca-Cola GmbH Essen für alle Mitarbeiter der Coca-Cola „Organisation" vertrieben. Gültig ist diese Broschüre für den Zeitraum vom Juni 78 bis Dezember 78. Darin wird von den Vertriebserfolgen im Bundesgebiet berichtet, die besten Verkäufer werden ausgezeichnet und Prämien werden verteilt.

„Ein ausgesprochener ‚Coke Mann' durch und durch. Mit der Firma so gut wie verheiratet. Überragend sein verkäuferisches Geschick – vor allem beim ‚Kundenknacken'". In der Broschüre soll der Eindruck erweckt werden, daß alle Arbeiter und Angestellten damit beschäftigt sind, ständig den Umsatz des Kapitalisten zu erhöhen. „Es geht ohne Verschnaufpause hinein ins zweite Halbjahr", ist das Fazit. Wenn man der Broschüre Glauben

verschärfung der Ausbeutung.

In den nächsten Monaten wollen die KN den Lichtsatz einführen. Die Druckmaschinen werden bereits jetzt umgerüstet auf Nylo-Print. Das bedeutet, daß die alte Druckform aus Blei durch eine Kunststoffplatte ersetzt wird.

vier, höchstens 13 Wochen dauert.

Während dieser Einweisung, bzw. Umschulung von 13 Wochen gewähren die KN-Kapitalisten großzügig den bisherigen Tariflohn – und die Hauszulage von 92 Pfennig. Der restliche Lohn, der sich zusammensetzt aus Antrittsgebühren und Zuschlägen für

hen. Die älteren Kollegen sind als erste dran.

„Mit dieser Maßnahme (Altersbeihilfe – d. Red.) sollen ältere Mitarbeiterinnen (ab 58. Lebensjahr) und Mitarbeiter (ab 60. Lebensjahr) veranlaßt werden, ihr Arbeitsverhältnis bis zur Erreichung des flexiblen Altersruhe-

Betriebsvereinbarung Federn lassen müssen, kann man sich gut vorstellen. Die Druckkapitalisten versuchen, durch Einzelvereinbarungen ihrer Vertreter mit den Belegschaften die Front der ganzen Branche zu zersplittern. Im Kampf um den Lohn kann diese Front hergestellt werden.

Coca-Cola – „Anpfiff zur 2. Halbzeit"

„Ehrung der besten Auslieferfahrer" – für 11-Stundentag bei 66,50 DM Grundlohn

b.peg. August Cohrt GmbH Kiel ist der Konzessionär für die Produktion und den Vertrieb von Coca-Cola. An die Arbeiter und Angestellten wird regelmäßig eine hausinterne Mitteilung der Coca-Cola GmbH Essen für alle Mitarbeiter der Coca-Cola „Organisation" vertrieben. Gültig ist diese Broschüre für den Zeitraum vom Juni 78 bis Dezember 78. Darin wird von den Vertriebserfolgen im Bundesgebiet berichtet, die besten Verkäufer werden ausgezeichnet und Prämien werden verteilt.

„Ein ausgesprochener ‚Coke Mann' durch und durch. Mit der Firma so gut wie verheiratet. Überragend sein verkäuferisches Geschick – vor allem beim ‚Kundenknacken'". In der Broschüre soll der Eindruck erweckt werden, daß alle Arbeiter und Angestellten damit beschäftigt sind, ständig den Umsatz des Kapitalisten zu erhöhen. „Es geht ohne Verschnaufpause hinein ins zweite Halbjahr", ist das Fazit. Wenn man der Broschüre Glauben

schenkt, so gibt es bei Coca-Cola keinen Kampf gegen Überstunden, Arbeitshetze und niedrigen Lohn. So hat die Geschäftsleitung vor zwei Monaten einen Kollegen entlassen, weil er sich weigerte, eine zweite Tour nach Kappeln zu fahren, obwohl es schon 15.00 Uhr war, d.h. schon 8 Stunden gearbeitet wurden. Der Kollege fuhr nicht nach Kappeln, die Entlassung ist nach zwei Tagen durch Proteste zurückgeschlagen worden.

Um die Produktion und den Absatz um Bereich der Kieler Konzession zu steigern, hat Cohrt seit ca. einem Jahr eine tägliche Schulung aller Verkäufer und Kraftfahrer angeordnet. Ca. 30 Minuten wird jeden Morgen unter der Aufsicht der Geschäftsleitung von den Verkäufern verlangt, die Kraftfahrer zu erhöhter Mehrarbeit zu gewinnen. Regale in Ordnung bringen, LKW's reinigen und Werbeblätter an die Kunden verteilen soll man zusätzlich. Ständiger Streit findet mit der Geschäftsleitung statt wegen der LKW Reinigung. In mancher Woche wurde verlangt, 2-3 mal den Wagen zu waschen. Zur Zeit wird nur einmal die Woche gereinigt.

66,50 DM ist der Lohn für einen Aushilfsverkaufsfahrer, das ist ein Stundenlohn von 8,30 DM für 8 Stunden. Im Schnitt 200 Kisten müssen täglich ausgefahren werden, bis zu 20 Kunden werden angefahren, wo man zumeist die Kisten in den Keller schleppen muß. Das Leergut muß genau sortiert werden.

Bei Bruch, Rechnungs- oder Ladedifferenzen gibt es ständig Streit darüber, ob der Fahrer dies selber zahlen muß. Bei den Aushilfen fehlen im Schnitt monatlich 50-100 Mark in der Lohntüte, die aufgrund von Differenzen zustande kommen, die von der Geschäftsleitung als selbstverschuldet angesehen werden.

Mittels des Provisionssystems wird die Antreiberei in dieser Branche organisiert. Pro Kiste gibt es eine Provision von 14 Pfennig. Bei 200 Kisten sind das 28 Mark. Da 8,30 DM Stundenlohn zum Leben nicht reichen, nutzen die Kapitalisten die Lage aus, indem sie ständig die Kistenanzahl und die Hetzerei erhöhen. Das führt dazu, daß bei Cola kein Kraftfahrer zu finden ist, der älter als 35 Jahre ist.

Erfolgreich ist die Geschäftsleitung bei dem Versuch, die Arbeitszeit unerträglich auszudehnen. Das gelingt durch die Einstellung von Aushilfskraftfahrern, die im Sommer über die Hälfte der Fahrer ausmachen. Meist Studenten werden dazu benutzt, besonders im Sommer die tägliche Arbeitszeit auf über 11 Stunden zu erhöhen. Es kommt auch vor, daß 14-16 Stunden täglich gearbeitet werden.

Die Verkäufer sind ebenso gezwungen, Überstunden zu machen. Sie sind durch das Provisionssystem gezwungen, ständig auf der Jagd zu sein nach neuen Kunden, und müssen den Stammkunden die neuen Waren aufschwatzen.

Der Manteltarif der Gewerkschaft NGG mit dem Kapitalisten legt fest: „§3, Absatz 3: Die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer kann bis zu 52 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden." Diese Festlegung im Manteltarifvertrag muß ebenso fallen wie das Provisionssystem. Erhöhung des Stundenlohns, gänzlicher Wegfall von Provisionen, Einhaltung des 8-Stundentages, sind die Forderungen, die durchgesetzt werden müssen.

Schleswig-Holstein-Tag: Großdeutscher Chauvinismus frisch aufbereitet

b.pes. „Daß sich die Menschen wieder zunehmend den Grundwerten der Geschichte Schleswig-Holsteins zuwenden und einen Schleswig-Holstein-Tag feiern, sei nicht als eine Idee vom grünen Tisch oder als enger Provinzialismus zu verstehen", schreibt die KN mit den Worten Stoltenbergs zur Hauptveranstaltung des Schleswig-Holstein-Tages. Welche „Grundwerte" das nun sind, die Bourgeoisie und arbeitende Klassen gemeinsam haben sollen, führt der Noch-Finanzminister und künftige Geschäftsführer der Landesbank, Lausen, gegenüber dem schleswig-holsteinischen Heimatbund aus: „Die Volksgruppe in Nordschleswig habe als Bollwerk und Insel der Treue uns Deutschen geholfen, die eigene Identität zu finden und das Bewußtsein zu schärfen, so daß es sich lohnt, ein Deutscher zu sein" (KN vom 11.9.78).

Die Identität ist das „Deutschtum", und was er damit meint, daß es sich lohnt, Deutscher zu sein, liegt auf der Hand. Die westdeutschen Imperialisten, die es nach dem Krieg verstanden haben, gemeinsam mit den alliierten Imperialisten mithilfe der Demagogie von der „Kollektivschuld" der Arbeiterklasse und den Volksmassen die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden, wollen sich jetzt endgültig reinwaschen.

Kultusminister Braun, der als dritter Minister der Landesregierung seinen Senf zum Schleswig-Holstein-Tag zubuttern mußte, sagte: „Der Schleswig-Holstein-Tag schlägt Brücken von der engeren Heimat zu den größeren Aufgaben, denen wir uns in Schleswig-Holstein als Teil der Bundesrepublik Deutschland und als Partner in einem freien Europa stellen, denn Heimat und Welt seien keine Gegensätze, sondern sie ergänzen und bedingen einander" (KN ebenda).

Der Schleswig-Holstein-Tag wurde auf Veranlassung der Landesregierung zum ersten Mal in diesem Jahr durchgeführt. Die Schlacht bei Idstedt aus dem Jahre 1870 nahmen sie zum Anlaß. In den Annalen der deutschen Bourgeoisie wird diese Schlacht gefeiert als Sieg des „Deutschen Reiches", das es übrigens noch gar nicht gab, über die „Fremdherrschaft" der dänischen Könige. Tatsächlich verhält es sich so, daß die holsteinischen Bauern ein Vierteljahrhundert gegen die Unterdrückung durch den dänischen Feudalismus und für Selbstbestimmungsrecht gekämpft haben. Die preußischen Junker und Bourgeois haben sich in diesen Kampf eingemischt, um die Bauern unter ihre Knute zu zwingen, unter dem Schlachtruf für das einige Deutschland. Dieselbe Bourgeoisie, die 1848 aus Angst vor dem Proletariat die Revolution verraten hat, und mit fliegenden Fahnen einen schmierigen Kompromiß mit den Feudalen geschlossen hat, die somit auch den Kampf für einen deutschen Nationalstaat sabotiert hat, feiert nun die Schlacht bei Idstedt als Symbol des „Nationalen Befreiungskampfes des deutschen Volkes". Davon abgesehen, daß diese Bourgeoisie den Befreiungskampf verraten und blutig unterdrückt hat, will sie diese Lüge in die Gegenwart hinüberretten, um zur Aggression gegen Osten für die „Befreiung der deutschen Gebiete" zu mobilisieren.

„Die Erinnerung an die Schlacht von Idstedt, so betont der Ministerpräsident, verkörpere das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und das Streben nach deutscher Einheit" (KN ebenda). Es ist der unverhohlene Wille der Bourgeoisie nach Einvernahme der DDR und Polens, der die schleswig-holsteinische Ministerriege in solche Stilblüten der chauvinistischen Aggression getrieben hat.

Es ist tatsächlich so, daß nicht alle Tage die Bourgeoispolitiker solch offene Worte über ihre Expansionsgelüste verlieren. Das Gespür und die Erfahrungen der Massen mit dem deutschen Imperialismus läßt diese Menschen eigentlich vorsichtiger reagieren. Nicht umsonst verkündet die KN groß auf der ersten Seite, daß „Bold Guard '78" eine Verteidigungsübung sei, wo doch so ziemlich jeder weiß, daß Landungsmanöver der US-amerikanischen „Ledernacken"schlächter nichts mit Verteidigung, sondern mit Invasion zu tun haben.

Den Schleswig-Holstein-Tag hat die Landesregierung mit einigen Hofschranzen des Heimatbundes, Mitgliedern der Vertriebenenverbände, Polizeichören und ähnlichem erlesenen Potential der Konterrevolution begangen. Über die „Kieler Nachrichten" läßt sie den Eindruck erwecken, die Volksmassen stünden hinter dieser Propaganda für den imperialistischen Krieg. In Itzehoe, wo sich Politiker unterer Ebene unter die Massen wagten, wurden sie eines Besseren belehrt. Landrat Brümer erhielt von den Jugendlichen gellende Pfiffe, als er vom NDR interviewt werden sollte.

Aber alle Bourgeois handeln nach der Methode: „Lüge, lüge nochmal, wiederhole die Lüge, irgendetwas wird schon hängen bleiben", und das ist auch Stoltenbergs Kalkül. Von allein werden die Bourgeois weder von ihren Reden, noch den festen Absichten der imperialistischen Expansion abrücken. Die Arbeiterklasse muß sie dazu zwingen, indem sie die proletarische Revolution macht.

„. . .ganz unerheblich, welche Einsatzbefehle die Grenzschutztruppe hatte.“

Offenherzige Eingeständnisse der Staatsschutzkammer Flensburg / Gegen R. Lötzer läuft jetzt die Revision beim Bundesgerichtshof

b.rül. In dieser Woche läuft in Schleswig-Holstein das Nato- manöver „Bold Guard“ ab. Es ist der Höhepunkt der diesjährigen Nato-Herbstmanöver, mit denen die westlichen Imperialisten ihre Armeen den Krieg um Europa üben lassen.

Für die Arbeiterklasse haben solche imperialistischen Manöver eine große Bedeutung, geben sie doch Auskunft über die konkreten Absichten der bürgerlichen Klasse gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten, wie gegenüber den Völkern der Welt und der Arbeiterklasse im eigenen Land.

Noch bevor sich das Heer der bürgerlichen Schreiberlinge an die Auswertung dieser Großprobe der imperialistischen Militärmaschinerie machen kann, an die Prüfung ihrer Schwächen wie ihrer „Einsatzfähigkeit“, steht fest: Die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie hat Probleme. Während die Bundeswehr bereits „Vormanöver“ an der Grenze zur DDR durchführte, wie jetzt in der Ecke Lauenburg/Elbe-Lübeck-Kanal, hat sich der Generalinspekteur der Bundeswehr, Hildebrandt, zur Lage im Wehrpflichtigenheer geäußert. Am 12. September veröffentlichte die „FAZ“ ein „Gespräch mit dem Generalinspkteur“ in dem er z.B. folgendes verlauten ließ: „Das gelebte Vorbild der Vorgesetzten sei erforderlich, damit sich auch der Wehrpflichtige verantwortlich für das Ganze fühle. Mitverantworten und mitdenken könne ein Soldat aber nur, wenn man ihn umfassend informiere und man ihm immer den Sinn des ‚Wofür‘ und ‚Warum‘ des ihm erteilten Befehls verständlich mache“ und „die innere Führung müsse als lebendiger und ständiger Teil dieser Aufgabe (militärisches Führen als Gesamtaufgabe) begriffen werden, nicht jedoch als ein neben dem militärischen Dienst stehendes Lehrfach Staatsbürger- und Institutionenkunde.“

Für die Arbeiterklasse und alle Revolutionäre sind diese Aussagen Kampfansagen und keineswegs nur leere Sprüche. Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie plant eine ideologische Offensive im Wehrpflichtigenheer,um die in diese Armee gepreßten Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten zu brechen und für ihre räuberischen Kriegsziele zu gewinnen. Das steht hinter diesen Erklärungen von Hildebrandt, und das paßt auch zu den Feilerein von Apel und Konsorten an den Propagandamaterialien, die sie in penetranter Regelmäßigkeit unter die Soldaten streuen. Das paßt auch zu der erneuten Zunahme von öffentlichen Vereidigungen wie zu den „Fahnenweihen“, wie sie Stoltenberg jetzt im Anknüpfen an eine Tradition der

ten ließ: „Das gelebte Vorbild der Vorgesetzten sei erforderlich, damit sich auch der Wehrpflichtige verantwortlich für das Ganze fühle. Mitverantworten und mitdenken könne ein Soldat aber nur, wenn man ihn umfassend informiere und man ihm immer den Sinn des ‚Wofür‘ und ‚Warum‘ des ihm erteilten Befehls verständlich mache“ und „die innere Führung müsse als lebendiger und ständiger Teil dieser Aufgabe (militärisches Führen als Gesamtaufgabe) begriffen werden, nicht jedoch als ein neben dem militärischen Dienst stehendes Lehrfach Staatsbürger- und Institutionenkunde.“

Für die Arbeiterklasse und alle Revolutionäre sind diese Aussagen Kampfansagen und keineswegs nur leere Sprüche. Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie plant eine ideologische Offensive im Wehrpflichtigenheer,um die in diese Armee gepreßten Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten zu brechen und für ihre räuberischen Kriegsziele zu gewinnen. Das steht hinter diesen Erklärungen von Hildebrandt, und das paßt auch zu den Feilerein von Apel und Konsorten an den Propagandamaterialien, die sie in penetranter Regelmäßigkeit unter die Soldaten streuen. Das paßt auch zu der erneuten Zunahme von öffentlichen Vereidigungen wie zu den „Fahnenweihen“, wie sie Stoltenberg jetzt im Anknüpfen an eine Tradition der
Faschisten hat aufleben lassen.

Die Prozesse gegen die Soldaten und Reservistenkomitees, die in diesen Wochen und Monaten vor der Staatsschutzkammer Flensburg stattfinden, sind für diese beabsichtigte Propagandaoffensive unbedingt notwendig und Bedingung. Sie sollen die revolutionäre Propaganda zerschlagen helfen und so das Feld frei machen für die Unterdrückung der Soldatenmassen und die Indoktrination. Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, Unterdrückung jeglicher Propaganda, mittels derer sich die Arbeiterklasse Klarheit schafft über ihre Aufgaben gegenüber dem imperialistischen Gewaltapparat, sei sie nun in das System von Befehl und Gehorsam unmittelbar gepreßt wie die Wehrpflichtigen oder nicht, das ist der Auftrag der Staatsschutzkammern.

Wenn jetzt auch der Prozeß gegen C.U.Monica unterbrochen ist, wenn hier die Flensburger Richterkanaille eine schwere Schlappe hat einstecken müssen, so bedeutet das doch nicht Stillstand für diesen Gewaltapparat. Ein weiterer Unterzeichner des Aufrufs der ehemaligen Soldaten, Grenzschützer und Polizisten für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht aus dem Vorjahr ist letzte Woche vom Truppendienstgericht degradiert worden zum Gefreiten. Bei einem Z-4 Soldaten in Kellinghusen wurde letzte Woche der Spind gefilzt und wurden zahlreiche Schriften beschlagnahmt; ein Entlassungsverfahren ist eingeleitet.

Im Prozeß gegen R.Lötzer liegt seit Juli das Urteil des Landgerichts Flensburg schriftlich vor und läuft jetzt das Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof; mit einer Entscheidung ist in ein bis zwei Monaten zu rechnen. Es ist also weiterhin nötig, die Front gegen diese Prozesse aufzubauen und zu stärken, mit dem Ziel ihrer Niederschlagung. Notwendig muß sich diese Front auch richten gegen die Tätigkeit des BGH und gegen dessen bevorstehende Revisionsentscheidung.

Die Aufgaben des BGH: Sicherstellung des Systems von Befehl und Gehorsam, Schutz des bürgerlichen Staates und des Expansionismus der Kapitalistenklasse, Verteidigung der Killertruppe der Kapitalisten.

„Er hat auf Angehörige der Bundeswehr und der Polizei planmäßig eingewirkt, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben . . .“ so lautet einer der Kernsätze des Flensburger Urteils, den das BGH jetzt zu prüfen hat. Die Konstruktion der „pflichtgemäßen Bereitschaft“ ist dabei eine typische Ausge-

pendienstgericht degradiert worden zum Gefreiten. Bei einem Z-4 Soldaten in Kellinghusen wurde letzte Woche der Spind gefilzt und wurden zahlreiche Schriften beschlagnahmt; ein Entlassungsverfahren ist eingeleitet.

Im Prozeß gegen R.Lötzer liegt seit Juli das Urteil des Landgerichts Flensburg schriftlich vor und läuft jetzt das Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof; mit einer Entscheidung ist in ein bis zwei Monaten zu rechnen. Es ist also weiterhin nötig, die Front gegen diese Prozesse aufzubauen und zu stärken, mit dem Ziel ihrer Niederschlagung. Notwendig muß sich diese Front auch richten gegen die Tätigkeit des BGH und gegen dessen bevorstehende Revisionsentscheidung.

Die Aufgaben des BGH: Sicherstellung des Systems von Befehl und Gehorsam, Schutz des bürgerlichen Staates und des Expansionismus der Kapitalistenklasse, Verteidigung der Killertruppe der Kapitalisten.

„Er hat auf Angehörige der Bundeswehr und der Polizei planmäßig eingewirkt, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben . . .“ so lautet einer der Kernsätze des Flensburger Urteils, den das BGH jetzt zu prüfen hat. Die Konstruktion der „pflichtgemäßen Bereitschaft“ ist dabei eine typische Ausge-
burt eines imperialistischen Juristenhirns. Wenn die Arbeiterklasse und die Volksmassen „bereit“ wären, die „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ zu schützen, wozu bedarf es dann der „Pflicht“? Umgekehrt; wenn die Soldatenmassen „verpflichtet“ werden müssen zum Schutz des Staates der westdeutschen Kapitalisten, wer will da behaupten, sie seien dazu „bereit“? Offenkundig ist das ein Widersinn; und Sinn erhält diese Feststellung der Staatsschutzkammer Flensburg auch nur, wenn man sie ihres ideologischen Beiwerks entkleidet: „Das System von Befehl und Gehorsam gehört verteidigt und darf nicht untergraben werden!“ Oder, wie es besagter Hildebrand ausdrückte in der „FAZ“: „Das Primat der Politik und der Wille der politisch Verantwortlichen sei nur durchsetzbar, wenn eine Armee nach dem System Befehl und Gehorsam geführt werde.“ Das ist ein offenes Eingeständnis, daß die bürgerliche Klasse das Wehrpflichtigenheer nur führen kann durch gewaltsame Unterdrükkung der Soldatenmassen. „. . . Verfolgte der Angeklagte das Ziel, die Bundeswehrsoldaten gegen die Offiziere, die Bundeswehrführung und den Staat insgesamt aufzuwiegeln . . .“, das ist der zweite Kernsatz aus Flensburg, mit dem sich der BGH befassen muß. Er ist das Eingeständnis der *Spaltung* der bürgerlichen Armee in die Masse der Wehrpflichtigen und eine kleine Anzahl von „Offizieren, Bundeswehrführung und Staat“. Diese Spaltung besteht, weil die Interessen der Wehrpflichtigen unvereinbar sind mit den Interessen der Kapitalistenklasse und ihrer Staatsorgane. Weil das so ist, gibt es automatisch Kampf gegen diese Unterdrückungsorgane durch die Soldaten und gibt es gar nichts „aufzuwiegeln“. *Aufklärung* über diesen Interessengegensatz, um die Einheit der Soldatenmassen zu festigen auf Basis der Interessen als Angehörige der besitzlosen Klassen: das ist die tatsächliche Tätigkeit der Soldaten- und Reservistenkomitees, die damit verfolgt werden soll. Dem entspricht die Aufhebung des Parteienprivilegs für jede Arbeit unter den Soldaten, womit der Zusammenschluß der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei und die Durchbrechung der Kasernenmauern im Aufbau der Partei unterbunden werden sollen. „. . . Läßt sich mithin sagen, daß das Parteienprivileg an den Toren der Kasernen endet . . .“, so hat es der BGH bereits 1977 im Urteil gegen Klaus Oellerer formuliert. Den Aufbau der Partei des Proletariats vor den Kasernen zu stoppen, das ist die Losung. Dahinter steht die Absicht, die Bundeswehr einzusetzen zum Zusammenschießen der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe. Absicht Nummer drei, aufgedeckt durch

Er ist das Eingeständnis der *Spaltung* der bürgerlichen Armee in die Masse der Wehrpflichtigen und eine kleine Anzahl von „Offizieren, Bundeswehrführung und Staat“. Diese Spaltung besteht, weil die Interessen der Wehrpflichtigen unvereinbar sind mit den Interessen der Kapitalistenklasse und ihrer Staatsorgane. Weil das so ist, gibt es automatisch Kampf gegen diese Unterdrückungsorgane durch die Soldaten und gibt es gar nichts „aufzuwiegeln“. *Aufklärung* über diesen Interessengegensatz, um die Einheit der Soldatenmassen zu festigen auf Basis der Interessen als Angehörige der besitzlosen Klassen: das ist die tatsächliche Tätigkeit der Soldaten- und Reservistenkomitees, die damit verfolgt werden soll. Dem entspricht die Aufhebung des Parteienprivilegs für jede Arbeit unter den Soldaten, womit der Zusammenschluß der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei und die Durchbrechung der Kasernenmauern im Aufbau der Partei unterbunden werden sollen. „. . . Läßt sich mithin sagen, daß das Parteienprivileg an den Toren der Kasernen endet . . .“, so hat es der BGH bereits 1977 im Urteil gegen Klaus Oellerer formuliert. Den Aufbau der Partei des Proletariats vor den Kasernen zu stoppen, das ist die Losung. Dahinter steht die Absicht, die Bundeswehr einzusetzen zum Zusammenschießen der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe. Absicht Nummer drei, aufgedeckt durch
die Staatsschutzkammer Flensburg.

Daß all dies – Angriff auf die Kasernenunterdrückung und das System von Befehl und Gehorsam, Aufklärung über den unversöhnlichen Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, der den monströs anmutenden Gewaltapparat der Bourgeoisie spaltet und auf dessen Grundlage die Masse der Soldaten sich zusammenschließen kann und mit den nicht in die Armee gepreßten Klassenbrüdern im Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie die Partei der Arbeiterklasse aufbaut – daß all dies die „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt“, sprich: die Sicherheit der Kapitalistenklasse untergräbt und ihr das unangenehme Gefühl ihres baldigen und so oder so unvermeidlichen Untergangs verschafft, wer wollte das bestreiten? Dem Interesse der Arbeiterklasse entspricht das allemal. „. . . Hat der Angeklagte sich eines Vergehens und der Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland schuldig gemacht. Beleidigt sind durch diese Äußerungen (gemeint sind die ‚Metzgerhunde‘ usw., d. Red.) die Mitglieder der Grenzschutzgruppe 9. Dabei ist es ganz unerheblich, welche Einsatzbefehle die Mitglieder dieser Grenzschutzgruppe hatten und wie sie sich tatsächlich beim Einsatz verhalten haben.“

Das ist eine der Passagen, die die Flensburger Richter wahrscheinlich lieber unterlassen hätten, die sie aber formulieren mußten, weil im Prozeß inhaltliche Beweisanträge vorgelegt worden waren dazu, daß die GSG 9 Killerauftrag hatte, Prämien erhalten hat und „die Schüsse auf die Entführer aus nächster Nähe auf durch Blendgranaten wehrlos gemachte Menschen abgaben“ (Zitat aus der angeklagten Volksmiliz). Im Prozeß haben die Richter abgelehnt, diesen Beweisanträgen stattzugeben, und die entsprechenden Zeugen wie Maihofer, Schmidt und Wischnewski zu befragen. Im Urteil müssen sie zugeben, daß die Kennzeichnung der GSG 9 *richtig* war und ist, daß aber die „Belegung mit den Ausdrücken ‚Metzgerhunde‘ und ‚Schlächter‘ . . .in jedem Fall eine grobe Beleidigung darstellt“ (Wortlaut des Urteils).

Die Arbeiterklasse wird sich dieses weitere offene Eingeständnis merken und beizeiten ihre Konsequenzen ziehen. Die Urteile des Flensburger Gerichts gehören aufgehoben, die Prozesse eingestellt! Diese Aufgabe stellt sich für jeden Revolutionär unabweisbar. Sie stellt sich gegenüber dem Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof. Sie stellt sich auch für die weiteren laufenden Prozesse. Wenn der Prozeß gegen C.U. Monica erneut angesetzt wird, muß aus dieser Losung

haben.“

Das ist eine der Passagen, die die Flensburger Richter wahrscheinlich lieber unterlassen hätten, die sie aber formulieren mußten, weil im Prozeß inhaltliche Beweisanträge vorgelegt worden waren dazu, daß die GSG 9 Killerauftrag hatte, Prämien erhalten hat und „die Schüsse auf die Entführer aus nächster Nähe auf durch Blendgranaten wehrlos gemachte Menschen abgaben“ (Zitat aus der angeklagten Volksmiliz). Im Prozeß haben die Richter abgelehnt, diesen Beweisanträgen stattzugeben, und die entsprechenden Zeugen wie Maihofer, Schmidt und Wischnewski zu befragen. Im Urteil müssen sie zugeben, daß die Kennzeichnung der GSG 9 *richtig* war und ist, daß aber die „Belegung mit den Ausdrücken ‚Metzgerhunde‘ und ‚Schlächter‘ . . .in jedem Fall eine grobe Beleidigung darstellt“ (Wortlaut des Urteils).

Die Arbeiterklasse wird sich dieses weitere offene Eingeständnis merken und beizeiten ihre Konsequenzen ziehen. Die Urteile des Flensburger Gerichts gehören aufgehoben, die Prozesse eingestellt! Diese Aufgabe stellt sich für jeden Revolutionär unabweisbar. Sie stellt sich gegenüber dem Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof. Sie stellt sich auch für die weiteren laufenden Prozesse. Wenn der Prozeß gegen C.U. Monica erneut angesetzt wird, muß aus dieser Losung
eine politische Kraft werden.

Vom Unteroffizier d. R. zum Panzergrenadier degradiert

b.gem. Ende vorletzter Woche wurde G. Möller von der 12. Kammer des Truppendienstgerichtes Nord das Urteil aus dem gegen ihn angestrengten disziplinargerichtlichen Verfahren zugestellt. Zu Gericht saßen die Herren: Baumann als Vorsitzender und Vizepräsident des Truppendienstgerichtes, Keil, Oberstleutnant, Hoffmann, Regierungsrat, und Stabsunteroffizier Fluegge. Er sei eines Dienstvergehens schuldig, hatte das Truppendienstgericht „Im Namen des Volkes“ entschieden. Herangezogen wurde der §23 Abs. 2 Nr. 2 Soldatengesetz: „Es gilt als Dienstvergehen, wenn sich ein Offizier oder Unteroffizier nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des GG betätigt oder durch unwürdiges Verhalten nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die für seine Wiederverwendung als Vorgesetzter erforderlich sind . . .“ Sein Dienstvergehen besteht in der Unterzeichnung des Aufrufs zum Soldaten- und Reservistentag in Hannover im Mai 1977, der von ehemaligen Soldaten, Grenzschützern und Polizisten unterzeichnet worden war. In diesem Aufruf wurde festgestellt, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist, deren Funktion die Unterdrückung der Volksmassen im Innern und die militärische Expansion nach außen ist, und daß von daher die Soldaten nur mittels Unterdrückung und Schikane und aufgrund des ökonomischen Drucks auf diese Ziele hin ausgerichtet werden können. Zur Organisierung des Widerstandes gegen die Absichten der Bourgeoisie, die sie mit ihrer imperialistischen Armee verfolgt, und gegen die von daher herrschenden Verhältnisse in der Bundeswehr, diente der Aufruf und vor allen Dingen der Soldaten- und Reservistentag in Hannover. Das Truppendienstgericht bezeichnet ihn als Überzeugungstäter.

Was die Bourgeoisie fürchtet, ist, daß die Masse der Soldaten zu „Überzeugungstätern“ wird und den existierenden Widerstand in der Armee schwungvoll organisiert. In dem Urteil heißt es von daher: „Dieser Aufruf . . .enthält Behauptungen, mit denen u.a. die Bundeswehr, ihre innere Gestaltung und ihre Führung diffamiert und verunglimpft, Disziplin und Wehrwilligkeit untergraben wird.“ Die im Aufruf festgestellten Tatsachen werden als Behauptungen bezeichnet, die die Wirklichkeit entstellen würden. Sie „bestreiten die vielfache Sicherung der Rechte der Soldaten beispielsweise durch die Beschwerdeordnung, das Petitionsrechts, die Anrufung des Wehrbeauftragten.“ Die Soldaten wissen, wie es sich damit verhält. Was die Soldaten brauchen, sind politische und gewerkschaftliche Rechte zwecks Zusammenschluß, um den imperialistischen Absichten der Bourgeoisie überhaupt entgegentreten zu können.

Ein Unteroffizier d. R., der für diese Forderungen eintritt, ist für die Bourgeoisie selbstverständlich nicht tragbar. Auf die Bundeswehrführung wird noch viel Arbeit zukommen, will sie den zunehmenden Widerstand in der Armee disziplinargerichtlich verfolgen und fünfzehn-

sie mit ihrer imperialistischen Armee verfolgt, und gegen die von daher herrschenden Verhältnisse in der Bundeswehr, diente der Aufruf und vor allen Dingen der Soldaten- und Reservistentag in Hannover. Das Truppendienstgericht bezeichnet ihn als Überzeugungstäter.

Was die Bourgeoisie fürchtet, ist, daß die Masse der Soldaten zu „Überzeugungstätern“ wird und den existierenden Widerstand in der Armee schwungvoll organisiert. In dem Urteil heißt es von daher: „Dieser Aufruf . . .enthält Behauptungen, mit denen u.a. die Bundeswehr, ihre innere Gestaltung und ihre Führung diffamiert und verunglimpft, Disziplin und Wehrwilligkeit untergraben wird.“ Die im Aufruf festgestellten Tatsachen werden als Behauptungen bezeichnet, die die Wirklichkeit entstellen würden. Sie „bestreiten die vielfache Sicherung der Rechte der Soldaten beispielsweise durch die Beschwerdeordnung, das Petitionsrechts, die Anrufung des Wehrbeauftragten.“ Die Soldaten wissen, wie es sich damit verhält. Was die Soldaten brauchen, sind politische und gewerkschaftliche Rechte zwecks Zusammenschluß, um den imperialistischen Absichten der Bourgeoisie überhaupt entgegentreten zu können.

Ein Unteroffizier d. R., der für diese Forderungen eintritt, ist für die Bourgeoisie selbstverständlich nicht tragbar. Auf die Bundeswehrführung wird noch viel Arbeit zukommen, will sie den zunehmenden Widerstand in der Armee disziplinargerichtlich verfolgen und fünfzehn-
seitige Urteilsbegründungen verfassen.

Überstunden jede Menge und Ausdehnung der Schichtarbeit geplant

b.uwb.Lägerdorf. In der gerade eingeweihten Packerei der Zementfabrik Alsen-Breitenburg werden die Säcke jetzt mit pneumatischen Maschinen im Versand automatisch verstaut. Die Packerei ‚Holstein‘ konnte deswegen fast geschlossen werden. Dort wurde von Hand gestaut. In der automatischen Anlage werden die Paletten von oben gestaut. Deshalb werden die LKW mit Planen durch Stapler mit vorgestauten Paletten beladen. Beladen wird bisher in zwei Schichten von sechs bis 22 Uhr. Da die meisten LKW mit Plane fahren, reichen die vorgestauten Paletten selten aus, die in den zwei Schichten geschafft werden. Ein Teil der Kollegen soll jetzt in Nachtschicht Paletten verstauen, damit der Versand tagsüber ohne Verzögerungen ablaufen kann. Auf der anderen Seite werden jede Menge Überstunden gemacht. Zwölf-Stunden-Schichten oder gar Sechzehner sind keine Seltenheit. Das Arbeitsquantum hat „AB“ in der Hauptsaison mit Fremdfirmen, wie der Stauerei Döhring aus Itzehoe und Zeitverträgen bis zum 30. September bewältigen lassen. Beide hängen in der Luft. Die Leute mit Zeitverträgen wissen nicht, ob sie weiter beschäftigt werden und die Kollegen der Fremdfirma wissen bisher noch nichts darüber, ob die Verträge verlängert werden. In der Schlämmerei sind die Kollegen dagegen, daß die Leute entlassen werden, da sie nicht ewig zwölf Stunden arbeiten wollen, dies haben sie dem Betriebsrat mitgeteilt, der sich ohnehin dafür einsetzen will, daß alle, die wollen, von „AB“ auf unbestimmte Zeit übernommen werden.

480 DM Arbeitslosengeld – „keine unbillige Härte“

Arbeits- und Sozialgerichtsurteile zur Durchsetzung des Ehrenbergprogramms

b.rbr. Der Minister für Arbeit und Soziales, Ehrenberg, fühlt sich in seinem öffentlichen Wirken erheblich beeinträchtigt, weil er auf Schriften u.a. als Schreibtischmörder und Zwangsarbeitsminister bezeichnet wird.

Dies fand jetzt auch die Kieler Staatsanwaltschaft heraus und ließ dem Studenten J. Graessner vom Kieler Amtsgericht einen Strafbefehl über 1858 DM wegen „übler Nachrede“ zugehen. Es wird darum zur Verhandlung kommen, denn die Beweise gegen Ehrenberg bezüglich des Ausbaus der Zwangsarbeit wie der systematischen Vernichtung von Rentnern sind erdrückend.

Gleichsam unmöglich ist es, in einem Artikel vollständig alle Spuren eines Mannes zu verfolgen, der dafür bezahlt wird, Verbrechen gegen das Volk auszuarbeiten und ihre Durchführung zu überwachen. Wir wollen uns deshalb hier auf seine Funktion als Zwangsarbeitsminister beschränken und die **Durchführung Ehrenberg'scher Zwangsarbeit am Beispiel zweier Arbeitsgerichtsurteile untersuchen.**

In dem ersten Fall handelt es sich um ein Urteil des schleswig-holsteinischen Landessozialgerichts vom 25.11.77. Eine Frau wird vor Beendigung ihrer Ausbildung zum Bankkaufmann erbeitslos und bekommt vom Arbeitsamt ein Arbeitslosengeld in Höhe von knapp 480 DM. Nach viereinhalb Monaten hat sie ihre Ausbildung beendet und fordert jetzt die Erhöhung des Arbeitslosengeldes gemäß dem ihr zustehenden Lohn eines Bankkaufmanns. Dabei beruft sie sich auf das Recht, daß das Arbeitslosengeld auf der Grundlage des Tariflohns für die zutreffende Ausbildung berechnet werden muß. Dies taucht im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in völlig verstümmelter Form in §112, Abs. 7 auf, in dem es heißt: „Wäre es mit Rücksicht auf die von dem Arbeitslosen in den letzten drei Jahren vor der Arbeitslosmeldung überwiegend ausgeübte Tätigkeit unbillig hart“, das Arbeitslosengeld nach dem Lohn der zuletzt ausgeübten Tätigkeit zu berechnen, „so ist von dem . . . tariflichen oder . . . ortsüblichen Arbeitsentgeld derjenigen Beschäftigung auszugehen, für die der Arbeitslose nach seinem Lebensalter und seiner Leistungsfähigkeit unter billiger Berücksichtigung seines Berufs und seiner Ausbildung in Betracht kommt.“

Ehrenberg geht es bei seinen Maßnahmen u. a. darum, arbeitslos gewordene Arbeiter mittels systematischer Kürzung des Arbeitslosengeldes bis zur vollständigen Streichung zur Annahme jeder Arbeit zu jedem auch noch so niedrigen Lohn zu zwingen, damit einen Teil der Arbeiter abzuspalten und ins völlige Elend zu drükken, und gleichzeitig das in den Arbeitslosenkassen zusammengeraubte Geld dem westdeutschen Finanzkapital zu Füßen zu legen. Die Urteilsbegründung, mit der das schleswig-holsteinische Landessozialgericht die Erhöhung des Arbeitslosengeldes der Frau ablehnt, trägt die Handschrift Ehrenbergs. Dabei verfolgt das Gericht den Zweck, auch die Restbestände des zitierten Paragrafen, auf den sich die Arbeiterin beruft und der auf Erhöhung des Arbeitslosengeldes hinauslaufen könnte, vom Tisch zu wischen.

„Zwar könnte es dem Sinn und Zweck der Vorschrift des § 112 Abs. 5 entsprechen, auch eine bereits während des Bezugs des Arbeitslosengeldes abgelegte Ausbildungsprüfung für die Zukunft der Bemessung des Arbeitslosengeldes zu berücksichtigen. . . . Dies würde indes den Wortlaut des Gesetzes sprengen, . . .Maßgebend für die Auslegung einer Gesetzesvorschrift ist der in dieser zum Ausdruck kommende objektivierte Wille des Gesetzgebers, . . .“ An anderer Stelle heißt es weiter, „die Arbeitsverwaltung kann bei der Vielzahl der zu entscheidenden Fälle nur reibungslos funktionieren, wenn die gesetzlichen Regelungen möglichst einfach gestaltet werden und nicht zu viele Ausnahmevorschriften die Entscheidung im Einzelfall erschweren . . .“ Mit anderen Worten, entscheidend ist der Wille Ehrenbergs, und der sieht Senkung des Arbeitslosengeldes vor und reibungslose Verfügung über ein Heer von Arbeitslosen. Wen wundert es da noch, daß 480 DM im Monat für eine arbeitslose Bankkaufmännin nach Meinung des Gerichts „keine unbillige Härte“ darstellen.

In einem anderen Fall entschied das Arbeitsgericht Lübeck am 13.9.77, daß die Kapitalisten Umschülern, die sie vom Arbeitsamt kostenlos rübergeschoben bekommen, auch nicht bezahlen brauchen, wenn sie während der Urlaubszeit innerhalb der Umschulung zum Weiterarbeiten gezwungen waren. Der Zweck der Umschulungsmaßnahmen besteht in der Erhöhung der ‚Mobilität‘ der Arbeiterklasse, wie in der Lohnsenkung. Eine Unterhöhlung des Rechts auf Urlaub, während der Umschulung, ist ein weiterer Schritt zur verschärften Ausbeutung und Spaltung der Arbeiterklasse, ganz im Sinne von Ehrenberg, der der Umschulung zwecks besserer Verwertung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten als Teil seiner Arbeitszwangsmaßnahmen zu neuem Aufschwung verholfen hat.

„So eine Armee haben wir noch nie gesehen"

Interview mit Genossin Su Feng, ehemalige Kämpferin der chinesischen Roten Armee

Dalien, Juni 1978. „1929, als ich mich der Revolution angeschlossen hatte, litt auch die Gegend, aus der ich stamme, die Provinz Hupeh, unter der Herrschaft der drei Berge: der Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus. Das war auch die Zeit der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas und des ersten revolutionären Bürgerkrieges. (1) Auch in unserer Provinz tobte der Bürgerkrieg. 1927 führte Tschiang Kai-schek, der Anführer des reaktionären Flügels der Kuomintang einen konterrevolutionären Staatsstreich gegen die Einheitsfrontregierung durch und schlug die Revolution blutig nieder. Zur Zeit des Herbsternteaufstandes in Hunan 1927, schloß sich meine ganze Familie der Revolution an. Als jedoch der erste revolutionäre Bürgerkrieg niedergeschlagen wurde, fielen mein Vater, mein Bruder und meine Schwester dem weißen Terror zum Opfer, sie wurden ermordet oder eingekerkert.

Als ich mich 1929 der Revolution anschloß, war ich erst 13 Jahre alt. Die revolutionäre Rote Armee zog ins Djinggang Gebirge. (2) Ich wurde dort Mitglied der Kindergarde. Die Aufgabe der Kindergarde war, die Revolution und die Rote Armee zu unterstützen. Wir standen Wache, beobachteten die Bewegungen des Feindes, beförderten Briefe. Wir nahmen an der Propagandaarbeit teil und ermutigten die Bauern, sich der Roten Armee anzuschließen. Wie die andern Kinder auch, fing ich an, hier zu lernen, ich bekam eine Ausbildung in Radiotechnik. Später wurde ich Mitglied der Jugendliga der Kommunistischen Partei. 1933 wurde bei der Roten Armee die erste selbständige Frauenkompanie gegründet, ich wurde ihr Kommandeur. Zwischen 1934 und 1935 nahm ich am Langen Marsch teil. Zu dieser Zeit wurde ein selbständiges Frauenbataillon gegründet, das der vierten Frontarmee angehörte.

Dieses Frauenbataillon hatte über 1000 Mitglieder. Die Frauen arbeiteten hauptsächlich auf dem Gebiet des Nachschubs, aber während des Langen Marsches konnte man die verschiedenen Bereiche kaum auseinanderhalten, und so kam es, daß auch wir Frauen häufig in der vordersten Kampflinie standen. Es war auch unsere Aufgabe, die Kranken zu pflegen, und wir schleppten die Tragen der Verwundeten.

Der Vorsitzende Mao lehrte uns stets, daß die Armee nicht nur verstehen muß zu kämpfen, sie muß Propaganda betreiben und die Volksmassen organisieren. Entscheidend war, daß wir uns immer an die drei Hauptregeln der Disziplin und die acht Punkte zur Beachtung hielten. (3) Überall wo wir hinkamen, leisteten wir Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, damit die Volksmassen die Ziele unserer Armee und unseres Kampfes kennenlernen

pagandaarbeit teil und ermutigten die Bauern, sich der Roten Armee anzuschließen. Wie die andern Kinder auch, fing ich an, hier zu lernen, ich bekam eine Ausbildung in Radiotechnik. Später wurde ich Mitglied der Jugendliga der Kommunistischen Partei. 1933 wurde bei der Roten Armee die erste selbständige Frauenkompanie gegründet, ich wurde ihr Kommandeur. Zwischen 1934 und 1935 nahm ich am Langen Marsch teil. Zu dieser Zeit wurde ein selbständiges Frauenbataillon gegründet, das der vierten Frontarmee angehörte.

Dieses Frauenbataillon hatte über 1000 Mitglieder. Die Frauen arbeiteten hauptsächlich auf dem Gebiet des Nachschubs, aber während des Langen Marsches konnte man die verschiedenen Bereiche kaum auseinanderhalten, und so kam es, daß auch wir Frauen häufig in der vordersten Kampflinie standen. Es war auch unsere Aufgabe, die Kranken zu pflegen, und wir schleppten die Tragen der Verwundeten.

Der Vorsitzende Mao lehrte uns stets, daß die Armee nicht nur verstehen muß zu kämpfen, sie muß Propaganda betreiben und die Volksmassen organisieren. Entscheidend war, daß wir uns immer an die drei Hauptregeln der Disziplin und die acht Punkte zur Beachtung hielten. (3) Überall wo wir hinkamen, leisteten wir Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, damit die Volksmassen die Ziele unserer Armee und unseres Kampfes kennenlernen
und sie unterstützen.

Ich kann mich noch erinnern, wir wir einmal in ein Dorf kamen, wo viele Häuser leerstanden, da die Einwohner geflüchtet waren. In einer Familie waren alle jüngeren Mitglieder geflüchtet, nur der alte Großvater blieb zurück. Trotz der vielen leerstehenden Häuser wohnten wir zwischen den Bäumen im Wald und obwohl wir kaum noch Getreide übrig hatten, versorgten wir uns selbst. Als der alte Mann sah, daß wir nichts aus seinem Gemüsegarten wegnahmen und sowieso niemandem etwas wegnahmen oder antaten, war er sehr beeindruckt. Später nahm unser Sanitäter seine Frau in Pflege – sie wagte sich später auch zurück aus ihrem Versteck. Langsam kamen die Einwohner des Dorfes aus den umliegenden Wäldern zurück und viele sagten: „So eine Armee wie die eure, haben wir noch nie gesehen". Diese Menschen, die erlebten, wie unsere Armee vorgeht, wurden selbst zu Propagandisten unseres Kampfes.

Manche wollten ihre Söhne in die Armee schicken, so auch der alte Mann, von dem vorhin die Rede war. Wir hatten dem Sohn etwas Lesen und Schreiben beigebracht, und nun wollte er sich uns anschließen.

Ähnlich sah es in den meisten Dörfern aus, wo wir durchmarschierten. Wir organisierten überall Rote Garden, Selbsthilforganisationen der Frauen und Kindergarden. Diese lokalen bewaffneten Formationen nahmen den Kampf gegen die örtlichen Großgrundbesitzer und die Kuomintangtruppen auf. Wir verteilten Waffen unter den Dorfbewohnern, ehe wir weitermarschierten.

Nach dem 14000 Kilometer langen Marsch kamen wir in Yenan an. In Yenan hatte ich die Möglichkeit, an der Antijapanischen Universtität zu studieren. An dieser Universität, die sich aus der Universität der Roten Armee entwickelt hatte, studierten wir Politik, Militärwissenschaften, die Richtlinien und die Politik der Kommunistischen Partei. Nach dem Sian-Zwischenfall (4) kam 1937 die Antijapanische Einheitsfront zwischen der KPCh und der Kuomintang zustande. Inzwischen überfiel Japan den Nordosten Chinas. Aus den von den Japanern besetzten Gebieten strömten die Jugendlichen nach Yenan, um den Kampf gegen die Japaner aufzunehmen. Mit den Flüchtlingen und Kämpfern aus Nordostchina organisierten wir Anklageversammlungen gegen den japanischen Imperialismus. Auf diesen Versammlungen erzählten die Flüchtlinge über die Leiden der Bevölkerung in den drei nordöstlichen Provinzen. Wir gaben die Parole aus: „Zurück nach Nordostchina!"

1940 verließ ich selbst die Universität. Die Japaner führten Vergeltungsfeldzüge in den Provinzen Hopeh und Schantung durch. Mit der 115. Division bin ich in die Provinz Schantung losmarschiert. Der Marsch selber dauerte ein ganzes Jahr, während dieser Zeit hatten wir mehrere Schlachten mit den Japanern geschlagen. Sie verfolgten die Politik der „dreifachen Vernichtung": Sie ermordeten alle, derer sie habhaft wurden, raubten alles und brannten alles nieder. Wir organisierten antijapanische Stützpunkte, um den allgemeinen Volkskrieg zu entfachen. Dabei verwirklichten wir bei den bewaffneten Kräften die Dreierverbindung von Feldarmeen, lokalen Armeen und Volksmiliz. Neben der Achten Route-Armee existierten lokale Armeen, die die Einheiten der Volksmiliz leiteten, denen sich jeder kampf-

Zwischenfall (4) kam 1937 die Antijapanische Einheitsfront zwischen der KPCh und der Kuomintang zustande. Inzwischen überfiel Japan den Nordosten Chinas. Aus den von den Japanern besetzten Gebieten strömten die Jugendlichen nach Yenan, um den Kampf gegen die Japaner aufzunehmen. Mit den Flüchtlingen und Kämpfern aus Nordostchina organisierten wir Anklageversammlungen gegen den japanischen Imperialismus. Auf diesen Versammlungen erzählten die Flüchtlinge über die Leiden der Bevölkerung in den drei nordöstlichen Provinzen. Wir gaben die Parole aus: „Zurück nach Nordostchina!"

1940 verließ ich selbst die Universität. Die Japaner führten Vergeltungsfeldzüge in den Provinzen Hopeh und Schantung durch. Mit der 115. Division bin ich in die Provinz Schantung losmarschiert. Der Marsch selber dauerte ein ganzes Jahr, während dieser Zeit hatten wir mehrere Schlachten mit den Japanern geschlagen. Sie verfolgten die Politik der „dreifachen Vernichtung": Sie ermordeten alle, derer sie habhaft wurden, raubten alles und brannten alles nieder. Wir organisierten antijapanische Stützpunkte, um den allgemeinen Volkskrieg zu entfachen. Dabei verwirklichten wir bei den bewaffneten Kräften die Dreierverbindung von Feldarmeen, lokalen Armeen und Volksmiliz. Neben der Achten Route-Armee existierten lokale Armeen, die die Einheiten der Volksmiliz leiteten, denen sich jeder kampf-
fähige Mensch anschließen konnte. Die Feldarmee führte Bewegungskämpfe durch, die Militärbezirke organisierten die lokalen Kämpfe, die Einheiten der Volksmiliz verteidigten die Dörfer oder sorgten für ihre Evakuierung und für den Schutz der Bevölkerung. In dieser Form kämpften wir auch in der Provinz Schantung bis 1945. Schließlich konnten sich die Japaner kaum noch bewegen, nur entlang der wichtigen Verkehrswege oder in den Städten waren sie einigermaßen in Sicherheit.

Wir führten unsere Angriffe den Jahreszeiten entsprechend durch. Günstig war es z.B. kurz bevor das Getreide reif wurde, weil wir uns in den dichten Feldern sicher bewegen konnten.

Als dann die sowjetische Regierung mit Stalin an der Spitze Japan den Krieg erklärte, gab der Vorsitzende Mao den Befehl zur allgemeinen Offensive aus. Japan kapitulierte am 10. August 1945, und die 115er Schantunger Division begann mit der Entwaffnung der Japaner. Meine Aufgabe war während dieser ganzen Zeit, die politische Ausbildung der Soldaten zu organisieren. Wir propagierten unter ihnen unter anderem zwei wichtige Prinzipien: Das Prinzip der Einheit und der Gleichberechtigung. Die Offiziere haben wir dazu erzogen, daß sie sich um die alltäglichen Sorgen und Nöte der Soldaten kümmern, daß sie immer überprüfen, wie die Lebensbedingungen der Soldaten sind, daß sie sich sogar darum kümmern, ob die Soldaten in der Nacht warm zugedeckt sind. Die Soldaten erzogen wir dazu, daß sie ihre Offiziere achten und ihren Befehlen folgen. Offiziere wie Soldaten riefen wir dazu auf, sich mit dem Volke zu verbinden und ein gutes Verhältnis zu den Volksmassen zu haben. Wenn wir ein Dorf verlassen hatten, mußte es aufgeräumt und gesäubert werden, alles mußte wieder auf seinen ursprünglichen Platz zurück. Wenn das jedoch nicht gemacht wurde, behandelten wir im politischen Unterricht, weshalb das notwendig ist.

Nachdem die japanischen Imperialisten kapituliert hatten, kamen nun die US-Imperialisten Tschiang Kai-schek zur Hilfe, dessen Truppen hauptsächlich im Süden des Landes standen. Seine Lage war trotzdem alles andere als gut. Die von der Kommunistischen Partei geführte Achte und Vierte Armee hatte mehr als eine Million Soldaten, und wir hatten auch viele moderne Waffen von den Japanern erbeutet. Tschiang bereitete den Angriff auf unsere revolutionären Stützpunkte vor. Die Kommunistische Partei wollte Frieden, aber die Kuomintang sagte dem Volke und der Partei den Kampf an. In dieser Lage rief der Vorsitzende Mao die Bevölkerung der Stützpunkte, die Armee und das ganze Volk zum Kampf gegen die Kuomintang, gegen die Reaktionäre und die Verräter des Vaterlandes auf. Unsere wichtigste Aufgabe wurde nun, die reaktionäre Kuomintang zu entlarven, die in der Vergangenheit, während des antijapanischen Krieges weiterhin die Kommunistische Partei als ihren Hauptfeind betrachtete, und uns statt den Japanern angriff. Die 115. Division befreite im Nordosten Shanghaiguan und anschließend nahmen wir an den Schlachten von Peking und Tientsin teil. Schließlich zogen wir nach Süden und trugen mit der Befreiung Nankings, der Hauptstadt der Kuomintang zur Befreiung des ganzen Landes bei. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet."

In der Geschichte der KP Chinas hat

Nachdem die japanischen Imperialisten kapituliert hatten, kamen nun die US-Imperialisten Tschiang Kai-schek zur Hilfe, dessen Truppen hauptsächlich im Süden des Landes standen. Seine Lage war trotzdem alles andere als gut. Die von der Kommunistischen Partei geführte Achte und Vierte Armee hatte mehr als eine Million Soldaten, und wir hatten auch viele moderne Waffen von den Japanern erbeutet. Tschiang bereitete den Angriff auf unsere revolutionären Stützpunkte vor. Die Kommunistische Partei wollte Frieden, aber die Kuomintang sagte dem Volke und der Partei den Kampf an. In dieser Lage rief der Vorsitzende Mao die Bevölkerung der Stützpunkte, die Armee und das ganze Volk zum Kampf gegen die Kuomintang, gegen die Reaktionäre und die Verräter des Vaterlandes auf. Unsere wichtigste Aufgabe wurde nun, die reaktionäre Kuomintang zu entlarven, die in der Vergangenheit, während des antijapanischen Krieges weiterhin die Kommunistische Partei als ihren Hauptfeind betrachtete, und uns statt den Japanern angriff. Die 115. Division befreite im Nordosten Shanghaiguan und anschließend nahmen wir an den Schlachten von Peking und Tientsin teil. Schließlich zogen wir nach Süden und trugen mit der Befreiung Nankings, der Hauptstadt der Kuomintang zur Befreiung des ganzen Landes bei. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet."

In der Geschichte der KP Chinas hat
es bis heute elf große Linienkämpfe gegeben. Zur Geschichte dieser Linienkämpfe sagte Genossin Su Feng unter anderem: „Li Li-san verfolgte die Linie des linken Abenteurertums (in den Jahren 1928 – 1930, Anm. d. Red.), und diese Linie hatte einen bedeutenden Einfluß. Das Wesen dieser Politik war die Unterschätzung der Kräfte des Feindes: Zu dieser Zeit war der Feind in der Übermacht, die Kräfte der Revolution waren dagegen schwach. Aufgrund der falschen Beurteilung der Lage gab Li Li-san die Parole aus, daß in einigen Provinzen gleichzeitig der Sieg der Revolution herbeigeführt werden soll. Er ließ eine allgemeine Offensive starten und verwickelte uns in schwierige Stellungskriege. Wir ließen unsere Stützpunkte und Parteiorganisationen ungeschützt, und so konnte die Kuomintang mehrere Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge gegen uns führen. Wir erlitten schwere Verluste ... Als wir unsere revolutionären Stützpunkte verlassen mußten, fragten uns die Einwohner, weshalb wir weggingen. Aber damals konnte ich diese Frage noch nicht beantworten ...

Zu Anfang der Großen Proletarischen Kulturrevolution hatte ich nicht sofort das Wesen der Linie Liu Schaotschis erkannt. Erst als der Vorsitzende Mao ihn vor dem ganzen Volk entlarvt hatte, im scharfen Kampf zweier Linien, wuchs meine Bewußtheit.

Lin Piao hatte den Vorsitzenden Mao immer hochgelobt, daher, als der Kampf gegen ihn aufgenommen wurde, wußten viele nicht, was passiert ist.

Seit dem Tod des großen proletarischen Revolutionärs und großen Marxisten-Leninisten, Genossen Mao Tsetung, am 9. September 1976, haben sich verschiedene Leute Hoffnung gemacht auf ein Durcheinander und auf die Usurpation der Macht durch die Bourgeoisie in der Kommunistischen Partei Chinas, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Die Vierer-Bande wurde entlarvt und geschlagen und die Diktatur des Proletariats unter der Führung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gefestigt. Heftige Angriffe führen vor allem die Sozialimperialisten gegen die Volksrepublik China, und sie betreiben direkte Kriegsvorbereitungen. Die Volksrepublik China tritt den beiden Supermächten entgegen und führt den Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen jedes Hegemonialstreben, geleitet vom Marxismus-Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen (Bild: Mao Tsetung im Gespräch mit jungen Kämpfern der Achte-Route-Armee in Yenan, 1939).

Genossin Su Feng ist heute 62 Jahre alt. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Volksanwaltschaft der Stadt Lüda (Provinz Liaoning).

(1) Der Erste Gründungskongreß der KPCh fand 1921 in Shanghai statt. 1925, nach der Erschießung demonstrierender Studenten in Shanghai durch die Imperialisten, entstand die „Bewegung vom 30. Mai", die dann im ersten revolutionären Bürgerkrieg mündete, 1925 – 1927.

(2) Im Djinggang-Gebirge, in der Provinz Hunan, war der erste revolutionäre Stützpunkt der KPCh und der Roten Armee. Er wurde gegründet nach dem Aufstand von Nantschang und dem Herbsternteaufstand. Hier vereinigten sich 1927 die bewaffneten Kräfte der Revolution.

(3) Die drei Hauptregeln sind: Folge dem Kommando in allem, was du tust! Nimm den Massen nicht eine Nadel, nicht einen Faden weg! Gib jede Beute ab! Die acht Punkte zur Beachtung sind: Sprich immer höflich mit den Massen! Bezahle den ange-



Seit dem Tod des großen proletarischen Revolutionärs und großen Marxisten-Leninisten, Genossen Mao Tsetung, am 9. September 1976, haben sich verschiedene Leute Hoffnung gemacht auf ein Durcheinander und auf die Usurpation der Macht durch die Bourgeoisie in der Kommunistischen Partei Chinas, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Die Vierer-Bande wurde entlarvt und geschlagen und die Diktatur des Proletariats unter der Führung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gefestigt. Heftige Angriffe führen vor allem die Sozialimperialisten gegen die Volksrepublik China, und sie betreiben direkte Kriegsvorbereitungen. Die Volksrepublik China tritt den beiden Supermächten entgegen und führt den Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen jedes Hegemonialstreben, geleitet vom Marxismus-Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen (Bild: Mao Tsetung im Gespräch mit jungen Kämpfern der Achte-Route-Armee in Yenan, 1939).

wickelte uns in schwierige Stellungskriege. Wir ließen unsere Stützpunkte und Parteiorganisationen ungeschützt, und so konnte die Kuomintang mehrere Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge gegen uns führen. Wir erlitten schwere Verluste ... Als wir unsere revolutionären Stützpunkte verlassen mußten, fragten uns die Einwohner, weshalb wir weggingen. Aber damals konnte ich diese Frage noch nicht beantworten ...

Zu Anfang der Großen Proletarischen Kulturrevolution hatte ich nicht sofort das Wesen der Linie Liu Schaotschis erkannt. Erst als der Vorsitzende Mao ihn vor dem ganzen Volk entlarvt hatte, im scharfen Kampf zweier Linien, wuchs meine Bewußtheit.

Lin Piao hatte den Vorsitzenden Mao immer hochgelobt, daher, als der Kampf gegen ihn aufgenommen wurde, wußten viele nicht, was passiert ist.
Er sagte, heute müsse man Revolution machen gegen diejenigen, die früher die Revolution gemacht haben. Das konnte ich nicht verstehen. Je länger sie dabei waren, um so schärfer muß man sie angreifen – sagte er. Genau die Politik verfolgte auch die Viererbande. Ich arbeitete ursprünglich bei der Justizverwaltung der Provinz Liaoning. Hier gaben die Anhänger der Viererbande die Losung aus, alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zu zerschlagen. Die hier arbeitenden Kader schickten sie in die Dörfer. Auch mich haben sie 1970 auf das Land geschickt. Aber wir, alte Kader, hatten keine Angst vor ihnen, denn diesmal wußten wir, daß ihre Linie falsch ist."

Genossin Su Feng ist heute 62 Jahre alt. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Volksanwaltschaft der Stadt Lüda (Provinz Liaoning).

(1) Der Erste Gründungskongreß der KPCh fand 1921 in Shanghai statt. 1925, nach der Erschießung demonstrierender Studenten in Shanghai durch die Imperialisten, entstand die „Bewegung vom 30. Mai", die dann im ersten revolutionären Bürgerkrieg mündete, 1925 – 1927.

(2) Im Djinggang-Gebirge, in der Provinz Hunan, war der erste revolutionäre Stützpunkt der KPCh und der Roten Armee. Er wurde gegründet nach dem Aufstand von Nantschang und dem Herbsternteaufstand. Hier vereinigten sich 1927 die bewaffneten Kräfte der Revolution.

(3) Die drei Hauptregeln sind: Folge dem Kommando in allem, was du tust! Nimm den Massen nicht eine Nadel, nicht einen Faden weg! Gib jede Beute ab! Die acht Punkte zur Beachtung sind: Sprich immer höflich mit den Massen! Bezahle den ange-
messenen Preis, sei beim Handel nicht anmaßend! Bezahle, was du beschädigt hast, bezahle den vollen Wert und ziehe davon nichts ab! Schlage niemanden und schreie niemanden an! Beschädige beim Marsch nicht die Felder! Belästige nicht die Frauen! Mißhandle nicht die Gefangenen, sie werden nicht durchsucht und nicht geschlagen!

(4) Der Sian-Zwischenfall ereignete sich im Dezember 1936. Tschiang Kai-schek wurde von seinem stellvertretenden Oberkommandierenden Tschang Hsüeh-liang festgenommen. Mit dieser Aktion wollte er Tschiang dazu zwingen, eine nationale Einheitsfront gegen die japanische Invasion zu akzeptieren. Die Freilassung Tschiangs wurde durch die Vertreter der KPCh erwirkt, was ermöglichte, daß gemeinsam der Kampf gegen die Japaner aufgenommen werden konnte.

Kommunistische Volkszeitung

• „Steuerpaket": Einigkeit in der Koalition, auf die CDU kann man sich verlassen / Mehrwertsteuererhöhung als „integraler" Bestandteil

• „Gipfel" in Camp David: Heftige Spaltungsversuche der Imperialisten

• Die Imperialisten fürchten die „OPEC des Kaffees" / Heftiger Kampf um den Kaffepreis

• Unter der Flagge „Recht auf Arbeit" wird Überarbeit propagiert / Sozialdemokraten und Revisionisten versuchen, den Kampf gegen die Entlassungen bei Klöckner zu zersetzen

• Streik in der belgischen Erdölindustrie

• Kapitalisten nutzen das Kindergeld zum Lohndrücken

• Nicht „Linderung der Schichtarbeit" – Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!

• Ehrenbergs nächster Schlag: Gegen die Schwerbehinderten

• Französische Bauern kämpfen um das Land, das sie bebauen

• Versetzungsrichtlinien: Umkehrung der Auslesemethoden

• Zivile Armee für Expansion und Unterstützung der „Inneren Sicherheit" / 25 Jahre Technisches Hilfswerk

• Vorwärtsverteidigung der französischen Bourgeoisie gegen die eigene Arbeiterklasse

• Namibia läßt sich nicht ausverkaufen – Neue Abkommen der Imperialisten „sehr nahe"

• Die Länder der Dritten Welt stärken ihre Einheit im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus

• Partnerschaft und Entwicklungshilfe oder ein Dritter Weltkrieg / Unterrichtseinheit der Bundesregierung soll die Jugend gegen den Kampf der Völker der Dritten Welt führen

• HDW-Henke rüstet zur nächsten Schlacht

• Von 96 Setzern bleiben 50 übrig

• „. . .ganz unerheblich, welche Einsatzbefehle die Grenzschutztruppe hatte"

• „So eine Armee haben wir noch nie gesehen" / Interview mit Genossin Su Feng